DE GRUYTER

Alexander Benatar

KALTER KRIEG AUF DEM INDISCHEN SUBKONTINENT

DIE DEUTSCH-DEUTSCHE DIPLOMATIE IM BANGLADESCHKRIEG 1971

ZMO-STUDIEN 38
EDITION KLAUS SCHWARZ





Alexander Benatar

Kalter Krieg auf dem indischen Subkontinent

ZMO-Studien

Studien des Leibniz-Zentrum Moderner Orient

Herausgegeben von
Ulrike Freitag

Band 38

Alexander Benatar

Kalter Krieg auf dem indischen Subkontinent

Die deutsch-deutsche Diplomatie im Bangladeschkrieg 1971

DE GRUYTER

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades (Dr. phil.) an der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

ISBN 978-3-11-068085-0
e-ISBN (PDF) 978-3-11-068203-8
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-068216-8

Library of Congress Control Number: 2020931496

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

Coverabbildung: Kalkutta, Ankunft einer DDR-Hilfssendung (1972); Bundesarchiv Bild 183-L0125-0310
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

www.degruyter.com



Der Zuversicht

Inhalt

1 Bundesrepublik, DDR und der Konflikt um Ostbengalen

> In Bangla Desh self-determination, democracy and human right[s] meant independence, while in Germany the same principle[s] would mean reunification.
> *Günter Diehl, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Indien (1970–1977)*[1]

In den Jahren 1971/72 waren in Mitteleuropa und Südasien zwei völlig entgegengesetzte Bewegungen zu beobachten. Die „Neue Ostpolitik“ der sozialliberalen Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt bildete den Kern der künftigen europäischen Entspannung des Ost-West-Konflikts. Zeitgleich führte der dritte Krieg zwischen Indien und Pakistan innerhalb von nur 25 Jahren zur Teilung Pakistans und Gründung Bangladeschs.

Die indische Regierung unterstützte die ostbengalischen Unabhängigkeitskämpfer in ihrem Streben und hoffte dabei auf sowjetische Rückendeckung. Pakistan dagegen verband bereits seit den 1950er Jahren eine strategische Partnerschaft mit den USA. Die Diplomaten[2] von Bundesrepublik Deutschland (BRD) und Deutscher Demokratischer Republik (DDR) wiederum hatte in Südasien seither vor allem eine Sorge umgetrieben: Wann würden Indien und Pakistan die DDR anerkennen? Im Schatten der Neuen Ostpolitik wurde dieses Anliegen für die Vertreter der beiden deutschen Staaten Anfang der 1970er Jahre derart zentral, dass sie darüber mitunter selbst ihre Allianzen im Kalten Krieg zu vergessen schienen.

Diese Beobachtung greift die vorliegende Studie auf. Am Beispiel des Bangladeschkriegs untersucht sie die Abweichung der politischen Führungen in Bonn und Ost-Berlin von ihren in Washington und Moskau vorgezeichneten Linien. Ziel ist es, deutsch-deutsch-südasiatische Verflechtungen vor dem Hintergrund des weltweiten Ost-West-Konflikts aufzuzeigen. Der Kalte Krieg bildet zwar die Klammer, die den Wandel in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und den Bangladeschkrieg miteinander verband; durch das selbstbewusste Auftreten der in diesen verwobenen Regionalkonflikten agie-

1 In einem Brief an die indische Unterhausabgeordnete Savitri Shyam, die zuvor im *National Herald* die Teilung Pakistans mit der deutschen Teilung verglichen hatte, 3. Februar 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

2 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

https://doi.org/10.1515/9783110682038-001

renden Nationalstaaten wird er als globales Spannungsfeld in seiner Tragweite jedoch selbst in Frage gestellt. Am Beispiel des Bangladeschkriegs an der Kreuzung von Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt zeigten sich die Grenzen der globalen Bipolarität angesichts regionaler Interessen, die sich im Auge des Sturms des Kalten Krieges immer wieder Bahn brachen.

1.1 Globalgeschichtliche Zusammenhänge

Die vorliegende Arbeit untersucht die deutsch-deutsche Diplomatiegeschichte im Südasien der frühen 1970er Jahre. Berücksichtigt wird dabei zwar auch die weltweite Dimension des Kalten Krieges, das Hauptaugenmerk der Untersuchung liegt jedoch auf dem wechselvollen Verhältnis von BRD und DDR[3] zu den Staaten des indischen Subkontinents. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die von 1955 bis 1972 geltende „Hallstein-Doktrin" der Bundesrepublik, benannt nach dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein. Ihr zufolge wurde jegliche diplomatische Kontaktaufnahme von Drittstaaten mit der Deutschen Demokratischen Republik als „unfreundlicher Akt" gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gewertet und konnte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik zu diesem Land führen[4] – Ausdruck des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs für „Gesamtdeutschland".

Sprach der dritte Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger von der DDR Ende der 1960er Jahre noch lediglich als dem „Phänomen" im Osten, so änderte sich diese westdeutsche Haltung unter seinem Nachfolger Willy Brandt mit der gegenseitigen De-facto-Anerkennung der beiden deutschen Staaten durch Unterzeichnung des Grundlagenvertrages im Dezember 1972 deutlich. Dennoch blieb die Wieder-

---

3 Die Abkürzung „BRD" galt in Bonn als ein DDR-Kampfbegriff, sodass man dort zur Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit stattdessen die Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland" bevorzugte. Der besseren Lesbarkeit halber soll in dieser Studie zwischen dieser Ost- und West-Terminologie variiert werden. Andere ideologisch aufgeladene Begriffe, die vom jeweils anderen deutschen Staat als Affront gewertet werden konnten – etwa die Frage, ob man die Beziehungen zwischen Bundesrepublik und DDR als „innerdeutsch" (BRD) oder doch eher als „zwischenstaatlich" (DDR) bezeichnen sollte –, werden hier allein in Zitaten bzw. im Zusammenhang ihrer jeweiligen Quellen verwendet, soweit möglich aber vermieden.

4 Vgl. Hans-Joachim Spanger / Lothar Brock: *Die beiden deutschen Staaten in der dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR – eine Herausforderung für die BRD?* Opladen: Westdeutscher Verlag 1987, S. 286; Agnes Bresselau v. Bressensdorf / Elke Seefried: Introduction. West Germany and the Global South in the Cold War Era. In: Agnes Bresselau v. Bressensdorf / Elke Seefried / Christian F. Ostermann (Hrsg.): *West Germany, the Global South and the Cold War*. Berlin / Boston: De Gruyter Oldenbourg 2017, S. 7–24, hier S. 8.

vereinigung weiterhin offiziell Primat der bundesrepublikanischen Deutschlandpolitik, sodass neben der staatsrechtlichen niemals eine auch völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD erfolgte.[5]

Es ergeben sich gewisse Parallelen zwischen den Entwicklungen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und denjenigen in Südasien. Mit der Gründung zweier deutscher Staaten manifestierte sich 1949 Deutschlands Teilung entlang politischer Systemlinien. Auch die britische Kolonie Indien wurde 1947 zweigeteilt in die Unabhängigkeit entlassen. Diese Teilung erfolgte allerdings grob entlang religiöser Grenzen. Die mehrheitlich muslimischen Provinzen am Indus im Westen und am Gangesdelta im Osten wurden zu Pakistan, während der größere – mehrheitlich hinduistische – Teil dazwischen die Indische Union bilden sollte.

In beiden Fällen rechnete der wirtschaftlich mächtigere und bevölkerungsstärkere Teil (die Bundesrepublik Deutschland bzw. Indien) mit einem raschen Zusammenbruch des jeweils anderen Teils und einer baldigen Wiedervereinigung.[6] Beide Annahmen sollten sich als falsch erweisen. Auch die jeweiligen nationalen Narrative weisen Parallelen auf: Während die BRD und Indien sich von Anbeginn als widernatürlich geteilte Staaten empfanden,[7] ging es der DDR und Pakistan darum, einen bewussten politischen bzw. religiösen Gegenentwurf zum größeren Nachbarn darzustellen.

---

5 Eine Unterscheidung, die vor allem symbolischer Natur war. S. Heinrich End: *Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949–1972*. Köln: Wissenschaft und Politik 1973, S. 68–9. Im diplomatischen Tagesgeschäft äußerte sich dieser Unterschied etwa darin, dass DDR-Vertreter in der Bundesrepublik beim Bundeskanzleramt und nicht wie sonst üblich beim Bundespräsidialamt akkreditiert wurden, vgl. Diehl an AA, 15. Januar 1974, PA AA, B 37, Bd. 100137.

6 Vgl. die von Kurt Schumacher (SPD) geprägte sog. „Magnettheorie“, nach der politisches System und ökonomische Prosperität des Westens eine quasi magnetische Wirkung auf die ostdeutsche Bevölkerung ausüben und so früher oder später zur Wiedervereinigung führen müssten, s. Jens Hüttmann: *Geschichte der innerdeutschen Beziehungen 1945–1989*. Berlin: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen und Bundesstiftung Aufarbeitung 2012, S. 12; zum indisch-pakistanischen Verhältnis, s. Amit Das Gupta: Südasien und der Wettbewerb der Supermächte 1954–1972. In: Bernd Greiner / Christian Th. Müller / Dierk Walter (Hrsg.): *Heiße Kriege im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg*, Bd. 1. Hamburg: Hamber Edition 2006, S. 239–272, hier S. 247; Kamal Matinuddin: *Tragedy of Errors. East Pakistan Crisis, 1968–1971*. Lahore: Wajidalis 1994, S. 273.

7 Zum indischen Subkontinent, s. Michael Mann: *Geschichte Südasiens. 1500 bis heute*. Darmstadt: WBG 2009, S. 120.

Die aufgeführten Parallelen sind zwar nicht ihr primärer Gegenstand, waren aber ein wichtiger Anlass für die Forschungen zu dieser Arbeit.[8] Auf dem Zenit des Kalten Krieges stellten mehr als zwei Jahrzehnte nach Gründung der beiden deutschen Staaten sowie der Nachfolgestaaten Britisch-Indiens vor allem die Jahre 1971/72 eine Zäsur dar. In der Bundesrepublik brachte die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung gegenüber der DDR den von Willy Brandt und seinem Staatssekretär Egon Bahr[9] propagierten „Wandel durch Annäherung“. Auf dem indischen Subkontinent hingegen kam es 1971 zu einer weiteren staatlichen Teilung.

Zwischen dem West- und Ostteil Pakistans hatten sich bald nach der Unabhängigkeit im Jahre 1947 immer größere kulturelle und wirtschaftliche Disparitäten gezeigt; der bevölkerungsreichere Ostflügel des Landes fühlte sich vom Westflügel zunehmend ausgebeutet und seiner bengalischen kulturellen Identität beraubt.[10] Die gemeinsame Religion Islam genügte nicht als identitätsstiftender Kitt, um die beiden Landeshälften zusammenzuhalten. Die indische Regierung schürte diesen Konflikt bei ihrem Erzrivalen zunächst propagandistisch; als er sich im Frühjahr und Sommer 1971 in einen Bürgerkrieg um die ostpakistanische Unabhängigkeit auszuwachsen begann, aber immer offener auch militärisch.

Verbunden waren die skizzierten regionalpolitischen Entwicklungen in Mitteleuropa und Südasien durch den Kalten Krieg und die Teilung der Welt in zwei große Systemblöcke um die kapitalistischen USA und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR bzw. Sowjetunion).[11] Bundesrepublik und DDR,

---

8 Gegenstand sind sie in Amit Das Gupta: Divided Nations: India and Germany. In: Andreas Hilger / Corinna R. Unger (Hrsg.): *India in the World since 1947. National and Transnational Perspectives*. Frankfurt a.M.: Peter Lang 2012, S. 300–325.

9 1960 bis 1966 Sprecher des Westberliner Senats unter dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt und 1966 bis 1969 Leiter des politischen Planungsstabes im Auswärtigen Amt unter Außenminister Willy Brandt.

10 Petra Wirth / Brigitte Janik / Luc Bigler: Die Spaltung Pakistans und die Gründung der Volksrepublik Bangladesh. Analyse der politischen und sozioökonomischen Entwicklung. In: *Vierteljahresberichte* 57 (1974), hrsg. v. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 205–230, hier S. 217; Ramachandra Guha: *India after Gandhi. The History of the World’s Largest Democracy*. New York: HarperCollins Publishers 2008, S. 450; Mann: *Geschichte Südasiens*, S. 120.

11 In der neueren Forschung wird spätestens mit der chinesisch-sowjetischen Konfrontation von 1969 und der chinesisch-amerikanischen Annäherung von 1971/72 eher von drei Systemblöcken gesprochen, s. Mark Atwood Lawrence: The Rise and Fall of Nonalignment. In: Robert J. McMahon (Hrsg.): *The Cold War in the Third World*. New York: Oxford University Press 2013, S. 139–155, hier S. 140; Yafeng Xia / Chris Tudda: Beijing, 1972. In: Kristina Spohr / David Reynolds: *Transcending the Cold War. Summits, Statecraft, and the Dissolution of Bipolarity in Europe, 1970–1990*. Oxford: Oxford University Press 2016, S. 43–66, hier S. 60–1; Robert J. McMahon: On the

Indien und Pakistan kamen in dieser globalen Ost-West-Konfrontation zum Teil diametral entgegengesetzte Rollen zu. Bereits unter ihrem ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer verfolgte die BRD eine konsequente Westbindung. Auch Pakistan war durch seine Mitgliedschaft in der South East Asia Treaty Organization (SEATO) und der Central Treaty Organisation (CENTO) ein wichtiger Verbündeter der USA.[12] Die DDR hingegen gehörte unter Führung der SED-Regierung dem sowjetisch dominierten sozialistischen Staatenbündnis an. Indien wiederum galt als Führungsmacht in der „Bewegung Bündnisfreier Staaten“[13], die sich weder dem westlichen noch dem östlichen System zurechnen ließen.

Ähnlich wie in Mitteleuropa und Südasien kam es im Laufe des Jahres 1971 auch auf Ebene der Großmächte zu einer entscheidenden Weichenstellung, die zwar weniger die deutsch-deutsche Entspannung, dafür aber umso mehr den Konflikt auf dem indischen Subkontinent beeinflussen sollte. Befeuert vor allem durch den ideologischen Streit um die sowjetische Entstalinisierung, hatten die Sowjetunion und die Volksrepublik (VR) China sich in den Jahren zuvor ent-

---

Periphery of a Global Conflict: India and the Cold War, 1947–1991. In: Andreas Hilger / Corinna Unger (Hrsg.): *India in the World since 1947*, S. 276–299, hier S. 288.

12 Ebd., S. 282; Tony Smith: New Bottles for New Wine: A Pericentric Framework for the Study of the Cold War. In: *Diplomatic History* 24,4 (2000), S. 567–591, hier S. 580–1.

13 Zur begrifflichen Abgrenzung schreibt Jürgen Dinkel: „[F]ür das Phänomen der Bündnisfreiheit ebenso wie für die Bewegung Bündnisfreier Staaten existieren zahlreiche Bezeichnungen. Schon die Regierungen bündnisfreier Staaten selbst verwendeten unterschiedliche Begrifflichkeiten zur Charakterisierung ihrer Außenpolitik. Im deutschen Sprachgebrauch etablierte sich in der DDR in Anlehnung an die offizielle deutschsprachige Bezeichnung der Vereinten Nationen der Begriff ‚Nichtpaktgebundenheit‘ im Hinblick auf das Phänomen der Bündnisfreiheit. In der BRD nutzen Journalisten, Wissenschaftler und Politiker hingegen in der Regel den Begriff der ‚Blockfreiheit‘. Beide Bezeichnungen reduzieren die bündnisfreie Politik allerdings auf ihre Distanz zu den Militärpakten des Kalten Krieges, während sie andere Facetten weglassen. Sie legen damit eine Deutung der Bewegung als Produkt des Ost-West-Konfliktes nahe [...]. [D]er Begriff der ‚Bündnisfreiheit‘ [...] erscheint als eine angemessenere Übersetzung des von den Bündnisfreien im Englischen verwendeten Begriffs des ‚Non-Alignment‘ zur Bezeichnung ihrer Politik. Unter einer ‚non-aligned-policy‘ verstanden die Regierungen bündnisfreier Staaten eine Politik, die nicht nur die Überwindung der Militärpakte des Kalten Krieges, sondern grundsätzlich die vollständige Unabhängigkeit ihrer Staaten, die möglichst durch keine Bündnisse eingeschränkt sein sollte, zum Ziel hatte. Dieser Kern einer bündnisfreien Außenpolitik kommt im Begriff der Bündnisfreiheit deutlicher als in den geläufigen deutschen Bezeichnungen zum Ausdruck und zugleich legt er weniger stark eine wertende Bedeutung der Bewegung fest.“ S. Jürgen Dinkel: *Die Bewegung Bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik (1927–1992)*. Berlin / München / Boston: Walter de Gruyter 2015, S. 21–2. In der vorliegenden Studie wird dieser Argumentation gefolgt.

fremdet und waren 1969 auch bewaffnet aneinandergeraten.[14] Noch gestattete die Pekinger Führung der UdSSR aber, die Nordvietnamesen über chinesisches Territorium im Kampf gegen Südvietnam und vor allem gegen die USA zu unterstützen.

Letztere verloren zu diesem Zeitpunkt zunehmend die Kontrolle über den Krieg in Südostasien. Der innenpolitische Druck auf die Administration des neu gewählten US-Präsidenten Richard Nixon und seines Nationalen Sicherheitsberaters Henry A. Kissinger, die blutige und von der US-amerikanischen Bevölkerung zunehmend moralisch angezweifelte Beteiligung am Vietnamkrieg zu beenden, war gewaltig. Einen Ausweg sahen sie in der Aussöhnung mit der VR China, die daraufhin die sowjetische Rüstungshilfe an Nordvietnam unterbinden würde. Und den Schlüssel nach Peking wiederum suchten Nixon und Kissinger beim gemeinsamen Freund Pakistan.[15]

Tatsächlich erwies sich die pakistanische Regierung unter General Yahya Khan zum Jahreswechsel 1970/71 als zuverlässiger Makler der amerikanisch-chinesischen Annäherung. Die pakistanische Zentralregierung verlangte hierfür aber auch einen gewissen Preis: Sie erwartete die Unterstützung Washingtons im brutalen Umgang mit dem abtrünnigen Ostflügel des Landes und gegen den verhassten Nachbarn Indien. Um die pakistanische Vermittlerrolle gegenüber der VR China nicht zu gefährden, kam Präsident Nixon dieser Bitte Yahya Khans nach und stimmte der Lieferung weiterer Rüstungsgüter nach Pakistan zu. Durch diese amerikanisch-pakistanische Kollusion mit Peking wurde das bis dahin betont bündnisfreie Indien nun in die Arme Moskaus getrieben. Am 9. August 1971 unterzeichneten Indien und die Sowjetunion einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit.“[16]

---

14 Jian Chen: Mao’s China and the Cold War. Chapel Hill: University of North Carolina Press 2001, S. 65; Guha: India after Gandhi, S. 456; Srinath Raghavan: Between Regional and Global Interests: The Indo-Soviet Treaty of 1971. In: Andreas Hilger / Corinna Unger (Hrsg.): *India in the World since 1947*, S. 326–345, hier S. 332; s. auch Srinath Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*. Cambridge / London: Harvard University Press 2013, S. 110.

15 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 85; Odd Arne Westad: *The Cold War. A World History*. London: Allen Lane 2017, S. 406; Guha: *India after Gandhi*, S. 459; Rüdiger v. Dehn: Der lange Weg ins „Reich der Mitte“. Amerikanischer Einfluss im indisch-pakistanischen Krieg vom Dezember 1971. In: Sebastian Buciak / Rüdiger v. Dehn (Hrsg.): *Indien und Pakistan – Atommächte im Spannungsfeld regionaler und globaler Veränderungen. Beiträge zur Außen- und Sicherheitspolitik Südasiens*. Berlin: Dr. Köster 2010, S. 119–132, hier S. 121.

16 Dennis Kux: *The United States and Pakistan, 1947–2000. Disenchanted Allies*. Washington: Johns Hopkins University Press 2001, S. 183; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 84; Richard Sisson / Leo E. Rose: *War and Secession. Pakistan, India, and the Creation of Bangladesh*. Berkeley / Los Angeles / Oxford: University of California Press 1991, S. 198.

Im Konflikt um Ostpakistan, der mit offiziellem Kriegseintritt Indiens zum Dritten Indisch-Pakistanischen-Krieg werden sollte, standen sich Anfang Dezember 1971 also die ostpakistanischen Unabhängigkeitskämpfer, Indien und die Sowjetunion einerseits und die pakistanische Zentralregierung, die USA und die VR China andererseits gegenüber.[17] Nixon und Kissinger war daran gelegen, den neu gewonnenen Partnern in Peking ihre Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen. Zur Abschreckung vor allem Indiens entsandten sie ein Flugzeugträgergeschwader in den Golf von Bengalen. Die sowjetische Antwort ließ nicht lange auf sich warten: Von Wladiwostok aus starteten mehrere Atom-U-Boote Richtung Süden.[18] Diese Drohgebärden kamen allerdings zu spät. Innerhalb von nur zwei Wochen konnte die indische Armee den Krieg für sich entscheiden und Ostpakistan wurde als Bangladesch zu einem unabhängigen Staat – das bedeutendste geopolitische Ereignis in Südasien seit der Unabhängigkeit der Nachfolgestaaten Britisch-Indiens.[19]

Die dargestellten Zusammenhänge zeigen: Der Bangladeschkrieg markierte 1971 nicht nur einen Schlüsselmoment in einem Konflikt dreier Atommächte, sondern mit der amerikanisch-chinesischen Annäherung und dem indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag bedeutete er auch einen Wendepunkt im Kalten Krieg.

Bundesrepublik und DDR verfolgten im Bangladeschkrieg eigene und von ihren jeweiligen Schutzmächten in Washington und Moskau divergierende Interessen. Trotz (und gerade wegen) der Entspannungspolitik der Regierung Brandt rang die DDR Anfang der 1970er Jahre weiterhin um ihre internationale Anerkennung – insbesondere durch das die bündnisfreien Staaten anführende Indien.[20] Durch eine indische DDR-Anerkennung erhoffte man sich eine Art „Domino-

17 Willem van Schendel: *A History of Bangladesh*. New York: Cambridge University Press 2009, S. 169.

18 Robert J. McMahon: *Cold War on the Periphery. The United States, India and Pakista*n. New York: Columbia University Press 1994, S. 345; Das Gupta: Südasien und der Wettbewerb der Supermächte 1954–1972, S. 244–5; v. Dehn: Der lange Weg ins „Reich der Mitte". Amerikanischer Einfluss im indisch-pakistanischen Krieg vom Dezember 1971, S. 129–130; Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 262–4; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 251.

19 Ebd., S. 4.

20 Vgl. Lawrence: The Rise and Fall of Nonalignment, S. 141. Zur prägenden Rolle des ersten indischen Premierministers, Jawaharlal Nehrus, bei der Gründung der Bewegung Bündnisfreier Staaten, s. Nataša Mišković: Introduction. In: Nataša Mišković / Harald Fischer-Tiné / Nada Boškovska (Hrsg.): *The Non-Aligned Movement and the Cold War. Delhi – Bandung – Belgrade*. London / New York: Routledge 2014, S. 1–18, hier S. 4–6; Lorenz M. Lüthi: Non-Alignment, 1961–74. In: Sandra Bott / Jussi M. Hanhimäki / Janick Marina Schaufelbuehl / Marco Wyss (Hrsg.): *Neutrality and Neutralism in the Global Cold War. Between or Within the Blocs?* Abingdon: Routledge 2017, S. 90–107, hier S. 90; McMahon: On the Periphery of a Global Conflict: India and the Cold War, 1947–1991, S. 286.

effekt“ in anderen Ländern der Dritten Welt, die die DDR dann ebenfalls anerkennen würden.[21] Im Vertrauen darauf, die indische Regierung würde dieses Wohlverhalten endlich durch die seit Jahrzehnten ersehnte Anerkennung honorieren, stellte die Ost-Berliner Führung sich daher bald klar auf die Seite Indiens bzw. der ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung.[22] Teilweise ging sie dabei über die Moskauer Vorgaben hinaus. Der Wunsch der DDR-Führung, sich die indische Unterstützung zu sichern, drohte an dieser Stelle den sowjetischen Führungsanspruch zu durchbrechen.[23] Deutlich weniger als in der DDR war man in der Sowjetunion dazu bereit, eine internationale Eskalation des ursprünglich rein innerpakistanischen Konflikts in Kauf zu nehmen – dort hätte man vielmehr allein auf eine Intervention der USA und der VR China reagiert.[24]

Mindestens ebenso galt dies für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinigten Staaten. Anders als US-Präsident Richard Nixon war Bundeskanzler Willy Brandt nicht gewillt, die von der pakistanischen Armee an der ostbengalischen Zivilbevölkerung verübten Massaker hinzunehmen. Außerdem fürchtete die Bundesregierung, die Aufrechterhaltung ihres Alleinvertretungsanspruchs in Indien zu gefährden, wenn sie Pakistan offen in einem Konflikt unterstützte, in dem die DDR-Führung sich klar an die Seite Indiens stellte. Andererseits konnte Brandt der US-amerikanischen Linie auch nicht allzu deutlich zuwiderhandeln, war er doch auf die Rückendeckung Washingtons für seine Ostpolitik unbedingt angewiesen.[25] Die Bundesregierung verhängte also ein Waffenembargo

---

21 Hermann Wentker: *Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989*. München: Oldenbourg 2007, S. 287; Johannes H. Voigt: *Die Indienpolitik der DDR. Von den Anfängen bis zur Anerkennung (1952–1972)*. Köln / Weimar / Wien: Böhlau 2008, S. 1; vgl. auch End: *Zweimal deutsche Außenpolitik*, S. 39; Werner Kilian: *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien*. Berlin: Duncker & Humblot 2001, S. 33.

22 In der chronologischen Darstellung der Ereignisse in Südasien wird im Folgenden bis zur Jahreswende 1971/72 der Begriff „Ostpakistan“ verwendet und danach erst „Bangladesch“. Übergeordnet (und angesichts der gegensätzlichen indisch-pakistanischen Positionen in diesem Konflikt neutral) wird mitunter aber auch von „Ostbengalen“ die Rede sein.

23 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 656, 659.

24 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 318; vgl. hierzu auch Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 122.

25 Benedikt Schoenborn / Gottfried Niedhart: Erfurt and Kassel, 1970. In: Kristina Spohr / David Reynolds (Hrsg.): *Transcending the Cold War. Summits, Statecraft, and the Dissolution of Bipolarity in Europe, 1970–1990*. Oxford: Oxford University Press 2016, S. 15–42, hier S. 35; Amit Das Gupta: India and Ostpolitik. In: Carol Fink / Bernd Schaefer (Hrsg.): *Ostpolitik, 1969–1974. European and global responses*. Washington D.C.: Cambridge University Press 2009, S. 163–181, hier S. 174–5.

sowohl gegen Pakistan als auch gegen Indien. Dahinter standen neben idealistischen auch realpolitische Überlegungen: Die indische Premierministerin Indira Gandhi hatte zuvor unverhohlen damit gedroht, sofort die DDR anzuerkennen, sollte sie auch nur einen einzigen westdeutschen Panzer in Pakistan sehen.[26]

Im Bangladeschkrieg als zunächst innerpakistanischem, dann südasiatischem und später globalem Konflikt trafen 1971 demnach ganz unterschiedliche regionale und globale Konfliktfelder aufeinander: Einerseits die deutsch-deutsche Auseinandersetzung mit dem übergeordneten Ziel einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen, andererseits eine militärische Konfrontation zwischen Indien und Pakistan, die die Spaltung Pakistans und Gründung Bangladeschs zur Folge haben sollte und drittens und zuletzt eine fundamentale Verschiebung der Machtverhältnisse des globalen Kalten Krieges,[27] als die USA zum ersten Mal mit der vormals mit der UdSSR verbündeten VR China paktierten, woraufhin die indische Regierung sich wiederum an die UdSSR wandte.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen also jeweils unterschiedliche nationale Interessen in zwei miteinander verquickten regionalen Konfliktfeldern vor dem Hintergrund des globalen Kalten Krieges. Die Gegenüberstellung zweier zeitlich paralleler, aber gegenläufiger Bewegungen (deutsch-deutsche Entspannungspolitik bzw. pakistanische Teilung unter Mitwirkung Indiens) illustriert, welche Handlungsspielräume die vermeintlichen Spielbälle des Ost-West-Konflikts tatsächlich besaßen.

1.2 Fragestellung, Relevanz und Forschungsstand

> Gerade dort, wo sich die Spannungsfelder von Nord-Süd und Ost-West überschneiden, ist die Lage am explosivsten.
> *Willy Brandt*[28]

Bereits aus diesem knappen historischen Abriss ergeben sich zahlreiche Fragen: Welche Bedeutung hatte die südasiatische „Krise von 1971“[29] für das

---

26 Amit Das Gupta: *Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin. Die deutsche Südasienpolitik unter Adenauer und Erhard 1949–1966*. Husum: Matthiesen 2004, S. 457.

27 „It was an earthquake in the Cold War landscape and meant that the Eastern bloc no longer stood firm against the West“, s. Margaret Macmillan: *Nixon and Mao. The Week that Changed the World*. New York: Random House 2007, S. xvi–xvii.

28 Willy Brandt: *Erinnerungen*. Frankfurt a. M.: Propyläen 1989, S. 439.

29 Christian Wagner: *Die „verhinderte“ Großmacht? Die Außenpolitik der Indischen Union, 1947–1998*. Baden-Baden: Nomos 2005, S. 188; vgl. David C. Engerman: How Nixon and Kissinger

Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander und für ihr Verhältnis zu Indien, Pakistan und Bangladesch? Wie änderten sich die Beziehungen von BRD und DDR zu Indien und Pakistan nach dem Krieg? Wie reagierte das junge Bangladesch auf die unterschiedlichen Haltungen von Bundesrepublik und DDR im Zusammenhang mit seiner Entstehung? Inwiefern war die Haltung der DDR im Bangladeschkrieg 1971 ausschlaggebend für ihre Anerkennung durch Indien im folgenden Jahr? War die Tatsache, dass die indische Regierung die DDR-Führung auf Bonner Drängen Anfang 1972 zunächst noch weiter vertröstete, ein Ergebnis der Hallstein-Doktrin? War die Regierung Brandt im „deutsch-deutschen Kalten Krieg“[30] in Südasien insofern vielleicht erfolgreicher als die Nixon-Administration im globalen Ost-West-Konflikt, dessen Partner Pakistan 1971 gegen Indien unterlag? Schließlich: Was sagt die Haltung der beiden deutschen Staaten im Bangladeschkrieg 1971 über ihr Verhältnis zu Washington bzw. Moskau aus?

Angesichts dieser vielfältigen Verflechtungen und einzelstaatlichen Interessen sollen in der vorliegenden Arbeit die Veränderungen in den Beziehungen von Bundesrepublik Deutschland und DDR zu den beiden bzw. drei am Bangladeschkrieg beteiligten südasiatischen Staaten untersucht werden. Dreh- und Angelpunkt der Betrachtung ist der historische Schlüsselmoment, als aus zwei Staaten auf dem indischen Subkontinent drei wurden und die beiden deutschen Staaten sich einigten, zwei Staaten einer Nation zu sein. Gerade das bündnisfreie Indien und die blockgebundenen BRD und DDR, die unterschiedliche und im globalen Spannungsfeld zwischen USA und Sowjetunion nur scheinbar klare Rollen zu erfüllen hatten, verfolgten in diesem südasiatischen Konflikt Anfang der 1970er Jahre eigene nationale Interessen, die sie trotz (oder aber gerade wegen) des Gegensatzes der großen Systemblöcke des Kalten Krieges durchzusetzen vermochten.

Für die Bundesrepublik wie für die DDR galt im Bangladeschkrieg jedenfalls, dass ihr spannungsvolles Verhältnis zueinander die Einordnung der beiden Staaten in die ihnen nach der Logik des Kalten Krieges zugewiesenen Rollen zeitweise vergessen machte. Und damit ist die These dieser Arbeit umrissen: Die jeweilige Südasienpolitik der beiden deutschen Staaten war im Bangladeschkrieg derart auf- und gegeneinander bezogen, dass sie die Bipolarität des Kalten Krieges teilweise durchbrachen. Bundesrepublik und DDR verfolgten im Bangladeschkrieg dezidiert nationalstaatliche Eigeninteressen, die sich deutlich von denen ihrer vermeintlichen außenpolitischen Vorbilder beiderseits des Eisernen

---

Aided Genocide in Bangladesh. In: *The Chronicle of Higher Education*, 07.10.2013. http://chronicle.com/article/How-NixonKissinger-Aided/142111/ (Zugriff am 08.10.2018).

30 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 4.

Vorhangs unterschieden. Zwar bestimmte die UdSSR weiterhin die Rahmenbedingungen, die DDR-Außenpolitiker verfügten jedoch auch über eigenständige Handlungsmöglichkeiten. Im Vergleich dazu besaß die Bundesregierung einen deutlich größeren diplomatischen Spielraum und konnte von der Südasienpolitik der USA erheblich abweichen. Um diese These zu belegen, kontrastiert die vorliegende Untersuchung die deutsch-deutsche Annäherung mit der weiteren indisch-pakistanischen Entfremdung in einem Moment, in dem die Welt angespannt wie selten nach Südasien blickte.

Theoretische Einbettung: Die Cold War Studies

Im Jahr 1971 traf die westdeutsche Neue Ostpolitik auf den südasiatischen Bangladeschkrieg, infolgedessen Pakistan geteilt und Bangladesch zu einem unabhängigen Staat werden sollte. Nach jahrzehntelangem Ringen stand die DDR in Südasien kurz vor der ersehnten diplomatischen Anerkennung, die die Bundesregierung während der deutsch-deutschen Verhandlungen noch hinauszuzögern versuchte. Spezifische und dezidiert unvereinbare deutschlandpolitische Interessen der beiden deutschen Staaten trafen 1971 auf einen indischen Subkontinent im Umbruch. Mit den Jahren 1971/72 wird demnach ein Kulminationspunkt deutsch-deutsch-südasiatischer Verflechtungsgeschichte vor dem Hintergrund des global wütenden Kalten Krieges untersucht.

Der Ost-West-Konflikt begann mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa, in der Auseinandersetzung der Alliierten um das besiegte Deutschland. Das Schicksal der beiden deutschen Staaten war seit jeher eng mit dem Kalten Krieg verbunden und ihre Rolle darin ist in der historischen Forschung immer wieder neu überprüft und bewertet worden.[31] Die deutsche Zweistaatlichkeit selbst ist ohne die Systemkonfrontation des Ost-West-Konflikts nicht denkbar und auch die bundesrepublikanische Hallstein-Doktrin war Ausdruck des Kalten Krieges.[32] Die wechselhaften Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu den Ländern des indischen Subkontinents waren ebenfalls stets flankiert durch das

---

31 Frederico Romero: Cold War Historiography at the Crossroads. In: *Cold War History* 14,4 (2014), S. 685–703, hier S. 697; zuletzt etwa Agnes Bresselau v. Bressensdorf / Elke Seefried / Christian F. Ostermann (Hrsg.): *West Germany, the Global South and the Cold War* und Angela Abmeier: *Kalte Krieger am Rio de la Plata? Die beiden deutschen Staaten und die argentinische Militärdiktatur (1976–1983)*. Düsseldorf: Droste 2017.

32 Christoph Nübel: Interview mit Hermann Wentker. Fünfter Teil der Reihe „Forschung zum Kalten Krieg – eine Bestandsaufnahme.“ In: *Portal Militärgeschichte*, 18.07.2016. http://portal-militaergeschichte.de/wentker_interview (Zugriff am 08.10.2018).

Handeln von USA und Sowjetunion als den beiden Hauptakteuren des globalen Kalten Krieges.

Die europäische Entspannungspolitik (die sog. „Détente“) markierte in den frühen 1970er Jahren den Anfang vom Ende des Ost-West-Konflikts. Die sozialistischen Eliten machten ihrer Bevölkerung gegenüber in der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1975 in Helsinki Zugeständnisse und Versprechen vor allem zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die in den Folgejahren mit immer größerer Vehemenz eingefordert werden würden.[33] So wie der Kalte Krieg seinen Anfang in Deutschland genommen hatte, so findet sich auch der Kern dieser transatlantischen Entspannung in der Neuen Ostpolitik der Regierung Willy Brandt. Erneut war das deutsch-deutsche Schicksal also wegweisend für globale Entwicklungen.[34]

Spätestens mit dem Mauerbau im August 1961 schienen die Fronten zwischen Ost und West in Europa zudem eindeutig geklärt. Es würde dort realistischerweise keine territorialen Verschiebungen oder einen Lagerwechsel mehr geben, ohne dass dies zwangsläufig eine direkte Konfrontation zwischen Moskau und Washington bedeutet hätte. Zunehmend verlegten die beiden Supermächte ihre gegeneinander gerichteten Aktivitäten daraufhin in Staaten der sog. „Dritten Welt“.[35]

---

33 Bresselau v. Bressensdorf / Seefried: Introduction. West Germany and the Global South in the Cold War Era, S. 16; Romero: Cold War historiography at the crossroads, S. 700; Poul Villaume / Rasmus Mariager / Helle Porsdam: Introduction. The ‚Long 1970s‘: New Perspectives on an Epoch-Making Decade. In: Dies. (Hrsg.): *The ‘Long 1970s’: Human Rights, East-West Détente and Transnational Relations*. Abingdon: Routledge 2016, S. 2; Oliver Bange: *Sicherheit und Staat. Die Bündnis- und Militärpolitik der DDR im internationalen Kontext 1969 bis 1990*. Berlin: Christoph Links 2017, S. 258; ähnlich bereits Wentker: *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 9.

34 Bresselau v. Bressensdorf / Seefried: Introduction. West Germany and the Global South in the Cold War Era, S. 13; Hermann Wentker in Nübel: Interview mit Hermann Wentker; Bernd Greiner: Bringing the Cold War Back Home. In: Agnes Bresselau v. Bressensdorf / Elke Seefried / Christian F. Ostermann (Hrsg.): *West Germany, the Global South and the Cold War*, S. 211–220, hier S. 219; zur Bedeutung der Neuen Ostpolitik für das Ende des Ost-West-Konflikts, s. auch Schoenborn / Niedhart: Erfurt andKassel, 1970, S. 17.

35 Romero: Cold War Historiography at the Crossroads, S. 697; Robert J. McMahon: Heiße Kriege im Kalten Krieg. In: Bernd Greiner / Christian Th. Müller / Dierk Walter: *Heiße Kriege im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg*, Bd. 1. Hamburg: Hamber Edition 2006, S. 16–34, hier S. 19; in diesem Sinne aber auch schon Volker Matthies: *Blockfreiheit als Sicherheitspolitik. Die Bewegung der Blockfreien als „größte Friedensbewegung der Geschichte“?* München: Weltforum 1983, S. 29. Anders als seine heute negative Konnotation vermuten lässt, war der Ausdruck „Dritte Welt“ zur Zeit seiner Einführung während des Kalten Krieges keine herablassende und entwertende Fremdbezeichnung von Entwicklungsländern durch vermeintlich überlegene Industrienationen, sondern die ehemaligen Kolonien nahmen ihre Rolle als Vertreter eines unabhängigen

Paradoxerweise bedeutete der Kalte Krieg dadurch für Europa eine der längsten Friedensperioden der jüngeren Geschichte des Kontinents, in Asien, Afrika, dem Nahen Osten und Teilen Lateinamerikas aber ging er mit beispielloser Gewalt einher. Fast alle dort entstehenden Konflikte wurden durch den Kalten Krieg der Supermächte beeinflusst, indem diese die lokalen Akteure entweder unterstützten oder ihnen Grenzen aufzeigten und die Auseinandersetzungen in der Dritten Welt dadurch intensivierten, verlängerten und internationalisierten (vgl. Korea, Vietnam und Afghanistan, um nur die bekanntesten Beispiele zu nennen).[36] In der Forschung zum Kalten Krieg – den sog. „Cold War Studies" – werden diese Kriege in der Dritten Welt deshalb als „heiße Kriege" des Kalten Krieges bezeichnet.[37]

Oftmals wurde der Kalte Krieg demnach außerhalb Europas auf dem Rücken von Drittländern ausgetragen. Als wertvolle Instrumente zur Durchsetzung geostrategischer Interessen waren die Entwicklungsländer von den beiden Lagern des Kalten Krieges allerdings auch heftig umworben – ein Umstand, den diese Länder schnell erkannten und sich zu Nutze machten. Anstatt selbst zum Spielball zu werden, gelang es dadurch einigen bündnisfreien Staaten im Kalten Krieg, die Supermächte mit ihrer Paranoia vor vermeintlichem Einfluss ihres jeweiligen Antagonisten gegeneinander auszuspielen.[38] Der Kalte Krieg schuf so für ver-

---

dritten Weges in die Zukunft vielmehr durchaus aktiv und bewusst an. S. Odd Arne Westad: Epilogue: The Cold War and the Third World. In: Robert J. McMahon (Hrsg.): *The Cold War in the Third World*. New York: Oxford University Press 2013, S. 208–219, hier S. 208. Auch in der vorliegenden Studie wird die Bezeichnung „Dritte Welt" verwendet. Dies ist keinesfalls als Abwertung der jeweiligen Staaten, sondern als historischer Fachbegriff des Kalten Krieges zu verstehen.

36 Robert J. McMahon: Introduction. In: Ders. (Hrsg.): *The Cold War in the Third World*. New York: Oxford University Press 2013, S. 1–10, hier S. 6–7. Schätzungen zufolge fielen zwischen 1945 und 1990 20 Mio. Menschen Kriegen in der Dritten Welt zum Opfer, s. Romero: Cold War Historiography at the Crossroads, S. 693; Klaas Voß: Interview mit Bernd Greiner. Erster Teil der Reihe „Forschung zum Kalten Krieg – eine Bestandsaufnahme." In: *Portal Militärgeschichte*, 13.06.2016, http://portal-militaergeschichte.de/greiner_interview (Zugriff am 08.10.2018). Gerade Südasien wurde bald zu einem wichtigen Testfeld im gegeneinandergerichteten Ringen der Großmächte um Einfluss in der Dritten Welt. S. David C. Engerman: South Asia and the Cold War. In: Robert J. McMahon (Hrsg.): *The Cold War in the Third World*. New York: Oxford University Press 2013, S. 67–84, hier S. 68.

37 Smith: New Bottles for New Wine, S. 582; Bernd Greiner: Kalter Krieg und „Cold War Studies." In: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11.02.2010, http://docupedia.de/zg/Cold_War_Studies?oldid=84591 (Zugriff am 08.10.2018).

38 Bresselau v. Bressensdorf / Seefried: Introduction. West Germany and the Global South in the Cold War Era, S. 8; McMahon: Heiße Kriege im Kalten Krieg, S. 30; Lawrence: The Rise and Fall of Nonalignment, S. 141; Robert J. McMahon: Agency, Structure, and Interdependence: Reflections on the Regional and Global Cold Wars. In: Lorenz M. Lüthi (Hrsg.): *The Regional Cold Wars in Europe, East Asia, and the Middle East. Crucial Periods and Turning Points*. Washington, D.C.:

meintlich schwache und passive Rezipienten von Blockinteressen unerwartete Freiräume, die diese nutzen konnten, wodurch sie zu aktiven und mitunter manipulativen Akteuren des Weltgeschehens wurden.

Relevanz und Wirkmacht von Konflikten und Transformationen in der Dritten Welt während des Kalten Krieges sind also nicht zu unterschätzen. Diese Erkenntnis hat mittlerweile auch Eingang in die historische Forschung gefunden, die die zwischen den Blöcken stehenden Staaten der Dritten Welt nun zunehmend nicht mehr nur als „Verhandlungsmasse der Hegemonialmächte", sondern als eigenständige Akteure begreift.[39] Inzwischen wird der Kalte Krieg demzufolge weniger als Periode monolithischer Bipolarität wahrgenommen, sondern als eine Epoche, die ganz unterschiedliche und miteinander verzahnte Konflikte und Entwicklungen umfasste. Die bislang vorherrschende bipolare Perspektive auf den Ost-West-Konflikt wird insofern um eine multipolare ergänzt.[40]

Die Cold War Studies stehen nun also vor der Herausforderung, sich vermehrt der Peripherie des Kalten Krieges zu widmen und die Nebenakteure dieses globalen Konflikts in den Fokus zu rücken. Die Bedeutung des Kalten Krieges für die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist dabei zwar herauszustellen, nicht ohne jedoch gleichzeitig auch die Grenzen dieses Erklärungsmusters aufzuzeigen.[41] Insbesondere solche Untersuchungen, die Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt miteinander zu verknüpfen versuchen, eröffnen außerdem die Möglichkeit, die Cold War Studies auch postkolonial zu erweitern.[42]

Auch die vorliegende Untersuchung behandelt ausdrücklich nicht die Hegemonen der jeweiligen großen Systemblöcke als vermeintlich wichtigste Protagonisten des Kalten Krieges, sondern insbesondere die verflochtenen Geschichten von Bundesrepublik und DDR, Indien und Pakistan als Staaten an seiner Peri-

---

Woodrow Wilson Center Press 2015, S. 18–28, hier S. 24; Bernd Greiner bezeichnet dieses Phänomen als eine „Tyrannei der Schwachen", s. Greiner: Kalter Krieg und „Cold War Studies"; so auch bereits Smith: New Bottles for New Wine, S. 582.

39 Romero: *Cold War Historiography at the Crossroads*, S. 691; Greiner in Voß: Interview mit Bernd Greiner; Smith: New Bottles for New Wine, S. 571; Bresselau v. Bressensdorf / Seefried: Introduction. West Germany and the Global South in the Cold War Era, S. 8.

40 Romero: *Cold War Historiography at the Crossroads*, S. 685; Greiner: Kalter Krieg und „Cold War Studies"; McMahon: *Cold War on the Periphery. The United States, India and Pakistan bzw. The Cold War in the Third World*.

41 Greiner: Kalter Krieg und „Cold War Studies."; Lawrence D. Freedman: Frostbitten. Decoding the Cold War 20 years later. In: *Foreign Affairs* 89,2 (März/April 2010). http://www.foreignaffairs.com/articles/66033/ lawrence- d-freedman/frostbitten (Zugriff am 08.10.2018).

42 Christoph Nübel: Interview mit Sibylle Marti. Sechster Teil der Reihe „Forschung zum Kalten Krieg – eine Bestandsaufnahme." In: *Portal Militärgeschichte*, 01.08.2016. http://portal-militaergeschichte.de/marti_interview (Zugriff am 08.10.2018).

pherie. Indem sie eigenständige Berührungen und Verflechtungen zweier regionaler Konfliktfelder im nördlichen und südlichen Schatten des Kalten Krieges untersucht und dessen Tiefenwirkung weiter infrage stellt, knüpft die vorliegende Arbeit an aktuelle Debatten in den Cold War Studies an.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass – einer allgemeinen Tendenz in der Geschichtswissenschaft folgend – in letzter Zeit vor allem kultur- und gesellschaftswissenschaftliche Fragestellungen zum Kalten Krieg bearbeitet werden, während Themen der klassischen Diplomatiegeschichte wie die vorliegende Untersuchung, zumal in Deutschland, weniger Aufmerksamkeit erfahren. Es herrscht zudem ein Mangel an Arbeiten, deren Anspruch es ist, „den Kalten Krieg in eine moderne Geschichte der internationalen Beziehungen einzuordnen."[43] Indem sie die deutsch-deutschen Beziehungen im durch den Kalten Krieg stark beeinflussten Bangladeschkrieg von 1971 analysiert, will die vorliegende Studie auch diesem Desiderat begegnen.

Wissenschaftlicher Diskurs: Bundesrepublik und DDR in Südasien

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der deutsch-deutschen Teilung als wesentlichem Bestandteil der nationalen Zeitgeschichte und Genese der deutschen Gegenwart hat hierzulande derzeit Konjunktur. Ganz anders sieht es mit der deutschsprachigen Forschung zur südasiatischen Zeitgeschichte[44] und insbesondere zum Bangladeschkrieg aus. Mit Ausnahme von Anubha Chatterjees Studie *Indiens Politik während des letzten indisch-pakistanischen Krieges (Dezember 1971) und seine Rolle bei der Entstehung von Bangladesch* aus dem Jahre 1992 stellt die vorliegende Arbeit die erste deutschsprachige Monografie seit 1972 dar, die sich explizit mit diesem südasiatischen Konflikt befasst. Dabei eröffnet gerade der deutsch-deutsche Blick eine Perspektive auf den Bangladeschkrieg, die auch von ausgewiesenen Experten des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges bislang kaum beachtet wurde:[45] Das globale Agieren der Ostbengalen selbst, die von März bis November 1971 ähnlich wie die viel prominenter beachtete indische Pre-

43 Hermann Wentker in Nübel: Interview mit Hermann Wentker.
44 Zuletzt lediglich Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht? Die Außenpolitik der indischen Union, 1947–1998* und Corinna R. Unger: *Entwicklungspfade in Indien. Eine internationale Geschichte 1947–1980*. Göttingen: Wallstein 2015.
45 Zum aktuellen Stand der Forschung zum Bangladeschkrieg aus den jeweils unterschiedlichen Narrativen Pakistans, Bangladeschs und Indiens, s. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 5–6. Fast zeitgleich erschien außerdem Gary J. Bass: *The Blood Telegram: Nixon, Kissinger, and a Forgotten Genocide*. New York: Knopf 2013.

mierministerin Indira Gandhi auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs um Unterstützung für ihre Sache warben.[46]

Ohne sie dabei in den größeren Zusammenhang des globalen Kalten Krieges zu stellen, haben einige relevante Aspekte, wie etwa die von der Bundesrepublik an Indien geleistete Entwicklungshilfe bereits erste wissenschaftliche Beachtung gefunden.[47] Diese war für die deutsch-deutsche Außenpolitik jener Jahre von herausragender Bedeutung. Während DDR-Politiker Staaten der Dritten Welt durch Gewährung umfangreicher Entwicklungshilfe zur Anerkennung entgegen der bundesrepublikanischen Hallstein-Doktrin zu bewegen suchten, war die Bundesregierung darum bemüht, gerade dies durch Zahlung noch größerer Summen an dieselben Staaten zu verhindern. Es kann also durchaus von einem „Entwicklungshilfe-Wettrüsten“ gesprochen werden, das den Umgang von Bundesrepublik und DDR mit Entwicklungsländern in der Ära der Hallstein-Doktrin prägte. Als führender bündnisfreier Staat wurde Indien von BRD und DDR besonders umworben. Viele andere Bereiche der deutsch-deutsch-südasiatischen Beziehungen – vor allem die Beziehungen der DDR zu Pakistan – sind demgegenüber bislang kaum historisch aufgearbeitet worden.

Insbesondere an zwei in den letzten Jahren erschienene Monografien kann diese Studie anknüpfen, sie verknüpfen und fortschreiben: *Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin. Die deutsche Südasienpolitik unter Adenauer und Erhard 1949–1966* von Amit Das Gupta (2004) und Johannes Voigts *Die Indienpolitik der DDR. Von den Anfängen bis zur Anerkennung* (2008).[48] Wie ihre Titel vermuten lassen, behandeln beide die deutsch-deutsch-südasiatischen Beziehungen während der ersten Hälfte des Kalten Krieges, nicht jedoch die Zeit nach Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Dezember 1972 (dem endgültigen Ende der Hallstein-Doktrin) und der Unabhän-

---

46 Zu dieser Forschungslücke, s. Iftekhar Iqbal: Review of Srinath Raghavan. 1971. A Global History of the Creation of Bangladesh. In: *The American Historical Review* 119,5 (2014), S. 1661–2.

47 Armin Grünbacher: *Reconstruction and Cold War in Germany. The Kreditanstalt für Wiederaufbau 1948–1961*. Burlington: Ashgate 2004; Unger: *Entwicklungspfade in Indien. Eine internationale Geschichte 1947–1980*.

48 Für zeitgenössische wissenschaftliche Untersuchungen, s. Siegfried Kupper: *Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern*, Bd. 3: Indien, Ceylon, Malediven. Bonn: DGAP 1970; Satish Chand Misra: *India and the GDR. A Critical Study of the Problem of Recognition (1954–1972)*. Berlin (Ost): Humboldt-Universität 1978 und Eberhard Schneider: *Die Außenpolitik der DDR gegenüber Südasien*. Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien 1978. Lesenswert sind außerdem die Zeitzeugenberichte von Herbert Fischer (*DDR – Indien. Ein Diplomat berichtet*. Berlin (Ost): Staatsverlag der DDR 1984) und Günter Diehl (*Die indischen Jahre. Erfahrungen eines deutschen Botschafters*. Frankfurt a. M.: Societäts-Verlag 1991).

gigkeit Bangladeschs im Jahre 1971. Sie widmen sich außerdem nur den Beziehungen jeweils eines der beiden deutschen Staaten nach Südasien.

Amit Das Gupta untersucht in seiner Dissertation die politischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Indien und Pakistan und endet 1966, also vor Ausbruch des Bangladeschkriegs. Der Deutschlandpolitik als bestimmendem Faktor der westdeutschen Südasienpolitik möchte er dabei ausdrücklich keinen „unangemessen hohe[n] Stellenwert" beimessen.[49] Einige sich abzeichnende Entwicklungen im Verhältnis der Bonner Republik zu Südasien, die ihre spätere Positionierung im Bangladeschkrieg erklären helfen, zeichnet Das Gupta dennoch bereits nach. So sei die Ausgangslage der Beziehungen zwischen Bundesrepublik und Indien durchaus positiv gewesen, zumal dem ersten Premierminister des unabhängigen Indiens, Jawaharlal Nehru, an einem wiedervereinigten (und dann hoffentlich ebenfalls bündnisfreien) Deutschland gelegen war, das dann seine Politik des „Non-Alignments" international unterstützen könnte. Entsprechenden indischen Annäherungsversuchen habe Adenauer sich jedoch widersetzt – aus Angst, die westliche Schutzmacht USA vor den Kopf zu stoßen, deren politischer Führung die von Nehru betriebene Politik der Bündnisfreiheit ein Dorn im Auge war. Auch das „ausgesprochen herzliche Verhältnis"[50] zwischen der Bundesrepublik und Pakistan sei in Indien argwöhnisch beobachtet worden.

Anders als Amit Das Gupta setzt Johannes Voigt sich in seiner Monografie ausdrücklich auch mit der Haltung der DDR im Bangladeschkrieg auseinander. Mit Herbert Fischer, dem damaligen Leiter der DDR-Handelsvertretung und ihrem späteren ersten Botschafter in Indien, ist Voigt der Meinung, „dass der springende Punkt hinsichtlich des Zeitpunktes der Normalisierung der Beziehungen [zwischen Indien und der DDR] in und um ‚Bangla Desh' zu finden" war.[51] Aus eben jenen Gründen, die man in Bonn fürchtete, bezog die DDR bald klar Stellung zum Unabhängigkeitskampf der ostpakistanischen Bevölkerung und empfing schon im Sommer 1971 den späteren Außenminister Bangladeschs in Ost-Berlin.[52]

Voigt beschreibt die regelrechte Kampagne, bestehend aus Ministerreisen auf den Subkontinent, positiver medialer Berichterstattung über Indien und kulturellen Aktivitäten, mit der das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA) Indien schon seit 1970 in seiner Haltung im sich damals überhaupt

49 Das Gupta: *Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin*, S. 22.
50 Ebd., S. 459.
51 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 648.
52 Ebd., S. 652.

erst abzeichnenden Konflikt um Ostpakistan unterstützte.[53] Letztlich bleibt die Haltung der DDR im Bangladeschkrieg für Voigt aber doch nur ein Baustein von vielen auf ihrem langen Weg zur Anerkennung durch Indien, der ihr dort zwar weitere Sympathien einbrachte, jedoch niemals zum Durchbruch verhalf. Seines Erachtens gab es nicht den einen entscheidenden Grund, der ausschlaggebend für die Anerkennung im Oktober 1972 wurde.[54]

Die vielleicht wichtigste und dichteste Studie zum Thema verfasste wiederum Amit Das Gupta mit seinem Aufsatz „India and Ostpolitik" erschienen in *Ostpolitik, 1969–1974: European and Global Responses*, herausgegeben von Carol Fink und Bernd Schaefer (2009). Das Gupta vollzieht hier die Haltung der indischen Regierung zur Deutschlandfrage nach, in der trotz der indischen Bündnisfreiheit bereits unter Nehru eine Tendenz zur Bonner Bundesregierung erkennbar gewesen sei. Der Ausbruch des Bangladeschkriegs stellte diese indische Bündnisfreiheit Das Gupta zufolge jedoch auf den Prüfstand; Indiens Rolle als neutraler und abwägender Beobachter der deutsch-deutschen Entwicklung wurde durch den sowjetisch-indischen Freundschaftsvertrag vom 9. August 1971 infrage gestellt, zumal man sich in Ost-Berlin bald klar auf Seiten der ostbengalischen Unabhängigkeitskämpfer und Indiens positionierte.[55]

Andererseits gelang es Willy Brandt ab Dezember 1971 sich nicht zuletzt in seiner Rolle als Friedensnobelpreisträger klar und zu Gunsten Indiens von der Nixon-Administration abzugrenzen, indem er die pakistanische Zentralregierung öffentlich vehement dazu aufforderte, den inhaftierten Anführer der ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung, Sheikh Mujibur Rahman, aus der westpakistanischen Haft zu entlassen. Der Regierung Indira Gandhi kam dies durchaus entgegen, da sie nach Kriegsende wieder glaubwürdig als bündnisfreier Staat zu erscheinen wünschte.[56] Insgesamt erkennt Das Gupta eine Präferenz der indischen Regierung für die Bundesrepublik, die er in einer kühlen ökonomischen Interessenabwägung indischer Politiker ebenso begründet sieht wie im geschickteren Verhandeln der Regierung Brandt.[57]

Voigt behandelt den Bangladeschkrieg und seine Bedeutung für die deutsch-deutschen Beziehungen auf und zum indischen Subkontinent bedeutend ausführlicher als Das Gupta, der den Konflikt in seinen Studien lediglich kursorisch streift. Beider Autoren Arbeit zum Bangladeschkrieg selbst fußt lediglich

53 Ebd., S. 636–7.
54 Ebd., S. 675.
55 Das Gupta: India and Ostpolitik, S. 171.
56 Ebd., S. 164.
57 Ebd., S. 180.

auf einigen wenigen deutschen Archivquellen, sodass die genaue Darstellung der Interaktion zwischen Bundesrepublik und DDR, Indien und Pakistan in den Jahren 1971/72 vor allem bei Voigt recht oberflächlich bleiben muss. Indem die vorliegende Arbeit sich auf eine weitaus breitere Quellenbasis, nicht zuletzt unter Einschluss der in Indien zugänglichen Bestände stützt, können die bei Das Gupta und Voigt in dieser Frage notwendigerweise entstehenden Lücken geschlossen werden, um größere Klarheit über die Bedeutung des Bangladeschkriegs für die beiden deutschen Staaten und ihre Beziehungen nach Südasien zu gewinnen.

Über die genannten Studien zu den deutsch-deutsch-südasiatischen Beziehungen hinausgehend, werden in der vorliegenden Arbeit außerdem die Beziehungen von Bundesrepublik und DDR zu Pakistan umfassend mitberücksichtigt. Da die indische Regierung die Südasienpolitik der beiden deutschen Staaten immer auch in ihrem jeweiligen Verhältnis zu Pakistan maß, hatte dieses stets einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf ihre bilateralen Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten.[58] Kaum beachtet wurden bislang auch die Folgen, die ihre Haltung im Bangladeschkrieg für die Wahrnehmung von Bundesrepublik und DDR in Südasien hatte, sowie die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zum indischen Subkontinent nach Anerkennung der DDR durch Bangladesch, Indien und Pakistan im Laufe des Jahres 1972. An dieser Stelle setzt die vorliegende Arbeit an und adressiert offengelassene Fragen.

Indem sie diese Forschungslücken schließt, generiert diese Studie nicht nur Erkenntnisse im Bereich der internationalen Beziehungen und der globalen Zeitgeschichte, sondern ebenso über die deutsch-deutsche Geschichte sowie über das genuin indisch-pakistanische Verhältnis Anfang der 1970er Jahre – Auseinandersetzungen einer Zeit, die unsere Gegenwart nach wie vor prägt.[59] Ausgehend von den beiden Aspekten der bilateralen Verflechtungen und ihrer multilateralen Implikationen eröffnet sich damit eine Arena für die Entprovinzialisierung zweier Regionalkonflikte auf vermeintlichen Nebenkriegsschauplätzen des Ost-West-Konflikts.

---

58 Das Gupta stellt hierzu an anderer Stelle lediglich fest: „Pakistan's stand towards the German question was mostly irrelevant." S. Amit Das Gupta: West Germany's South Asia Policy 1947 to 1972. In: Joanne Cho / Eric Kurland / Douglas McGetchin (Hrsg.): *Encounters between Germany and Asia in the Twentieth Century*. London: Routledge 2014, S. 189–202, hier S. 197.

59 Dinkel: *Die Bewegung Bündnisfreier Staaten*, S. 310–11.

1.3 Methodik und Quellen

Die vorliegende Arbeit vollzieht Agieren und Reagieren der beiden in gegeneinander gerichteten Bündnissystemen verankerten deutschen Staaten in wiederum gegeneinander gerichteten Drittländern nach. In der Historisierung internationaler Beziehungen leistet sie einen Beitrag zur klassischen Diplomatiegeschichte, betritt im Bereich der transnationalen Zeitgeschichte und der Geschichte des Kalten Krieges jedoch auch methodisches Neuland.[60]

Ähnlich wie bei anderen Konflikten in der Dritten Welt, in denen Grenzen und Staatsgebiete postkolonial militärisch neu gezogen wurden, trafen 1971 im Bangladeschkrieg Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt aufeinander. Die Darstellung regionaler Entwicklungen in Südasien aus deutsch-deutscher Perspektive unter Berücksichtigung der globalen Dimension des Kalten Krieges bedeutet eine besondere historiografische Herausforderung. Herkömmliche Ansätze nationalhistorischer Geschichtsschreibung sind für die Analyse solch globalgeschichtlicher Ereignisse kaum dienlich, geht es doch gerade um die Veranschaulichung von Zusammenhängen, die nationalstaatliche Grenzen überschreiten.

Historiografie des Kalten Krieges

Verschiedene Ansätze der historischen Forschung nehmen sich dieser Herausforderung an. Am geläufigsten sind im Zusammenhang mit der Historisierung internationaler Ereignisse und Interaktionen die Konzepte *histoire croisée* und Globalgeschichte. Die *histoire croisée* legt ihren Begründern Michael Werner und Bénédicte Zimmermann zufolge besonderen Wert auf Kreuzungen und Verbindungen historischer Narrative wie individueller Biografien oder Vorgänge.[61] Sie erlaubt es, ein historisches Problem aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten „und die aus der Kreuzung der Blickwinkel resultierenden Interaktionen in die Analysesituation selbst eingehen zu lassen [...].“[62] Übertragen auf die vor-

---

60 „Im Grunde betritt man bei den Cold War Studies eine riesige Werkstatt, in der die neuesten Instrumente der Zeitgeschichte auf ihre Belastbarkeit geprüft und ständig neue Versuchsanordnungen getestet werden.“ Greiner: Kalter Krieg und „Cold War Studies.“

61 Michael Werner / Bénédicte Zimmermann: Beyond Comparison. Histoire Croisée and the Challenge of Reflexivity. In: *History and Theory*, 45 (Februar 2006), S. 30–50, hier S. 37–8; s. auch das von den beiden 2004 herausgegebene Buch *De la comparaison à l’histoire croisée*.

62 Michael Werner / Bénédicte Zimmermann: Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der *Histoire croisée* und die Herausforderung des Transnationalen. In: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft* 28,4 (2002), S. 607–636, hier S. 618.

liegende Untersuchung bedeutet dies, dass Aktion und Reaktion der Südasienpolitiken der beiden deutschen Staaten auf den Bangladeschkrieg aus ihrer jeweiligen nationalen Perspektive herausgearbeitet und ihre Kreuzungen dann zu analytischen Fluchtpunkten werden.

Die Globalgeschichte ist demgegenüber weniger strikt definiert. Sie steht vielmehr als übergreifendes „Kürzel für historiografische Ansätze, die sich für Verflechtungen interessieren und nationalgeschichtliche Perspektiven überwinden möchten."[63] Auch nach Sebastian Conrad ist „global" eher ein Schlagwort, unter dem ganz unterschiedliche historische Darstellungen zusammengefasst werden können.[64] Als typisch für die Globalgeschichte bezeichnet er eine Betonung der Gleichzeitigkeit historischer Ereignisse und führt dabei die Revolutionen des Arabischen Frühlings als Beispiel an.[65] Auch die vorliegende Studie nimmt die Koinzidenz zweier zeitgleicher, aber gegenläufiger Bewegungen in Mitteleuropa und Südasien zum Anlass, deutsch-deutsch-südasiatische Verflechtungen vor dem Hintergrund des globalen Kalten Krieges herauszuarbeiten.

Dies bedeutet nach Conrad allerdings auch eine besondere Herausforderung: „global historians need to remember that global connections are preceded by conditions and that it is essential to thoroughly understand these conditions before they can hope to understand the connections themselves."[66] Daraus erwachse dann die Möglichkeit „[to] see the global not as an external, and additional, context – but rather as constitutive, shaping the objects of study while being shaped by them."[67] Entsprechend soll auch in der vorliegenden Analyse zunächst eine Einführung in die Vorgeschichte des Bangladeschkriegs gegeben werden. Der Kalte Krieg wird hierbei immer wieder zur gedanklichen Klammer, die deutsch-deutsche Entwicklungen mit südasiatischen verbindet.

Ein weiterer Ansatz, der in diesem Zusammenhang immer wieder genannt wird, ist derjenige der Verflechtungsgeschichte bzw. *entangled history*. Hierbei geht es vor allem um die Frage, wie lokale Akteure ihre eigenen Interessen durchzusetzen suchen, indem sie mit fernen anderen Akteuren kooperieren.[68] Hieraus

---

63 Andreas Eckert: Westdeutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika. Ein Blick auf die 1950er bis 1970er Jahre. In: Alexander Galus / Axel Schildt / Detlef Siegfried (Hrsg.): *Deutsche Zeitgeschichte – transnational*. Göttingen: Wallstein 2015, S. 27–44, hier S. 28.

64 Sebastian Conrad: *What Is Global History?* Princeton, NJ: Princeton University Press 2016, S. 234.

65 Ebd., S. 66; vgl. auch die Vorstellung von „global moments", S. 153–5.

66 Ebd., S. 69–70.

67 Ebd., S. 88; vgl. auch Bresselau v. Bressensdorf / Seefried: Introduction. West Germany and the Global South in the Cold War Era, S. 7.

68 Kris Manjapra: *Age of Entanglement. German and Indian Intellectuals across Empire*. Cambridge: Harvard University Press 2014, S. 6.

könnten dann „constellations of dialogic interdependence" entstehen, so Kris Manjapra.[69] Ziel auch dieser Studie ist es, solche Interdependenzen und Interessengleichläufe der beiden deutschen Staaten und ihrer südasiatischen Gegenüber herauszuarbeiten.

Über diese Konzepte hinaus tritt in den letzten Jahren vermehrt der Begriff „Transnationale Geschichte" in Erscheinung. Prägnant fasst Sebastian Conrad dessen Untersuchungsgegenstand – die Bedeutung nationale Staatsgrenzen überwindender Verflechtungen für die Herausbildung einer Gesellschaft – zusammen: „Transnational studies explore the ways in which a country was situated in the world – and how the world, conversely, reached deep into individual societies." Erklärtes Ziel Transnationaler Geschichte ist damit nach Conrad die Überwindung von „container thinking and the compartmentalization of historical reality." Der Nationalstaat wird dadurch jedoch keinesfalls verleugnet, sondern seine wirkmächtige Rolle in den letzten zwei Jahrhunderten vielmehr anerkannt.[70]Transnationale Geschichte betreibt Conrad zufolge insofern auch eine Erweiterung der nationalstaatlichen Geschichtsschreibung.[71]

Eine besondere Stärke der Transnationalen Geschichte ist ihre methodische Diversität.[72] Sie eröffnet die Möglichkeit, den historischen Blickwinkel zu weiten und neben dem Nationalstaat auch Individuen, Gesellschaften, Migranten oder

---

69 Ebd., S. 291.

70 Conrad: *What Is Global History?* S. 45.

71 Ebd., S. 46; ähnlich Michael Geyer: Rezension zu Gunilla Budde / Sebastian Conrad / Oliver Janz (Hrsg.): *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*. Göttingen 2006. In: *H-Soz-Kul*t, 11.10.2006. http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-8227 (Zugriff am 08.10.2018): „Transnational history, in this sense, is not just another field to be added to national history. Rather, in exporing the disjunctures between inside and outside, it is poised to develop, not simply another perspective, but a different national history." Vgl. auch Patricia Clavin: Defining Transnationalism. In: *Contemporary European History* 14,4 (2005), S. 421–439, hier S. 438.

72 Christopher A. Bayly et al.: AHR Conversation: On Transnational History. In: *The American Historical Review* 111,5 (2006), S. 1441–64, hier S. 1454; vgl. auch Simon Macdonald: Transnational History: A Review of Past and Present Scholarship. In: *University College London Centre for Transnational History*, 2013. https://www.ucl.ac.uk/centre-transnational-history/objectives/simon_macdonald_tns_review (Zugriff am 08.10.2018), S. 1; Clavin: Defining Transnationalism, S. 438; Geyer: Rezension zu *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorie*n; ähnlich aber auch Haider-Wilson über die Internationale Geschichte, s. Barbara Haider-Wilson: Humpty Dumpty, die Geschichtswissenschaft und der Pluralismus. Einlassung auf die historische Subdisziplin „Internationale Geschichte." In: Barbara Haider-Wilson / William D. Godsey / Wolfgang Müller (Hrsg.): *Internationale Geschichte in Theorie und Praxis / International History in Theory and Practice*. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2017, S. 9–61, hier S. 24.

lokale Organisationen als selbstständige Akteure zu begreifen.[73] Ein Vorteil dieser methodischen Offenheit ist außerdem, „that it is seen as helping to assure pluralism, productive debate, and the avoidance of teleology.“[74] Genau dies ist eine der wichtigsten Herausforderung der Cold War Studies.

Mit ihrem Fokus auf mehrere Einzelstaaten im globalen Kalten Krieg nimmt diese Arbeit sich einer weiteren spezifischen Herausforderung der Transnationalen Geschichte an, die darin besteht, „to find more imaginative ways of connecting micro and macro levels“[75], um deren dialektische Abhängigkeit aufzuzeigen, immer wieder die Perspektive zu wechseln und dadurch reflexiver zu werden.[76] Gerade der Kalte Krieg bietet sich als Klammer an, um eine integrative Globalgeschichte der 1970er Jahre zu schreiben.[77]

Zum Teil ist darauf hingewiesen worden, dass der Begriff „Transnationale Geschichte“ schon insofern restriktiv sei, als er die Existenz des Nationalstaats voraussetze. Die Grenzen aber, die Transnationale Geschichte zu überschreiten vorgibt, seien überhaupt erst Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden.[78] Als Reak-

---

73 Bayly et al.: AHR Conversation: On Transnational History, S. 1458; vgl. auch Bernhard Struck / Kate Ferris / Jacques Ravel: Introduction: Space and Scale in Transnational History. In: *The International History Review,* 33,4 (2011), S. 573–584, hier S. 573–4: „Transnational history can actually be seen as an umbrella perspective that encompasses a number of well-established tools and perspectives such as historical comparison, (cultural) transfers, connections, circulations, entangled or shared history as well as a modern form of international history. [...] all of these tools or perspectives stress the importance of the interaction and circulation of ideas, peoples, institutions or technologies across state or national boundaries and thus the entanglement and mutual influence of states, societies or cultures.”

74 Macdonald: Transnational History: A Review of Past and Present Scholarship, S. 2; vgl. Pierre-Yves Saunier: Going Transnational? News from Down Under. In: *Historical Social Research* 31,2 (2006), S. 118–131, hier S. 130–1; vgl. auch Geyer: Rezension zu *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*: „There is a distinctly experimental edge to the transnational study to the past [...].“

75 Jan Rüger: OXO: Or, the Challenges of Transnational History. In: *European History Quarterly* 40,4 (2010), S. 656–668, hier S. 660; vgl. hierzu auch Conrad: *What Is Global History?* S. 129–30. Zu dieser Dimension in der Translokalen Geschichte, s. Ulrike Freitag / Achim v. Oppen: Introduction. „Translocality“: An Approach to Connection and Transfer in Area Studies. In: Dies. (Hrsg.): *Translocality. The Study of Globalising Processes from a Southern Perspective*. Leiden / Boston: Brill Academic Publishers 2010, S. 6.

76 Vgl. William H. Sewell: *Logics of History. Social Theory and Social Transformation*. Chicago / London: University of Chicago Press 2005, S. 76; Hartmut Kaelble: Die Debatte über Vergleich und Transfer und was jetzt? In: *H-Soz-Kult*, 08.02.2005. http://www.hsozkult.de/article/id/artikel-574 (Zugriff am 08.10.2018).

77 Bernd Greiner in Voß: Interview mit Bernd Greiner.

78 Bayly et al.: AHR Conversation: On Transnational History, S. 1442.

tion auf diese Kritik am Begriff des Transnationalen ist das von Ulrike Freitag und Achim v. Oppen entwickelte Konzept der „Translokalen Geschichte“ zu verstehen, das explizit nicht auf den Staat als relevante räumliche Ordnung abhebt, sondern die Bewegung von Akteuren auf von nationalen Grenzen unabhängigen Wegen nachzuvollziehen versucht.[79]

Dieser Kritik wird allerdings entgegengehalten, dass Transnationale Geschichte die Verzahnung der gesamten Menschheitsgeschichte umfasse. Sie erkenne die Bedeutung des Nationalstaates also zwar durchaus an, berücksichtige gleichzeitig aber auch Netzwerke, Prozesse, Überzeugungen und Institutionen, die über diesen politisch definierten Raum hinausgehen.[80] Deutlich wird in diesen Erörterungen eine zentrale Herausforderung der Transnationalen Geschichte, namentlich, „whether, and how, to engage with the nation-state.“[81]

Abgesehen davon, dass sämtliche genannte Konzepte selbst „far from stable or self-evident“ sind,[82] werden sie in der historischen Forschung teilweise sogar synonym verwendet.[83] Gemeinsam ist all diesen Ansätzen zumindest der Anspruch, politisch definierte Grenzen zu überwinden.[84] Hilfreich ist also ein eher pragmatischer Umgang mit den genannten unterschiedlichen Begriffen.[85]

79 Ulrike Freitag: Translokalität als ein Zugang zur Geschichte globaler Verflechtungen. In: *H-Soz-Kult*, 10.06.2005. https://www.hsozkult.de/hsk/forum/2005-06-001 (Zugriff am 08.10.2018); Freitag / v. Oppen: Introduction. „Translocality“: An Approach to Connection and Transfer in Area Studies, S. 11–12.

80 Bayly et al.: AHR Conversation: On Transnational History, S. 1459. Ähnlich auch Matthias Middell / Katja Naumann: Global History and the Spatial Turn. From the Impact of Area Studies to the Study of Critical Junctures of Globalization. In: *Journal of Global History* 5,1 (2010), S. 149–170, hier S. 160: „Transnational history does not deny the importance of the nation-state. On the contrary, it emphasizes its capacity to control and channel border-transcending movements. In this sense, transnational history bridges the national, the sub-national (local, regional), and the global by exploring actors, movements, and forces that cross boundaries and penetrate the fabric of nations.“

81 Clavin: *Defining Transnationalism*, S. 436.

82 Bayly et al.: AHR Conversation: On Transnational History, S. 1443; s. auch Haider-Wilson: Humpty Dumpty, die Geschichtswissenschaft und der Pluralismus. Einlassung auf die historische Subdisziplin „Internationale Geschichte“, S. 15; 21. Zur Bedeutung von Verflechtungen für die Globalgeschichte, s. Margrit Pernau / Helge Jordheim: Global history meets area studies. Ein Werkstattbericht. In: *H-Soz-Kult*, 14.11.2017. www.hsozkult.de/debate/id/diskussionen-4229 (Zugriff am 08.10.2018).

83 Struck / Ferris / Ravel: Introduction: Space and Scale in Transnational History, S. 574; Conrad: What Is Global History? S. 6; Margrit Pernau: *Transnationale Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, S. 36.

84 Bayly et al: AHR Conversation: On Transnational History, S. 1445.

85 Haider-Wilson: Humpty Dumpty, die Geschichtswissenschaft und der Pluralismus, S. 23.

Denn weitaus wichtiger als die begriffliche Abgrenzung des grenzüberschreitenden historischen Zugangs ist die am individuellen Forschungsinteresse orientierte Perspektive des jeweiligen Historikers.[86] In diesem Sinne kann eine Entscheidung im semantischen Streit darüber, wie die in der vorliegenden Arbeit angewandte historische Methode zu bezeichnen ist, demnach dahinstehen.[87] Anknüpfungspunkte finden sich gleichermaßen in *histoire croisée*, Globalgeschichte, Verflechtungsgeschichte und Transnationaler Geschichte. Im Übrigen untersucht diese Studie explizit die Interaktion von Staaten, setzt die Existenz des Nationalstaats also ohnehin voraus.[88]

Bezogen auf das genuin deutsch-deutsche Verhältnis profitiert die vorliegende Untersuchung schließlich in hohem Maße vom Ansatz der „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte." Als prägendes Element der deutsch-deutschen Geschichte identifizierte sein Begründer Christoph Kleßmann ihren wechselseitigen Bezug: Stets war die Bundesrepublik Referenzgesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik, an der es sich zu orientieren und von der es sich abzugrenzen galt. „‚Trennung und Gemeinsamkeit' seien als zwei Seiten einer Medaille eines in sich widersprüchlichen Ganzen zu verstehen."[89] Sinnbildlich wird damit bereits für die Zeit der Teilung von einer „dialektischen Einheit" der beiden deutschen Staaten gesprochen. Die BRD war der DDR immer offenes Feindbild und heimliches Vorbild zugleich, während die DDR für die BRD wiederum deutlich weniger eine universelle Referenz darstellte.[90]

Durch die Anwendung des Konzepts der asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte auf das Agieren der beiden deutschen Staaten in Südasien zur Zeit

---

86 Ebd., S. 15.
87 Für eine konzise Darstellung, s. Simon Macdonald: Transnational History: A Review of Past and Present Scholarship sowie die ausführlichere Begriffsgeschichte in Margrit Pernaus *Transnationale Geschichte*.
88 Vgl. auch Patricia Clavin, die vom „inherently national character of diplomatic history" spricht, s. Clavin: *Defining Transnationalism*, S. 435.
89 Detlev Brunner / Udo Grashoff / Andreas Kötzing: Asymmetrisch verflochten? Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): *Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte*. Berlin: Christoph Links 2013, S. 11–17, hier S. 13. Für eine kritische Reflektion dieses Konzepts, s. Lutz Niethammer: Methodische Überlegungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte. Doppelgeschichte, Nationalgeschichte oder asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte? In: Christoph Kleßmann / Hans Misselwitz / Günter Wichert (Hrsg.): *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*. Berlin: Christoph Links 1999, S. 307–327.
90 Arnd Bauerkämper / Martin Sabrow / Bernd Stöver: Die doppelte deutsche Zeitgeschichte. In: Dies. (Hrsg.): *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Bonn: Dietz 1998, S. 9–16, hier S. 14–15.*

des Bangladeschkriegs erfahren die aufgeführten Vorarbeiten zu den deutsch-südasiatischen Beziehungen während des Kalten Krieges eine entscheidende methodische Erweiterung. Und durch die Konfrontation der aufeinander bezogenen Südasienpolitik der beiden deutschen Staaten mit der wiederum aufeinander bezogenen Deutschlandpolitik der südasiatischen Staaten während des Bangladeschkriegs kann auch der Ansatz der asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte selbst in dieser Arbeit noch einmal erweitert werden.[91]

Überhaupt sind Untersuchungen ausgesprochen selten, die wie die vorliegende Arbeit explizit einen Versuch unternehmen, die deutsch-deutsche Geschichte als gemeinsame Erzählung der beiden deutschen Staaten zu schreiben. Mit Ausnahme der 2017 von Angela Abmeier vorgelegten Dissertation *Kalte Krieger am Rio de la Plata? Die beiden deutschen Staaten und die argentinische Militärdiktatur (1976–1983)* beziehen sich Darstellungen der deutsch-deutschen Außenpolitik bislang vor allem auf den europäischen Raum.[92] Im Folgenden sollen demnach ausdrücklich die Berührungspunkte der jeweiligen Südasienpolitik der beiden deutschen Staaten während des Bangladeschkriegs herausgearbeitet werden – ihre beständige Abgrenzung voneinander, aber eben auch und gerade ihre gegenseitige Beeinflussung.

In Anlehnung an jüngste akademische Diskurse wird vorliegend also eine integrierte deutsch-deutsch-südasiatische Geschichte geschrieben, die ein Miteinander internationaler Geschichte aufzeigt anstatt eines bloßen Nebeneinanders. Gemeinsam begründete Geschichte wird so als transnationaler Prozess gegenseitiger Beeinflussung dargestellt. Durch diesen Ansatz können nicht nur die Beziehungen nationaler Staaten zueinander analysiert werden, sondern auch die Beziehungen jeweils nationaler Geschichten. Damit wird auch ein geschichtswissenschaftlicher Beitrag zu den internationalen Beziehungen geleistet.

91 Auf die deutsch-deutsche Außenpolitik ist dieser Ansatz bislang kaum angewandt worden, s. Brunner / Grashoff / Kötzing: *Asymmetrisch verflochten?* Einleitung, S. 17.

92 Für Beispiele zu Jugoslawien, Finnland, Schweden, der Türkei und Zypern, s. Abmeier: *Kalte Krieger am Rio de la Plata?* S. 8, Fn. 58; zu dieser Forschungslücke, s. Frank Bösch: Geteilt und verbunden. Perspektiven auf die deutsche Geschichte seit den 1970er Jahren. In: Ders. (Hrsg.): *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2015, S. 7–37, hier S. 7. Dort wird die deutsch-deutsche Politikgeschichte allerdings als „kaum gemeinsam thematisierbar" bezeichnet. S. ebd., S. 18.

Quellenlage

Vor allem die ereignisgeschichtlichen Einführungen in die folgenden Kapitel der vorliegenden Studie fußen auf einer umfassenden Auswertung der vorhandenen Sekundärliteratur zum Bangladeschkrieg. Dies reicht von zeitgenössischen Berichten ausländischer Journalisten[93] und Diplomaten[94] sowie südasiatischer Militärs[95] mit jeweils eigenen Perspektive auf den Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg bis zu jüngsten geschichtswissenschaftlichen Studien,[96] die auf umfangreichen Archivrecherchen in Indien, Großbritannien und den USA beruhen.

Für den eigentlichen Fokus dieser Untersuchung auf der Haltung der beiden deutschen Staaten zu und in diesem südasiatischen Konflikt wurden die genannten Sekundärquellen um die zugänglichen Archivquellen aus Deutschland und Indien ergänzt. Über die von Amit Das Gupta und Johannes Voigt zumindest teilweise bereits berücksichtigten Bestände im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts (PA AA) in Berlin und im Bundesarchiv (BArch) mit seinen Standorten in Berlin und Koblenz hinaus wurden für diese Arbeit auch die militärhistorischen Bestände des Bundesarchivs an seinem Freiburger Standort, das Berliner Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) sowie die indischen National Archives of India (NAI) und die Bestände des Nehru Memorial Museum & Library (NMML) einbezogen. An den vier Standorten dieser fünf Archive wurden insgesamt über 100.000 Dokumentseiten durchgesehen und etwa 10.000 dieser Seiten aus knapp 400 Archivalien ausgewertet. Die vorliegende Untersuchung stellt damit die erste Auswertung der Gesamtheit der Quellen zum Bangladeschkrieg in PA AA, BArch und BStU dar.

Im PA AA waren in diesem Zusammenhang vor allem die Archivbestände „B 37 - Länderreferate Asien“ und „M 1 - Zentralarchiv“ relevant, die umfassende Korrespondenz zwischen den west- und ostdeutschen Auslandsvertretungen in Südasien mit ihren jeweiligen Zentralen in Bonn und Ost-Berlin enthalten. Weitere Rückschlüsse auf die bilateralen politischen Beziehungen der beiden deutschen Staaten zum indischen Subkontinent erlauben außerdem die regelmäßigen Berichte aus den Auslandsvertretungen selbst. Für die Bundesrepublik finden sich diese in den einzelnen Beständen der Botschaften Dhaka (DHAK), Islamabad (ISLA) und Neu-Delhi (NEWD) sowie des Generalkonsulats in Kalkutta (KALK); die Berichte der

---

93 Peter Heß und Gerd Linde.

94 Herbert Fischer und Günter Diehl.

95 Kamal Matinuddin und Amir Abdullah Khan Niazi.

96 Richard Sisson & Leo E. Rose, Gary J. Bass und Srinath Raghavan.

südasiatischen DDR-Vertretungen wiederum sind thematisch gesammelt ebenfalls im Bestand M 1 oder aber im gesonderten Bestand „M 35 - Süd- und Südostasien". In der Regel behandeln diese Berichte der Auslandsvertretungen auch die Beziehungen der südasiatischen Gastländer zu Drittstaaten – einschließlich des jeweils „anderen" deutschen Staates. Einblicke in die multilaterale Dimension ihrer Südasienpolitik gewähren darüber hinaus für die BRD der Bestand „B 30 - Vereinte Nationen" und für die DDR der Bestand „M 92 - Archiv".

Als zentralistische Staatspartei nahm die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) im politischen System der DDR eine führende Rolle ein. Ihr Archivgut verwahrt die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) an der Dienststelle des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde. Ergiebig für die Forschung dieser Arbeit waren dort hauptsächlich die Bestände „DY 30 - Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" einschließlich der Akten des Politbüros und der Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (ZK) der SED sowie „DC 20 - Ministerrat der DDR" mit Korrespondenz und Einschätzungen des damaligen DDR-Außenministers Otto Winzer und des DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph.

Informationen über die Ausgestaltung der bundesrepublikanischen Südasienpolitik außerhalb des Auswärtigen Amts enthalten in erster Linie die Bestände „B 136 - Bundeskanzleramt" und „B 213 - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung" in der Hauptdienststelle des Bundesarchivs in Koblenz, deren Quellen die Haltung von Bundeskanzler Willy Brandt zum Konflikt in und um Ostbengalen bzw. Entscheidungen der Bundesregierung über Unterbrechung oder Fortführung westdeutscher Entwicklungshilfevorhaben erklären helfen. Im Bestand „BW 1 - Bundesministerium der Verteidigung" am Bundesarchiv-Standort in Freiburg existieren außerdem Akten zur Bonner Rüstungshilfe für den indischen Subkontinent.

Am Hauptsitz des Stasi-Unterlagen-Archivs (BStU) in Berlin befinden sich neben Berichten von DDR-Geheimdienstmitarbeitern aus der bundesrepublikanischen Botschaft in Neu-Delhi (Bestand „MfS, HV A - Ministerium für Staatssicherheit, Hauptverwaltung Aufklärung") auch solche zur Begleitung der DDR-unterstützten Repatriierungsmaßnahmen zwischen Pakistan und Bangladesch in den Jahren nach Kriegsende durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR (Bestände „MfS, HA PS - Ministerium für Staatssicherheit, Hauptabteilung Personenschutz" und „MfS, SdM - Sekretariat des Ministers").

In Neu-Delhi konnte im Bestand „Ministry of External Affairs" der NAI auf die umfangreichen Akten zu den politischen Beziehungen Indiens zur Bundesrepublik bzw. zur DDR zurückgegriffen werden. Spiegelbildlich zu denjenigen der west- und ostdeutschen Auslandsvertretungen in Südasien beinhalten auch die regelmäßigen Berichte der indischen Vertretungen in den beiden deutschen

Staaten stets einen Abschnitt zu den Beziehungen von Bundesrepublik und DDR zu Drittstaaten – hier vor allem zueinander sowie zum indischen Widersacher Pakistan. Letztere spielen außerdem eine nicht unbedeutende Rolle in den „P. N. Haksar Papers“, dem Nachlass des indischen Staatssekretärs und wichtigen Beraters der indischen Premierministerin Indira Gandhi, Parmeshwar Narayan (P. N.) Haksar, im NMML.

Abgesehen von zum Teil erheblichen administrativen Verzögerungen, vor allem im BStU-Archiv, gestaltete sich die Recherche in Deutschland weitgehend unproblematisch. Sämtliche relevante Dokumente und Korrespondenz aus der fraglichen Zeit sind systematisch und flächendeckend archiviert worden; zum Teil sogar mehrfach, wenn etwa das Telegramm einer Auslandsvertretung an die Zentrale des Auswärtigen Amts in Bonn sowohl von der Vertretung als Absenderin als auch von der Zentrale als Empfängerin verwahrt wurde.

In Indien stellt sich die Situation etwas anders dar: Zur Beteiligung – und vor allem Nicht-Beteiligung – Indiens am Bangladeschkrieg gab es seitens der indischen Regierung von Anfang an eine klar vorgegebene offizielle Linie. In den staatlichen Archiven wird (noch) peinlich genau darauf geachtet, dass keine Dokumente ans Tageslicht gelangen, die dieser Linie widersprechen. Die Archivquellen sind dort entsprechend weit weniger lückenlos aufbewahrt worden und vor allem weit weniger zugänglich als in Deutschland. In deutschen Archiven finden sich jedoch interessante Quellen, die helfen können, die durch diese restriktive indische Archivpolitik entstehenden Lücken zu schließen.

2 Vorgeschichte des Bangladeschkriegs

Sowohl für die Verflechtungsgeschichte der beiden deutschen Staaten als auch für die Entwicklung des indischen Subkontinents stellt der Beobachtungsmoment der Jahre 1971/72 eine Zäsur dar. Einerseits markierte die Unterzeichnung des Grundlagenvertrages durch Bundesrepublik und DDR am 21. Dezember 1972 den Höhepunkt von Entspannung und Annäherung in den deutsch-deutschen Beziehungen während des Kalten Krieges, andererseits erfolgte 1971 mit dem Bangladeschkrieg, der zum Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg werden sollte, ein einschneidendes Ereignis in der Zeitgeschichte des indischen Subkontinents und der neuesten indischen Geschichte überhaupt.

Auch darüber hinaus bedeuteten die frühen 1970er Jahre für die untersuchten Staaten in Mitteleuropa und Südasien eine Neujustierung innerhalb des globalen Kalten Krieges. Mit dem Grundlagenvertrag erkannte die Bundesrepublik die DDR 1973 de facto völkerrechtlich an, gab ihren Alleinvertretungsanspruch auf und damit die Außenpolitik der DDR frei. Die Hallstein-Doktrin hatte ihr Ende gefunden, die beiden deutschen Staaten traten 1973 den Vereinten Nationen bei und international nunmehr als gleichwertige Partner auf. Dies bedeutete einen ungeheuren internationalen Bedeutungszuwachs für die DDR und war gleichzeitig das Eingeständnis der Bonner Bundesregierung, dass die angestrebte Wiedervereinigung mit der DDR durch Druck von außen kurzfristig nicht zu erreichen sein würde.[1] In Südasien wiederum entstand mit Bangladesch ein weiterer Staat. Pakistan wurde dabei durch seinen Widersacher Indien erheblich geschwächt und gedemütigt. Indien wiederum konnte seine regionale Vormachtstellung mit dem schnellen Sieg eindrücklich unter Beweis stellen, nahm durch den militärischen Eingriff in den innenpolitischen Konflikt eines Nachbarn allerdings einen nicht unerheblichen internationalen Prestigeverlust in Kauf.

In diesem Kapitel werden die Hintergründe dieser historischen Entwicklungen beleuchtet, um ein Fundament zur Analyse der Verquickung dieser beiden Regionalkonflikte zu legen und die Bedeutung dieses Zusammenhangs für die Interpretation des globalen Kalten Krieges zu umreißen. Es werden Aktionen und Motivationen der beteiligten staatlichen Akteure nachgezeichnet, wobei stets ein besonderes Augenmerk auf den jeweiligen Berührungspunkten zwischen Mitteleuropa und Südasien liegt.

1 Vgl. die Tutzinger Rede Egon Bahrs von 1963, in Teilen abgedruckt bei Hüttmann: *Geschichte der innerdeutschen Beziehungen 1945–1989*, S. 22.

https://doi.org/10.1515/9783110682038-002

2.1 Koloniales Erbe und bengalischer Nationalismus

> ...that country divided into two Wings a thousand miles apart,
> that fantastic bird of a place, two Wings without a body,
> sundered by the land-mass of its greatest Foe,
> joined by nothing but God.
> *Salman Rushdie*[2]

Indien und Pakistan erlangten ihre Unabhängigkeit im August 1947 als Ergebnis einer jahrelangen Auseinandersetzung sowohl mit den gemeinsamen britischen Kolonialherren als auch miteinander. Das Ende der kolonialen Ära (der sogenannten „Raj" – Herrschaft) begann sich bereits in den 1920er Jahren abzuzeichnen. Der im späten 19. Jahrhundert unter anderem mit britischer Hilfe gegründete Indische Nationalkongress („Indian National Congress" – INC) entwickelte sich unter seiner nationalen Identifikationsfigur Mohandas K. („Mahatma") Gandhi von einer Organisation zur Bündelung kolonialer Interessen zu einer politischen Kraft, die immer vehementer größere Autonomie von London forderte. Zunehmend deutlich hatten ziviler Ungehorsam und gewaltloser Widerstand die Befreiung vom kolonialen Joch zum Ziel.[3] Zugleich war jedoch auch der INC selbst einem Wandel unterworfen, als die von den Briten immer wieder betonten und damit verschärften Unterschiede der Religionsgemeinschaften Indiens zur Basis für Forderungen nach politischer Selbstbestimmung wurden und die politische Geschlossenheit des INC untergruben.

Vor allem die indischen Muslime, die vor Ankunft der Briten noch die über weite Teile des indischen Subkontinents herrschenden Mogule gestellt hatten, fürchteten ihren Machtverlust nach der Unabhängigkeit und kehrten dem hindu-dominierten INC immer mehr den Rücken. Unter ihrem Führer Muhammad Ali Jinnah erhielt stattdessen die Anfang des 20. Jahrhunderts gegründete Muslim League vermehrt Zulauf.[4] Seit den 1930er Jahren machte diese sich die sogenannte „Zwei-Nationen-Theorie" zu eigen, der zufolge in Indien eigentlich zwei nationale Identitäten existierten: eine muslimische und eine hinduistische. Übersetzt in territoriale Forderungen nach Erlangung der Unabhängigkeit bedeutete dies, dass diejenigen Provinzen Britisch-Indiens, die über eine muslimische Mehrheit verfügten (Provinzen im Westen sowie der östliche Teil Bengalens), einen eigenen, vom restlichen Indien unabhängigen Staat

2 Salman Rushdie: *Shame*. London: Vintage 1995, S. 178.
3 Vgl. Mann: *Geschichte Südasiens*, S. 110.
4 Ebd., S. 111.

bilden sollten.[5] Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges lähmte die Aktionen der indischen Unabhängigkeitsbewegung und die Saat der Zwei-Nationen-Theorie konnte aufgehen.[6] Nach Ende des Krieges war der alternde Gandhi nicht mehr dazu in der Lage, seinen muslimischen Gegenspieler Jinnah von der Notwendigkeit der indischen Einheit zu überzeugen. Die britische Kolonialregierung entließ im August 1947 also zwei Staaten in die Unabhängigkeit: Indien und Pakistan.[7]

Bekanntester Streitpunkt zwischen diesen beiden Nachfolgestaaten Britisch-Indiens war und ist bis heute das ehemalige Fürstentum Kaschmir, das von den Briten bis zuletzt nur indirekt regiert worden war. Zwar war seine Bevölkerung mehrheitlich muslimischen Glaubens, die herrschende Familie jedoch bekennende Hindus. Bald nach der Unabhängigkeit entschied der Fürst von Kaschmir, sich der Indischen Union anzuschließen.[8] Die pakistanische Regierung weigerte sich, dies hinzunehmen und so entbrannte schon 1948 der Erste Indisch-Pakistanische Krieg, der mit einem Waffenstillstand unter UN-Vermittlung und der De-facto-Teilung Kaschmirs entlang der letzten Frontlinie („line of control") endete.

Von Beginn ihrer jeweiligen Existenz an wurden nationale Identität und nationaler Zusammenhalt Indiens und Pakistans nicht allein durch die zwischen den beiden verfeindeten Nachbarn (und mittlerweile auch der VR China) umstrittene Provinz Kaschmir infrage gestellt. So konnten der Fürstenstaat Hyderabad, die französischen und portugiesischen Kolonien in Indien sowie das Königreich Sikkim erst in den folgenden Jahrzehnten in die Indische Union eingegliedert werden. Zusätzlich wird das föderale Indien immer wieder durch parochiale Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen herausgefordert. Sezessionistische Kräfte fanden und finden sich in Indien nicht nur im Nordwesten, sondern auch im äußersten Nordosten und im Herzen des Landes. Probates Mittel der indischen

---

5 Erstmals wurde dies am 22. März 1940 auf der Jahrestagung der Muslim League in Lahore in der später sogenannten „Lahore Resolution" gefordert, s. Peter Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*. Frauenfeld / Stuttgart: Verlag Huber 1972, S. 33; Michael Mann: *Sinnvolle Geschichte. Historische Repräsentationen im neuzeitlichen Südasien*. Heidelberg: Draupadi 2009, S. 139; Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 89.

6 Hermann Kulke / Dietmar Rothermund: *Geschichte Indiens. Von der Induskultur bis heute*. München: C.H.Beck 2006, S. 371; vgl. Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 86–7.

7 Kulke / Rothermund: *Geschichte Indiens*, S. 378; Thimo Al-Farooq: Bangladesch = Tod der Two Nation Theory? In: *der Freitag*, 18.06.2016. https://www.freitag.de/autoren/talrooq/bangladesch-tod-der-two-nation-theory (Zugriff am 08.10.2018).

8 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 103. Dass der Kaschmir nicht von Anfang an Pakistan zugeschlagen wurde, schreiben manche der persönlichen Freundschaft des letzten britischen Vizekönigs, Lord Mountbatten, mit dem späteren ersten Premierminister des unabhängigen Indiens, Jawaharlal Nehru, zu. Letzterer war Hindu und entstammte selbst einer alten Brahmanenfamilie aus dem Kaschmir.

Zentralregierung, diesen zentrifugalen Kräften zu begegnen, war bislang eine Kombination aus Zwang und Zugeständnissen, indem man etwa aufbegehrenden Sprach- oder Religionsgruppen die Bildung eigener Staaten innerhalb der Indischen Union gestattete.[9]

Diese ausgleichende Milde ist Pakistans Sache dagegen nie gewesen. Sezessionistische Bestrebungen in der südwestlichen Provinz Belutschistan wurden und werden brutal und mitunter gar militärisch niedergeschlagen, die Stammesgebiete an der Grenze zu Afghanistan unterstehen de facto nicht der pakistanischen Zentralregierung, sondern werden von den radikalislamischen Taliban kontrolliert und Ostpakistan ist seit Ende 1971 nicht mehr Ostpakistan, sondern das unabhängige Bangladesch.

Der Sonderfall Ostbengalen

Im Ostflügel Pakistans spielte die gemeinsame muslimische Identität von Anbeginn eine weitaus geringere Rolle als im Westen des Landes. Auch die gewaltsame Teilung Britisch-Indiens erfolgte in Bengalen zumindest deutlich weniger blutig als im weiter westlich gelegenen Punjab. Ein Großteil der ostbengalischen Hindus verblieb also auch nach 1947 im neu entstandenen Ostpakistan und anders als im Westflügel des Landes stellten Hindus in dessen Ostteil nach Erlangung der Unabhängigkeit immerhin noch 20 Prozent der Bevölkerung.[10]

Mit der Zeit kristallisierte sich in Westpakistan jedoch immer deutlicher eine „Überlegenheit auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens" heraus. Diese verdankte der pakistanische Westflügel nicht zuletzt dorthin aus nunmehr zu Indien gehörenden Gebieten emigrierten bedeutenden muslimischen Unternehmerfamilien. Ostpakistan hatte demgegenüber deutlich schwierigere Startvoraussetzungen, zumal vor der Unabhängigkeit Pakistans kaum Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Regionen bestanden hatten.[11]

---

9 So wurde der indische Bundesstaat Punjab 1966 entlang einer linguistischen Grenze in den Punjabi-sprechenden Punjab und das Hindi-sprechende Haryana geteilt, 2000 sagte sich das gebirgirge Uttarakhand von Uttar Pradesh in der oberen Gangesebene los, Süd-Bihar wurde zu Jharkhand und der Ostteil Madhya Pradeshs zu Chhattisgarh. Zuletzt erstritt 2014 der Bundesstaat Telangana seine Unahängigkeit vom nunmehr östlich gelegenen Andhra Pradesh; vgl. auch Indira Gandhis Aussage ggü. Nixon: „[India] has always reflected a degree of forbearance toward its own separatist elements." Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 457.

10 Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 131; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 275.

11 Wirth / Janik / Bigler: Die Spaltung Pakistans und die Gründung der Volksrepublik Bangladesh, S. 207–8.

Durch einseitige Wirtschaftsförderung der Zentralregierung verschärften sich die Disparitäten zwischen den beiden Landesteilen in den ersten Jahrzehnten nach Staatsgründung noch weiter. Lag das durchschnittliche westpakistanische Pro-Kopf-Einkommen 1949/50 noch „nur" 20 Prozent höher als dasjenige eines Ostpakistaners, stieg diese Diskrepanz bis 1969/70 auf 61 Prozent.[12] Für weiteren Unmut über die von Westpakistan aus geleitete Regierung sorgte unter Ostpakistanern zudem immer wieder das Gefühl, sie würden im gemeinsamen Staat ihrer bengalischen kulturellen Identität beraubt. Das vorwiegend in Westpakistan gesprochene Urdu, die einzige offizielle Amtssprache des Landes, wurde von großen Teilen der ostpakistanischen Bevölkerung gar nicht verstanden und in der gemeinsamen nationalen Regierung waren die Ostpakistaner deutlich unterrepräsentiert.[13] 1952 mündeten Demonstrationen für die Etablierung von Bengali als offizielle Amtssprache Pakistans in Unruhen, die im Ostflügel des Landes zahlreiche Todesopfer forderten.[14]

Dass die Armee Ostpakistan 1965 im vordergründig aufgrund des – in Bengalen anders als in Westpakistan wenig emotional aufgeladenen – Kaschmirkonflikts geführten Zweiten Indisch-Pakistanischen Krieg kaum gegen indische Angriffe schützte, schürte den wachsenden Unmut der Ostpakistaner noch weiter. Aufgrund eigener Handelsinteressen wurde Indien in Ostpakistan ohnehin weniger als Erzfeind wahrgenommen als in Westpakistan.[15] Teilweise attestierte man Ostpakistan sogar, mit dem indischen Bundesstaat Westbengalen mehr gemeinsam zu haben als mit dem pakistanischen Westflügel.[16] Die indische Presse wurde unterdessen nicht müde, durch entsprechende Hinweise auf die innerpakistanischen Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen und damit weiter Öl ins Feuer zu gießen.[17]

Unter der militärischen Herrschaft General Ayub Khans machte das Land in den 1960er Jahren eine Phase starker Zentralisierung durch, die die ostpakistanisch dominierte Partei „National Awami League" unter ihrem neuen Anführer Sheikh Mujibur Rahman 1966 schließlich zu Forderungen nach einem Ende dieser als politische und wirtschaftliche Diskriminierung wahrgenommenen Lage veranlasste. Sie erließ ein „Sechs-Punkte-Programm" zur Schaffung eines

12 Ebd., S. 217.
13 Guha: *India after Gandhi*, S. 450; Mann: *Geschichte Südasiens*, 120.
14 Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 113; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 35.
15 Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 121; Iftikar H. Malik: *The History of Pakistan*. Westport: Greenwood Press 2008, S. 153–4; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 36–7.
16 Misra: *India and GDR*, S. 92.
17 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 274.

föderalen Pakistans.[18] Diese „Magna Charta der bengalischen Autonomisten" sah größtmögliche Selbstbestimmung für die beiden Flügel Pakistans vor bis hin zur Einführung eigener Währungen. Der Zentralregierung sollten demnach lediglich Kompetenzen in der Außen- und Verteidigungspolitik bleiben.[19] Ayub Khan sah durch diese Forderungen die nationale Einheit Pakistans massiv bedroht und warnte bereits im April 1966 vor einem Bürgerkrieg, wobei er an den US-amerikanischen Sezessionskrieg 100 Jahre zuvor erinnerte.[20] Mujibur Rahman wurde wiederholt verhaftet und am 7. Juni 1966 gipfelten die ostpakistanischen Demonstrationen in einem Generalstreik, in dessen Wirren mindestens elf Personen von Polizisten getötet wurden.[21]

Die pakistanische Zentralregierung warf Mujibur Rahman vor, regelmäßig zu subversiven Treffen mit Vertretern der indischen Regierung in den indischen Grenzort Agartala zu reisen, was dieser vehement abstritt.[22] Dennoch wurde er 1967 gemeinsam mit mehreren anderen Oppositionellen aus Ostbengalen wegen sezessionistischer Aktivitäten im Rahmen der „Agartala Conspiracy" inhaftiert. Zwar entließ man Rahman bereits im Februar 1969 ohne Urteil wieder aus der Haft, die Awami League konnte ihn nun allerdings zum Märtyrer für die Sache Ostbengalens stilisieren.[23]

Übergeordnetes Ziel der ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung um Mujibur Rahman blieb entsprechend dem Sechs-Punkte-Programm zunächst eine größere Autonomie des pakistanischen Ostflügels innerhalb eines föderalen Pakistans, in dem Fiskal- und Steuerpolitik in der Hand der jeweiligen Landesverwaltungen liegen würden. Mujibur Rahman berief sich mit seinen Forderungen auf die „Lahore Resolution", in der es noch zu Kolonialzeiten geheißen hatte: „the

---

18 Mahmud Ali: *Understanding Bangladesh*. London: Columbia / Hurst 2010, S. 27; 34–5; Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 118; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 7.

19 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 39; Van Schendel, *A History of Bangladesh*, S. 121–2; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 22; Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 19–20.

20 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 40. Denselben Vergleich sollte fünf Jahre später auch sein Nachfolger Yahya Khan bemühen, s. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 153.

21 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung,* S. 40.

22 Nach der Unabhängigkeit Bangladeschs gab er allerdings zu, dass Kontakte mit indischen Diplomaten und Geheimdienstmitarbeitern bestanden hatten, s. Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 277; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 22; Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 42.

23 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 278–9; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 41; Van Schendel: *A History of Bangladesh,* S. 122; Malik: *The History of Pakistan*, S. 150–1.

areas in which the Muslims are numerically in a majority, as in the North-Western and Eastern Zones of India, should be grouped to constitute ‚Independent States' in which the constituent units shall be autonomous and sovereign."[24] Die Zentralregierung in Westpakistan wollte dieses Argument jedoch nicht gelten lassen.

Ab 1968 vermengte sich die ostpakistanische Enttäuschung über die vehemente Ablehnung der politischen Forderungen der Awami League durch die pakistanische Zentralregierung mit Protesten der westlich inspirierten Studentenbewegung[25] und wurde bald gewalttätig und sezessionistisch. Nach einer von vielen Pakistanern als ein Jahrzehnt der Stagnation empfundenen Regierungszeit wuchs der innenpolitische Druck auf Ayub Khan. Vor allem kreidete man ihm die Niederlage gegen Indien im Jahre 1965 und die darauffolgende Verschlechterung der Konjunktur an. Ende Januar 1969 ließ Ayub Khan Proteste in Karachi, Lahore, Dhaka und anderen größeren pakistanischen Städten militärisch niederschlagen.[26] Der unter anderem vom ehemaligen Außenminister und Gründer der „Pakistan People's Party" (PPP), Zulfikar Ali Bhutto, angeführte Protest in beiden Landesteilen führte im Februar 1969 zur Rücktrittsankündigung Ayub Khans sowie seinem Versprechen einer neuen Verfassung und direkter Wahlen.[27]

Ende März 1969 übergab Ayub Khan seinem Nachfolger General Yahya Khan schließlich auf dessen Druck die Macht. Dieser versprach Ostpakistan tatsächlich größere Autonomie und kündigte nach Jahrzehnten der Militärdiktatur die ersten freien Wahlen in der Geschichte Pakistans an. Um diese Ziele möglichst rasch zu erreichen, verhängte er außerdem bereits in seiner ersten Rede am 26. März 1969 das Kriegsrecht („martial law") über das Land und ernannte sich selbst zum Präsidenten und „Chief Martial Law Administrator".[28]

In Ostpakistan empfand man den Sturz Ayub Khans als Sieg über die westpakistanische Dominanz. Nach den gegen Ayub Khan gerichteten Revolten der vorhergehenden Wochen und Monate sorgte das Militär zumindest für relative Ruhe im Land. Tatsächlich brachte Yahya Khan auch bald sein Verständnis für die ostpakistanische Unzufriedenheit zum Ausdruck und hielt an den Plänen seines Amtsvorgängers fest, im Oktober 1970 freie und gleiche Wahlen abzuhal-

---

24 Kalim Siddiqui: *Conflict, Crisis and War in Pakistan*. New York / Washington: Praeger Publishers 1972, S. 186.

25 Vgl. zu diesem Zusammenhang insbesondere Raghavan, der die 1968er-Proteste in Pakistan gar für die weltweit erfolgreichsten hält, s. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 15–21.

26 Ali: *Understanding Bangladesh*, S. 38–9; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 178.

27 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 42–3.

28 Ali: *Understanding Bangladesh*, S. 11–12; Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 123; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 24–5.

ten. Er versprach Ostpakistan zudem größere Autonomie, verankert in einer dann zu verabschiedenden neuen Verfassung.[29]

Bedeutendstes Zugeständnis des neuen Präsidenten an Ostpakistan war sein Nachgeben gegenüber der Forderung, die verfassungsgebende Nationalversammlung solle nach Bevölkerungsproporz besetzt werden, wodurch die Mehrheit der Sitze auf den Ostflügel des Landes entfallen würde.[30] Yahya Khan trug sich allem Anschein nach mit der Hoffnung, die westpakistanische PPP unter Zulfikar Ali Bhutto würde einen sicheren Sieg davontragen, oder es würde zumindest eine zerklüftete Parteienlandschaft ins Parlament einziehen, die er als Präsident leicht würde kontrollieren können – keinesfalls jedoch mit einer umfassenden Unterstützung für die Awami League in Ostpakistan.[31]

Keine der im folgenden Wahlkampf des Jahres 1970 antretenden 27 Parteien fand in beiden Landesflügeln Pakistans gleichermaßen Unterstützung. Der PPP unter Bhutto gelang es zwar, sich als Partei des kleinen Mannes zu stilisieren und mit populistischen Slogans von „Islamischem Sozialismus“ und „Roti, Kapra aur Makan“ („Brot, Kleidung und Haus“) die Bedürfnisse einer breiten Bevölkerung anzusprechen, in Ostpakistan konnte jedoch auch der charismatische Demagoge Bhutto keine nennenswerte Anhängerschaft gewinnen. Dort kristallisierte sich vielmehr die Awami League unter Führung Mujibur Rahmans bald als klar bestimmende politische Kraft heraus, zumal sie sich auch die Unterstützung der bengalischen Hindus sichern konnte.[32]

Angesichts der sich nun abzeichnenden Mehrheitsverhältnisse hatte General Yahya Khan es mit der Übergabe der Macht an eine zivile Regierung kaum eilig. Als das Gangesdelta im Juli 1970 von massiven Überschwemmungen heimgesucht wurde, nahm er dies zum Vorwand, die eigentlich für Oktober anberaumten Wahlen auf den 7. Dezember 1970 zu verschieben.[33] Hinzu kam, dass Mitte November 1970 ein Zyklon auf die ostbengalische Küste traf und dort die größten

29 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 43–4; 48; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 27.
30 Kux: *The United States and Pakistan*, S. 180.
31 Nitin Pai: The 1971 East Pakistan Genocide. A Realist Perspective. In: *Bangladesh Genocide Archive*, 2008. http://www.genocidebangladesh.org/wp-content/uploads/2008/03/eastpakistan-genocide1971-realistperspective1.pdf (Zugriff am 08.10.2018), S. 2; Kamal Hossein: *Bangladesh. Quest for Freedom and Justic*e. Dhaka: The University Press Ltd. 2013, S. 62; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 34; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 184; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 49.
32 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 28–30.
33 Ebd., S. 26; 32.

Verwüstungen seit Jahrzehnten anrichtete.[34] Die pakistanische Zentralregierung reagierte hierauf nur sehr halbherzig, was die ostpakistanische Bevölkerung noch weiter in die Arme von Mujibur Rahmans Awami League trieb.[35] Aufgrund dieser erneuten Flutkatastrophe in Ostpakistan sollten die Wahlen nun erst in der zweiten Dezemberwoche 1970 stattfinden.

Zur großen Überraschung Yahya Khans brachten sie eine überwältigende Mehrheit für Mujibur Rahmans Awami League. In Ostpakistan gewann sie 160 von 162 möglichen Sitzen,[36] sodass die Awami League bei insgesamt 300 verfügbaren Sitzen in der gesamtpakistanischen Nationalversammlung auch dort über eine absolute Mehrheit verfügen würde. Nach den Wahlen war Mujibur Rahman kaum mehr dazu bereit, von seinen Forderungen abzurücken. Im Gegenteil: Die Awami League hatte die Wahl zu einem Referendum über das Sechs-Punkte-Programm gemacht und dieses klar gewonnen.[37]

Die PPP wiederum hatte sehr viel stärker auf eine etablierte, westpakistanische Wählerklientel abgezielt und wurde mit nur 18,6 Prozent der Stimmen deutlich unterlegene zweitstärkste politische Kraft. Bhutto weigerte sich allerdings, dieses Wahlergebnis zu akzeptieren. Zu groß war auf westpakistanischer Seite nicht zuletzt die Angst, die in Ostpakistan stärkere Hinduminderheit könne einen allzu großen Einfluss auf eine von der Awami League gebildete Regierung ausüben.[38] Zu diesem Gefühl trug maßgeblich die Tatsache bei, dass Mujibur

---

34 Zeitgenössischen Schätzungen zufolge kamen hierbei 600.000 Menschen ums Leben, s. Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 8; ähnlich Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 124.

35 Kein einziger Spitzenpolitiker besuchte den pakistanischen Ostflügel und auch Yahya Khan machte nur einmal in angetrunkenem Zustand auf der Rückreise aus Peking in Dhaka halt, um schnell festzustellen, dass Berichte über das Ausmaß der Verwüstungen doch stark übertrieben seien, s. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 32–3; Pai: The 1971 East Pakistan Genocide. A Realist Perspective, S. 2; Hossein: *Bangladesh. Quest for Freedom and Justice*, S. 63.

36 Pran N. Chopra: Ostbengalen – Eine Krise für Indien. Eine Darstellung aus indischer Sicht. In: *Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik*. Bonn: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 26 (1971), S. 608–616, hier S. 614; Guha: *India after Gandhi*, S. 450; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 50; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 34; Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 32.

37 Ali: *Understanding Bangladesh*, S. 44–5; Guha: *India after Gandhi*, S. 451; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 54; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 31.

38 „[T]he constitution to be adopted by them will have Hindu iron hand in it", warnte so der hochrangige pakistanische Generalleutnant Niazi, zit. n. Muntassir Mamoon: *The Vanquished Generals and the Liberation War of Bangladesh*, aus d. Bengalischen v. Kushal Ibrahim. Dhaka: Somoy Prokashan 2000, S. 159.

Rahman als Wahlsieger kaum einmal zu verstehen gab, dass er sich als zukünftiger Regierungschef beider Teile Pakistans sah, sondern in Verhandlungen vielmehr fast ausschließlich auf die Rechte Ostbengalens beharrte.[39]

Yahya Khan und der PPP-Vorsitzende Zulfikar Ali Bhutto trafen sich im Januar 1971 nacheinander mehrfach mit Mujibur Rahman und versuchten vergeblich, ihn von seiner Forderung nach einer Verfassungsänderung im Sinne des Sechs-Punkte-Programms abzubringen. Bhutto blieb von vornherein hart. Einerseits fühlte er sich dem Erbe Jinnahs und dessen Wunsch nach einem geeinten Pakistan verpflichtet, andererseits und vor allem aber wusste er das mächtige pakistanische Militär auf seiner Seite. Yahya Khan wiederum zeigte öffentlich zwar größeres Verständnis für die Awami-League-Forderungen und deutete sogar an, Mujibur Rahman zu seinem Nachfolger machen oder aber die Nationalversammlung in Dhaka einberufen zu wollen. Hinter vorgehaltener Hand machte jedoch auch er deutlich, dass er nicht ohne Weiteres zur Aufgabe seiner Macht bereit sein würde.[40] Die Eröffnungssitzung der verfassunggebenden Nationalversammlung wurde immer wieder verschoben.

Während die Stimmung in der ostpakistanischen Öffentlichkeit zu kippen drohte, gewann der bis dahin rein innerpakistanische Konflikt zum ersten Mal auch internationale Relevanz. Am 30. Januar 1971 entführten militante Separatisten aus dem indisch kontrollierten Teil Kaschmirs das indische Linienflugzeug „Ganga“, nahmen die Passagiere gefangen und steuerten die Maschine über die Grenze nach Pakistan. Sie landeten in Lahore, wo die Flugzeugentführer als Helden gefeiert wurden – unter anderem von Zulfikar Ali Bhutto.[41] Bis dahin hatte die indische Regierung mit den politischen Forderungen der Awami League lediglich sympathisiert. Die Entführung der „Ganga“ diente ihr nun als willkommener Vorwand, ein umfassendes Überflugverbot für pakistanische Maschinen zu verhängen und damit Direktfüge zwischen den beiden Landesteilen zu unterbinden. Die logistische Unterstützung der zur Niederschlagung der Proteste in Ostpakistan stationierten Streitkräfte der pakistanischen Armee wurde durch diese indische Maßnahme erheblich erschwert.[42]

39 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 54.

40 Guha: *India after Gandhi*, S. 451; Heß: B*angladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 50–3; Ali: Understanding Bangladesh, S. 46; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 36–8.

41 Ebd., S. 39; Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 76; Hossein: *Bangladesh. Quest for Freedom and Justice*, S. 70.

42 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 285; Ali: *Understanding Bangladesh*, S. 48; Pai: The 1971 East Pakistan Genocide. A Realist Perspective, S. 2; Malik: *The History of Pakistan*, S. 155–6.

In dieser Situation goss Bhutto weiteres Öl ins Feuer. Er warb für eine westpakistanische Einheitsfront gegen die Sechs Punkte der Awami League und versuchte erneut vergeblich, Mujibur Rahman bereits vor Eröffnung der Nationalversammlung zu Konzessionen zu bewegen.[43] Am 28. Februar 1971 drohte er schließlich sämtlichen westpakistanischen Parlamentariern, die an der von Präsident Yahya Khan nunmehr für den 3. März 1971 angesetzten Eröffnungssitzung der verfassunggebenden Versammlung teilnehmen würden, mit persönlicher und blutiger Vergeltung.[44] Vorsorglich verstärkte Yahya Khan nun die in Ostpakistan stationierten Armeetruppen. Am 1. März 1971 verschob er die Eröffnungssitzung schließlich auf einen unbestimmten späteren Zeitpunkt.[45]

Die Awami League sah sich daraufhin endgültig ihrer demokratisch legitimierten Rechte beraubt. Sie antwortete am Folgetag mit der Ausrufung eines unbefristeten Generalstreiks[46] und bekannte sich am 7. März 1971 nach langen internen Diskussionen erstmals öffentlich zum Ziel eines von Pakistan unabhängigen Bangladeschs.[47] Vom Militär verhängte abendliche Ausgangssperren wurden von der ostbengalischen Bevölkerung systematisch ignoriert. Yahya Khans Befehl, den Streik sofort militärisch niederzuschlagen, scheiterte zwar zunächst noch am Widerstand der verantwortlichen Generäle.[48] Dennoch wurde die Truppenpräsenz in Ostpakistan deutlich erhöht, und Anfang März 1971 kamen in blutigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und dem Militär Hunderte Menschen ums Leben.[49] Nachdem die pakistanische Zentralregierung sie des Landes verwiesen hatte, mussten die 35 in Ostpakistan akkreditierten aus-

---

43 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 40; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 185.

44 Genauer bestand die Drohung darin, sie zu „liquidieren" und ihnen „die Beine zu brechen", s. Stanley Wolpert: *Zulfi Bhutto of Pakistan. His Life and Times*. New York: Oxford University Press 1993, S. 146.

45 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 41–2.

46 Guha: *India after Gandhi*, S. 451; in Anlehnung an den anti-kolonialen Kampf vor 1947 „Non-Cooperation Movement" genannt, s. Hossein: *Bangladesh. Quest for Freedom and Justice*, S. 71; 135.

47 Hossein: *Bangladesh. Quest for Freedom and Justice*, S. 89. Man fürchtete, Yahya Khan könnte eine offizielle Unabhängigkeitserklärung zum Vorwand für einen massiven militärischen Schlag nutzen, dem die ostbengalische Zivilbevölkerung zu diesem Zeitpunkt noch nicht gewachsen war. S. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 45.

48 Hossein: *Bangladesh. Quest for Freedom and Justice*, S. 84; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 193.

49 Pai: The 1971 East Pakistan Genocide. A Realist Perspective, S. 2; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 43.

ländischen Journalisten nach Kalkutta übersiedeln.[50] Von dem, was nun geschehen würde, sollte möglichst wenig nach außen dringen.

Am 15. März 1971 kam es erneut zu einem erfolglosen Treffen zwischen Yahya Khan und Mujibur Rahman. Vergeblich versuchte Yahya Khan, dem Führer der Awami League die wiederholte Aufschiebung der Eröffnungssitzung zu erläutern und eine politische Lösung für den Konflikt zu finden. Mujibur Rahman verlangte für ein Ende des ostpakistanischen Aufstands zunächst die Aufhebung des seit nunmehr zwei Jahren geltenden Kriegsrechts sowie die Übertragung der Staatsgewalt an die Awami League als demokratisch gewählte Mehrheit. Yahya Khan ging auf diese Forderungen nicht ein, sondern erklärte, eine Aufhebung des Kriegsrechts sei ohne Verabschiedung der neuen Verfassung unmöglich. Die Situation war also festgefahren. Auch Folgetreffen zwischen Yahya Khan und Mujibur Rahman in den nächsten Tagen brachten keine Einigung.[51] Zu groß war vor allem Yahya Khans Respekt vor Bhutto, als dass er einen diesem nicht genehmen Vorschlag der Awami League hätte zustimmen wollen. Und Bhutto wiederum, dessen stärkster (und mit der Zeit einzig verbliebener) Verbündeter im Land die Armee war, hatte keinerlei Interesse an einer Aufhebung des Kriegsrechts.[52]

Zulfikar Ali Bhutto war also unter keinen Umständen dazu bereit, Mujibur Rahman das Feld zu überlassen. Während die Verhandlungen in Dhaka weiterhin ergebnislos verliefen, war er bereits damit beschäftigt, die westpakistanischen Parteien hinter sich zu versammeln und in der pakistanischen Öffentlichkeit Zweifel am Willen der Awami League zu schüren, die pakistanische Einheit zu erhalten.[53] Ersteres sollte ihm allerdings kaum gelingen: Die kleineren westpakistanischen Parteien wären auch Mitte März 1971 noch dazu bereit gewesen, den Autonomieforderungen der Awami League nachzugeben.[54]

Den Ostbengalen riss nun endgültig der Geduldsfaden. Am 23. März 1971, der normalerweise landesweit als Pakistan Day gefeiert wurde, hisste ganz Dhaka die Fahne des freien Bangladesch.[55] Als Antwort darauf wurde Mujibur Rahman in der Nacht vom 25. auf den 26. März 1971 von einer Eliteeinheit der pakistanischen Armee in seiner Wohnung verhaftet. Panzer rollten auf das Universitätsgelände und begannen, gezielt Schlafsäle der Studenten unter Beschuss zu nehmen. Dhaka stand in Flammen.

50 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 264.
51 Hossein: *Bangladesh. Quest for Freedom and Justice*, S. 91–4.
52 Ebd., S. 99; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 46–9.
53 Ebd., S. 39.
54 Ebd., S. 46.
55 Kux: *The United States and Pakistan*, S. 186; Van Schendel: *A History of Bangladesh,* S. 129.

2.2 Deutsch-deutsche Positionsbestimmung

> Auf keinem Feld ihrer auswärtigen Politik trafen die DDR und die Bundesrepublik so massiv aufeinander wie in Indien. Man könnte es einen kleinen deutsch-deutschen Kalten Krieg im Rahmen des großen nennen.
> *Johannes Voigt*[56]

Im Folgenden werden der Wandel in den deutsch-deutschen Beziehungen Anfang der 1970er Jahre, wie auch die Reaktionen von Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik auf den zunehmend sichtbar werdenden Konflikt in Südasien dargestellt.

Von der Hallstein-Doktrin zur Ostpolitik

Der erneute Konflikt auf dem indischen Subkontinent traf zeitlich mit einer grundlegenden Veränderung in den bilateralen Beziehungen der beiden deutschen Staaten zusammen. In einem langwierigen Prozess der Diskussion um das Selbstverständnis und die Zukunft Deutschlands hatte sich die Bundesregierung unter dem sozialdemokratischen Kanzler Willy Brandt dazu durchgerungen, die Existenz Ost-Berlins nicht mehr länger zu verleugnen, sondern mit der DDR im Rahmen einer von Egon Bahr als „Wandel durch Annäherung" bezeichneten Neuen Ostpolitik zu sprechen. Hintergrund der bis dahin geltenden Hallstein-Doktrin war die Überzeugung, „daß der Verzicht auf die Politik der Nichtanerkennung gleichbedeutend wäre mit dem Verzicht auf die Wiedervereinigung"[57], indem nämlich die deutsche Teilung durch die Bonner Bundesregierung akzeptiert würde. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen von Drittstaaten mit der DDR wurde demnach als „unfreundlicher Akt" aufgefasst und konnte unter Umständen zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Land führen.[58] Eine Politik, die der Bundesregierung international kaum Sympathien einbringen, sie mit der Zeit jedoch sehr viel Geld kosten sollte.

Überlegung Egon Bahrs war es, „die Teilung Deutschlands erst einmal als Realität hin[zu]nehmen, um später die Realität ändern zu können", wie er schon

56 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 4.
57 Kilian: *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen BRD und der DDR 1955–1973*, S. 323.
58 Spanger / Brock: *Die beiden deutschen Staaten in der dritten Welt*, S. 286.

1963 in seiner berühmt gewordenen Tutzinger Rede deutlich machte.[59] Er führte aus: „Die Zone muß mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden. Wenn wir soweit wären, hätten wir einen großen Schritt zur Wiedervereinigung getan."[60] Bis dahin allerdings war es noch ein weiter Weg und das deutsch-deutsche Verhältnis blieb ressortübergreifend prägend für die Außenpolitik der Bundesregierung. Für die Beziehungen der Bundesrepublik zu Indien äußerte sich dies etwa darin, dass bilaterale Darlehensverträge ab 1963 eine sogenannte Wohlverhaltensklausel beinhalteten, mit der Indien sich verpflichtete, dem Drängen der DDR auf diplomatische Anerkennung nicht nachzugeben.[61]

Erst der Regierungswechsel im September 1969 und mit ihm die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt brachte den Wandel hin zu größerem deutschlandpolitischem Pragmatismus.[62] Die Bundesregierung wollte endlich ernst machen mit der Forderung von Brandts Amtsvorgänger Kurt Georg Kiesinger und versuchen zu verhindern, „daß die Deutschen in der Zeit der erzwungenen Teilung sich menschlich auseinanderleben."[63] In Bonn suchte man also den Dialog mit der DDR-Führung in Ost-Berlin.

Für diese allerdings war der Ost-West-Konflikt lebensnotwendig. Sie hatte den „Arbeiter-und-Bauern-Staat" von Anfang an bewusst als fortschrittlichen und friedliebenden Gegenentwurf zur international als „faschistisch" und „imperialistisch" verunglimpften Bundesrepublik Deutschland definiert. Jegliche Annäherung an die Regierung des westdeutschen „Klassenfeindes" musste aus DDR-Sicht also potenziell existenzbedrohend wirken. [64] Der damalige DDR-Außenminister Otto Winzer bezeichnete den Wandel in der bundesrepublikanischen Deutschlandpolitik daher als „Aggression auf Filzlatschen."[65] Dass die Zeichen der deutsch-deutschen Beziehungen dennoch eindeutig auf Verände-

---

59 Kilian: *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen BRD und der DDR 1955–1973*, S. 319. Ähnliche Erwägungen waren zuvor bereits vom ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer angestellt, allerdings nicht umgesetzt worden. S. Manfred Görtemaker: Die Ursprünge der „neuen Ostpolitik" Willy Brandts. In: Arnd Bauerkämper / Martin Sabow / Bernd Stöver (Hrsg.): *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*. Bonn: Dietz 1998, S. 44–57, hier S. 49.

60 Zit. n. Hüttmann: *Geschichte der innerdeutschen Beziehungen 1945–1989*, S. 22.

61 Das Gupta: *Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin*, S. 306.

62 Hüttmann: *Geschichte der innerdeutschen Beziehungen 1945–1989*, S. 37; Görtemaker: Die Ursprünge der „neuen Ostpolitik" Willy Brandts, S. 56–7.

63 Zit. n. Kilian: *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen BRD und der DDR 1955–1973*, S. 339.

64 Wentker: *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 1; Bange: *Sicherheit und Staat*, S. 254–5.

65 Kilian: *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen BRD und der DDR 1955–1973*, S. 319.

rung standen, wurde schon bald sichtbar. Am 19. März 1970 traf Willy Brandt in Erfurt zum ersten Mal offiziell den Ministerratsvorsitzenden der DDR, Willi Stoph, der diesen Besuch zwei Monate später in Kassel erwiderte.[66] Um seine Verhandlungsposition zu verbessern, verstärkte das MfAA derweil seine Bemühungen um die internationale Anerkennung der DDR.[67]

An der bundesrepublikanischen Haltung zu dieser Frage änderte die Neue Ostpolitik zunächst kaum etwas. Bundeskanzler Brandt machte im Gegenteil deutlich, dass er zuerst die Berlin-Frage und das innerdeutsche Verhältnis geregelt wissen wollte, bevor andere Staaten wie Indien die DDR anerkennen durften.[68] Jedwede Formalisierungen der bilateralen Beziehungen der DDR zu einem Drittstaat würden von der Bundesregierung vor diesem Hintergrund noch immer als „Störungen des innerdeutschen Dialogs" angesehen und entsprechend geahndet.[69] Dies also war das ideologische Fundament der nach dem Außenminister der Regierung Brandt benannten Scheel-Doktrin, die als „Restbestand der Hallstein-Doktrin" weiterhin auf Nichtanerkennung der DDR bestand.[70]

Auch die sozialliberale Koalition verstand ihren Alleinvertretungsanspruch durchaus noch durchzusetzen: Nachdem im Juni 1970 Ceylon die DDR völkerrechtlich anerkannte, beschloss die Bundesregierung, bereits ausgehandelte Entwicklungshilfeabkommen doch noch nicht zu unterzeichnen. Noch Anfang 1971 verweigerte sie sich der Beteiligung an westlicher Wirtschaftshilfe für das spätere Sri Lanka.[71] Dass die Entwicklungspolitik hier zum Instrument der Hallstein-Doktrin gemacht wurde, kam nicht von ungefähr. Tatsächlich war die Entwicklungshilfe das „bisher am häufigsten benutzte und wohl auch wirksamste Mittel zur Förderung unserer Politik", wie die Bundesregierung noch im Frühsommer 1969 in einer Erklärung zu möglichen Reaktionen auf etwaige Anerkennung der DDR durch einen Staat der Dritten Welt feststellte. Sie gestand dabei ein: „Vom entwicklungspolitischen Standpunkt mag dies umstritten sein, die Bundesregierung sollte jedoch auf dieses Instrument nicht verzichten." Konkret lautete die Empfehlung dahingehend, Entwicklungshilfe rasch zuzusagen, aber nur langsam auszu-

66 Hüttmann: *Geschichte der innerdeutschen Beziehungen 1945–1989*, S. 39–40.
67 Wentker: *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 351.
68 Auswärtiges Amt / Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland*, Bde. 1970 bis 1972. München: R. Oldenbourg 2001–2003, hier 1971, Bd. 3, Dok. 389; Spanger / Brock: *Die beiden deutschen Staaten in der dritten Welt*, S. 291.
69 Vgl. AA / IfZ: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik (AAPdB)*, 1972, Bd. 1, Dok. 122.
70 Kilian: *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen BRD und der DDR 1955–1973,* S. 351; Rüdiger Marco Booz: *„Hallsteinzeit." Deutsche Außenpolitik 1955–1972*. Bonn: Bouvier 1995, S. 145; End: *Zweimal deutsche Außenpolitik*, S. 69.
71 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 122, Anm. 4.

zahlen. „Damit würde die Gefahr einer Erpressung herabgesetzt“, wie Egon Bahr erläuterte.[72]

Einer der wichtigsten Adressaten auch dieser letzten Ausläufer der westdeutschen Hallstein-Doktrin war Indien. Der bedeutendste bündnisfreie Staat müsse „gehalten werden, weil eine unzeitige Anerkennung der DDR durch Indien eine Kettenreaktion auslösen würde“, unterstrich der damalige bundesrepublikanische Botschafter in Indien, Günter Diehl, auf einer Konsular- und Kanzlerkonferenz in Neu-Delhi im Dezember 1970.[73] Bereits in den 1960er Jahren war Indien ein Schwerpunktland der westdeutschen Entwicklungspolitik gewesen. Auf Indien entfielen immerhin 35 Prozent der gesamten Bonner Auslandshilfe.[74] Die Entwicklungspolitik war allerdings nur eine von vielen Stellschrauben, die der Bundesregierung dort zur Durchsetzung ihrer deutschlandpolitischen Interessen zur Verfügung standen.[75]

Das Ringen der DDR um Anerkennung durch Indien und Pakistan

Über Jahrzehnte war vorrangiges Anliegen der DDR in Indien die Durchbrechung eben dieser westdeutschen Hallstein-Doktrin durch Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen. Hierbei spielte allerdings nicht allein die formelle Anerkennung der DDR als solche eine Rolle, sondern „der größere Teil des Problems [lag] im Vorfeld einer förmlichen Anerkennung der DDR bei der Vielzahl möglicher Beziehungen unterhalb des Austauschs von Botschaftern.”[76] Dies also war der Rahmen, in dem Bundesrepublik Deutschland und DDR sich auf dem indischen Subkontinent bewegten. Einige Etappenziele auf dem Weg zur Anerkennung konnte die DDR in den Jahren 1969 und 1970 erreichen, als die bis dahin existierenden Handelsvertretungen Indiens in Ost-Berlin bzw. der DDR in Neu-Delhi staatlichen Charakter erhielten und in Generalkonsulate umgewandelt wurden.[77]

Im MfAA wertete man diese Aufnahme offizieller konsularischer Beziehungen zu Indien zwar als substanziellen diplomatischen Erfolg, erkannte darin jedoch auch einen „Versuch der indischen Regierung durch einen ‚halben’ Schritt

---

72 Vermerk von Egon Bahr, 1. Juli 1969, PA AA, B 150, Bd. 156.
73 Börner an Generalkonsulate Bombay, Kalkutta und Madras, 11. Februar 1971, PA AA, KALK, Bd. 297; vgl. auch Spanger / Brock: *Die beiden deutschen Staaten in der dritten Welt,* S. 288.
74 Wentker: *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 289.
75 Vgl. Müller an Botschaft Neu-Delhi, 1. Oktober 1971, PA AA, B 37, Bd. 597.
76 Spanger / Brock: *Die beiden deutschen Staaten in der dritten Welt,* S. 286.
77 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 632.

zur Normalisierung der Beziehungen zur DDR größere ökonomische Unterstützung von Westdeutschland zu erpressen, gleichzeitig aber gegenüber der DDR ein möglichst hoch honoriertes Entgegenkommen zu zeigen."[78] Im Bonner Auswärtigen Amt fiel das Urteil ähnlich nüchtern aus: „Indien befindet sich, solange es [sich] mit der Anerkennung der DDR zurückhält, in der angenehmen Lage einer heißumworbenen guten Partie; diese Rolle würde es durch seine endgültige Entscheidung verlieren."[79] Die politischen Führungen der beiden deutschen Staaten waren sich also durchaus darüber im Klaren, dass die indische Regierung sie mit ihren diametral entgegengesetzten Interessen gegeneinander ausspielte.

Aus indischer Perspektive zahlte sich dies sehr aus: Die Bundesregierung allein leistete mehr Entwicklungshilfe an Indien als alle Länder des sozialistischen Staatenbündnisses zusammen.[80] Eine Tatsache, der sich auch die jeweiligen Bonner Regierungen deutlich bewusst waren und durch die sie sich mitunter berechtigt fühlten, von Indien ein gewisses Entgegenkommen zu verlangen. In einem Bericht über die deutsch-indischen Regierungskonsultationen nach Amtsantritt der Regierung Brandt im Juni 1970 hieß es:

> Unsere Bitte, für unsere Deutschland-Politik Verständnis zu haben, sie zu unterstützen und nicht durch vorzeitige Entscheidungen zu stören, wurde wiederholt. […] Die Bundesregierung habe nicht die Absicht, anderen souveränen Staaten ihren Willen aufzuzwingen. Es bestehe jedoch ein Unterschied zwischen freundschaftlichen Beziehungen mit Ländern, die Verständnis für unsere Politik zeigen, und korrekten Beziehungen mit Ländern, die dies nicht tun.[81]

Diese kaum verhohlene Warnung der Bundesregierung vor einer Anerkennung der DDR ohne ihre vorherige Zustimmung stieß bei den indischen Delegierten auf wenig Verständnis. Sie machten sofort deutlich, dass die indische Regierung nicht zu der Zusage bereit war, von einer Aufwertung der Beziehungen zur DDR abzusehen, bis die Bundesregierung einen innerdeutschen Modus Vivendi mit der DDR gefunden habe. Stattdessen ließen sie

---

78 „Einschätzung des Standes und Prognose der Entwicklung Indiens und der politischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen zwischen der DDR und Indien bis 1980", 1. Dezember 1967, PA AA, M 1, C 1732/76; so später auch Satish Chand Misra: *India–GDR. Three Decades of Relations*. New Delhi: Patriot Publishers 1986, S. 67.

79 „Zusammenfassender Abschlußbericht über die Inspektionsreise nach Indien, Nepal und Ceylon vom 12. Oktober bis 19. Dezember 1969" von Jaeschke, 5. Januar 1970, PA AA, B 110, Bd. 621.

80 Das Gupta: *Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin*, S. 464; Wentker: *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 289.

81 AA / IfZ: *AAPdB*, 1970, Bd. 2, Dok. 301.

> durchblicken, dass ihrer Auffassung nach das Einfrieren ihrer bisherigen Beziehungen zur DDR auf der Ebene von Handelsvertretungen eine beachtliche Konzession an uns gewesen und eine Anhebung ‚nur' auf Konsularebene das Mindeste sei, das sie aufgrund der innenpolitischen Stimmung in Indien der DDR zugestehen müssten.[82]

Bei gleicher Gelegenheit stellten die indischen Delegierten fest, „[d]ie Beziehungen DDR–Indien hätten sich im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich in beachtlicher Weise entwickelt. In Indien mehrten sich daher die Stimmen, die eine Angleichung der politischen Beziehungen forderten."[83] Gegen Bonner Versuche, der indischen Regierung ihre außenpolitischen Entscheidungen zu diktieren, wusste diese sich also durchaus selbstbewusst zur Wehr zu setzen. Zugleich zeigt sich, dass DDR-Diplomaten es trotz des durch Bonn gesetzten Rahmens offenbar geschickt verstanden, sich in Indien Gehör zu verschaffen.

Die Aufnahme konsularischer Beziehungen zu Indien genügte ihnen jedenfalls bei weitem noch nicht. Die DDR-Führung war sich allerdings auch ihrer deutlichen wirtschaftlichen Unterlegenheit gegenüber der Bundesregierung bewusst und entsprechend bemüht, indische Regierungsvertreter davon zu überzeugen, sich im Umgang mit den beiden deutschen Staaten nicht allein von ökonomischen Erwägungen leiten zu lassen.[84] Die indische Seite wiederum machte DDR-Diplomaten immer wieder klar, dass Indien gerade die Weiterentwicklung der bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen zur Voraussetzung für die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen machen würde.[85] Hier hatte die Bundesrepublik eindeutig die besseren Voraussetzungen, was die Erfolgsaussichten der DDR in Indien erheblich schmälerte.

Außerdem hegte man im indischen Außenministerium große Sympathien für die Entspannungspolitik der Regierung Willy Brandt. Mitunter verbanden diese Sympathien sich auch mit Hoffnungen in Bezug auf den eigenen Dauerkonflikt mit Pakistan, wie aus einem internen Vermerk der Europaabteilung des indischen Außenministeriums im August 1970 hervorgeht: „a peaceful settlement in

---

82 AA / IfZ: *AAPdB*, 1970, Bd. 2, Dok. 301, Anm. 6.

83 AA / IfZ: *AAPdB*, 1970, Bd. 2, Dok. 301.

84 „Aktenvermerk über ein Gespräch anläßlich des Antrittsbesuches des Leiters des indischen Generalkonsulats, Botschafter Ajmani, beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen Willi Stoph, am 30.4.1971" von Hain, 3. Mai 1971, PA AA, M 1, C 1736/76. Für detaillierte Darstellungen des Ringens der DDR um diplomatische Anerkennung durch Indien, s. Fischer: *DDR – Indien. Ein Diplomat berichtet,* Das Gupta: *Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin, Voigt: Die Indienpolitik der DDR* und Das Gupta: India and Ostpolitik.

85 „Vermerk über ein Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Genossen Otto Winzer, mit dem Leiter des indischen Generalkonsulats in der DDR, Botschafter Ajmani, am 30.4.1971" von Radde, 6. Mai 1971, PA AA, M 1, C 1736/76.

one region creates the climate, if not the pattern, for similar settlements in other parts of the world."[86] Hierfür nahm man dann sogar in Kauf, dass „the success of Ostpolitik would mean smaller slices of the West German cake for developing countries like India."[87]

Im starken Kontrast zu den großen Bemühungen der DDR-Führung um Anerkennung durch das bündnisfreie Indien stand das westlich orientierte Pakistan von Anfang an weit weniger im Fokus der DDR-Außenpolitik. Zwar hatte die pakistanische Regierung bereits Mitte der 1950er Jahre ihr grundsätzliches Interesse am bilateralen Handel mit der DDR bekundet,[88] in der für die DDR so entscheidenden Deutschlandfrage nahm sie zum größten Bedauern des MfAA aber eindeutig den Standpunkt der Bundesrepublik ein. „Vor allem wird die westdeutsche Selbstbestimmungsformel unterstützt", hieß es im Sommer 1963 in einem MfAA-Bericht. Und: „Pakistan vergleicht das Westberlinproblem oft mit seinem Kaschmirstreit. Informationsminister Chowdhury sagte am 15.12.1962 in Westberlin, dass der antifaschistische Schutzwall ein ‚genau solches Beispiel für die falsche Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen' sei, wie Pakistan es in Kaschmir erlebe."[89] Ein allzu großes Entgegenkommen durfte die DDR vom Gegenspieler Indiens also nicht erwarten.

Zumindest auf zivilgesellschaftlicher Ebene schien sich Ende der 1960er Jahre allerdings etwas zu bewegen. Im Februar 1968 fand in Karachi eine Buchausstellung zur DDR statt[90] und ein von einem Pakistaner geleitetes Büro der Leipziger Messe wurde eröffnet.[91] Außerdem kam es in Pakistan ab 1969 ohne aktives Zutun der DDR zur Gründung einiger unabhängiger Pakistan-DDR-Freundschaftsgesellschaften. Diese konnten von der DDR-Führung jedoch nicht immer im gewünschten Maße kontrolliert werden, was mitunter zu erheblichen Irritationen führte. So hatten pakistanische Studenten im Frühjahr 1970 in Eigenregie eine Pakistan-DDR-Freundschaftsgesellschaft ins Leben gerufen, deren Vertreter sich bitter über mangelnde Unterstützung und unerwünschte Anweisungen aus Ost-Berlin beschwerten: „I want to make you very clear that we do not, don't want and will never take any instruction from you. We are educated enough to prepare our

---

86 „Brandt Government's East European Policy" von S. Sinha, 18. August 1970, NAI, Ministry of External Affairs, W I/106/6/70-EE.

87 „Ostpolitik" von H. D. Bhalla, 12. Mai 1971, NAI, Ministry of External Affairs, W II 162(15)71.

88 S.M.A. Naqvi an Herrn Schmidt, Chefredakteur „Deutscher Export", 10. Januar 1955, PA AA, M 1, A 13948.

89 Vermerk „Einige Aspekte der Außenpolitik Pakistans" von Pierschel, 5. Juli 1963, PA AA, M 1, C 96/78.

90 „Beziehungsbericht DDR-Pakistan – I. Quartal 1968", 4. April 1968, PA AA, M 1, C 87/78.

91 Berger an AA, 14. Juli 1970, PA AA, B 38, Bd. 306.

plans independently."[92] Nennenswerte Früchte trugen die Bemühungen auch dieser selbstbewussten Freundschaftsgesellschaft allerdings nicht.

Im Mai 1970 erklärte das MfAA der pakistanischen Regierung erneut die Bereitschaft der DDR, offizielle staatliche Beziehungen herzustellen und schlug hierzu den Abschluss eines bilateralen Handels- und Zahlungsabkommens sowie die Errichtung staatlicher Handelsvertretungen vor.[93] Der Zeitpunkt war gut gewählt: Im Sommer 1970 wurden die DDR-Vertretungen in Indien in Generalkonsulate umgewandelt. Wenig später zitierte die indische Presse den bundesrepublikanischen Botschafter in Neu-Delhi mit der Einschätzung, die Bundesregierung würde diesen Schritt nicht nur nicht sanktionieren, sondern die Entwicklungshilfe an Indien vielmehr noch erhöhen. Daraufhin begann auch die pakistanische Regierung die westdeutsche Hallstein-Doktrin zu testen und deutete an, die Beziehungen mit Ost-Berlin formalisieren zu wollen.[94] Anlässlich bilateraler Regierungskonsultationen teilte der damalige Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium und spätere Außenminister, Sultan M. Khan, seinem bundesrepublikanischen Amtskollegen Paul Frank im November 1970 mit, die Zulassung einer DDR-Handelsvertretung in Pakistan „sei mehr oder weniger beschlossene Sache."[95]

Trotz der generell wohlwollenden Haltung der pakistanischen Regierung gegenüber der Bundesrepublik zeigte sich daraufhin, dass man im Auswärtigen Amt durchaus dazu bereit war, mit harten Bandagen um die Sicherstellung der eigenen deutschlandpolitischen Interessen in Pakistan zu kämpfen. Als der damalige westdeutsche Botschafter in Islamabad, Norbert Berger, Ende Januar 1971 aus der lokalen Presse erfuhr, ein offizieller Atlas der DDR stelle die umstrittene Region Kaschmir als Teil Indiens dar, bat er in der Bonner AA-Zentrale um ein Exemplar der Karte, um sie dem pakistanischen Außenministerium vorzulegen. Zur unmissverständlichen Erklärung fügte er hinzu: „Die Karte könnte vielleicht Einfluss auf die Pläne des Außenministeriums, eine DDR-Handelsvertretung zuzulassen, haben."[96]

---

92 Parvez Masud Baig an Deutsch-Südostasiatische Gesellschaft, 9. Dezember 1971, BArch, DY 13/2240.

93 MfAA an das pakistanische Außenministerium, 11. Mai 1970, PA AA, M 1, Dok. 166.

94 Berger an AA, 14. August 1970, PA AA, B 38, Bd. 306.

95 Berger an AA, 20. August 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8141.

96 Berger an AA, 25. Januar 1971, PA AA, B 37, Bd. 634.

Bundesrepublik, DDR und die bengalische Frage

Die Autonomiebestrebungen im pakistanischen Ostflügel wurden im Auswärtigen Amt in Bonn anfangs noch sehr unterschätzt. Von der dortigen Bevölkerung erhobene Vorwürfe, man fühle sich vom Westflügel ausgebeutet, ohne dabei ein proportionales politisches Mitspracherecht auf staatlicher Ebene zu erhalten, waren der Bundesregierung zwar bekannt. Nach allgemeiner Einschätzung war dies aber nur die Meinung einer Minderheit und im Übrigen sei der Anführer der Autonomiebewegung, Sheikh Mujibur Rahman, „als ehemaliger notorisch bestechlicher Provinzminister“[97] verhasst, wie es aus dem westdeutschen Generalkonsulat in Dhaka hieß. Insofern stelle er kaum eine ausreichend polarisierende Gefahr für die pakistanische Zentralregierung dar. Im Herbst 1966 meldete die Botschaft in Islamabad an die Bonner AA-Zentrale, der Konflikt um Bengalen werde Pakistan zwar wohl erhalten bleiben, grundsätzlich sei es um die „nie sehr tief gehende Bewegung“ aber ruhig geworden.[98] Wichtiger war aus westdeutscher Sicht weiterhin das Agieren des „anderen Deutschlands“ in Südasien.

Auch im sich ab 1970 sichtbarer abzeichnenden Konflikt um Ostpakistan war die Bundesregierung zunächst um Zurückhaltung bemüht.[99] Man hielt ihn für eine rein innerpakistanische Angelegenheit, die eine Stellungnahme oder gar Intervention anderer Staaten nicht erforderte. Ressortübergreifende Relevanz gewann die Auseinandersetzung um Ostbengalen erst, als Pakistan seinen Nachbarn Indien Anfang Februar 1971 wegen des seit der „Ganga“-Entführung geltenden indischen Überflugverbots für pakistanische Flugzeuge vor dem Schiedsgericht der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation („International Civil Aviation Organization“ – ICAO) anklagte. Die Bundesrepublik Deutschland war ebenso Mitglied dieser UN-Unterorganisation mit Sitz im kanadischen Montreal wie die beiden südasiatischen Kontrahenten und als solches gefordert, zu dieser speziellen Frage des indisch-pakistanischen Streits Stellung zu beziehen. Die indische Regierung bat den westdeutschen Botschafter in Neu-Delhi darum, die Bundesregierung möge sich in der ICAO für sie einsetzen.[100]

Die Bonner AA-Zentrale rief die Botschaft in Neu-Delhi daraufhin zur Zurückhaltung auf,[101] zumal auch Botschafter Berger aus Pakistan berichtete, die Regierung seines Gastlandes benutze diesen Fall in erster Linie „zum weiteren

97 Zit. n. Das Gupta: *Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin,* S. 455.
98 Ebd.
99 AA / IfZ: AAPdB, 1971, Bd. 1, Dok. 135; Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 646.
100 Diehl an AA und Botschaft Islamabad, 4. Februar 1971, PA AA, B 37, Bd. 635.
101 Gehlhoff an Botschaften Neu-Delhi und Rawalpindi, 15. Februar 1971, PA AA, B 37, Bd. 635.

Anheizen anti-indischer Emotionen.“[102] Auf die Seite Pakistans wollte man sich in diesem Streit aber auch nicht schlagen. Zu groß war in Bonn die Sorge, Indien könnte aus Verärgerung über etwaige westdeutsche Unterstützung der pakistanischen Klage gegen das von Indien als Reaktion auf die Flugzeugentführung – und als innenpolitische Machtdemonstration[103] – verhängte Überflugverbot die DDR anerkennen.[104]

Nachdem Ende März 1971 ein Vertreter der pakistanischen Botschaft in Bonn in der AA-Zentrale vorgesprochen und um bundesrepublikanische Vermittlung gebeten hatte, gab man zu bedenken, es liege „in jedem Falle im deutschen Interesse, daß der indisch-pakistanische Streit wegen der Überflugrechte beigelegt wird.“ Der Vertreter der Bundesregierung bei der ICAO in Montreal wurde angewiesen, der pakistanischen Bitte zu entsprechen, und die westdeutsche Botschaft in Neu-Delhi beauftragt, die indische Regierung bei Gelegenheit auf die Vermittlungsbereitschaft der Bundesregierung hinzuweisen.[105]

Der Sachverhalt sollte die Bundesregierung noch einige Monate beschäftigen und blieb dabei „komplex“ und „ziemlich undurchsichtig“, wie das AA Ende Juli 1971 gegenüber dem mit der Bearbeitung des Falles beauftragten Bundesverkehrsministerium zugab. Außerdem machten ihn seine

> anscheinend politischen Ursachen und Begleitumstände [...] zu einer außenpolitisch höchst delikaten Angelegenheit, die für uns möglicherweise unangenehme Rückwirkungen haben könnte, falls wir uns für die eine oder andere Seite allzu sehr einsetzen. Deshalb ist für uns ein umsichtiges und vorsichtiges Verhalten im ICAO-Rat und seinen Wandelgängen geboten.[106]

Die westdeutschen Diplomaten empfahlen, sich an der Mehrheit der übrigen ICAO-Ratsmitglieder zu orientieren, sich also möglichst unauffällig zu verhalten: „In jedem Fall muß vermieden werden, daß der Bundesrepublik wegen ihrer Abstimmung im ICAO-Rat in dieser Angelegenheit außenpolitische Unannehmlichkeiten erwachsen.“[107]

Bis dahin allerdings hatten die sich überschlagenden Ereignisse in Südasien den „Ganga“-Fall längst hinter sich gelassen. Angesichts der eskalierenden politischen Lage in Pakistan berichtete der bundesrepublikanische Botschafter Diehl

---

102 Berger an AA und Botschaft Neu-Delhi sowie BMVg, 12. Februar 1971, PA AA, B 81, Bd. 844.
103 Diehl an AA, 19. Februar 1971, PA AA, B 81, Bd. 844.
104 Dietrich an das Referat I B 5, 26. Februar 1971, PA AA, B 37, Bd. 635.
105 Berendonck an Generalkonsulat Montreal sowie Botschaften Rawalpindi und Neu-Delhi, 23. März 1971, PA AA, B 81, Bd. 844.
106 Hoffmann an den Bundesminister für Verkehr, 26. Juli 1971, PA AA, B 80, Bd. 896.
107 Ebd.

bereits Anfang März 1971 aus Neu-Delhi, dass im indischen Außenministerium „die Aussichten, die Spaltung [Pakistans] zu vermeiden, gering angesehen" würden.[108]

2.3 Zwischenbilanz

Sowohl die beiden deutschen Staaten als auch die beiden Nachfolgestaaten Britisch-Indiens sahen sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts mit Grenzen konfrontiert, die sie selbst nicht gezogen hatten. Während die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg freilich kaum in der Position waren, den alliierten Siegermächten gegenüber irgendwie geartete Forderungen zu stellen, fiel es der Bevölkerung des indischen Subkontinents weitaus schwerer, ihre noch von den britischen Kolonialherren definierten Staatsgebiete[109] widerspruchslos zu akzeptieren. Die Grenzen von Indien und Pakistan waren keineswegs historisch gewachsen und etabliert, sondern im Gegenteil von religiös motivierten Ideologen erträumt worden. Dass die gemeinsame Religion Islam die beiden Landesteile Pakistans zusammenhalten würde, entsprach deutlich mehr dem Wunschdenken der Muslim League unter Führung Muhammad Ali Jinnahs als dem tatsächlichen Willen der ostbengalischen Bevölkerung, die bald größere Autonomie vom pakistanischen Zentralstaat zu fordern begann.

Einmal etabliert, fiel es der pakistanischen Zentralregierung und vor allem den seit dem Putsch Ayub Khans regierenden Militärs sehr schwer, die Zügel ihrer zentralstaatlichen politischen Führung zu lockern. Bei der ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung handelte es sich letztlich um ein „hausgemachtes" Problem Pakistans. Wären die Zentralregierung sowie vor allem Yahya Khan und Zulfikar Ali Bhutto ähnlich wie die indische Regierung in Neu-Delhi dazu bereit gewesen, auf einige der durchaus berechtigten Forderungen der ostpakistanischen Awami League einzugehen, indem sie auf einen Teil ihrer eigenen Macht verzichtet hätten, dann wäre eine Eskalation der Lage in Ostpakistan und die spätere Teilung des Landes womöglich noch vermeidbar gewesen. Letztlich sollte Bhutto damit das vereinigte Pakistan auf dem Altar seines eigenen Machthungers

---

108 Diehl an AA und Botschaft Rawalpindi sowie Generalkonsulat Dacca, 12. März 1971, PA AA, B 81, Bd. 844.

109 Die Teilung Britisch-Indiens erfolgte unter Leitung des britischen Anwalts Cyril Radcliffe, s. Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 95.

opfern, während ein schwacher Yahya Khan ihm keinen ausreichenden Widerstand zu leisten vermochte.[110]

Die beiden deutschen Staaten wiederum waren um 1969/70 vollauf mit der innenpolitischen Verarbeitung der Neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition der BRD beschäftigt. Während die Regierung Brandt Schwierigkeiten hatte, die christdemokratische Opposition von einer Zustimmung zu den Verhandlungen mit der DDR zu überzeugen,[111] fürchtete die DDR-Führung angesichts der geänderten Vorzeichen der bundesrepublikanischen Ostpolitik um die Existenz des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden als solcher. Deutlich tritt an dieser Stelle die Asymmetrie der verflochtenen deutsch-deutschen Parallelgeschichte zu Tage, in der die DDR stets ein wenig mehr von der Bundesrepublik abhängig zu sein glaubte als umgekehrt.

Umso wichtiger war es der DDR-Führung, in dieser Zeit außenpolitisch an Boden zu gewinnen. Einen Schwerpunkt der Bemühungen der DDR um internationale Anerkennung bildete nach wie vor Indien. Tatsächlich lösten die Aktivitäten ostdeutscher Diplomaten dort um 1969/70 eine Dynamik aus, die zumindest zur Aufnahme offizieller konsularischer Beziehungen zwischen Indien und der DDR führte. Doch auch das unter deutschlandpolitischen Aspekten deutlich weniger bedeutsame Pakistan blieb weder für die BRD noch für die DDR eine terra incognita. Solange jedoch die pakistanische Regierung kein konkretes Interesse an einer Anerkennung der DDR zeigte, bestand für die Bundesregierung kaum Veranlassung, sich in die innenpolitischen Auseinandersetzungen dieses Landes einzumischen.

Praktische Auswirkungen hatte der sich anbahnende indisch-pakistanische Konflikt für die beiden deutschen Staaten erst, als die Bundesregierung zunächst von indischer und später auch von pakistanischer Seite zur Stellungnahme in der Auseinandersetzung um das durch Indien einseitig gegen Pakistan verhängte Überflugverbot aufgefordert wurde. Die Bonner Bundesregierung wog sorgsam ab und entschied sich letztlich für eine möglichst neutrale und unauffällige Haltung, um keinem der beiden südasiatischen Staaten einen Vorwand für deutschlandpolitisch unliebsame Entscheidungen zu liefern. Ihr Handlungsmaßstab war hierbei allerdings weniger die Haltung der USA als vielmehr der generelle Wunsch, nicht aus den Reihen der internationalen Gemeinschaft auszuscheren.

---

110 Ali: *Understanding Bangladesh*, S. 48.

111 Booz: „*Hallsteinzeit*“, S. 160–1; Görtemaker: Die Ursprünge der „neuen Ostpolitik“ Willy Brandts, S. 56–7.

3 Indien und Pakistan auf der Suche nach Verbündeten

Im Frühjahr und Sommer 1971 wuchs sich der zunächst innerpakistanische Konflikt um den Ostflügel des Landes zunehmend zu einem indisch-pakistanischen Konflikt aus. Beide südasiatische Staaten begannen, den jeweiligen Gegner international anzuklagen. Während die indische Regierung unter Führung Indira Gandhis der pakistanischen Zentralregierung vorwarf, durch die brutale Unterdrückung der ostpakistanischen Unabhängigkeitsbewegung Millionen Menschen in die Flucht und über die Grenze zu treiben und den Konflikt dadurch auch auf Indien auszuweiten, bezichtigte die pakistanische Regierung wiederum die Regierung Indira Gandhi einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates, indem sie die ostbengalischen Separatisten fördere. Bald begann die indische Regierung in der internationalen Gemeinschaft um Unterstützung für ihren Standpunkt zu werben. Die pakistanische Zentralregierung tat es ihr gleich.

Im folgenden Kapitel werden die Ereignisse in Südasien dargestellt, ihre zunächst innerpakistanische, dann regionale Dimension und der Moment, in dem auch die beiden deutschen Staaten das Potenzial dieses Konflikts erkannten, ihre gegensätzlichen deutschlandpolitischen Interessen auf dem indischen Subkontinent durchzusetzen.

3.1 Pakistanische Repression und indische Intervention

> Kill three million of them and the rest will eat out of your hands.
> *General Yahya Khan*[1]

Nachdem er zuvor noch einmal eine Eröffnungssitzung für den 25. März 1971 versprochen hatte, um einerseits der Truppenaufstockung in Ostpakistan mehr Zeit zu verschaffen und andererseits die ohnehin schon unangenehm große internationale Aufmerksamkeit für diesen Konflikt nicht noch weiter zu vergrößern,[2] gab General Yahya Khan an diesem Tag dem Druck führender pakistanischer Militärs nach und brach die Verhandlungen mit Mujibur Rahman und der Awami League ab. In der Nacht zum 26. März 1971 schlugen Panzer der pakistanischen

1 Zit. n. Pai: The 1971 East Pakistan Genocide. A Realist Perspective, S. 1.

2 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 44.

https://doi.org/10.1515/9783110682038-003

Armee Studentenproteste auf dem Campus der Universität in Dhaka, die als Hort des sezessionistischen Widerstands galt, blutig nieder. Hunderte Studenten, Professoren und Mitarbeiter der Universität kamen dabei ums Leben. Die „Operation Searchlight" der pakistanischen Armee hatte begonnen.[3]

Bengalische Zeitungen gerieten ebenso ins Visier der Truppen wie Lokalpolitiker. Mujibur Rahman wurde noch in derselben Nacht in seinem Haus verhaftet und an einen geheimen Ort in Westpakistan ausgeflogen. Die Awami League wurde von Yahya Khan für illegal erklärt. Offiziell ging es bei diesen Maßnahmen um die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung in Ostpakistan und darum, einer für den 26. März 1971 befürchteten bewaffneten Rebellion der Awami League zuvorzukommen.[4]

Yahya Khan bemühte sich zwar noch, durch Einrichtung eines Komitees, das er mit der Verfassung eines Präsidialsystems beauftragte, eine gangbare politische Lösung für den Konflikt zu präsentieren. Er machte aber klar, dass die Awami League in jedem Fall verboten und Mujibur Rahman von jeder politischen Funktion ausgeschlossen bleiben würde. Aus ostbengalischer Sicht waren dies inakzeptable Voraussetzungen. Für eine friedliche Lösung des innerpakistanischen Konflikts war es nun endgültig zu spät, zumal die Armee drohte, selbst Zulfikar Ali Bhutto zu verhaften, sollte er versuchen, sie in Ostpakistan aufzuhalten.[5]

Der Eingriff des Militärs machte den ostpakistanischen Widerstand ein für alle Mal zum Kampf um die ostbengalische Unabhängigkeit. Am 14. April trat in „Mujibnagar" nahe Ostpakistans westlicher Grenze zu Indien erstmals eine „Provisorische Regierung von Bangla Desh" zusammen. Die in der nationalen Wahl siegreichen Mitglieder der Awami League bildeten selbstständig eine verfassungsgebende Versammlung und bestimmten den inhaftierten Mujibur Rahman zum ersten Präsidenten von Bangladesch. In dessen Abwesenheit sollte Syed Nazrul Islam die Regierungsgeschäfte übernehmen. Am 17. April 1971 wurde diese Regierung in einer feierlichen Zeremonie vereidigt und proklamierte noch am selben Tag offiziell die Unabhängigkeit Bangladeschs.[6]

---

3 Hossein: *Bangladesh. Quest for Freedom and Justice*, S. 102–3; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 51; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 243; 248–9; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 60.

4 Guha: *India after Gandhi*, S. 451; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 186; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 193.

5 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 92–3.

6 Hossein: *Bangladesh. Quest for Freedom and Justice*, 135; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung,* S. 76; Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 164; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 64.

Doch auch die provisorische Regierung vertrat kaum die Interessen aller Menschen in Ostpakistan. Bereits die Teilung des indischen Subkontinents 1947 hatte im östlichen Teil des Landes zu massiven Verschiebungen in der Zusammensetzung der ansässigen Bevölkerung geführt, als 671.000 Urdu-sprechende Muslime aus den umliegenden, später indischen Bundesstaaten in Ostpakistan Zuflucht suchten. Diese ungeachtet ihrer tatsächlichen geografischen Herkunft nach dem nordindischen Bundesstaat Bihar als „Biharis" bezeichneten Einwanderer identifizierten sich mit den Vertretern der westpakistanischen Zentralregierung bald deutlich mehr als ihre bengalischen Nachbarn.[7] Von den ostbengalischen Unabhängigkeitskämpfern wurden sie daher als potenzielle Feinde im eigenen Land beargwöhnt.

Mujibur Rahman versuchte zwar, die Biharis vor Übergriffen seiner Anhängerschaft zu schützen,[8] die Bengali-Guerilla „Mukti Bahini" (Bengali für „Freiheitskämpfer"), verdächtigte sie jedoch einer Kollaboration mit der zentralpakistanischen Armee und verfolgte sie daher gnadenlos. Zehntausende Biharis fielen diesen Pogromen zum Opfer. Tatsächlich kämpften einige loyale Verbände der Biharis als sog. „Razakars" (Urdu für „Freiwillige") an der Seite der pakistanischen Armee, die sie entsprechend als ihre natürlichen Verbündeten im Kampf gegen die ostbengalischen Mukti Bahini begriff.[9]

Das Ergebnis war ein blutiges Chaos. Immer wieder meuterten ostbengalische Armeeangehörige, die dem „demoralising effect of killing one's own people over a sustained period of time"[10] nicht länger standzuhalten vermochten und ins feindliche Lager überwechselten.[11] Hinzu kam, dass es den Mukti Bahini bis Juli 1971 gelang, 15.000 pakistanische Soldaten zu töten. Systematisch verübten sie gezielte Anschläge auf Angehörige der pakistanischen Armee; zunächst, indem sie sie in Hinterhalte lockten und töteten, im Laufe des Jahres 1971 aber immer offener.[12]

---

7 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 142.

8 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 43.

9 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 144–5.

10 So die spätere Formulierung eines pakistanischen Generals, s. Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 469.

11 Guha: *India after Gandhi*, S. 451.

12 Bass: *The Blood Telegram*, S. 183; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 100; Pai: The 1971 East Pakistan Genocide. A Realist Perspective, S. 2; Sarmila Bose: *Dead Reckoning. Memories of the 1971 Bangladesh War*. London: Hurst & Co. 2011, S. 400–1. „Tagsüber verläuft [das] Leben in Dacca, abgesehen von [den] üblichen Attentaten, weiterhin normal", meldete so der westdeutsche Generalkonsul Enders in Dacca Ende November 1971 an die Bonner AA-Zentrale, s. Enders an AA, 23. November 1971, PA AA, B 110, Bd. 756.

Dass es sich beim Konflikt um Ostpakistan um einen veritablen Bürgerkrieg handelte, zeigt die Tatsache, dass die Awami League dort nicht nur mit den Truppen der pakistanischen Zentralregierung zusammenstieß, sondern immer wieder auch mit Maoisten und kommunistischen Naxaliten, die nicht nur die Befreiung vom westpakistanischen Joch, sondern auch eine soziale Revolution in Ostbengalen anstrebten.[13]

Nach der blutigen Niederschlagung der ersten Aufstände bemühte sich die pakistanische Armee im Frühjahr 1971 zwar zunächst noch, den pakistanischen Ostflügel zu befrieden sowie das Vertrauen der Bevölkerung in die Streitkräfte zurückzugewinnen und gewährte umfassende Amnestie.[14] Den anhaltenden ostbengalischen Widerstand des Frühsommers 1971 beantwortete sie dann aber mit massiven Vergeltungsaktionen. Massaker, Massengräber und Massenvergewaltigungen der pakistanischen Streitkräfte trieben bis Ende April 1971 bereits eine halbe Million Menschen über die Grenze nach Indien. Einen Monat später waren es dreieinhalb und bis Ende August 1971 über acht Millionen Ostpakistaner, die Zuflucht in Indien suchten – die meisten von ihnen Hindus, die zum bevorzugten Ziel der westpakistanischen Truppen wurden.[15]

Die pakistanische Armee verdächtigte die Hindus, Verräter an der religiös begründeten Gründungsidee des Landes, Kern der ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung, und potenzielle Fünfte Kolonne Indiens zu sein. Zunehmend nahm der Konflikt dadurch auch religiöse Züge an, wie die Schilderungen eines US-amerikanischen Diplomaten vom 2. Juli 1971 verdeutlichen: „Army officials and soldiers give every sign of believing that they are now embarked on a Jehad against Hindu-corrupted Bengalis."[16] Dem militärischen Gouverneur Ostpakis-

13 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 78; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 44.

14 „Our behavior should remain fair, firm and friendly", hieß es in einer Verordung General Tikka Khans Ende Mai 1971, s. Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 265–6.

15 Guha: *India after Gandhi*, S. 452. Das entspricht einem Zehntel der damaligen ostpakistanischen Bevölkerung. S. Bass: *The Blood Telegram*, S. 190, 260. Ende November hielten sich fast 10 Millionen ostbengalische Flüchtlinge in Indien auf. Die Mehrzahl von ihnen Hindus. S. Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 80–1; s. hierzu auch Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 206; Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 164; Dirk A. Moses: Die Vereinten Nationen, humanitäres Engagement und die Menschenrechte. Kriegsverbrecher- und Völkermordprozesse gegen pakistanische Soldaten in Bangladesch, 1971–1974. In: Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.): *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Wallstein 2010, S. 337–367, hier S. 347.

16 Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 451; Yasmin Saikia: Listening to the Enemy: The Pakistan Army, Violence and Memories of 1971. In: Naveeda Khan (Hrsg.): *Beyond Crisis. Re-evaluating Pakistan*. London / New York / New Delhi: Routledge 2010, S. 181.

tans, General Tikka Khan, sollte die Härte seines Vorgehens in Ostbengalen noch zu Lebzeiten den Beinamen „Butcher of Bengal“ einbringen.[17]

Während das Militär dort immer unabhängiger agierte und der pakistanischen Zentralregierung lediglich die politischen Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft überließ, verlor Yahya Khan über Ostpakistan immer mehr die Kontrolle. Um den Anschein der Normalität zu wahren, lehnte er Mitte Mai 1971 internationale Hilfsangebote ab. Seiner Darstellung nach waren die vielen Berichte über das Leiden der ostbengalischen Bevölkerung, die an die Weltöffentlichkeit gelangten, weit übertrieben, wenn nicht gar tendenziös. Noch im Juni 1971 betonte Yahya Khan öffentlich seinen Willen zu einer politischen Lösung des Konflikts.[18] Erst Ende Juli 1971 stimmte er endlich dem Einsatz eines UN-überwachten Hilfsprogramms an der indisch-pakistanischen Grenze zu – das nun wiederum von Indira Gandhi abgelehnt wurde. Denn die indische Premierministerin verfolgte in diesem Konflikt inzwischen ihre eigene Agenda.

Indiens Eingreifen

Nach dem Sieg im letzten Krieg gegen Pakistan 1965 konnte sein großer Nachbar Indien zwar als regionale Vormacht in Südasien gelten, innenpolitisch aber war das Land Ende der 1960er Jahre tief gespalten. Unter Indira Gandhis Führung war die regierende Kongresspartei in zwei Flügel zerfallen. Der Congress (R) um die Premierministerin galt als progressiv und von sozialistischen Ideen beeinflusst, während der traditionellere Congress (O) sich gegen Indira Gandhis Reformen stemmte und der Parteiführung Korruption und Nepotismus vorwarf.[19] Die Angst, in den für Anfang März 1971 anberaumten landesweiten Wahlen zu unterliegen, beflügelte die junge Premierministerin zu einem beispiellosen Wahlkampf, gekennzeichnet von zahllosen öffentlichen Auftritten, für den sie schließlich mit einem stabilen Wahlerfolg entlohnt wurde. Ihr Congress (R) erhielt 352 von 518 Sitzen im indischen Unterhaus „Lok Sabha“,[20] während der Congress (O)

---

17 Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 162; Amir Abdullah Khan Niazi: *The Betrayal of East Pakistan*. Karachi: Oxford University Press 1998, S. 221.

18 Kux: *The United States and Pakistan*, S. 190; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 126.

19 Congress (R) für „Requisition“ bzw. Congress (O) für „Organisation“, s. Guha: *India after Gandhi*, S. 445; Martina Franke: *Hoffnungsträger und Sorgenkind Südasien. Westdeutsche Betrachtungen und Begegnungen zwischen 1947 und 1973*. Heidelberg: CrossAsia E-Publishing 2017, S. 357.

20 Guha: *India after Gandhi*, S. 446–7; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 55.

bald in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwand. Den Bürgerkrieg im verfeindeten Nachbarstaat verfolgte Indira Gandhi also aus einer Position der Stärke heraus – und zunächst mit wohlwollender Zurückhaltung.

Nichtsdestotrotz begann die indische Regierung schon im Februar 1971, also bereits vor Ausbruch der offenen Gewalt in Ostpakistan und dem Beginn der Flüchtlingsbewegung, ihre Streitkräfte nahe der ostpakistanischen Grenze zusammenzuziehen und die Guerillaaktivitäten der Mukti Bahini diskret zu unterstützen. Zur Abschreckung der zentralpakistanischen Armee hatte Mujibur Rahman dies ab Anfang März 1971 sogar aktiv von der indischen Regierung eingefordert.[21] Dabei war Indira Gandhi noch gar nicht unbedingt auf ein unabhängiges Ostbengalen aus, sondern die Vorstellung eines zwar weiterhin geeinten, aber von einer Indien-freundlichen Awami League regierten Pakistans war ihr im Gegenteil durchaus angenehm. Mit Mujibur Rahman als pakistanischem Premierminister hoffte sie zudem deutlich weniger emotional über den Kaschmir verhandeln zu können.[22] Vor einer offenen Unterstützung der ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung scheute die indische Premierministerin zu diesem Zeitpunkt also noch zurück.

Andere indische Stimmen hingegen hielten Ende März 1971 den Zeitpunkt zur gewaltsamen Spaltung des ungeliebten Nachbarn für gekommen.[23] Das Indian Institute of Defence Studies and Analysis (IDSA – Teil des indischen Verteidigungsministeriums) errechnete, dass ein Krieg mit Pakistan den indischen Staat weniger als die geschätzten 900 Millionen Dollar kosten würde, die für die Versorgung der ostpakistanischen Flüchtlinge pro Jahr anfielen. Vor allem die kommunistischen Parteien im indischen Unterhaus und in Westbengalen stellten sich bald auf die Seite der ostbengalischen Sezessionisten. Nicht zuletzt forderte auch der frühere Mitstreiter Mahatma Gandhis, Jayaprakash („JP") Narayan, Indira Gandhi öffentlich zur Anerkennung der provisorischen Regierung von Bangla-

---

21 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 281; 286–7; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 54.

22 Ebd., S. 56; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 88. „Kaschmir bedeutet für [die] Mehrheit ostpakistanischer Politiker nicht viel mehr als Palästina", formulierte etwa der bundesrepublikanische Generalkonsul in Dacca, s. Enders an AA und Botschaft Rawalpindi, 4. Februar 1971, PA AA, B 37, Bd. 635.

23 „What India must realise is the fact that the break up of Pakistan is in our interest an opportunity the like of which will never come again", wird so K. Subramanyam, Leiter des IDSA am 31. März in einem Interview zitiert, s. Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 274. Ähnliche Vermutungen stellte vor Ausbruch des Krieges auch Kissinger an, s. Daniel J. Sargent: *A Superpower Transformed. The Remaking of American Foreign Relations in the 1970s*. New York: Oxford University Press 2015, S. 88.

desch auf.[24] Die indische Presse warf der zögernden Premierministerin vor, in der Flüchtlingskrise keine Strategie zu verfolgen und Millionen Flüchtlinge einfach unbesehen ins Land zu lassen, die beste Gelegenheit zum Eingreifen außerdem bereits versäumt und damit die leidenden ostpakistanischen Hindus verraten zu haben. Innenpolitisch erhöhte sich also der Druck auf Indira Gandhi. Im März 1972 sollten in 13 wichtigen Bundesstaaten Wahlen stattfinden und die öffentliche Meinung in Indien rief nach Krieg.[25]

Dennoch vertrat die indische Premierministerin den Standpunkt, man könne die selbsternannte Regierung von Bangladesch nicht als legitim anerkennen, solange sie das von ihr beanspruchte Territorium noch nicht kontrollierte. Bis dahin betrachtete man den Konflikt zumindest offiziell als rein innerpakistanische Angelegenheit. Außerdem war sich auch die Führung der Awami League keineswegs in allen Punkten darüber einig, wie der Weg zur Unabhängigkeit beschritten werden und das unabhängige Bangladesch später aussehen sollte. Unter diesen Umständen konnte und wollte Indira Gandhi sich keinesfalls festlegen, wen genau sie in Ostbengalen unterstützen würde. Sie war also vehement gegen eine sofortige militärische Intervention in diesem Konflikt.[26]

Hinzu kam, dass der indische Geheimdienst Anfang 1971 die militärische Stärke Pakistans deutlich überschätzte und nachdrücklich vor einem möglichen Bündnis des Gegners mit der VR China warnte. Tief saß im indischen Militär noch der Schock der demütigenden Niederlage im Indisch-Chinesischen Grenzkrieg von 1962. Die Führung der indischen Streitkräfte gab Indira Gandhi schließlich Recht: Ein Einmarsch in Ostbengalen sei vor Ende des Monsuns im Sommer 1971 kaum sinnvoll. Die Empfehlung lautete, noch bis November zu warten, wenn die Sümpfe des Gangesdeltas trocken und die Pässe des Himalayas für chinesische Truppen durch Schnee und Eis unpassierbar wären.[27]

Zunächst beschränkte sich die indische Regierung im Frühjahr und Sommer 1971 also auf eine indirekte Unterstützung der ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung, indem die paramilitärischen indischen Grenztruppen („Border Sercurity Force“) und später auch die indische Armee selbst Trainingscamps für die etwa 20.000 ostbengalischen Mukti Bahini durchführten, die dort lernten, Sabotageakte gegen die pakistanische Zentralregierung zu verüben. Auch in der

---

24 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 282; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 66; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 65.

25 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 116; Bass: *The Blood Telegram*, S. 196–7.

26 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bolley*, S. 66–7.

27 Guha: *India after Gandhi*, S. 453; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 52; 67–9.

Entwicklung einer militärischen Strategie zur Bekämpfung der pakistanischen Armee leistete die Border Security Force Wesentliches und half, die verschiedenen militärischen Gruppierungen in Ostpakistan unter der gemeinsamen politischen Führung der Awami League zu vereinen. Außerdem konnten die Mukti Bahini auf die Arbeit des indischen Geheimdienstes zurückgreifen.[28]

Darüber hinaus beriet die indische Regierung die provisorische Regierung von Bangladesch beim Entwurf ihrer Unabhängigkeitserklärung vom 17. April 1971 und unterband direkte Kontakte zwischen dem Außenminister der provisorischen Regierung und Yahya Khan, die nun ausschließlich über Neu-Delhi kommunizieren konnten.[29] Wenn schon nicht auf eine direkte kriegerische Auseinandersetzung mit Pakistan, so zielte die Politik der indischen Regierung damals zumindest auf eine „kontrollierte Eskalation."[30] Sie folgte damit dem Rat des indischen Botschafters in Moskau, Durga Prasad Dhar, der bereits Mitte April 1971 gefordert hatte: „we have to create the whole of East Bengal into a bottomless ditch which will suck the strength and resources of West Pakistan."[31]

Die indischen Aktivitäten blieben international nicht unbemerkt. Die Vereinten Nationen versuchten, anti-pakistanische Guerilla-Aktivitäten von indischem Boden aus zu untersagen, wogegen die indische Regierung sich allerdings vehement zur Wehr setzte.[32] In der internationalen Gemeinschaft gab sie sich betont friedlich. Der indische Außenminister Swaran Singh behauptete Mitte Juni 1971 gegenüber den USA, seine Regierung habe noch keinerlei Position zur Frage einer möglichen Unabhängigkeit Bangladeschs, und Anfang Juli 1971 stritt der indische Staatssekretär und enge Vertraute Indira Gandhis, P. N. Haksar, jegliche Unterstützung der Mukti Bahini durch Indien ab. Stattdessen unterstrich er das Interesse seiner Regierung an einer politischen Lösung für Pakistan. Bei aller offiziellen Zurückhaltung wurde allerdings immer wieder betont, dass der innenpolitische Druck auf Indira Gandhi in dieser Sache gewaltig sei und noch weiter wüchse.[33] Etwaiges militärisches Eingreifen der indischen Regierung in Ostpakistan wäre demnach allein dem Umstand geschuldet, dass der Flüchtlingsstrom

---

28 Ebd., S. 62–3; 71; Guha: *India after Gandhi*, S. 453–4; Bass: *The Blood Telegram*, S. 181–2.

29 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 289.

30 Anubha Chatterjee: *Indiens Politik während des letzten indisch-pakistanischen Krieges (Dezember 1971) und seine Rolle bei der Entstehung von Bangladesc*h. München: tuduv 1992, S. 203.

31 Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 453; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 70.

32 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 281; vgl. Bimal Prasad: *Indo-Soviet Relations 1947–1972*. New Delhi: Allied Publishers Private Ltd. 1973, S. 382–3; Bass: *The Blood Telegram*, S. 194.

33 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 102–4.

aus Ostbengalen – und damit indirekt das brutale Vorgehen der pakistanischen Truppen gegen die eigene Zivilbevölkerung – sie dazu zwang.

Durch die Flüchtlingskrise wurde der aus ihrer Sicht bis dahin rein innerpakistanische Konflikt für Indira Gandhi tatsächlich zu einem indischen Problem. Die indische Regierung hielt Berichte über die steigenden Zahlen der aus Ostpakistan fliehenden Hindus sogar zurück, aus Angst, die hindunationalistische Opposition könnte dies propagandistisch gegen sie ausnutzen.[34] Zu sehr fürchtete man gegen indische Muslime gerichtete Ausschreitungen der indischen Hindu-Mehrheit.[35] Obwohl die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge vor allem die an Ostpakistan grenzenden indischen Bundesstaaten Westbengalen, Tripura und Meghalaya betraf, machte die Zentralregierung im fernen Neu-Delhi die Flüchtlingskrise von Anfang an zur Chefsache. Man nahm jeden in Indien auf, der Schutz suchte, und sprach hinter vorgehaltener Hand bereits vom „Kampf um Bangladesch."[36]

Für die ostindischen Bundesstaaten bedeutete dies eine große Herausforderung. Im Juli 1971 hielten sich bereits 5 Millionen Flüchtlinge in westbengalischen Flüchtlingscamps auf und in Neu-Delhi fürchtete man, die ostpakistanischen Flüchtlinge könnten dortige separatistische Kräfte inspirieren. Die indische Zentralregierung stellte den Bundesstaat Westbengalen daher unter Zentralherrschaft („president's rule").[37] Im Bundesstaat Tripura wiederum trafen 1 Million Flüchtlinge auf eine Gesamtbevölkerung von 1,5 Millionen – das fragile soziale Gleichgewicht dieses von Stämmen geprägten Bundesstaates drohte ins Wanken zu geraten.[38] P. N. Haksar bezeichnete die entstandene Situation als eine „kommunalistische Zeitbombe" und verwies darauf, dass allein eine demokratisch legitimierte und säkulare Regierung, wie die Awami League sie anstrebe, zur gewünschten Rückkehr sowohl der muslimischen als auch der hinduistischen

---

34 Ebd., S. 76–8.

35 Franke: *Hoffnungsträger und Sorgenkind Südasien*, S. 374. Vgl. auch die sogenannte „Hostage Theory" auf dem indischen Subkontinent – die Vorstellung, dass auf indischer und pakistanischer Seite die jeweilige religiöse Minderheit schonend behandelt werden müsse, um wiederum die Angehörigen der „eigenen" religiösen Mehrheit im Gebiet des politischen Gegners zu schützen. S. Vazira Fazila-Yacoobali Zamindar: 1947. Recovering Displaced Histories of Karachi. In: Michel Boivin / Matthew A. Cook (Hrsg.): *Interpreting the Sindhi World. Essays on Society and History.* Oxford: Oxford University Press 2010, S. 188–9.

36 Guha: *India after Gandhi*, S. 452; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 75.

37 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 107; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 56; Bass: *The Blood Telegram*, S. 189.

38 Ebd., S. 191; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 76.

Flüchtlinge führen könne. Andere politische Kräfte Pakistans, so fürchtete man in Indien, könnten sich womöglich weigern, nicht-muslimische Flüchtlinge wieder zurück ins Land zu lassen.[39]

Trotz dieser Probleme lehnte die indische Regierung eine Vermittlung in der Flüchtlingskrise durch den UN-Generalsekretär Sithu U Thant ab.[40] Dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Prinz Sadruddin Aga Khan, wurde der Zugang zu Flüchtlingscamps in Indien verwehrt und am 16. Juli 1971 machte der indische Staatssekretär im Außenministerium, Triloki Nath (T. N.) Kaul, gegenüber den USA deutlich, dass man UN-Personal – selbst zur humanitären Hilfe für Flüchtlinge – nicht auf der indischen Seite der Grenze dulden werde. Man fürchtete, solche provisorischen Hilfsaktionen würden die internationale Gemeinschaft von der aus indischer Sicht zwingend notwendigen Suche nach einer politischen Lösung für Ostpakistan ablenken.[41] Außerdem wusste auch die UN um die verdeckten Aktionen der indischen Armee auf der pakistanischen Seite der Grenze und Sadruddin Aga Khan bekundete öffentlich gar Sympathien für Yayha Khan.[42] Aus indischer Sicht waren die Vereinten Nationen daher kein neutraler Akteur mehr in diesem Konflikt.

Während die pakistanische Seite einen solchen Einsatz befürwortete,[43] misstraute man in Indien nicht nur der UN selbst, sondern vor allem auch ihrer Durchsetzungsfähigkeit: „They talk and talk and do nothing", stellte der indische Außenminister Swaran Singh nüchtern fest.[44] Auf den Vorschlag des US-Präsidenten Richard Nixon, UN-Beobachter könnten die Rückführung der Flüchtlinge überwachen, antwortete die indische Premierministerin deshalb mit der rhetorischen Frage: „would the League of Nations observers have succeeded in persuading the refugees who fled from Hitler's tyranny to return even whilst the pogroms against Jews and political opponents of Nazism continued unabated?"[45]

39 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 102; 209.
40 Ebd., S. 152–3.
41 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 281; Bass: *The Blood Telegram*, S. 193–4; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 147–8; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 194. Ebenso mutmaßte auch der westdeutsche Botschafter in Indien, s. Diehl an AA, die SV bei der UNO in New York, die SV bei der UNO und bei den anderen Internationalen Organisationen in Genf, Botschaft Rawalpindi sowie Generalkonsulate Dacca und Kalkutta, 24. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 669.
42 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 151–2.
43 Vermerk von van Well, 2. August 1971, PA AA, B 37, Bd. 629.
44 Zit. n. Bass: *The Blood Telegram*, S. 192; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 155.
45 Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 455.

Unter sowjetischem Einfluss nahm der UN-Sicherheitsrat schließlich Abstand von seinen Plänen, Beobachter in die Konfliktregion zu entsenden.[46]

3.2 Die beiden deutschen Staaten beargwöhnt und umworben

Anstatt auf Angebote einer multilateralen Streitschlichtung einzugehen, betrieben die indische Regierung und die ostbengalischen Unabhängigkeitskämpfer im Frühjahr und Sommer 1971 gemeinsam eine regelrechte Kampagne, um die internationale Gemeinschaft zu einem schützenden Eingreifen gegen die von den pakistanischen Streitkräften an der ostpakistanischen Zivilbevölkerung verübten Massaker und Gräueltaten zu bewegen.[47] Auch die beiden deutschen Staaten wurden bald zu wichtigen Adressaten dieser südasiatischen Werbung um Unterstützung.

Erste Reaktionen in Bonn und Ost-Berlin

Im Frühjahr 1971 galt ein Hauptinteresse der Bundesregierung in Südasien dem Wunsch, eine Anerkennung der DDR durch Indien und Pakistan noch möglichst lange hinauszuzögern. Um nicht durch eine einseitige Parteinahme die jeweils andere Seite vor den Kopf zu stoßen, war sie weiterhin bemüht, sich aus dem sich anbahnenden indisch-pakistanischen Konflikt weitestgehend herauszuhalten. Auch nach den Ereignissen vom 25./26. März 1971 betrachtete die Bundesregierung den Konflikt in Ostbengalen daher offiziell als eine innere Angelegenheit Pakistans und versicherte dies Mitte April 1971 auf Nachfrage sowohl der pakistanischen Botschaft in Bonn[48] als auch der besorgten bundesrepublikanischen Zivilgesellschaft, die die Bundesregierung verstärkt zum Handeln zugunsten der ostpakistanischen Bevölkerung aufforderte.[49] Aufrufe in der Bundesrepublik lebender ostbengalischer Studenten an den Bundespräsidenten und die Bundesregierung, sie mögen öffentlich Stellung zugunsten der Unabhängigkeitsbewe-

46 Bass: *The Blood Telegram*, S. 194.
47 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 78–9; Moses: Die Vereinten Nationen, humanitäres Engagement und die Menschenrechte, S. 355; Misra: *India and GDR*, S. 94.
48 Berendonck an Botschaft Rawalpindi und Botschaft Neu-Delhi, 14. April 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8128.
49 Vgl. etwa Berendonck an Evangelische Studentengemeinde Essen, 14. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 583.

gung beziehen und außerdem „Bangla Desh“ anerkennen,[50] riefen entsprechend keinerlei öffentliche Reaktionen hervor.

Ihre Diplomaten vor Ort bestätigten die Bundesregierung in diesem neutralen Kurs. Ende März 1971 bat der westdeutsche Botschafter in Pakistan, Norbert Berger, die Bonner AA-Zentrale dringend darum, auf die deutschen Rundfunkanstalten einzuwirken, die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik auf dem Subkontinent keinesfalls als Nachrichtenquellen über die Eskalation der Lage in Ostpakistan zu zitieren.[51] Bergers Sorge kam nicht von ungefähr: Schon die Evakuierung deutscher Staatsangehöriger aus Ostpakistan Anfang März 1971 hatte man der Bundesregierung im pakistanischen Außenministerium als Beweis mangelnden Vertrauens ausgelegt.[52]

In einem ausführlichen Bericht warnte Botschafter Berger zudem ausdrücklich vor einer Abkehr von der pakistanischen Zentralregierung. Er fürchtete, Yahya Khan könnte andernfalls noch weiter in die Arme der VR China getriebenen werden. Aus deutschland-politischer Perspektive stellte diese globale Dimension des südasiatischen Konflikts für Berger sogar eine Chance dar: Die eindeutig negative Haltung der Sowjetunion gegenüber der pakistanischen Zentralregierung könnte dafür sorgen, dass die pakistanische Zentralregierung auch der DDR gegenüber weniger entgegenkommend auftreten würde.[53]

Um die Regierung seines Gastlandes entsprechend wohlgesonnen zu stimmen, schlug Botschafter Berger Mitte April 1971 bilaterale Schuldenerleichterungen vor, die möglichst nicht vom Wohlverhalten der pakistanischen Zentralregierung im Umgang mit den abtrünnigen Ostbengalen abhängig gemacht werden sollten. Der westdeutsche Botschafter hegte persönlich ebenfalls große Vorbehalte gegen diese Autonomiebestrebungen, wie er die AA-Zentrale wissen ließ: „Ein unabhängiges Ostpakistan wäre ein Gebilde, das einen in Alpträume versetzen könnte.“[54] Tatsächlich stimmte man ihm in der Bonner AA-Zentrale zu, dass eine Eigenständigkeit Ostpakistans nicht unbedingt zu begrüßen wäre. In einem unabhängigen „Bangla Desh“ sah man in erster Linie einen weiteren

---

50 Ost-Pakistanischer Studentenverband Deutschlands an Bundespräsident Heinemann, April 1971, BArch, B 122/12493.

51 Berger an AA, 28. März 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8136.

52 Berger an AA und Generalkonsulat Dacca, 15. März 1971, BArch, B 213/7715. In Ostbengalen verbleibende Ausländer wiederum mussten befürchten, von bengalischen Unabhängigkeitskämpfern der Kollaboration mit der pakistanischen Zentralregierung verdächtigt zu werden. S. Enders an AA und Botschaft Rawalpindi, 21. Mai 1971, BArch, B 213/7715.

53 Berger an AA, 14. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 627.

54 Berger an Müller, 21. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 627.

destabilisierenden Faktor in einer ohnehin schon instabilen Weltregion.[55] Botschafter Bergers Bitte um eine Schuldenerleichterung für Pakistan kam man in Bonn allerdings nicht nach.[56]

Dass der südasiatische Konflikt potenziell Auswirkungen auch auf das deutsch-deutsche Verhältnis haben könnte, erkannte bald auch der bundesrepublikanische Botschafter beim pakistanischen Gegner Indien. Bereits Anfang April 1971 war Günter Diehl von indischen Regierungsvertretern auf eine mögliche Anerkennung Bangladeschs durch die BRD angesprochen worden, hatte hierzu jedoch zunächst keine Stellung beziehen wollen.[57] Wenig später bat er die Bonner AA-Zentrale um Informationen zu offiziellen Äußerungen der DDR in dieser Sache. [58] Man teilte Botschafter Diehl mit, die DDR-Medien verhielten sich noch sehr zögerlich, vermutlich aber wohl hauptsächlich deshalb, weil sie den Schein einer Unabhängigkeit von der Sowjetunion wahren wollten.[59]

Tatsächlich verfolgte auch das MfAA der Deutschen Demokratischen Republik die Ereignisse in Ostpakistan genau. Bereits in der zweiten Aprilwoche 1971 sah man in der DDR-Vertretung in Kalkutta die spätere Unabhängigkeit des pakistanischen Ostflügels voraus und unterstellte Indien durchaus unfriedliche Motive in diesem regionalen Konflikt: „Die Verlockung, mit der Abtrennung Ostpakistans den Gegner Pakistan entscheidend geschwächt zu haben und eine in vieler[lei] Hinsicht bessere Position gegenüber China einnehmen zu können, dürfte wohl über alle anderen Erwägungen triumphieren."[60] DDR-Diplomaten vermieden es freilich, dass diese Einschätzungen des MfAA an die Öffentlichkeit gelangten.

Bald nach Ausrufung der Unabhängigkeit Bangladeschs durch die provisorische Regierung am 17. April 1971 mutmaßte der westdeutsche Botschafter Diehl in Neu-Delhi, es sei wohl im Interesse Indiens, dass andere Staaten Bangladesch anerkannten. Er warnte davor, dass die DDR dieses indische Interesse ebenfalls erkennen und für sich zu nutzen versuchen könnte:

> Der Anreiz für die DDR, einem um Anerkennung kämpfenden entstehenden Staatsgebilde diese auf der Basis der Gegenseitigkeit sofort zu gewähren und damit einen schnellen Erfolg

55 Thönnes an Botschaften Washington, Rawalpindi und Neu-Delhi, 3. Mai 1971, PA AA, B 37, Bd. 627.
56 Müller an Berger, 12. Mai 1971, PA AA, B 37, Bd. 627.
57 Diehl an AA, 4. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 626.
58 Diehl an AA, 9. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 626.
59 Ein ähnliches Verhalten der DDR war auch früher bereits beobachtet worden. S. Berendonck an Botschaften Neu-Delhi und Rawalpindi, 14. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 627.
60 „Information zur Lage in Ostpakistan" von Mey, 13. April 1971, PA AA, M 1, C 1762/76.

> in einer bisher versperrten Region zu erzielen, ist vermutlich kräftig. [...] Es ist sicher, daß, wenn es zu einer Anerkennung von ‚Bangladesh' durch eine Gruppe von Staaten kommen sollte, zu der sowohl Indien wie die DDR gehören, dies der Argumentation für eine Anerkennung der DDR durch Indien hier einen starken Auftrieb geben würde.[61]

Diehl empfahl der Bundesregierung deshalb, ihre bisherige Zurückhaltung aufzugeben und größeren Druck auf Pakistan auszuüben, den Kampf gegen die eigene Bevölkerung zu beenden: „Dies würde in Indien zweifellos als nützlich empfunden werden, könnte uns in der auch im Hinblick auf die DDR-Aktivität schwierigen Anerkennungsfrage für eine Weile abdecken und wäre aus hiesiger Sicht auch im wohlverstandenen Interesse Pakistans."[62]

Ein darauffolgender Alleingang der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Neu-Delhi sollte allerdings gründlich schiefgehen und vor allem letztere Vermutung Diehls Lügen strafen. In der Absicht, sich indische Sympathien zu sichern, veröffentlichte die Botschaft am 23. April 1971 eine Presseverlautbarung, in der sie die ernstgemeinte Anteilnahme der freien westdeutschen Medien am Schicksal der ostbengalischen Bevölkerung gegenüber der „Zurückhaltung der staatskontrollierten DDR-Presse" herausstellte. Anders als beabsichtigt, gelangte diese Pressemitteilung auch in die Hände des pakistanischen Außenministeriums, welches wiederum den völlig verdutzten westdeutschen Botschafter Norbert Berger in Islamabad damit konfrontierte. Dieser beklagte sich daraufhin entrüstet über die Kurzsichtigkeit seiner Kollegen in Neu-Delhi: „Dieses Press-Release stellt eine mir völlig unverständliche Parteinahme in dem Konflikt in Ostpakistan dar [...] Die von [der] Botschaft Delhi gerügte ‚Zurückhaltung der staatskontrollierten DDR-Presse' kann aber in Pakistan jetzt das Gegenteil bewirken", namentlich, dass dem Drängen der DDR auf Formalisierung der bilateralen Beziehungen nachgegeben wird.[63] In der Bonner AA-Zentrale gab man Botschafter Berger in allen Punkten Recht: Eine solche Presseverlautbarung desavouierte die bewusst neutrale Haltung der Bundesregierung in diesem Konflikt.[64]

Anders als vom westdeutschen Botschafter Diehl befürchtet, stand eine Anerkennung Bangladeschs durch die DDR zu diesem Zeitpunkt allerdings überhaupt noch nicht zur Debatte. Stattdessen wägten auch die DDR-Diplomaten ihre Interessen und Chancen ausgesprochen nüchtern ab. So wollte der damalige Leiter des Generalkonsulats der DDR in Indien, Herbert Fischer, dem Drängen vor allem indischer kommunistischer Kräfte, die DDR möge Bangladesch möglichst

61 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 1, Dok. 135.
62 Ebd.
63 Berger an AA, 1. Mai 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8128.
64 Müller an Staatssekretärsbüro, 3. Mai 1971, PA AA, B 37, Bd. 627.

rasch anerkennen, um dadurch den Anerkennungsprozess der DDR durch Indien zu beschleunigen, Ende April 1971 noch nicht nachgeben. Stattdessen gab er zu bedenken: „Solange Indien die provisorische Regierung Ost-Bengalens nicht anerkennt, besteht ein solcher Zusammenhang m. E. nicht."[65]

Der Leiter des indischen Generalkonsulats in Ost-Berlin, Jamsheed Chand (J. C.) Ajmani, hatte Mitte April 1971 einen entsprechend nüchternen Eindruck von der Haltung seines Gastlandes zum Konflikt um Ostbengalen: „The GDR would not speak up or do anything until the Soviet Union has clarified its stand." Er unterstellte der DDR-Regierung gar den Versuch, „to remain non-commital and aloof until the outcome of the struggle becomes clear when they will come down on the side of the winners. In short, they are keeping their options open."[66] Nichtsdestotrotz versicherte der Ministerratsvorsitzende der DDR, Willi Stoph, J. C. Ajmani Ende April 1971, „daß die DDR völliges Verständnis für die Haltung der indischen Regierung hat und daß unsere Sympathien auf der indischen Seite sind."[67]

Der Testfall Entwicklungshilfe

Das erste Politikfeld, in dem die beiden deutschen Staaten im Konflikt um Ostpakistan direkt aufeinandertrafen, war die Gewährung von humanitärer Hilfe zur Bewältigung der Flüchtlingsbewegung über die Grenze nach Indien. Hinsichtlich der Bewilligung von der indischen Regierung zu diesem Zwecke erbetener Mittel zeigte sich der westdeutsche Botschafter in Indien nun sensibler als bei seinem früheren fehlgeschlagenen Versuch, die DDR in Südasien öffentlich bloßzustellen. Botschafter Diehl empfahl, der indischen Bitte nachzukommen, nicht ohne auch Pakistan Unterstützung anzubieten. Zur Wahrung des Anscheins der Unparteilichkeit schlug er außerdem vor, Indien Spenden nur mittelbar durch karitative Organisationen und nicht direkt von der Bundesregierung zukommen zu lassen,[68] womit auch sein Kollege Botschafter Berger in Pakistan sehr einverstanden war.[69] Einen ersten Schritt in diese Richtung tat die Bundesregierung am 27. Mai 1971, als sie – einem Aufruf des UN-Generalsekretärs folgend – beschloss, dem UN-Hochkommis-

---

65 Monatsbrief von Herbert Fischer an Wolfgang Kiesewetter, 21. April 1971, PA AA, M 1, C 1729/76.
66 J. C. Ajmani an A. K. Ray/MEA, 12. April 1971, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(82)/71.
67 „Aktenvermerk über ein Gespräch anläßlich des Antrittsbesuches des Leiters des indischen Generalkonsulats, Botschafter Ajmani, beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen Willi Stoph, am 30.4.1971" von Hain, 3. Mai 1971, PA AA, M 1, C 1736/76.
68 Diehl an AA, 24. April 1971, PA AA, B 30, Bd. 667.
69 Berger an AA, 4. Mai 1971, PA AA, B 30, Bd. 667.

sar für Flüchtlinge 1 Mio. DM zur Verfügung zu stellen.[70] Bis Mitte Juni 1971 belief sich diese Form der bundesrepublikanischen Hilfe bereits auf 6 Mio. DM.[71]

Im Gegensatz zur betont neutralen Haltung der Bundesregierung war die westdeutsche Presse klar auf der Seite der unterdrückten Ostbengalen.[72] Unter anderem war dies darauf zurückzuführen, dass die Medien ihre Informationen „oft einseitig auf Nachrichten aus indischer Quelle" stützten, wie der pakistanische Botschafter in Bonn bereits Ende März 1971 bemängelte[73] und man im AA Anfang Mai 1971 ebenfalls bemerkte.[74] Die indische Presse wiederum ließ zu diesem Zeitpunkt bereits „jedes Maß vermissen und ist als Informationsquelle nur noch sehr beschränkt brauchbar", so die Klage auch des westdeutschen Botschafters in Indien.[75] Andererseits war die pakistanische Zentralregierung für diese einseitige Quellenlage durch Ausweisung sämtlicher ausländischer Journalisten aus Ostpakistan selbst zumindest mitverantwortlich.[76]

Die indische Regierung bemühte sich, diesen pro-indischen Eindruck in der westdeutschen Öffentlichkeit auch bei der Bundesregierung weiter zu verstärken. In einem Brief an Willy Brandt gab Indira Gandhi Mitte Mai 1971 zu verstehen, ihr seien im Konflikt um Ostpakistan die Hände gebunden; die pakistanische Regierung bezwecke sogar eine Destabilisierung Indiens durch Störung seines fragilen ethnisch-religiösen Gleichgewichts. Sie bat den Bundeskanzler deshalb, auf Yahya Khan einzuwirken, dieser möge die Repressalien gegen die ostpakistanische Zivilbevölkerung beenden, damit der anhaltende Flüchtlingsstrom über die Grenze nach Indien endlich versiege.[77]

---

70 Heimsoeth an SV bei der UNO und bei den anderen Internationalen Organisationen in Genf, SV bei der UNO in New York sowie Botschaften Delhi und Rawalpindi, 27. Mai 1971, PA AA, B 30, Bd. 667; vgl. auch AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Dok. 206, Anm. 5.

71 Vermerk von Berendonck, 15. Juni 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

72 Franke: *Hoffnungsträger und Sorgenkind Südasien*, S. 372–3.

73 Berendonck an Botschaft Rawalpindi, 28. März 1971, PA AA, B 37, Bd. 631.

74 Thönnes an Hans Roschmann, 4. Mai 1971, PA AA, B 37, Bd. 583. Botschafter Berger kritisierte nach Ende der Kriegshandlungen die Rolle westdeutscher Medien in diesem Konflikt ebenfalls scharf: „Es wird nicht verkannt, dass durch die Massenmedien in Deutschland mit ihrer oft übertriebenen überwiegend aus indischen Quellen stammenden Berichterstattung bei gleichzeitiger überraschender Unkenntnis der räumlichen Gegebenheiten West- und Ostpakistans Anlass zu Nervosität und unrealistischen Vorstellungen über die tatsächliche Lage vor Ort gegeben haben." S. Berger an AA, 1. Februar 1972, PA AA, B 37, Bd. 690.

75 Diehl an AA, 15. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 627; ähnlich bereits zwei Wochen zuvor, vgl. Diehl an AA, 1. April 1971, PA AA, B 80, Bd. 896.

76 Berendonck an Botschaft Rawalpindi, 28. März 1971, PA AA, B 37, Bd. 631.

77 Indira Gandhi an Willy Brandt, 13. Mai 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

Mitte Mai 1971 ersuchte außerdem der indische Staatssekretär im Außenministerium, S. K. Banerjee, den westdeutsche Botschafter Diehl, die Bundesregierung möge ihren Einfluss im Pakistankonsortium[78] geltend machen, um die pakistanische Zentralregierung zu einer politischen Lösung im Umgang mit dem abtrünnigen Ostteil des Landes zu zwingen.[79] Einen ähnlichen Wunsch äußerte wenige Tage später im Gespräch mit AA-Staatssekretär Paul Frank auch Kewal Singh, der indische Botschafter in Bonn. Singh forderte die Bundesregierung dazu auf, ihre Entwicklungshilfezahlungen an Pakistan einzufrieren, um die pakistanische Zentralregierung zur Abkehr von der militärischen Gewalt in Ostpakistan zu bewegen. Staatssekretär Frank wies diese Bitte allerdings mit dem Argument zurück, „daß die Bundesregierung im indisch-pakistanischen Konflikt, wenn nicht eine neutrale, so doch zumindest eine sehr diskrete Haltung einnehme."[80] Bundeskanzler Willy Brandt versprach in seiner Antwort an Indira Gandhi entsprechend in erster Linie humanitäre Hilfe bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise und verwies darüber hinaus auf die deutsche Beteiligung in diversen multilateralen Foren.[81]

Einen für Anfang Juni 1971 anberaumten Besuch des indischen Außenministers Swaran Singh in der Bundesrepublik sah man in der westdeutschen Botschaft in Neu-Delhi ebenfalls im Zusammenhang mit dem indischen Wunsch, die Bundesregierung möge durch Reduzierung ihrer Entwicklungshilfe Druck auf die pakistanische Zentralregierung ausüben. Die dortigen Diplomaten fürchteten allerdings auch um die deutschlandpolitische Position der BRD in Indien. Man glaubte, ein „aus indischer Sicht unbefriedigendes Ergebnis der Mission [Swaran Singhs] würde das deutsch-indische Verhältnis belasten und könnte zu Rückwirkungen in der Haltung der indischen Regierung gegenüber der DDR führen." Dennoch blieb man realistisch. Die Bundesregierung würde diesem indischen Wunsch nicht nachkommen können, zumal dies „einer bisher von Indien stets abgelehnten politischen Bindung der Entwicklungshilfe gleich" käme.[82]

In Pakistan wiederum herrschten zu diesem Zeitpunkt bereits Zweifel an der Aufrichtigkeit internationaler Entwicklungshilfe, wenn Geberländer sich vom Entwicklungsland Indien politische Bedingungen zur Leistung von Entwicklungshilfe an dessen verfeindeten Nachbarn diktieren ließen. Ein Nachgeben

---

78 Ein 1960 von der Weltbank eingesetztes Gremium, bestehend aus den USA, der Bundesrepublik, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Japan, Belgien, den Niederlanden und Italien, s. Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 147.

79 Diehl an AA, 19. Mai 1971, PA AA, B 30, Bd. 667.

80 Vermerk von Berendonck, 26. Mai 1971, PA AA, B 30, Bd. 667.

81 Willy Brandt an Indira Gandhi, 2. Juli 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

82 Werner an AA und Botschaft Rawalpindi, 4. Juni 1971, PA AA, B 30, Bd. 668.

gegenüber den indischen Forderungen könnten internationale Geber von der pakistanischen Zentralregierung jedenfalls kaum verlangen: „National suicide is not an international obligation“ hieß es so in einem Leitartikel der pakistanischen Tageszeitung „DAWN“ vom 11. Juni 1971.[83]

Auch die pakistanische Zentralregierung wurde von der Bundesregierung auf Abstand gehalten. Als der pakistanische Botschafter im AA vorsprach und angesichts der angespannten Lage im Land um Erhöhung der bilateralen Wirtschaftshilfe bat, mochte Staatssekretär Frank dem nicht entsprechen, wie er den bundesrepublikanischen Vertretungen in Südasien Anfang Juni 1971 erläuterte:

> Die öffentliche Meinung, auf deren Unterstützung die Regierung angewiesen [ist], würde nicht verstehen, warum einem Land Entwicklungshilfe gegeben wird, das einen Bürgerkrieg oder Krieg mit seinem Nachbarn führt. Eine solche Entwicklung würde in der öffentlichen Diskussion das Prinzip Entwicklungshilfe in Frage stellen.[84]

Zunächst blieb die Bundesregierung gegenüber Pakistan also dabei, „daß laufende und vertraglich vereinbarte Entwicklungshilfsvorhaben weitergeführt, neue Verpflichtungen jedoch nicht eingegangen werden.“ Die Begründung des AA für diese Entscheidung nahm sich recht realpolitisch aus: „Das deutsche Interesse an der Stabilität in der Region – auch in Westpakistan – legt es nahe, eine Fortführung der Entwicklungshilfe für Pakistan auf längere Sicht auch dann ins Auge zu fassen, wenn eine Normalisierung in Ostpakistan ohne eine politische Lösung im westlich-demokratischen Sinne eintritt.“[85]

Die bundesrepublikanische Entwicklungshilfe für Pakistan wurde im Juli 1971 schließlich mit dem Argument eingestellt, Voraussetzung für weitere Zahlungen seien „unter anderem ein wirtschaftliches Stabilisierungsprogramm für *ganz* Pakistan und eine für alle Seiten befriedigende Regelung für Ostpakistan.“[86] In dieser Frage wurden nun erstmals auch die Unterschiede im Umgang mit der Krise in Ostpakistan beiderseits des Atlantiks deutlich: Während die US-Regierung bewusst auf politische Voraussetzungen zur Fortsetzung ihrer Entwicklungshilfezahlungen an Pakistan verzichtete, hielt „die Bundesregierung eine politische Lösung im Rahmen einer Normalisierung im weitesten Sinne für

---

83 Berger an AA, 18. Juni 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

84 Berendonck an Botschaften Rawalpindi, Neu-Delhi, Washington, London, Paris, Moskau und die SV bei der UNO in New York, 11. Juni 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

85 Müller an Staatssekretärsbüro, 30. Juni 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

86 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 84; s. auch Berger an AA, 9. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.

erforderlich."[87] Der westdeutsche Botschafter in Pakistan Norbert Berger hatte allerdings Bedenken wegen der Reaktion, die diese Bonner Einstellung in seinem Gastland hervorrufen würde.[88]

Auch in der bundesrepublikanischen Legislative gab es abweichende Stimmen. Anfang Juli 1971 besuchten die beiden Bundestagsabgeordneten Rolf Meinecke (SPD) und Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein (CDU) als Delegation des Bundestagsausschusses für humanitäre Hilfe Ostpakistan und wurden dort von lokalen Behörden der pakistanischen Regierung ausgesprochen zuvorkommend behandelt.[89] Infolge der Reise der beiden Parlamentarier ersuchte der Ausschuss Bundeskanzler Willy Brandt um Aufstockung der für das Krisengebiet bereitgestellten Mittel[90] und beschloss außerdem, Bundespräsident Gustav Heinemann „um einen Aufruf an die deutsche Bevölkerung zu bitten, noch mehr als bisher für die Flüchtlinge zu spenden."[91]

Die DDR wiederum leistete ohnehin nur an Indien Entwicklungshilfe. Nachdem J. C. Ajmani Mitte Mai 1971 in Ost-Berlin im Namen der indischen Regierung offiziell auf die humanitäre Krise in Bengalen aufmerksam gemacht hatte,[92] erklärte Willi Stoph in einem Brief an Indira Gandhi die Solidarität der DDR mit Indien in diesem südasiatischen Konflikt und versprach ihr 2 Mio. Rupien zur Bewältigung der Flüchtlingskrise.[93] Auch DDR-Außenminister Otto Winzer sagte J. C. Ajmani Unterstützung zu, nicht ohne zu erwähnen, „dass die Hilfe der DDR umfassender sein könnte (z.B. Medizin), wenn die DDR nicht auf Betreiben der BRD von der gleichberechtigten Mitarbeit in der WHO ausgeschlossen wäre."[94]

---

87 Berendonck an Botschaften Neu-Delhi und Rawalpindi, 27. August 1971, PA AA, B 37, Bd. 629.
88 Berger an AA, 9. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.
89 Enders an AA, 9. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 669. Eine ähnliche Informationsreise nach Westbengalen und Westpakistan mit Besuchen in Flüchtlingslagern und einem Gespräch mit Yahya Khan unternahm Anfang August 1971 der Vizepräsident des deutschen Bundestages, Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD). S. Kuhna an AA, Botschaft Neu-Delhi sowie Generalkonsulate Bombay und Madras, 5. August 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.
90 Erika Wolf an Willy Brandt, 20. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 669.
91 Erika Wolf an Gustav Heinemann, 20. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 669; insoweit unterstützend das AA, s. v. Staden an das Bundespräsidialamt, 30. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 669.
92 Vermerk von Kawretzke, 20. Mai 1971, PA AA, M 1, C 299/75.
93 Stoph an Indira Gandhi, 21. Mai 1971, BArch, DC 20/4533. Zur Wahrnehmung dieses Schreibens in Indien, s. Werner an AA, 28. Mai 1971, PA AA, B 37, Bd. 627.
94 „Vermerk über das Gespräch, das Genosse Minister Winzer am 17.5.1971 mit Botschafter J. C. Ajmani, dem Leiter des indischen Generalkonsulats, auf dessen Ersuchen führte" von Kawretzke, 20. Mai 1971, PA AA, M 1, C 299/75. Erst fast ein Jahr später sagte die indische Regierung zu, einen WHO-Aufnahmeantrag der DDR zu unterstützen, s. Swaran Singh an Otto Winzer, 6. Mai 1972, PA AA, M 1, C 299/75.

Nichtsdestotrotz beschloss man, der indischen Regierung über die per Schiff und mit Sondermaschinen bereits nach Indien gelieferten Hilfsgüter hinaus noch eine weitere Sendung im Wert von 6 Mio. Mark zu liefern. Hauptsächlich sollte diese aus Blutplasma bestehen.[95]

Wenig hilfreich war demgegenüber aus ostdeutscher Sicht die Tatsache, dass die DDR bei mehreren Projekten des bilateralen Handels mit Indien wiederholt in Erklärungsnot geriet. Mal bestanden Lieferschwierigkeiten hinsichtlich zugesicherter technischer Ausrüstung,[96] dann wieder fielen aus der DDR gelieferte Elektromotoren aus, „von denen die gesamte Wasserversorgung Goas" abhing[97] und nicht zuletzt führten erhebliche Probleme mit dem DDR-Prestigetraktor RS 09 dazu, dass die DDR im Frühjahr und Sommer 1971 500 bereits nach Indien ausgelieferte Modelle wieder zurücknehmen musste. „Obwohl nach wie vor schriftliche Fragestellungen und Beantwortungen im Parlament zu Problemen des RS 09 erfolgen, werden sie von der Mehrzahl der Parlamentarier und der Presse kaum zur Kenntnis genommen", zeigte sich ein DDR-Diplomat später immerhin beruhigt.[98] Westdeutsche Diplomaten waren dagegen weniger nachgiebig und weideten die Misserfolge der DDR-Exportwirtschaft genüsslich aus.[99]

Deutsche Rüstungsgüter für Indien und Pakistan?

Noch argwöhnischer als die an den jeweiligen politischen und potenziell auch militärischen Gegner geleistete Entwicklungshilfe verfolgten Indien und Pakistan im Frühsommer 1971 die internationale Lieferung von Rüstungsgütern nach Südasien. Als langjähriger Handelspartner beider Konfliktparteien wurde die

95 Anlage zur „Information für das Politbüro des Zentralkmitees der SED über den Aufenthalt des Sonderbeauftragten der indischen Regierung, Dr. Karan Singh, vom 22. bis 24. Juni 1971 in der DDR" von Winzer, Axen und Markowski, 29. Juni 1971, PA AA, M 1, C 814/75.
96 Monatsbrief von Herbert Fischer an Wolfgang Kiesewetter, 21. April 1971, PA AA, M 1, C 1729/76.
97 Monatsbrief Juni 1971 von Lothar Wenzel an Wolfgang Kiesewetter, 22. Juni 1971, BArch, DC 20/4533.
98 Monatsbrief Juli 1971 von Lothar Wenzel an Wolfgang Kiesewetter, 29. Juli 1971, PA AA, M 1, C 1729/76. Im Vorjahr hatte die „Problematik RS 09" die bilateralen Beziehungen der DDR zu Indien noch erheblich belastet, vgl. „Jahresanalyse 1970 des Generalkonsulates der Deutschen Demokratischen Republik in Indien – Bereich Außenwirtschaft" von Brunner, 16. Dezember 1970, BArch, DL 2/10909.
99 Monatsbrief von Herbert Fischer an Wolfgang Kiesewetter, 27. Januar 1971, PA AA, M 1, C 1729/76.

Bundesrepublik Deutschland von südasiatischen Politikern dabei besonders misstrauisch beobachtet.

Offiziell ließ die Bundesregierung bei der Auslieferung von Rüstungsgütern in Konfliktgebiete größte Vorsicht walten. Zu einem Politikum sollte in diesem Zusammenhang bald die Lieferung einiger Prototyp-Dieselmotoren für Gleiskettenfahrzeuge nebst Zubehör der westdeutschen Firma „Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg" (MAN) nach Indien geraten.[100] Nachdem das Auswärtige Amt der notwendigen Ausfuhrgenehmigung Ende April 1971 noch zugestimmt hatte,[101] befand man dort einen Monat später, die Lizenzvergabe sei angesichts des „latenten Konflikt[s] mit Pakistan" problematisch.[102] Die erteilte Zustimmung wurde mit diesem Argument widerrufen, wobei auch die Tatsache eine Rolle spielte, dass die Bundesregierung kurz zuvor Ausfuhren von Rüstungsgütern nach Pakistan abgelehnt hatte.[103]

Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) hatte zwischenzeitlich ebenfalls Bedenken geäußert[104] und auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen (BMWF) plädierte für eine Ablehnung der Ausfuhrgenehmigungsanträge von MAN.[105] Die indische Botschaft in Bonn versuchte daraufhin, beim BMWF zu intervenieren, und unterstrich die Dringlichkeit dieser Lieferung.[106] Es blieb jedoch dabei: Die Dieselmotoren sollten nicht nach Indien geliefert werden.[107]

Bald erreichte der Sachverhalt die indische Premierministerin Indira Gandhi. Ihr Staatssekretär P. N. Haksar suchte am 12. Juli 1971 den westdeutschen Botschafter Diehl auf und bat um erneute Prüfung der Ausfuhrgenehmigung. Diehl gab daraufhin in seinem Bericht an die Bonner AA-Zentrale zu bedenken, die Bundesregierung füge Indien mit ihrer negativen Entscheidung „einen schwerwiegenden Schaden zu." Eine derartige rüstungspolitische Isolation zwinge sein

100 „Die indische Regierung hat 1968 MAN Aufträge über Lieferung von je 6 Prototypen-Motoren (ca. 300 PS) und Getrieben erteilt. Diese Motoren und Getriebe sollten als Antriebsaggregate für von der Bharat Earth Movers Ltd., Bangalore, zu entwickelnde Gleiskettenfahrzeuge dienen und später in Lizenz nachgebaut werden. Nach Auftragserteilung erfuhr MAN, daß es sich bei den Fahrzeugen um leicht gepanzerte Mannschaftswagen handeln könne." Königs an Botschaft Neu-Delhi, 6. Juli 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

101 Haase an Rohwedder, 3. Mai 1971, BArch, B 102/152687.

102 v. Soden an Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, 26. Mai 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

103 Vermerk von Haase, 5. Juli 1971, BArch, B 102/152687.

104 Respondek an BMWF, 17. Mai 1971, BArch, B 102/152687.

105 Haase an Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, 1. Juni 1971, BArch, B 102/152687.

106 Haase an AA, 1. Juli 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

107 Haase an die MAN-Verbindungsstelle Bonn, 5. Juli 1971, BArch, B 102/152687.

Gastland im Übrigen dazu, „auf dem Gebiet der Landesverteidigung sich bei der SU und den übrigen Ostblockländern Hilfe zu holen, wodurch eine starke Bindung und Abhängigkeit geschaffen wird.“[108] Dieser Argumentation des Kalten Krieges folgte man in Bonn jedoch nicht, sondern verwies darauf, dass die Bundesregierung in dem südasiatischen Konflikt weiterhin neutral bleiben wolle.[109]

Ende Juli 1971 sprach der indische Staatssekretär im Außenministerium T. N. Kaul Botschafter Diehl noch einmal eindringlich auf die unliebsame Entscheidung der Bundesregierung an, was diesen dazu bewegte, seine Diskussion mit der Bonner AA-Zentrale wieder aufzunehmen:

> Diese Entscheidung wird hier als Anzeichen für eine Wandlung der deutschen Haltung gegenüber Indien interpretiert. Ich bin in meinem Gespräch mit Kaul nachdrücklich der Tendenz Kauls entgegengetreten, einen Zusammenhang zwischen dieser Entscheidung und der Haltung der Bundesregierung zur Ostpakistanfrage zu konstruieren. Dennoch werden negative Rückwirkungen auf die deutsch-indischen Beziehungen unvermeidlich sein, falls die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung bleibt.[110]

Dieser Einwand Diehls verfehlte seine Wirkung in Bonn nicht. Nun hieß es im AA überraschend, mit der Einschränkung, dass dies „keine präjudizielle Wirkung für die genehmigungspflichtige Ausfuhr von Fertigungsunterlagen und (degressiven) Zulieferungen von Einzelteilen hat“, könnten die umstrittenen Ausfuhren vermutlich doch genehmigt werden.[111] Unter Hinweis darauf, dass es sich bei den fraglichen Motoren nicht um „Waffen“, deren Ausfuhr stets untersagt sei, sondern lediglich um „sonstige Rüstungsgüter“ handle, teilte man diese geänderte Bewertung auch dem BMWF mit.

Ausfuhrgenehmigungen für sonstige Rüstungsgüter unterlagen weniger strengen Regeln als die von Waffen. Sie waren nach gängigem Recht aber dann zu versagen, wenn sie eine „Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker“ oder eine „erhebliche Störung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland“ bedeuten würden. Beides war nach der Neubewertung des AA nun nicht mehr gegeben.[112] Im Übrigen gab das AA zu bedenken, „daß beide Seiten Material erhalten.“[113] Eine einseitige Gefährdung etwa der westdeutsch-

108 Diehl an AA, 15. Juli 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.
109 Müller an Herrn Dg III A, 20. Juli 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.
110 Diehl an AA sowie BMVg und BMWF, 29. Juli 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.
111 Dietrich an Botschaft Neu-Delhi, 7. August 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.
112 Dietrich an BMWF und BMVg, 9. August 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.
113 Berendonck an Ref. III A 4, 25. August 1971, PA AA, B 57, Bd. 172.

pakistanischen Beziehungen durch Ausfuhr der fraglichen Güter nach Indien stünde demnach nicht zu befürchten.

Nachdem Ende August 1971 auch das BMVg seine Bedenken zurückgezogen hatte,[114] bedurfte es am 29. September 1971 nur mehr der Zustimmung des Bundesssicherheitsrats.[115] Diese wurde im Falle der Prototypen von MAN erteilt,[116] nicht jedoch für die ebenfalls beantragte Ausfuhr von 25.000 Kilogramm des chemischen Sprengstoffstabilisators Centralit.[117] Dies veranlasste den indischen Staatsminister im Verteidigungsministerium Vidya Charan Shukla im Gespräch mit Botschafter Diehl zu der Drohung, falls die Bundesrepublik sich „als ‚unzuverlässig' bei der Einhaltung kommerzieller Verträge" erweise, würde er sich „dem Druck, die ständig vorgebrachten Angebote aus der DDR zu akzeptieren, nicht widersetzen" können.[118] Zwar sprach Indira Gandhi Bundeskanzler Willy Brandt später tatsächlich noch einmal auf die noch ausstehenden Centralit-Lieferungen an, eine Entscheidung hierüber wurde bis zum Ende der Kriegshandlungen in Ostbengalen jedoch nicht mehr herbeigeführt.[119] Das grundsätzliche Interesse der indischen Regierung an der Lieferung blieb allerdings weiterhin bestehen.[120]

Misstrauischer als die Rüstungslieferungen der BRD an sie selbst verfolgten indische Regierungsvertreter allein deren bilateralen Handel mit Pakistan. Als der indische Botschafter in Bonn, Kewal Singh, den AA-Staatsekretär Paul Frank mit Gerüchten konfrontierte, ein pakistanisches Schiff habe im März 1971 in Hamburg und Bremen Waffen und Munition geladen, wurde dies zwar prompt zurückgewiesen.[121] Völlig von der Hand zu weisen waren diese von indischer Seite erhobenen Vorwürfe jedoch nicht: Tatsächlich war die Bundesrepublik wenigstens bis Herbst 1971 zumindest indirekt an Rüstungsexporten nach Pakistan beteiligt, etwa an „Munitionslieferungen aus der mit deutscher Hilfe errichteten Munitionsfabrik Kirikkale" in der Türkei.[122] Und in den Jahren zuvor hatte die deutsche Rüstungsfirma Messerschmitt-Bölkow-Blohm Ersatzteile für den US-amerikanischen Lockheed F-104 Starfighter direkt nach Pakistan gelie-

---

114 Respondek an BMWF, 27. August 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.
115 Dietrich an StS Frank, 7. September 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.
116 Müller-Kulmann an Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, 1. Oktober 1971, BArch, B 102/152687.
117 v. Soden an Botschaft Neu-Delhi, 4. Oktober 1971, PA AA, B 57, Bd. 167; Vermerk von Dietrich, 4. Novembers 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.
118 Diehl an AA, 8. Oktober 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.
119 Diehl an AA, 7. Januar 1972, PA AA, B 57, Bd. 167.
120 Vermerk von v. Soden, 18. Januar 1972, PA AA, B 57, Bd. 167.
121 Thönnes an Botschaften Neu-Delhi und Rawalpindi, 22. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.
122 Sonnenhol an AA, 28. November 1971, PA AA, B 57, Bd. 172.

fert.[123] Auch später noch zeigte sich die indische Regierung höchst besorgt angesichts möglicher Waffenexporte aus der Bundesrepublik nach Pakistan.[124]

In Pakistan war man hieran mindestens ebenso interessiert. Mitte September 1971 sprach auch der pakistanische Botschafter im Bonner AA vor, um die Freigabe von Rüstungsausfuhren aus der Bundesrepublik nach Pakistan zu erwirken. Er berief sich dabei auf ein „zwischen den Verteidigungsministern der Bundesrepublik und Pakistan 1962 geschlossene[s] Geheimabkommen", das „eine weitreichende Zusammenarbeit auf rüstungswirtschaftlichem Gebiet" vorsehe.[125] Tatsächlich existierte ein solches Abkommen, das die Bundesregierung „zu einer umfassenden Verwaltungshilfe bei der Beschaffung von militärischer Ausrüstung in der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet[e]."[126] Zwar war dieses Abkommen nie ratifiziert worden, der Bundessicherheitsrat stellte eine Entscheidung über die Ausfuhr von Rüstungsgütern nach Pakistan in seiner Sitzung Ende September 1971 dennoch erst einmal zurück. Jedenfalls, so hieß es im BMWF, gelte weiterhin der Grundsatz, dass die Bundesrepublik „in Spannungsgebiete – und dazu zählt Pakistan – ausnahmslos keine Kriegswaffen und nur beschränkt sonstige Rüstungsgüter" liefern würde.[127] Obwohl der westdeutsche Botschafter in Pakistan gewarnt hatte, allein die damals bereits angekündigte Verschärfung der Waffenexportkontrolle würde den Stand der Bundesrepublik in Pakistan erheblich verschlechtern,[128] verhängte die Bundesregierung damit im September 1971 praktisch ein Waffenembargo über Pakistan.[129]

Für die DDR stellte sich die Frage nach Rüstungslieferungen auf den indischen Subkontinent bedeutend einfacher dar. Nach einem schockierenden

123 Dietrich an Botschaft Washington, 23. Oktober 1970, PA AA, B 130, Bd. 8774A.
124 S. Diehl an AA, 8. Juli 1971, PA AA, B 57, Bd. 172.
125 Dietrich an BMWF und BMVg, 17. September 1971, PA AA, B 57, Bd. 172.
126 Rohwedder an AA-StS Moersch, 7. Oktober 1971, PA AA, B 57, Bd. 172. Von diesem damals bereits in Vergessenheit geratenen Vertrag hatte es 1962 geheißen, es handle sich „um eine Verwaltungsvereinbarung, die lediglich administrative Hilfe für die Beschaffungen in der Bundesrepublik enthält." S. Bundesministerium der Verteidigung an AA, 5. Juni 1962, BArch, BW 1/95261.
127 Rohwedder an AA-StS Moersch, 7. Oktober 1971, PA AA, B 57, Bd. 172. Das AA bestätigte diese Einschätzung später. S. v. Braun an Rohwedder, 16. November 1971, PA AA, B 57, Bd. 172. Ende Mai 1972 beschloss der Bundessicherheitsrat, den deutsch-pakistanischen Vertrag „der tatsächlichen Handhabung anzupassen. In seiner gegenwärtigen Form reicht das Abkommen weit über vergleichbare Verträge mit anderen Staaten hinaus." Ergebnisprotokoll der BSR-Sitzung vom 26.5.1972, verfasst von Oer, 8. Juni 1972, BArch, BW 1/95261.
128 Tzschirner/Berger an AA und BMVg, 6. Juli 1971, PA AA, B 37, Bd. 628. Tatsächlich versagte die Bundesrepublik bald darauf Exportgenehmigungen für in Pakistan dringend benötigtes Gewehrzubehör und Ersatzteile, s. Berger an AA, 9. August 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.
129 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 160.

Besuch in Camps ostpakistanischer Flüchtlinge in Indien konnte die dreiköpfige DDR-Delegation ihren indischen Gastgebern wahrheitsgemäß versichern, man habe niemals Waffen nach Pakistan geliefert und werde dies auch niemals tun.[130] Zwar entgingen der DDR so einträgliche Geschäfte, der indischen Regierung gegenüber blieb sie dadurch allerdings weniger angreifbar als die BRD.

Südasiatische Besuchsdiplomatie

Während die Problematik der nach Indien und Pakistan geleisteten Entwicklungs- und Rüstungshilfe vor allem die Bundesrepublik Deutschland betraf, wurde aus Sicht der südasiatischen Staaten in der genuin diplomatischen Frage des Umgangs mit der ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung auch die Haltung der DDR relevant.

Schon früher hatte die DDR in Indien in erster Linie diejenigen politischen Kräfte unterstützt, von denen sie sich ein Entgegenkommen in ihrem allgegenwärtigen Streben nach Anerkennung erhoffte, was vor allem seitens der indischen Opposition als ausländische Einmischung in die indische Innenpolitik beargwöhnt wurde.[131] Als die provisorische Regierung des werdenden Bangladeschs sich bereits Ende April 1971 in einem ersten Appell direkt an die DDR wandte und um staatliche Anerkennung bat,[132] blieb man im MfAA zunächst vorsichtig,[133] behielt die Entwicklung aber genau im Auge. Deutlich hegten DDR-Diplomaten die Hoffnung, eine wohlwollende Behandlung der ostpakistanischen Unabhängigkeitsbewegung würde von der indischen Regierung möglicherweise honoriert.

Auf nachdrückliches Drängen des indischen Generalkonsuls in Ost-Berlin, J. C. Ajmani,[134] empfing der stellvertretende Außenminister der DDR, Dr. Wolfgang Kiesewetter, im Mai 1971 eine Delegation der provisorischen Regierung von Bangladesch unter Führung des späteren Außenministers, Abdus Samad Azad, offizi-

130 Sheelendra K. Singh: *Bangla Desh Documents*, Bd. 2. Dhaka: The University Press Limited (UPL) 1999, S. 192; Misra: *India and GDR*, S. 97.

131 Diehl an AA, 25. Februar 1971, PA AA, B 37, Bd. 593.

132 „Syed Nazrul Islam, amtierender Präsident der Volksrepublik Bangla Desh an den Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Repubik", 28. April 1971, PA AA, M 1, C 1045/77.

133 Vgl. Monatsbrief von Herbert Fischer an Wolfgang Kiesewetter, 21. April 1971, PA AA, M 1, C 1729/76.

134 „Bericht über den Aufenthalt einer Delegation aus Ostpakistan in der DDR in der Zeit vom 20.5. – 25.5.1971" von Götz Weinert, 27. Mai 1971, PA AA, M 1, C 1046/77.

ell im Ost-Berliner MfAA.[135] Kiesewetter blieb bei diesem Treffen allerdings noch zurückhaltend. Er verurteilte zwar nachdrücklich das brutale Vorgehen der pakistanischen Zentralregierung, wollte sich zu diesem Zeitpunkt aber ausdrücklich noch nicht zur Frage einer Anerkennung Bangladeschs durch die DDR äußern.[136] Bei einem späteren gemeinsamen Abendessen versuchte J. C. Ajmani, den Druck auf die DDR zu erhöhen, indem er Kiesewetter einen „deal" vorschlug: „die DDR anerkennt Bangladesh und Indien anerkennt die DDR." Auch wenn Ajmani in dieser Sache nur für sich sprach,[137] war die Idee damit von indischer Seite zum ersten Mal ausgesprochen worden und konnte im MfAA weiter reifen.

In einer Stellungnahme an Walter Ulbricht blieb der DDR-Chefdiplomat Otto Winzer zunächst vorsichtig: „Nach meiner Meinung sind zur Zeit noch nicht die erforderlichen Bedingungen gegeben, um die ‚Volksrepublik Bangla Desh' diplomatisch anerkennen zu können."[138] Und der Leiter des DDR-Generalkonsulats in Indien, Herbert Fischer, goss zusätzliches Wasser in den Wein. Seiner Einschätzung nach hielt allein Indira Gandhi die Zügel der indischen Politik in der Hand.[139] Dies gelte auch für die Frage, ob und wann Indien die DDR anerkennen würde. Auf die affektgeleitete Aussage eines einzelnen indischen Diplomaten sollte man im MfAA seiner Meinung nach also nicht allzu große Hoffnungen verschwenden.

Als die indische Regierung sich immer mehr in den Konflikt um Ostpakistan hineinziehen ließ, verlegte sie sich zunehmend auch selbst darauf, durch diverse „Sondergesandte" weltweit für ihren Standpunkt in der Flüchtlingsfrage zu werben. Ende Mai 1971 reiste der Staatssekretär im indischen Verteidigungsministerium und Vertraute Indira Gandhis, K. B. Lall, mit der Absicht in die Bundesrepublik, dort u. a. Staatssekretäre des AA zu treffen.[140] Einen Monat später ent-

135 „Vermerk über ein Gespräch des Außenministers der DDR, Gen. Otto Winzer, mit dem Außenminister der Volksrepublik Bangla Desh, Abdul Samad Azad, am 9. Januar 1972, 13.00 Uhr" von Radde, undatiert, PA AA, M 1, C 787/75.

136 „Vermerk über das Gespräch des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Dr. Kiesewetter, am 21.5.1971 mit der Delegation der ‚Volksrepublik Bangladesh'" von Heinz Erbig, 25. Mai 1971, PA AA, M 1, C 1046/77.

137 Zusatzbemerkung zum „Vermerk über das Gespräch des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Dr. Kiesewetter, am 21.5.1971 mit der Delegation der ‚Volksrepublik Bangladesh'" von Heinz Erbig, 25. Mai 1971, PA AA, M 1, C 1046/77.

138 Winzer an Walter Ulbricht, 4. Juni 1971, BArch, DA 5/12264.

139 „Die innenpolitische Situation ist aber zur Zeit dadurch gekennzeichnet, daß I[ndira] Gandhi mit starker Hand alles niederzwingt, was auf eigener Initiative eines Ministers oder führenden Abgeordneten in Bewegung gesetzt werden soll. Sie entfernt rigoros jeden, der ohne sie zu arbeiten versucht." Gesprächsvermerk von Horst Giese, 2. Juni 1971, BArch, DY 30/97822.

140 Werner an AA, 26. Mai 1971, PA AA, B 30, Bd. 667.

sandte als Antwort hierauf auch die pakistanische Zentralregierung Politiker nach Bonn, um dort in ihrem Sinne auf die Bundesregierung einzuwirken.[141]

Die Bonner Reaktion blieb weiterhin verhalten. Obwohl man in der westdeutschen Botschaft in Neu-Delhi Ende Mai 1971 noch nicht den Eindruck hatte, Indira Gandhi wolle einen gewaltsamen Konflikt mit Pakistan erzwingen,[142] bestand im Auswärtigen Amt die Befürchtung, die indische Regierung könnte die günstige Gelegenheit zu einer militärischen Intervention in Ostpakistan schon bald ergreifen.[143] Bundeskanzler Willy Brandt und sein Außenminister Walter Scheel zeigten sich Anfang Juni 1971 beim Besuch des indischen Außenministers Swaran Singh in Bonn zwar offen für die indische Position und versicherten Singh ihre Sympathien. Sie verwiesen aber auch darauf, dass es sich bei dem Konflikt aus ihrer Sicht weiterhin um ein innerpakistanisches Problem handelte.[144] Auch wenn man seinem Ersuchen um ein Einfrieren der Wirtschaftshilfe an Pakistan vor diesem Hintergrund nicht nachkam,[145] war Swaran Singh von der empathischen Art des westdeutschen Bundeskanzlers durchaus beeindruckt. Nach ihrem Treffen stellte Swaran Singh fest, Brandt sei „very familiar with this problem of refugees and he was greatly moved [...] I must confess it came to me as a pleasant surprise."[146]

Der indische Außenminister bat darum, Willy Brandt möge sein internationales Prestige dazu nutzen, im indischen Sinne Einfluss auf den US-Präsidenten Richard Nixon zu nehmen, was der Bundeskanzler zu tun versprach.[147] Im Gegenzug sagte Swaran Singh zu, die indische Regierung würde die innerdeutschen Entspannungsbemühungen vorerst nicht durch eine frühzeitige Anerkennung der DDR erschweren.[148] Alle Beteiligten betrachteten den Besuch Swaran Singhs

141 Thönnes an Botschaften Rawalpindi, Neu-Delhi, Washington, Paris, London und Ottawa, 5. Juli 1971, PA AA, B 37, Bd. 634.

142 Werner an AA, 31. Mai 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

143 Zusammenfassung „Indisch-Pakistanisches Verhältnis" in einer internen Information zum Besuch des indischen Außenministers Swaran Singh in Bonn, 7. Juni 1971, PA AA, B 37, Bd. 596.

144 Müller an Botschaften London, Paris, Ottowa, Washington, Neu-Delhi, Rawalpindi, die SV bei der UNO in New York und Botschaft Moskau, 11. Juni 1971, PA AA, B 37 Bd. 596.

145 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Dok. 206.

146 Zit. n. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 158–9.

147 Müller an Botschaften London, Paris, Ottowa, Washington, Neu-Delhi, Rawalpindi, die SV bei der UNO in New York und Botschaft Moskau, 11. Juni 1971, PA AA, B 37 Bd. 596. Tatsächlich sprach Brandt den US-Präsidenten Richard Nixon am 15. Juni 1971 auf die prekäre Lage in Ost-Pakistan an. Dieser machte jedoch klar, dass seitens der USA nichts unternommen werden würde, was die pakistanische Zentralregierung als Parteinahme gegen sich verstehen könnte, s. AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 2, Dok. 208.

148 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Dok. 206.

in Bonn im Juni 1971 entsprechend als Erfolg. [149] Euphorisch maß der bundesrepublikanische Botschafter Diehl ihm sogar größere weltpolitische Bedeutung bei: „Die jüngste Entwicklung hat die Stimmungslage [in Indien] für den Westen, und darunter nicht zuletzt für uns, verbessert."[150]

Kaum war Swaran Singh aus Bonn abgereist, traf der indische Minister für Tourismus und zivile Luftfahrt, Dr. Karan Singh, wiederum in Ost-Berlin ein, um im Auftrag Indira Gandhis auch dort für den indischen Standpunkt zu werben.[151] Ostdeutsche Diplomaten glaubten im gescheiterten Versuch des indischen Außenministers, die Bundesregierung zu einer Beendigung der Entwicklungshilfezahlungen an Pakistan zu bewegen, zwar eine Möglichkeit zu erkennen, die Bundesrepublik Deutschland gegenüber Indien zu diskreditieren.[152] Nach dem ansonsten erfolgreichen Besuch des indischen Außenministers in Bonn sahen sie sich aber unter einem gewissen Zugzwang.

In einem gemeinsam mit Karan Singh herausgegebenen Kommuniqué bekannte die DDR sich also erstmals offiziell zum demokratischen Selbstbestimmungsrecht der ostpakistanischen Bevölkerung. Es müsse „eine Lösung in Übereinstimmung mit dem Willen des Volkes von Ostpakistan und in Absprache mit ihren gewählten Vertretern" gefunden werden. Vor allem jedoch versicherte Willi Stoph seinem indischen Gast, die DDR unterstütze „den Standpunkt der indischen Regierung, daß der Flüchtlingsstrom von Ostpakistan nach Indien zu einem internationalen Problem geworden ist."[153]

Stoph verwendete dabei den Begriff „Ostbengalen" statt „Ostpakistan", was auf die pakistanische Seite eindeutig provozierend wirken musste.[154] Karan Singh war hierüber ausgesprochen erfreut und versprach, „dass die positive Stellungnahme der DDR bei Frau Indira Gandhi eine hohe Wertschätzung haben wird."[155] Obgleich er sich bewusst nicht darauf festlegen ließ, dass seine Regierung die

149 Zum indischen Presseecho, s. Werner an AA und Botschaft Washington, 14. Juni 1971, PA AA, B 30, Bd. 668; zur positiven Beurteilung im indischen Außenministerium, s. Diehl an AA und Botschaft Rawalpindi, 29. Juni 1971, PA AA, B 30, Bd. 668.

150 Diehl an AA und Botschaft Rawalpindi, 29. Juni 1971, PA AA, B 30, Bd. 668.

151 Werner an AA, 16. Juni 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

152 „Zum Aufenthalt des indischen Außenministers Swaran Singh in Bonn" von Kirchhof, 22. Juni 1971, PA AA, M 1, C 1733/76.

153 „Gemeinsame Erklärung anläßlich des DDR-Besuches von Dr. Karan Singh, Sonderbeauftragter der indischen Regierung", undatiert, PA AA, M 1, C 1762/76.

154 Stempel an AA und SV bei der UNO in New York, 21. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.

155 „Vermerk über das Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Otto Winzer, mit dem Beauftragten der Regierung Indiens, Kabinettsminister Dr. Karan Singh, am 22. Juni 1971" von Kawretzke, 25. Juni 1971, PA AA, M 1, C 814/75.

Unterstützung der DDR in dieser Sache nun mit der diplomatischen Anerkennung belohnen würde, war die Ost-Berliner DDR-Führung sich sicher, dass ihre Geste „die Bewegung für völkerrechtliche Anerkennung der DDR, insbesondere unter den Abgeordneten des Parlaments“ zumindest gestärkt hatte. „Mit dem [...] offiziellen Ersuchen der indischen Regierung um Hilfe für Flüchtlinge wurde die DDR zum ersten Mal in eine politisch-diplomatische Aktion Indiens einbezogen“, berichtete man später zufrieden.[156]

Die Tatsache, dass Indien die DDR als Partner im Umgang mit dem Konflikt vor seiner Haustür begriff, verbuchte die Regierung in Ost-Berlin als einen Erfolg, über den Otto Winzer den damaligen UN-Generalsekretär U Thant Anfang Juli 1971 schriftlich in Kenntnis setzte.[157] Der DDR-Außenminister unterstrich in seinem offiziellen Schreiben außerdem noch einmal die Hilfe der DDR für die indische Regierung und machte sich deutlich „den Standpunkt Indiens in der pakistanischen Flüchtlingsfrage zu eigen“, wie ein westdeutscher Diplomat beobachtete.[158]

Die Bundesregierung positionierte sich im Sommer 1971 zwar weniger eindeutig auf der Seite Indiens als die DDR-Führung, wollte aber (im Gegensatz zur Nixon-Administration) auch keinesfalls die pakistanische Zentralregierung offen unterstützen. Dies ging so weit, dass der AA-Staatssekretär Sigismund von Braun dem ehemaligen Wirtschaftsminister und Bundeskanzler a. D. Ludwig Erhard dazu riet, eine Bitte Yahya Khans um ein Gutachten zur pakistanischen Wirtschaft auszuschlagen. Der Staatssekretär hielt es „nicht für ratsam, durch Abgabe eines Gutachtens eine Verbindung zwischen einem namhaften deutschen Politiker und der Wirtschaftspolitik der pakistanischen Regierung herzustellen.“[159]

Die außenpolitische Linie Bonns in diesem Konflikt sollte weiterhin neutral wirken. Dass die westdeutsche Botschaft in Pakistan in dieser Zeit vor allem Indien für wiederkehrende Grenzverletzungen und die immer wieder aufflackernde Eskalation an der indisch-ostpakistanischen Grenze verantwortlich machte,[160] spielte für die Erwägungen des AA keine ausschlaggebende Rolle.

---

156 „Information für das Politbüro des Zentralkmitees der SED über den Aufenthalt odes Sonderbeauftragten der indischen Regierung, Dr. Karan Singh, vom 22. bis 24. Juni 1971 in der DDR“ von Winzer, Axen und Markowski, 29. Juni 1971, PA AA, M 1, C 814/75.

157 „Brief des Außenministers der DDR, Otto Winzer, an den Generalsekretär der Vereinten Nationen U Thant, undatiert, BArch, DY 30/97822.

158 Stempel an AA und SV bei der UNO in New York, 21. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.

159 StS v. Braun an Bundeskanzler a.D. Prof. Dr. Ludwig Erhard, 21. Juni 1971, PA AA, B 2, Bd. 193.

160 Tzschirner/Berger an BMVg, AA und Botschaft Neu-Delhi, 30. Juni 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

Die indische Regierung zeigte großes Verständnis für die Zurückhaltung der Bundesregierung. Als der AA-Staatssekretär Paul Frank dem indischen Botschafter in Bonn Ende Juli 1971 erläuterte, anders als die politische Führung der DDR könne die Bundesregierung die pakistanische Zentralregierung aufgrund der bestehenden Beziehungen kaum – wie von Indien gewünscht – öffentlich für ihr Vorgehen in Ostpakistan verurteilen, antwortete Kewal Singh, „daß man gerade an der ausgewogenen Haltung seine Freunde erkenne."[161] In einem Monatsbericht der indischen Botschaft in Bonn an das indische Außenministerium in Neu-Delhi hieß es Anfang August 1971 entsprechend: „The Federal Government [...] clearly continue[s] to support India's stand."[162]

Während die indische Regierung westdeutschen AA-Vertretern mit großem Respekt begegnete, wurden die Vertreter der DDR zur selben Zeit zunehmend instrumentalisiert. Wie stark die indische Regierung die DDR-Diplomaten in ihre Ostbengalen-Strategie einzubinden versuchte, wurde Ende Juli 1971 besonders deutlich. Am 24. Juli 1971 sprach Rahman Sobhan, Sondergesandter der provisorischen Regierung von Bangladesch, im DDR-Generalkonsulat in Neu-Delhi vor, um der DDR im Namen der Regierung des werdenden Bangladeschs die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anzubieten und „militärische und ökonomische Unterstützung für den Befreiungskampf in ‚Bangla Desh'" zu verlangen. Eine Kontaktaufnahme mit der DDR sei ihm von indischer Seite ausdrücklich empfohlen worden, da „ihrer Ansicht nach die DDR gegenwärtig in einer günstigeren Position [als die UdSSR] sei (keine staatlichen Beziehungen zu Pakistan)." Im Gegenzug sei die provisorische Regierung von Bangladesch, als deren Vertreter Sobhan auftrat, dazu bereit, „diplomatische Beziehungen zur DDR herzustellen und eine Botschaft in Berlin zu errichten." Außerdem deutete er an, „daß dabei die Frage der Normalisierung der polit. Beziehungen zwischen Indien und der DDR eine wichtige Rolle spiele." Die Idee hierzu, so Sobhan, habe die indische Regierung gehabt in dem Bestreben, nicht das erste Land zu sein, das Bangladesch anerkannte.[163]

Obwohl der Bundesregierung bei den Regierungskonsultationen im Oktober 1970 in dieser Sache eine rechtzeitige Vorwarnung zugesichert worden war,[164]

---

161 Thönnes an Botschaften Neu-Delhi und Rawalpindi, 22. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.

162 „Political Report for the Month of July 1971 – Part I" von Saad M. Hashmi, 6. August 1971, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(49)/71.

163 „Aktenvermerk über ein Gespräch mit Prof. Rahman Subhan, Sonderbotschafter der provisorischen Regierung ‚Bangla Desh', am 24.7.1972" von Kraus, 28. Juli 1971, PA AA, M 1, C 1044/77; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 157.

164 Vermerk von Thönnes, 30. Juli 1971, PA AA, B 37, Bd. 628; Berger an AA, 19. Juli 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8149.

herrschte in der westdeutschen Botschaft in Pakistan im Sommer 1971 Sorge, die Regierung ihres Gastlandes könnte ihre Handelsbeziehungen mit der DDR formalisieren.[165] Begründet wurde diese Neuinterpretation der pakistanischen Deutschlandpolitik damit, „daß Pakistans Außenhandel durch die Entwicklung in Ostpakistan beeinträchtigt worden sei und daß Pakistan daher jetzt die Chancen, die im Handel mit der Zone lägen, ausnutzen wolle."[166] Um diesem unerwünschten Schritt zuvorzukommen, bat Botschafter Berger erneut um Pakistan-kritisches Pressematerial aus der DDR,[167] das er einen Monat später in Form zweier Artikel aus dem „Neuen Deutschland" auch erhielt.[168]

Am 2. August 1971 machte außerdem ein Mitarbeiter in der Bonner AA-Zentrale den pakistanischen Botschafter darauf aufmerksam, „dass die DDR [...] sehr eindeutig den Bangla Desh-Gedanken unterstütze. Sie habe dies sogar in einem Dokument getan, das dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zugeleitet worden sei."[169] Außerdem stellte er klar: Eine Anerkennung der DDR durch Pakistan hätte jedenfalls deutlich negative Folgen für die bis dahin freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bonn und Islamabad.[170]

Die Bonner Befürchtungen waren nicht unbegründet. Tatsächlich hatte die pakistanische Regierung über ihren Botschafter in Moskau Kontakt mit dortigen DDR-Vertretern aufgenommen und mitgeteilt, „daß sie bereit ist, Verhandlungen mit der DDR über die Aufnahme von staatlichen Beziehungen und der Errichtung von Handelsvertretungen – evtl. auch mit konsularischen Rechten – aufzunehmen."[171] Zu diesem Zweck würde die pakistanische Regierung Beauftragte in die DDR senden bzw. Beauftragte der DDR nach Pakistan einladen. Im Ost-Berliner MfAA wertete man dies als einen Versuch Pakistans, „ein stärkeres Engagement der DDR gegenüber Indien, z.B. in der Frage Bangla Desh, zu verhindern" und sah entsprechend „keinen Grund zur Eile."[172] Auf das Anerkennungsersuchen wiederum der provisorischen Regierung von Bangladesch ging die DDR-Führung allerdings ebenso wenig ein.

---

165 Berger an AA, 23. Juli 1971, PA AA, B 37, Bd. 628; ähnlich zuvor bereits in der Bonner AA-Zentrale, s. Vermerk von Thönnes, 16. Juli 1971, PA AA, B 37, Bd. 634.
166 Berger an AA, 19. Juli 1971, PA AA, B 38, Bd. 306.
167 Berger an AA, 19. Juli 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8149.
168 Berendonck an Botschaft Rawalpindi, 23. August 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8149.
169 Vermerk von van Well, 2. August 1971, PA AA, B 37, Bd. 629; Berendonck an Botschaften Rawalpindi, Delhi sowie die SV bei der UNO in New York, 5. August 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8128.
170 Diehl an AA, 25. Januar 1972, PA AA, B 30, Bd. 654.
171 Bayerlacher an die Leiter der Vertretungen der DDR in Indien, Indonesien, Burma, Ceylon, Kambodscha, 4. August 1971, PA AA, M 1, C 1774/76.
172 Ebd.

3.3 Zwischenbilanz

Es war die blutige Niederschlagung der ostbengalischen Separationsbestrebungen nach dem 25. März 1971, die dem unabhängigen Bangladesch den Weg ebnete. Aus Sicht der Awami League konnte es nun kein Zurück mehr geben. Das pakistanische Militär machte dadurch nicht nur die letzten Hoffnungen auf eine friedliche Beendigung des ostpakistanischen Bürgerkriegs zunichte, sondern trieb auch Millionen Ostpakistaner in die Flucht nach Indien. Durch den anhaltenden Flüchtlingsstrom geriet die Regierung Indira Gandhi unter immer größeren innenpolitischen Druck, dem brutalen Vorgehen der pakistanischen Armee gegen die eigene Bevölkerung in Ostpakistan Einhalt zu gebieten. Freilich war die indische Regierung dabei auch um ihr friedliebendes internationales Image besorgt, wie die starken Bedenken des indischen Botschafters in Paris, D. N. Chatterjee, im Juli 1971 verdeutlichen:

> Where does India stand? India is regarded warily in the West because she is against the concept of Imperialism and because she 'invented' the 'Third World'. India is looked on with suspicion in the 'Third World' because of her (subversive) sentiments for democracy, human rights etc.; the Muslim World is wrathful because of our securalism. The Communist countries regard India as insolent – and potentially dangerous – because we have rejected Communism as the prime condition for Progress. We are, of course, on the side of God. But, is God on our side?[173]

Indiens Haltung zum Konflikt im Nachbarland im Frühjahr und Sommer 1971 war ambivalent: Man unterstützte die ostbengalischen Sezessionisten soweit irgend möglich, ohne dabei offen in den Kampf einzutreten oder Bangladesch anzuerkennen. Dadurch sollte einerseits die pakistanische Armee und Moral zermürbt und somit Zeit gewonnen, andererseits aber auch vermieden werden, dass Indien sich aufgrund der Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Nachbarstaates der Ächtung der internationalen Gemeinschaft aussetzte.[174] Nach außen musste es später jedenfalls so aussehen, als sei der erneute bewaffnete Konflikt mit dem pakistanischen Widersacher der indischen Regierung praktisch aufgezwungen worden.

Indien und Pakistan hatten also diametral entgegengesetzte Sichtweisen auf den Konflikt in und um Ostpakistan. Und im Frühjahr und Sommer 1971 bemühten sie sich, ihre jeweilige Wahrheit international durchzusetzen. Peinlich achteten die Regierungen der beiden südasiatischen Staaten deshalb darauf, auf welche

173 Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 771.
174 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 68–9.

Seite des Konflikts sich ihre internationalen Partner schlagen würden. Wichtige Indikatoren waren die Gewährung von Entwicklungs- und Rüstungshilfe sowie die Reaktion auf das Werben der provisorischen Regierung von Bangladesch um internationale Anerkennung. Auch das Verhalten der beiden deutschen Staaten war aus südasiatischer Sicht vor allem unter diesen Aspekten relevant.

Die Bundesregierung betrachtete den indisch-pakistanischen Konflikt schon bald durch das Prisma der deutsch-deutschen Auseinandersetzung in Südasien. Sie war zu beinahe jedem Preis um Neutralität bemüht, um keiner der beiden Konfliktparteien einen Grund zu geben, die DDR anzuerkennen. Indem sie im Frühjahr 1971 allerdings entwicklungs- und rüstungspolitische Beziehungen sowohl zu Indien als auch zu Pakistan unterhielt, machte sie sich den beiden verfeindeten südasiatischen Staaten gegenüber leicht erpressbar. Stets hing über den bilateralen Beziehungen der BRD zu Indien und Pakistan daher das Damoklesschwert einer möglichen DDR-Anerkennung. Das internationale Prestige Willy Brandts und sein Versprechen, sich gegenüber der US-Administration für Indien einzusetzen, konnte diese befürchtete Entscheidung der indischen Regierung allerdings abwenden. Freilich gelang dies nur zum Preis einer offenen Kritik Brandts an Nixons Südasienpolitik.

Für die Deutsche Demokratische Republik wiederum, die weder Entwicklungs- noch Rüstungshilfe an Pakistan leistete, stellte sich die Situation bedeutend einfacher dar. Anders als die Bundesrepublik musste sie nicht bei jedem Schritt gegenüber Pakistan um die Wahrung ihrer deutschlandpolitischen Interessen in Indien bangen. Relevanter war also der Umgang der DDR-Führung mit der provisorischen Regierung von Bangladesch. Anders als von manchen westdeutschen Diplomaten befürchtet, war man im MfAA keinesfalls unbedingt darauf aus, sich sofort an die Seite der ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung zu stellen. Erst als im Juni 1971 ein Besuch des indischen Außenministers Swaran Singh in Bonn zu einer sichtbaren Annäherung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Indien führte, begann die DDR um das indische Wohlwollen zu fürchten.

Die DDR-Führung versuchte nun, der Bundesrepublik in Indien den Rang abzulaufen, indem sie sich in der Folge sehr eindeutig den Standpunkt Indiens im Konflikt um Ostpakistan zu eigen machte. Diese neue Strategie der DDR verfehlte jedoch ihre Wirkung. Anstatt die Ost-Berliner Unterstützung durch eine Abkehr von Bonn zu honorieren, begann die indische Regierung die allzu eindeutigen deutschlandpolitischen Interessen der DDR für eines ihrer wichtigsten diplomatischen Anliegen zu instrumentalisieren: die internationale Anerkennung des unabhängigen Bangladesch. Ihrem eigentlichen Ziel einer diplomatischen Anerkennung durch Indien kam die Ost-Berliner DDR-Führung im Frühjahr und Sommer 1971 kaum näher.

Unerwartetes Potenzial ergab sich für die DDR im Sommer 1971 in Südasien dann wiederum beim indischen Gegenspieler Pakistan, dessen Regierung den ostdeutschen Diplomaten überraschend Avancen machte. Vermutlich hätte die DDR sich gegenüber Indien kaum schlechter gestellt, hätte sie die pakistanischen Gesprächsangebote Anfang August 1971 nicht rundheraus abgelehnt. Die DDR-Führung hätte dadurch im Gegenteil beweisen können, dass sie das indisch-pakistanische Gegeneinander ebenso auszunutzen wusste wie umgekehrt die indische Regierung das deutsch-deutsche. Diese Gelegenheit wurde allerdings vergeben.

So konnte sich die Regierung Brandt Anfang August 1971 sowohl in Indien als auch in Pakistan in größtmöglicher Sicherheit wähnen. Beide Konfliktparteien waren der Bundesregierung äußerst wohlgesinnt und das Einzige, was die Karten der beiden deutschen Staaten auf dem indischen Subkontinent neu hätte mischen konnte, wäre ein unerwarteter Eingriff von außen. Ein Paukenschlag, der die Machtverhältnisse auf dem indischen Subkontinent fundamental verschöbe. Und dieser Paukenschlag erfolgte am 9. August 1971, als Indien und die Sowjetunion zur weltweiten Überraschung einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit schlossen.

4 Der Kalte Krieg erreicht Südasien

Die eskalierende Konfrontation in und um Ostpakistan fiel zeitlich nicht nur mit einem bedeutenden Wandel in den deutsch-deutschen Beziehungen zusammen, sondern traf darüber hinaus auch auf eine sich völlig verändernde Machtkonstellation im gegeneinander gerichteten Ringen der beiden großen Systemblöcke in Ost und West. Die unerwartete Annäherung zwischen den USA und der VR China im Juli 1971 stieß die politischen Führungen in Moskau und Neu-Delhi gleichermaßen vor den Kopf.[1] Die indische Regierung unter Indira Gandhi sah sich nun aus mehreren Richtungen gleichzeitig von den USA bedrängt: Einerseits half die Nixon-Administration der pakistanischen Zentralregierung bei der Unterdrückung der von Indien unterstützten ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung und andererseits kooperierte sie nun auch noch mit der Indien ebenfalls unfreundlich gesinnten VR China. Dies veranlasste die indische Regierung, Anfang August 1971 ihrerseits einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR abzuschließen. Erst diese Konstellation machte den regionalen Konflikt in Südasien zu einer Krise des Kalten Krieges.[2] Auch auf die Südasienpolitik der beiden deutschen Staaten sollte dieses changierende weltpolitische Umfeld einen wichtigen Einfluss haben.

4.1 Ein heißer Krieg im Kalten Krieg

> Mr. President, for an elected dictator you ran a lousy election.
> *Henry Kissinger zu General Yahya Khan*[3]

Bereits seit 1954 verband Pakistan und die USA eine strategische Partnerschaft,[4] die fünf Jahre später durch den Abschluss eines Kooperationsvertrages (einschließlich einer Beistandsklausel im Verteidigungsfall) noch einmal unterstrichen wurde. Seither war die pakistanische Armee auf Rüstungshilfe aus den USA unbedingt angewiesen – eine Tatsache, der sich die verschiedenen Regie-

1 Macmillan: *Nixon and Mao*, S. xx.
2 Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht?* S. 106.
3 Zit. n. Macmillan: *Nixon and Mao*, S. 220.
4 McMahon: On the Periphery of a Global Conflict: India and the Cold War, 1947–1991, S. 282; Smith: New Bottles for New Wine, S. 580–1. Hintergrund war, dass die USA nach dem Koreakrieg eine mögliche sowjetische Expansion in Asien und vor allem eine Bedrohung des Nahen Ostens fürchteten. S. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 3 bzw. McMahon: *Cold War on the Periphery. The United States, India and Pakistan*, S. 338.

https://doi.org/10.1515/9783110682038-004

rungen in Washington ebenso bewusst waren wie der, dass jede Waffenlieferung an Pakistan dessen Nachbarn Indien ein Dorn im Auge sein musste.[5] Mit ihrem Bekenntnis zu Pakistan nahmen die USA eine mögliche Verschlechterung ihrer bilateralen Beziehungen zu Indien also bewusst in Kauf.

Bei Amtsantritt von Präsident Richard Nixon im Januar 1969 war das wichtigste Ziel der neuen US-Administration in Asien der gesichtswahrende Abzug ihrer Truppen aus Vietnam. Um dieses Ziel zu erreichen, war Nixon bereit, mit einem wesentlichen außenpolitischen Prinzip seiner Vorgänger zu brechen: der bis dahin als offizielle Vertretung Chinas anerkannten Republik China auf Taiwan unter Führung von Chiang Kai-sheks antikommunistisch eingestellter Kuomintang in den Rücken zu fallen und statt ihrer die kommunistische VR China anzuerkennen. Letztere versorgte Nordvietnam mit Ausrüstung und Truppen für den Kampf gegen die USA. Nixon hoffte, dass eine freundlich gesinnte VR China Druck auf ihre vietnamesischen Verbündeten ausüben würde, mit den USA endlich in Verhandlungen über ein Ende des verlustreichen Krieges in Südostasien zu treten.[6]

Bald nach seiner Amtseinführung begaben sich Präsident Nixon und sein Nationaler Sicherheitsberater Henry A. Kissinger auf die Suche nach einem zuverlässigen und diskreten Partner, der den Kontakt für geheime Verhandlungen mit der Pekinger Führung herstellen könnte. Recht schnell fiel die Wahl auf Pakistan – den einzigen freundlich gesinnten Nachbarn der VR China, der auch für die USA als Ansprechpartner akzeptabel war.[7] Bereits im Sommer 1969 bat Präsident Nixon den neuen pakistanischen Präsidenten General Yahya Khan, die amerikanisch-chinesische Annäherung zu vermitteln.[8] Dieser erklärte sich hierzu gern bereit und die anschließende Geheimkorrespondenz zwischen dem Weißen Haus und Peking erfolgte fortan über Islamabad.[9]

Im Gegenzug für seine Hilfe forderte Yahya Khan von Nixon allerdings auch gewisse Gegenleistungen – vor allem in Form von Waffenlieferungen. Zum größten Verdruss der indischen Regierung versprach die US-Regierung ihm im Oktober 1970 tatsächlich die Lieferung von Kampfflugzeugen und 300 Schützen-

---

5 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 311; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 109; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 83.

6 Ebd., S. 85; 191; vgl. Guha: *India after Gandhi*, S. 459; Macmillan: *Nixon and Mao, S.* xxi; Westad: The Cold War, S. 406. Ziel Nixons war es außerdem, mit einer Annäherung an die VR China auch die UdSSR unter Druck setzen und dadurch die laufenden Strategic Arms Limitation Talks (SALT) beschleunigen zu können. S. Kux: *The United States and Pakistan*, S. 182.

7 Macmillan: *Nixon and Mao*, S. xx.

8 Kux: *The United States and Pakistan*, S. 182; Macmillan: *Nixon and Mao*, S. 164.

9 Macmillan: *Nixon and Mao*, S. 173.

panzern.[10] „Nobody has occupied the White House who is friendlier to Pakistan than me“,[11] versicherte Nixon daraufhin dem pakistanischen Präsidenten und bat ihn, Peking seinen Gesprächswunsch zu übermitteln. Im November 1970 kam Yahya Khan dieser Bitte nach.[12]

In Peking hatten hochrangige Militärs bereits ein Jahr zuvor eine Annäherung an die USA befürwortet, sodass der Premierminister der VR China, Zhou Enlai, dem Weißen Haus über den pakistanischen Botschafter in den USA bald positive Antwort ausrichten ließ. Auch von chinesischer Seite wurde damit die Vermittlerrolle Pakistans akzeptiert. Der Gesprächskanal zwischen Peking und Washington war nun eröffnet, ein Treffen auf Ebene der politischen Führung stand indes noch aus. Auch hierfür hofften Nixon und Kissinger unbedingt auf Yahya Khans diskrete Hilfe, denn von den geheimen Vorbereitungen für dieses Treffen sollte selbst das US-amerikanische State Department erst so spät wie möglich erfahren.[13]

Die sich im Frühjahr 1971 andeutende Krise in Ostpakistan versuchten der amerikanische Präsident und sein Sicherheitsberater so lange wie möglich zu ignorieren, um Yahya Khan den Rücken frei zu halten.[14] Zwar drängten sie den pakistanischen Präsidenten dazu, als Zeichen guten Willens die Hilfsangebote des UN-Generalsekretärs U Thant anzunehmen,[15] in erster Linie waren die beiden in Südasien aber darauf bedacht, „to avoid adding another complication to our agenda”, wie Kissinger es später formulierte.[16]

Der Aufforderung des US-amerikanischen Generalkonsuls in Dhaka, Archer K. Blood, die US-Regierung möge das blutige Vorgehen der pakistanischen Armee gegen die eigene Bevölkerung in Ostbengalen offiziell verurteilen, kam die Nixon-Administration Ende März 1971 nicht nach. In Indien beschuldigte man die US-Regierung daraufhin, in Ostpakistan zu einem Völkermord beizutragen. Tatsäch-

10 Kux: *The United States and Pakistan,* S. 183; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 84–6.

11 Zit. n. Kux: *The United States and Pakistan*, S. 214; McMahon: On the Periphery of a Global Conflict: India and the Cold War, 1947–1991, S. 294.

12 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 305; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 183; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 87.

13 Ebd., S. 192–3; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 184–5.

14 Vor diesem Hintergrund ist auch Kissingers abschlägige Antwort auf Indira Gandhis Aufforderung zu verstehen, die USA sollten ihre Hilfslieferungen an das Land einstellen, s. Shirin Tahir-Kheli: *India, Pakistan, and the United States. Breaking with the Past*. New York: Council on Foreign Relations Press 1997, S. 37.

15 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 147–8.

16 Zit. n. Kux: *The United States and Pakistan*, S. 179.

lich setzte die pakistanische Armee dort umfangreich amerikanische Waffen ein.[17] Berichte auch der eigenen Diplomaten vor Ort über Massaker und massive Menschenrechtsverletzungen (am bekanntesten das sog. „Blood-Telegram“[18]) wurden aufgrund des höherwertigen Interesses Nixons an einer pakistanisch vermittelten Annäherung an die VR China bewusst ignoriert.[19]

Während das Sterben in Ostbengalen weiterging, erhielt Kissinger am 27. April 1971 über den pakistanischen Botschafter in Washington die erhoffte Antwort aus der VR China: Zhou Enlai war mit einem Treffen einverstanden und arrangieren sollte es der bereits bewährte Yahya Khan.[20] Anfang Mai 1971 beschloss Präsident Nixon, diesem in Ostbengalen freie Hand zu lassen. Als übergeordnetes Ziel sah auch er zwar grundsätzlich eine größere Autonomie für Ostpakistan, Yahya Khan sollte auf dem Weg dorthin aber keinesfalls unter Druck gesetzt werden.[21]

Bis Ende Mai 1971 hätte für die Nixon-Administration vielleicht noch die Möglichkeit bestanden, durch Einfrieren wichtiger Entwicklungshilfezahlungen an die pakistanische Zentralregierung Druck auf Yahya Khan zugunsten einer politischen Lösung auszuüben. Innenpolitisch wäre eine solche Haltung für Nixon vermutlich sogar der Weg des geringeren Widerstands gewesen, da der US-Kongress seine Zurückhaltung im Konflikt um Ostpakistan zu dieser Zeit zunehmend scharf kritisierte.[22] Auch hier verdammte ihr überwiegendes Interesse an einer Aussöhnung mit der VR China und damit an einem raschen Ende des Krieges in

---

17 Ebd., S. 187; William J. Barnds: *India, Pakistan and the Great Powers*. New York / Washington / London: Praeger Publishers 1972, S. 245–6; William P. Rogers: *United States Foreign Policy 1971. A Report of the Secretary of State*. Washington, D.C.: Department of State 1972, S. 115; Gerd Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*. Stuttgart: Kohlhammer 1972, S. 111; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 84.

18 „Our government has failed to denounce the suppression of democracy. Our government has failed to denounce atrocities. Our government has failed to take forceful measures to protect its citizens while at the same time bending over backwards to placate the West Pak[istan] dominated government and to lessen any deservedly negative international public relations impact against them. Our government has evidenced what many will consider moral bankruptcy (…) But we have chosen not to intervene, even morally, on the grounds that the Awami conflict, in which unfortunately the overworked term genocide is applicable, is purely an internal matter of a sovereign state. Private Americans have expressed disgust. We, as professional civil servants, express our dissent with current policy and fervently hope that our true and lasting interests here can be defined and our policies redirected.“ U.S. Consulate (Dacca) Cable, Dissent from U.S. Policy Toward East Pakistan, April 6, 1971, zit. n. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh,* S. 89.

19 Ebd., S. 89–90.

20 Kux: *The United States and Pakistan*, S. 188.

21 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 81; 92.

22 Ebd., S. 94; 100; Sargent: *A Superpower Transformed*, S. 87.

Südostasien Nixon und Kissinger zur Tatenlosigkeit. Der Bangladeschkrieg ereignete sich insofern also auch im Windschatten des Vietnamkriegs.

Unter heftigem Protest der indischen Regierung lieferten die USA noch im Frühsommer 1971 weitere Rüstungsgüter nach Pakistan.[23] Als Henry Kissinger Anfang Juli 1971 Neu-Delhi besuchte und Indira Gandhi ihn um US-amerikanische Vermittlung zwischen West- und Ostpakistan bat, ging er hierauf nicht ein, sondern versuchte stattdessen vergeblich, die indische Premierministerin zu überzeugen, ihre Unterstützung für die Mukti Bahini zu beenden. Nach seinem Gespräch mit Indira Gandhi hielt Kissinger einen baldigen Kriegsausbruch für ausgesprochen wahrscheinlich.[24] Von Indien aus flog er weiter nach Pakistan. Die amerikanische Unterstützung Yahya Khans sollte sich nun auszahlen: Am 9. Juli 1971 reiste Kissinger mit pakistanischer Hilfe heimlich nach Peking, um dort einen Besuch Präsident Nixons im nächsten Jahr zu vereinbaren.[25]

Nachdem der pakistanische Präsident sich als loyal erwiesen hatte, glaubten Nixon und Kissinger, ihren neu gewonnen Partnern in Peking ihre Zuverlässigkeit beweisen zu müssen, indem sie sich mit dem gemeinsamen Freund Pakistan weiterhin solidarisch zeigten.[26] Über dieses Ziel schossen sie allerdings hinaus: Zwar drängte Zhou Enlai wie Henry Kissinger auf eine indische Mäßigung in Ostpakistan, Kissinger überschätzte jedoch deutlich die chinesische Bereitschaft, tatsächlich zugunsten Pakistans in einen militärischen Konflikt

23 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 102. Am 6. April verhängte das US-Außenministerium zwar ein zum 25. März 1971 rückwirkendes Embargo auf Rüstungslieferungen nach Pakistan, die Auslieferung bereits vor diesem Zeitpunkt genehmigter Güter endete jedoch erst mit dem Totalembargo von Dezember 1971, nachdem im Juli auf öffentlichen Druck selbst die finanziell weit bedeutendere Ernährungshilfe für Pakistan ausgesetzt, bzw. gezielt nach Ostpakistan umgelenkt worden war. S. Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 256–7; Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt,* S. 112. Zuvor ging der Löwenanteil der von den USA geleisteten Entwicklungshilfe an den pakistanischen Westflügel, s. Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 145.

24 Kux: *The United States and Pakistan*, S. 191.

25 Guha: *India after Gandhi*, S. 454; s. auch Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht?* S. 184–5. Zum Hintergrund dieses konspirativen Treffens in Peking, einschließlich des Einsatzes eines Kissinger-Doubles, der von Islamabad aus zum Schein in die pakistanischen Berge fuhr, s. Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 306 und Xia / Tudda, Beijing, 1972, S. 51–53. Auch das eigene Außenministerium sollte von diesem Coup Nixons und Kissingers nichts erfahren, s. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 85. Selbst die US-amerikanischen Geheimdienste wurden über Kissingers eigentliches Reiseziel im Dunkeln gelassen. S. Macmillan: *Nixon and Mao*, S. 191.

26 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 106; Macmillan: *Nixon and Mao*, S. 222.

mit Indien einzutreten.[27] Bereits als Zhou Enlai dem pakistanischen Präsidenten Yahya Khan im April 1971 die Solidarität der VR China im Falle eines indischen Angriffs versicherte, hatte er unmissverständlich klar gemacht, dass die pakistanische Regierung keinesfalls auf ihre militärische Unterstützung zählen durfte.[28] Im Übrigen wäre ein chinesisches Eingreifen in diesen Konflikt auch deshalb nur schwer zu rechtfertigen gewesen, da die pakistanische Armee in Ostpakistan unter anderem pro-chinesische Kräfte unterdrückte.[29] Peking übte sich also in Zurückhaltung.

Dennoch teilte Kissinger der indischen Regierung nach seiner Chinareise mit, dass die USA Indien in einem erneuten indisch-pakistanischen Krieg niemals gegen eine chinesische Intervention zugunsten Pakistans unterstützen würden.[30] Aus indischer Sicht war dies der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Indira Gandhi beschloss nun, dem langjährigen sowjetischen Drängen auf Unterzeichnung eines bilateralen Freundschaftsvertrages nachzugeben.[31]

Indische Bündnisfreiheit am Scheideweg

Über Jahrzehnte erstritten, war es seit Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1947 wichtigstes außenpolitisches Anliegen Indiens, sich diese Unabhängigkeit auch im Blocksystem des Kalten Krieges zu bewahren.[32] Bereits im September

27 Kux: *The United States and Pakistan*, S. 192; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 197–8

28 Barnds: *India, Pakistan and the Great Powers*, S. 244; Wagner: *Die „verhinderte“ Großmacht?* S. 186; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 319; so auch Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 68. Auch die indische Regierung wusste darum und im November 1971 sollte Zhou Enlai dies noch einmal betonen, was Bhutto jedoch nicht davon abhielt, kurz darauf öffentlich seine Dankbarkeit für die nicht gegegebene Zusicherung Pekings zu bekunden, man werde im Falle eines indischen Angriffs an Pakistans Seite stehen. S. Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 250–2; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 203; Guha: *India after Gandhi*, S. 186.

29 Tatsächlich waren Bengalis die maßgeblichen Triebfedern der pakistanisch-chinesischen Annäherung in den Jahren zuvor gewesen. S. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 186.

30 Wagner: *Die „verhinderte” Großmacht?* S. 185; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 106–7.

31 Raghavan: Between Regional and Global Interests: The Indo-Soviet Treaty of 1971, S. 341; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 127.

32 McMahon: On the Periphery of a Global Conflict: India and the Cold War, 1947–1991, S. 277. Zum Zusammenhang zwischen Kolonialerfahrung und späterer Bündnisfreiheit, s. Volker Matthies: *Die Blockfreien. Ursprünge, Entwicklung, Konzeptionen*. Opladen: Leske + Budrich 1985, S. 43.

1946 hatte der spätere erste Premierminister des unabhängigen Indien, Jawaharlal Nehru, festgestellt: „We shall take full part in international conferences as a free nation with our own policy and not merely as a satellite of another."[33] Übersetzt in das Mächteverhältnis des sich schon damals abzeichnenden Ost-West-Konflikts bedeutete dies aus seiner Sicht: „India will follow an independent policy, keeping away from the power politics of groups aligned one against another."[34] Diese von Nehru formulierte Doktrin der Bündnisfreiheit („non-alignment") war für Indien wie für die ihm in der „Bewegung Bündnisfreier Staaten" folgenden Länder elementarer Teil seiner internationalen Sicherheitspolitik und sollte zur Leitlinie aller künftigen indischen Regierungen werden. Sie wollten von der Rivalität der Großmächte profitieren, ohne in sie hineingezogen werden.[35]

Die überraschende chinesisch-amerikanische Annäherung stellte dieses Grundprinzip der indischen Außenpolitik im Sommer 1971 erstmals ernsthaft infrage. Der damalige indische Außenminister Swaran Singh erläuterte vor dem indischen Unterhaus: „while we welcome a rapprochement between Peking and Washington, we cannot look upon it with equanimity if it means domination of the two countries over this region."[36] Als Reaktion wandte sich die indische Regierung an den einzigen Staat, der aus ihrer Perspektive ein wirksames Gegengewicht zur neuen Achse Washington – Peking bilden konnte: die UdSSR.

Ähnlich wie die USA hatte auch die Sowjetunion Ende der 1960er Jahre sowohl Indien als auch Pakistan mit Waffen beliefert.[37] Aufgrund der traditionellen Allianz Pakistans mit den USA und seiner allmählichen Annäherung an die VR China sympathisierte die Moskauer Führung aber grundsätzlich eher mit Indien. Außerdem teilte sie Indiens Standpunkt im symbolisch außerordentlich bedeutsamen Kaschmir-Konflikt und sah in dem Land eine wichtige Zugangsmöglichkeit zu den anderen bündnisfreien Staaten in Asien und Afrika.[38]

---

33 Kulwant Rai Gupta / Vatsala Shukla: *Foreign Policy of India*, Bd. 1. New Delhi: Atlantic Publishers & Distributors (P) Ltd. 2009, S. 90; vgl. auch McMahon: Heiße Kriege im Kalten Krieg, S. 18.

34 Zit. n. McMahon: On the Periphery of a Global Conflict: India and the Cold War, 1947–1991, S. 277.

35 Matthies: *Die Blockfreien*, S. 42; Lawrence: The Rise and Fall of Nonalignment, S. 142; Dinkel: *Die Bewegung Bündnisfreier Staaten*, S. 108–9. „Even in accepting economic help, it is not a wise policy to put all our eggs in one basket", lautete Nehrus Empfehlung, zit. n. McMahon: On the Periphery of a Global Conflict: India and the Cold War, 1947–1991, S. 277–8.

36 Zit. n. Barnds: *India, Pakistan and the Great Powers*, S. 246.

37 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 109; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 109.

38 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 3. Im Mai 1969 stellte die sowjetische Führung in Islamabad klar, dass es eine gleichzeitige Partnerschaft mit Peking und Moskau nicht geben würde, s. Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 315; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 180–1; Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 238.

In Neu-Delhi nahm man diese Moskauer Sympathie grundsätzlich wohlwollend zur Kenntnis. Als sowjetische Diplomaten der indischen Regierung im März 1969 den Abschluss eines Freundschafts- und Kooperationsvertrages zwischen den beiden Staaten nahelegten, reagierte Indira Gandhi dennoch zunächst verhalten. Der Vertrag sollte zwar ausdrücklich keine militärische Zusammenarbeit umfassen, aber doch eine wirksame Rückversicherung Indiens gegen etwaige pakistanische oder chinesische Aggression darstellen. Die indische Premierministerin fürchtete den Widerstand sowohl ihrer politischen Opposition als auch aus den eigenen Reihen der Kongresspartei, die eine solche Entfremdung Indiens vom Westen (und damit eine schleichende Abkehr von Indiens bündnisfreier Außenpolitik) nicht hinnehmen würden. Außerdem hoffte Indira Gandhi nach dem Grenzkrieg von 1962 weiterhin auf eine chinesisch-indische Entspannung.[39]

Einen ersten sowjetischen Vertragsentwurf, der langfristig auf die Schaffung eines kollektiven asiatischen Sicherheitssystems zur Eindämmung der VR China abgezielt hätte, lehnte die indische Premierministerin dementsprechend ab. Als sich im Sommer 1969 dann die Spaltung der regierenden Kongresspartei abzuzeichnen begann, wurden die Pläne für den Vertrag vorerst auf Eis gelegt. Indira Gandhi vertröstete ihre sowjetischen Gesprächspartner auf einen Zeitpunkt nach den im Jahre 1971 anstehenden Unterhauswahlen. Sie hoffte, dann über eine komfortablere Mehrheit zu verfügen als in der damaligen Minderheitsregierung.[40]

Anfang der 1970er Jahre bestand die Asienstrategie des sowjetischen Außenministeriums in der Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems unter Moskauer Führung. Vor diesem Hintergrund passte der sich im Frühjahr 1971 andeutende Konflikt zwischen zwei südasiatischen Staaten den sowjetischen Außenpolitikern kaum ins Konzept. Im März 1971 boten sie sich daher als Vermittler im indisch-pakistanischen Streit um die „Ganga“-Entführung und anschlie-

39 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 109–112.

40 Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 239; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 113–4; Wagner: *Die „verhinderte“ Großmacht?* S. 207–8. Die UdSSR blieb derweil jedoch nicht untätig: Im Mai 1969 schlug der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Alexei Kossygin dem neuen pakistanischen Präsidenten Yahya Khan den Abschluss eines Transit-Handelsabkommens vor, um auf diesem Wege einen weiteren Zugang nach Südasien zu erhalten. Nur aufgrund von Druck des pakistanischen Außenministeriums und seiner Generalität, die angesichts der sowjetisch-chinesischen Entfremdung um die pakistanisch-chinesische Freundschaft fürchteten, konnte Yahya Khan davon abgehalten werden, diesem Vorschlag Kossygins zuzustimmen. S. Kux: *The United States and Pakistan*, S. 180.

ßende Verhängung eines indischen Überflugverbotes gegen Pakistan an. Die indische Regierung lehnte eine solche Vermittlerrolle der UdSSR jedoch ab.[41]

Auch in den Folgemonaten bemühte sich die sowjetische Führung noch, den Konflikt als ein rein innerpakistanisches Problem zu betrachten.[42] Damit unterschied sie sich in der Bewertung der Situation in Ostpakistan fundamental von der indischen Regierung. Während Letztere eine Änderung der politischen Situation in Ostbengalen als eine unabdingbare Voraussetzung zur Lösung des auch Indien betreffenden Flüchtlingsproblems betrachtete, bestand dieser Zusammenhang nach Ansicht der Moskauer Führung nicht.[43]

Aus indischer Perspektive war das sowjetische Auftreten in diesem Konflikt durchaus widersprüchlich. Nach dem 25. März 1971 forderte Nikolai Podgorny, formelles Staatsoberhaupt der UdSSR, Yahya Khan zwar auf, die Massaker in Ostpakistan zu beenden und eine friedliche politische Lösung für das Land zu finden, bereits zugesagte Rüstungsgüter lieferte die UdSSR dennoch weiterhin nach Pakistan. Auch Indien versorgte die sowjetische Führung im Frühsommer 1971 mit Rüstungsgütern und erklärte bei einem Besuch des indischen Außenministers Swaran Singh in Moskau am 8. Juni 1971 ihre Solidarität mit der indischen Regierung.[44] Einem Wunsch Yahya Khans entsprechend wirkte sie dabei jedoch auch beschwichtigend auf die indische Seite ein. So riet der sowjetische Ministerpräsident Alexei Kossygin dem indischen Außenminister, die demokratischen Kräfte in Ostpakistan weiterhin allenfalls indirekt zu unterstützen.[45] Die Moskauer Führung mahnte also beide Seiten gleichermaßen zur Zurückhaltung.

Als Reaktion auf die amerikanische Annäherung an die VR China beschloss sie allerdings, im Konflikt auf dem indischen Subkontinent klarer Partei zu ergreifen und Indien dadurch stärker an sich zu binden. Da ein gegen Indien gerichtetes Zusammenwirken Pakistans, der VR China und der USA plötzlich realistisch erschien, war nun auch aus indischer Sicht der Moment für den Vertrags-

---

41 Diehl an AA und Botschaft Rawalpindi sowie Generalkonsulat Dacca, 12. März 1971, PA AA, B 81, Bd. 844; s. auch Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 240–1.

42 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 315; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 115.

43 Raghavan: Between Regional and Global Interests. The Indo-Soviet Treaty of 1971, S. 331; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 124.

44 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 115; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 189; Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 240–1; Guha: *India after Gandhi*, S. 455; Prasad: *Indo-Soviet Relations 1947–1972*, S. 378.

45 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 124. Allerdings setzte man sich auch wiederum dafür ein, linksgerichteten Parteien Posten in der provisorischen Regierung von Bangladesch zu sichern, s. Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 78.

schluss mit Moskau gekommen.[46] Nachdem Kissinger Mitte Juli 1971 noch einmal unterstrichen hatte, dass Indien im Falle eines Krieges gegen die VR China mit keinerlei US-amerikanischer Unterstützung rechnen könne, wurde der indische Botschafter in Moskau Anfang August 1971 damit beauftragt, die Vertragsdetails auszuhandeln.[47]

Am 9. August 1971 unterzeichneten die Außenminister von Indien und der UdSSR schließlich den Vertrag über „Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit". Bedeutendste Regelung sollten zwei Sätze in Artikel IX werden, die in früheren Vertragsentwürfen noch gefehlt hatten:[48]

> Jede der Hohen vertragschließenden Seiten verpflichtet sich, sich jeglicher Hilfe für eine an einem bewaffneten Konflikt mit der anderen Seite beteiligte dritte Seite zu enthalten. Sollte eine der Seiten Objekt eines Überfalls werden oder sollte ihr ein Überfall drohen, so werden die Hohen vertragschließenden Seiten unverzüglich gegenseitige Konsultationen mit dem Ziel aufnehmen, diese Gefahr zu beseitigen und entsprechende effektive Maßnahmen zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit ihrer Länder ergreifen.[49]

Da der Regierung Indira Gandhi an der indischen Bündnisfreiheit weiterhin sehr gelegen war, wurde diese im Vertrag ausdrücklich als Basis der gegenseitigen Freundschaft anerkannt. Aus Moskauer Sicht stellte er demnach weniger eine Bindung Indiens an das sozialistische Staatenbündnis dar als eine sicherheitspolitische Rückversicherung, die einen aktiven militärischen Konflikt in Südasien überflüssig machen würde.[50] Dennoch avancierte Indien mit Abschluss dieses Vertrages zum wichtigsten nichtkommunistischen Partner der UdSSR.[51] Sowohl die UdSSR als auch Indien bemühten sich in den Tagen nach dem Vertragsschluss zu betonen, dass es keine militärische Lösung für das ostbengalische Flüchtlingsproblem geben könne.[52] Indira Gandhi hegte gar die Hoffnung, einen ähnlichen

---

46 Chopra: Ostbengalen – Eine Krise für Indien. Eine Darstellung aus indischer Sicht, S. 615; Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht?* S. 208; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 315–6; Prasad: *Indo-Soviet Relations 1947–1972*, S. 376–8; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 121.

47 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 128–9; Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 72–74.

48 Sisson / Rose: *War and Sessession*, S. 198.

49 Zit. n. Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 132; vgl. auch Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht?* S. 208.

50 Prasad: *Indo-Soviet Relations 1947–1972*, S. 380; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 86; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 123.

51 Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht?* S. 208–9.

52 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 87.

Freundschaftsvertrag bald auch mit der VR China abschließen zu können.[53] Obgleich durch den Vertrag im Kriegsfall sowjetische Rüstungsexporte nach Pakistan ausgeschlossen wurden, nahm man ihn auch dort weniger als Bedrohung wahr, denn als einen stabilisierenden Faktor, der einem drohenden militärischen Konflikt vorbeugen sollte.[54] Und jedes deeskalierende Moment konnte der Konflikt um Ostpakistan zu diesem Zeitpunkt bereits sehr gut gebrauchen.

Der ostbengalische Freiheitskampf wird international

> With the treaty, Moscow threw a lighted match into a powder keg.
> *Henry Kissinger über den indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag*[55]

Am 11. August 1971 wurde der in Westpakistan inhaftierte Mujibur Rahman wegen Hochverrats angeklagt[56] und einer Initiative Zulfikar Ali Bhuttos folgend disqualifizierte die zentrale pakistanische Kriegsrechtsverwaltung 79 der 160 in die Nationalversammlung gewählten Mitglieder der Awami League.[57] Eine friedliche Lösung des Konflikts um Ostpakistan rückte damit in weite Ferne.

Indira Gandhi begann daraufhin, über die Mukti Bahini stärkeren militärischen Druck auf die pakistanische Armee auszuüben, um die Zentralregierung zu Verhandlungen mit Mujibur Rahman zu zwingen. Die ostbengalischen Unabhängigkeitskämpfer forderten diese indische Unterstützung inzwischen verstärkt ein, zumal sie im Frühjahr 1971 kaum dazu in der Lage gewesen waren, der pakistanischen Armee nennenswerten Schaden zuzufügen.[58] Im Spätsommer und Herbst 1971 rüstete die indische Armee die ostbengalischen Guerillakämpfer noch weiter auf und kämpfte immer offener auch Seite an Seite mit ihnen. Erschwert wurde die Zusammenarbeit allerdings dadurch, dass die bengalische Befreiungsbewegung und die Führung der Awami League innerlich zerstritten blieben, sodass die Regierung Indira Gandhi wiederholt vor der Aufgabe stand, sie auf das gemeinsame Ziel der nationalen Unabhängigkeit auszurichten.[59]

---

53 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 200.
54 Ebd., S. 125; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 94.
55 Zit. n. Kux: *The United States and Pakistan*, S. 195.
56 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 389, Anm. 6.
57 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 207–8; Sisson / Rose: W*ar and Secession*, S. 172–3.
58 Bass: *The Blood Telegram*, S. 185; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 210–1; Van Schendel: A *History of Bangladesh*, S. 166.
59 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 212–5. So galt es im August und September 1971, abtrünnige Politiker der Awami League zur Räson zu rufen, die über das

Die Großmächte wurden derweil zunehmend zu unsichtbaren Dritten in diesem Konflikt. Die US-Regierung ergriff offen Partei und unterstützte die Kämpfe der mit ihr verbündeten pakistanischen Zentralregierung gegen die Verbündeten ihres politischen Gegners UdSSR. Dadurch machte sie den Bangladeschkrieg zu einem „heißen Krieg" des Kalten Krieges.[60] Angesichts der Massaker der pakistanischen Armee an der ostbengalischen Zivilbevölkerung und der offenkundigen strategischen Nachteile der pakistanischen Position auf dem indischen Subkontinent waren einige US-Senatoren um Edward Kennedy weit weniger überzeugt als Nixon und Kissinger, dass die USA mit Pakistan den richtigen Partner im sich andeutenden Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg gewählt hatten. Sie verlangten eine radikale Wende in der amerikanischen Südasienpolitik. Die indische Regierung war sich dieser innenpolitischen Uneinigkeit durchaus bewusst und prangerte die pakistanischen Gräueltaten öffentlichkeitswirksam in den USA an. Die freundlich gesinnten US-Senatoren lud sie ein, sich in indischen Flüchtlingscamps persönlich ein Bild von der Lage zu machen.[61]

Mitte August 1971 gelang es diesen US-Politikern schließlich, Nixon zumindest davon zu überzeugen, auf Yahya Khan einzuwirken, die gegen Mujibur Rahman mittlerweile verhängte Todesstrafe nicht zu vollstrecken. Yahya Khan weigerte sich jedoch weiterhin, direkt mit dem inhaftierten Mujibur Rahman zu verhandeln oder der Awami League ein Treffen mit ihm zu ermöglichen.[62] Stattdessen ordnete er im September 1971 die Mobilisierung der pakistanischen Streitkräfte im Westflügel des Landes an, woraufhin im Oktober auch die indische Armee ihre Truppen an die jeweiligen Grenzen zu Pakistan zu verlegen begann.[63]

Obwohl Kissinger inzwischen von der Unvermeidbarkeit eines Krieges zwischen Indien und Pakistan überzeugt war und der indisch-sowjetische Freundschaftsvertrag aus US-amerikanischer Sicht bereits im Bewusstsein eines späte-

---

US-amerikanische Generalkonsulat in direkte Verhandlungen mit dem Regime Yahya Khans in Kontakt zu treten versuchten, s. ebd., S. 218–221.

60 Vgl. Smith: New Bottles for New Wine, S. 582; Greiner: Kalter Krieg und „Cold War Studies."

61 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 284.

62 Ebd. S. 309; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 196–7. Auf amerikanisches Drängen ersetzte Yahya Khan Ende August 1971 außerdem den Militärgouverneur Ostpakistans, den berüchtigten General Tikka Khan, durch den bengalischen Politiker und ehemaligen Arbeitsminister A. M. Malik, obgleich das Militär weiterhin die Fäden der Macht in Ostpakistan in der Hand behielt. S. ebd., S. 197.

63 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 222; Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 211.

ren militärischen Eingriffs Indiens gegen Pakistan geschlossen wurde,[64] forderte die Nixon-Administration ihre Partner in Islamabad nicht dazu auf, die Anklage gegen Mujibur Rahman zurückzunehmen und mit dem inhaftierten Awami-League-Führer zu verhandeln.[65] Vor allem Präsident Nixon selbst schien die Lage seiner Freunde in der pakistanischen Zentralregierung durchaus persönlich zu nehmen. Mitte August 1971 verkündete er: „[We] must not – cannot – allow India to use the refugees as a pretext for breaking up Pakistan."[66] Zum größten Verdruss der indischen Regierung setzten die USA sogar ihre Rüstungslieferungen an Pakistan weiter fort.[67]

Die sowjetische Unterstützung für die indische Regierung war demgegenüber weniger umfassend. Zwar stärkte der Vertrag mit der UdSSR der indischen Regierung außenpolitisch zu einem gewissen Grad den Rücken,[68] doch war die sowjetische Führung deutlich weniger erpicht auf die ostbengalische Unabhängigkeit, als viele in Indien hofften. Aufgrund des großen maoistischen Einflusses in Ostbengalen fürchtete man in Moskau vielmehr die Entstehung eines Vasallenstaates der VR China in Südasien.[69] Im September 1971 drängten sowjetische Außenpolitiker entsprechend weiterhin beide Seiten zur militärischen Zurückhaltung.[70]

Nach einem Besuch Indira Gandhis in Moskau Ende September 1971 war auch der sowjetischen Führung klar, dass die indische Regierung entschlossen war, militärisch in Ostpakistan einzuschreiten. Nichtsdestotrotz lieferte die UdSSR in den kommenden Wochen noch umfangreich Waffen nach Indien und im Oktober 1971 gelang es der indischen Regierung anlässlich von Konsultationen nach Artikel IX. des Freundschaftsvertrages in Neu-Delhi endlich, die UdSSR von ihrer Einschätzung der Situation in Ostpakistan zu überzeugen.[71] Zwischen der Sowjetunion und Indien entstand nun eine regelrechte Luftbrücke für Rüstungsgüter.[72] Ende November 1971 beendete die UdSSR schließlich auch die bis

64 Macmillan: *Nixon and Mao*, S. 221; AA / IfZ: A*APdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 451. In diesem Sinne auch Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht?* S. 208.

65 Ebd., S. 186..

66 Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 455; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 196.

67 Bass: *The Blood Telegram*, S. 195.

68 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 74.

69 Ebd., S. 116.

70 Ebd., S. 224–5; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 87–8.

71 Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 242–3; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 226.

72 Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 79; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 317.

dahin nach wie vor fließenden Wirtschaftshilfezahlungen an die pakistanische Regierung.[73] Die Strategie der indischen Premierministerin war aufgegangen.

Die Kämpfe in Ostpakistan hatten sich derweil intensiviert. Seit der zweiten Oktoberwoche 1971 operierte auch die indische Armee selbst auf pakistanischem Territorium, die Regierung Indira Gandhi war jedoch peinlich darauf bedacht, jegliche mediale Berichterstattung hierüber zu dementieren bzw. idealerweise gleich zu unterbinden.[74] Erst recht galt dies gegenüber internationalen Organisationen: Ende Oktober 1971 behauptete die indische Premierministerin auf einer Pressekonferenz „Indien verberge nichts und habe nichts zu verbergen. UN-Beobachter seien daher überflüssig."[75]

Aufgrund des brutalen Vorgehens der pakistanischen Armee gegen die eigene Zivilbevölkerung in Ostpakistan sah die indische Regierung sich im Konflikt mit seinem Nachbarn moralisch auf der richtigen Seite. Die militärische Unterstützung der ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung flankierte Indira Gandhi nun mit Versuchen, auch andere Menschen weltweit von diesem Umstand zu überzeugen, indem sie Schreckensmeldungen aus Ostbengalen öffentlich anprangerte.[76] Bei einer mehrwöchigen Reise nach Europa und in die USA verwies sie außerdem auf gemeinsame demokratische Werte, die Pakistan offensichtlich fehlten. Ende November 1971 traf sie damit bei Präsident Nixon jedoch auf taube Ohren.[77] Er machte der indischen Premierministerin stattdessen noch einmal unmissverständlich klar, dass die USA nicht gegen Yahya Khan ins Feld ziehen würden. Indira Gandhi wiederum hielt wenig von Nixons Vorschlag, die indischen Truppen von der indisch-pakistanischen Grenze abzuziehen.[78]

Obwohl auch in Washington große Zweifel an der Bereitschaft der VR China herrschten, zugunsten Pakistans in einen Krieg gegen Indien einzugreifen, fühlte Präsident Nixon sich der Pekinger Führung zur unbedingten Solidarität mit dem

---

73 Vermerk von Brendonck, 14. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 633.
74 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 231–2.
75 Diehl an AA und Botschaft Rawalpindi, 21. Oktober 1971, BArch, B 136/6321.
76 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 288; Guha: *India after Gandhi*, S. 453–4.
77 Guha: *India after Gandhi*, S. 457. Den Ausdruck „dialogue of the deaf" prägte in diesem Zusammenhang Kux: *The United States and Pakistan*, S. 198. Drastisch formulierte Nixon angesichts der zunehmend kaum mehr zu verleugnenden indischen Kriegshandlungen in Ostpakistan: „the Indians have screwed us", zit. n. Bass: *The Blood Telegram*, S. 258 und „the Indians have been kicking us in the ass for twenty-five years", zit. n. Bass: *The Blood Telegram*, S. 262.
78 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 228. Yahya Khan hatte sich hierzu bereit erklärt und den Einsatz von UN-Beobachtern zur Überwachung der indisch-pakistanischen Grenze gefordert, s. Moses: Die Vereinten Nationen, humanitäres Engagement und die Menschenrechte, S. 357.

gemeinsamen Partner verpflichtet.[79] Innenpolitisch war man in der VR China vollauf mit der Kulturrevolution sowie zunehmend ernsthaften Drohungen der militärisch deutlich überlegenen UdSSR befasst.[80] Die indische Regierung erfuhr Mitte November 1971, dass ein Vertreter der VR China Yahya Khan anders als die US-Regierung sogar dazu geraten hatte, Mujibur Rahman freizulassen und mit ihm zu verhandeln.[81] Entsprechend versicherte Indira Gandhi Bundesaußenminister Walter Scheel bei einem Besuch in Bonn, die VR China sei zu beschäftigt mit internen Problemen, als dass Indien sie als akute Bedrohung wahrnehmen müsste.[82]

Der „menschliche Preis"

Die Zahl der Opfer der Massaker der pakistanischen Armee ist nach wie vor umstritten[83] und im unabhängigen Bangladesch bald zum Politikum geworden. Anhänger der Awami League stilisierten das Morden zur Gründungskatastrophe des Landes, die zu relativieren oder gar infrage zu stellen an Landesverrat grenzte. Nach offiziellen Angaben starben im Kampf um die Unabhängigkeit Bangladeschs drei Millionen Menschen. Wer öffentlich anderes behauptet, riskiert bis heute strafrechtliche Verfolgung.[84] Nach Regierungsangaben wurden

79 Bass: *The Blood Telegram*, S. 259.

80 „With Mao's Cultural Revolution, China virtually ceased to have a foreign policy at all, as its diplomats were summoned home to be cleansed of imperfect attitudes." S. Macmillan: *Nixon and Mao*, S. xix; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 320. Zu Maos innenpolitischen Herausforderungen im Frühjahr und Sommer 1971, s. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 201–2.

81 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 203.

82 Vermerk über ein „Gespräch des indischen Ministerpräsidenten, Indira Gandhi, mit dem Herrn Bundesminister" von Berendonck, 11. November 1971, PA AA, B 37, Bd. 595.

83 Schätzungen gehen von 30.000 bis 3 Millionen. S. Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 260; Sarmila Bose: The Question of Genocide and the Quest for Justice in the 1971 War. In: *Journal of Genocide Research* 13,4 (2011), S. 393–419, hier S. 399–400. Realistisch scheinen letzterer Autorin insgesamt etwa 100.000 Kriegsopfer. S. Bose: *Dead Reckoning. Memories of the 1971 Bangladesh War*, S. 181.

84 David Bergmann: The Politics of Bangladesh's Genocide Debate. In: *The New York Times*, 05.04.2016, http://www.nytimes.com/2016/04/06/opinion/the-politics-of-bangladeshs-genocide-debate.html?_r=0 (Zugriff am 08.10.2018); Bose: The Question of Genocide and the Quest for Justice in the 1971 War, S. 394. Dies und die mangelnde Aufarbeitung eigener Kriegsverbrechen an kollaborierenden Bevölkerungsteilen, vor allem den Biharis, ist nach wie vor Nährboden verschiedener Verschwörungstheorien um Wahrheit, Schweigen und nicht zuletzt die Rolle Indiens in diesem Konflikt, an dem sein benachbarter Erzfeind schließlich zerbrechen sollte. S. etwa M. Abdul Mu'min Chowdhury: *Behind the Myth of Three Million*. London: Al-Hilal Publishers Ltd. 1996.

zudem 70.000 Bengalinnen infolge von Vergewaltigungen durch die pakistanische Armee schwanger.[85] Angesichts der Tatsache, dass in diesem Konflikt westpakistanische Armeeangehörige systematisch die bengalische Zivilbevölkerung töteten, war bald von einem Völkermord die Rede.[86]

Die internationale Gemeinschaft blieb angesichts des massenhaften Sterbens in Ostbengalen weitgehend tatenlos.[87] Federführend war hierbei die Regierung der USA, die sich eher um das Schicksal ihres südasiatischen Verbündeten Pakistan im Konflikt mit dem sowjetischen „Vasallen" Indien sorgte. Dies ist der „menschliche Preis" des Kalten Krieges: Um ihre schwächeren, aber strategisch wichtigen Verbündeten nicht zu verprellen, nahmen die Großmächte deren Verbrechen hin oder unterstützten mitunter sogar ihr Tun.[88] Im Falle des ostpakistanischen Bürgerkrieges im Jahre 1971 tat die Nixon-Administration dies, indem sie die pakistanische Armee mit den Waffen ausrüstete, die sie benötigte, um die eigene Zivilbevölkerung zu bekämpfen. Nationalstaatliche Eigeninteressen überwogen im Weißen Haus eindeutig Menschlichkeit und humanitäres Verantwortungsbewusstsein.

Besonders enttäuschend war aus indischer Sicht die Tatsache, dass dies nicht nur für die USA, sondern auch für die meisten afrikanischen und asiatischen Staaten galt, die entweder die pakistanische Zentralregierung unterstützten oder sich einer Positionierung in diesem Konflikt enthielten. Die indische Premierministerin hatte darauf gehofft, in diesen ehemals „Mit-Unterdrückten", den ehemaligen Kolonien, Verbündete im Kampf gegen die wiederum unterdrückende pakistanische Zentralregierung zu finden. Im Konflikt um Ostpakistan musste sie nun jedoch die Erfahrung machen, dass „das Prinzip der Nichteinmischung über Interventionen zugunsten der Menschenrechte" triumphierte.[89]

Auch die Bundesregierung hielt sich bedeckt. Dabei war man im Auswärtigen Amt durch Berichte aus dem Generalkonsulat in Dhaka schon im Sommer 1971 recht detailliert über die Situation in Ostpakistan im Bilde:

---

85 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 74.

86 Sargent: *A Superpower Transformed*, S. 94.

87 Moses: Die Vereinten Nationen, humanitäres Engagement und die Menschenrechte, S. 340–1; Pai: The 1971 East Pakistan Genocide. A Realist Perspective, S. 9; ähnlich Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 273. Zur Frage, ob es sich dabei um einen Völkermord handelte, s. Bose: The Question of Genocide and the Quest for Justice in the 1971 War, S. 406–9.

88 Greiner: Kalter Krieg und „Cold War Studies."

89 Moses: Die Vereinten Nationen, humanitäres Engagement und die Menschenrechte, S. 365–6; s. auch Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 155–6 bzw. Barnds: *India, Pakistan and the Great Power*s, S. 243.

> Bei den anhaltenden kill-and-burn-Vergeltungsaktionen auf den Dörfern werden alle Bewohner mit Maschinengewehrgarben auf dem Dorfplatz zusammengetrieben. Wer nicht die für Mohammedaner typischen Beschneidungsmerkmale aufweist oder die fünf Grundsuren des Koran hersagen kann, gilt als verdächtiger Hindu und wird erschossen.[90]

Auch der Bundestagsabgeordnete Hans Edgar Jahn (CDU) gab nach einem Besuch in westbengalischen Flüchtlingslagern Mitte August 1971 an, er begreife „daß das, was hier geschieht, ein Verstoß gegen die Menschenrechtskonvention der UNO und damit ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, dem mit allen politischen Mitteln entgegengewirkt werden muss." Er versprach, nach seiner Rückkehr nach Deutschland werde er sich „als Abgeordneter und Publizist nicht nur im Bundestag, sondern auch im Europäischen Parlament dafür einsetzen, daß eine Lösung für dieses Vertreibungsproblem als Verpflichtung für alle Nationen angesehen wird."[91] Allein – seine Stimme sollte ebenso wenig gehört werden wie die der zahlreichen anderen internationalen Zeugen der ostbengalischen Kriegsgräuel.[92] Die im Herbst 1971 infolge der ausgebrochenen Unruhen und der Zerstörung wichtiger Infrastruktur drohende Hungersnot in Ostpakistan verschärfte die Lage vor Ort zusätzlich.[93]

4.2 Bundesrepublik, DDR und der Kalte Krieg in Südasien

Bitter enttäuscht über die Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft absolvierte Indira Gandhi im Herbst 1971 eine Reihe von Staatsbesuchen, um im Ausland für ihren Standpunkt im Konflikt mit Pakistan zu werben.[94] Im November 1971 führte diese Tour die indische Regierungschefin auch in die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Während die Situation auf dem indischen

90 Papenfuß an AA und Botschaft Rawalpindi, 30. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.
91 Kuhna an AA, Botschaft Neu-Delhi sowie Generalkonsulate Bombay und Madras, 12. August 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.
92 Es gelang der internationalen Gemeinschaft allerdings, im Laufe des Jahres 1971 immerhin fast 200 Mio. Dollar aufzubringen, um die indische Regierung bei der Versorgung der ostpakistanischen Flüchtlinge zu unterstützen. S. Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 83. Außerdem stellte das UN-Flüchtlingshilfswerk (United Nations High Commissioner for Refugees – UNHCR) Unterkünfte für 6,8 Millionen Personen in 896 indischen Lagern. S. Jeanna Kinnebrew / Amy L. Sayward: Making and Keeping the Peace. U.N. Peacekeeping and Refugee Assistance Operations. In: Amy L. Sayward (Hrsg.): *The United Nations in International History*. London / New York: Bloomsbury 2017, S. 121–146, hier S. 135.
93 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 101–2.
94 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Banglades*h, S. 226–7.

Subkontinent eskalierte, wurden die beiden deutschen Staaten ihrerseits zunehmend zu einem wichtigen Schauplatz im Kampf der südasiatischen Konfliktparteien um die internationale Deutungshoheit über den sich nun immer deutlicher abzeichnenden Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg.

Anders als in anderen Ländern traf das südasiatische Werben in Bundesrepublik und DDR allerdings auf zwei spezifische und eindeutig unvereinbare Interessen: das Streben der DDR nach internationaler Anerkennung und den Wunsch der Bundesrepublik, eben diese diplomatische Anerkennung der DDR noch möglichst lange hinauszuzögern. Dieses Spannungsfeld prägte auch nach Abschluss des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages am 9. August 1971 noch sämtliche zwischenstaatliche Interaktionen zwischen den beiden deutschen Staaten und dem indischen Subkontinent.

Der Indisch-Sowjetische Vertrag zwischen Bonn und Ost-Berlin

Oberstes Ziel ihrer Indienpolitik war aus Sicht der DDR-Führung nach wie vor die diplomatische Anerkennung. Daran sollte sich auch ihr Umgang mit dem aufkommenden Konflikt um Ostpakistan orientieren. Man hatte sich bewusst auf die Seite Indiens gestellt und bemühte sich, dies gegenüber indischen Gesprächspartnern immer wieder herauszustellen. Den indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag vom 9. August 1971 interpretierten DDR-Diplomaten in der Ost-Berliner MfAA-Zentrale vor diesem Hintergrund als einen Schritt der Annäherung Indiens an das sozialistische Staatenbündnis. Der Vertrag setze „neue Maßstäbe für die Beziehungen zwischen der SU und den sozialistischen Ländern einerseits und den antiimperialistischen Entwicklungsländern andererseits“,[95] hieß es dort. Die Bundesrepublik wiederum versuchte man in Indien durch Hinweise zu diskreditieren, „daß die BRD ‚im Rahmen der USA-Globalstrategie eine Schlüsselstellung’ einnimmt und dass die BRD ebenso wie die USA Pakistan unterstützt.“[96]

Bald allerdings sollte die auf den Vertragsabschluss folgende Euphorie in der DDR einen deutlichen Dämpfer erhalten. Zeitgleich mit dem US-amerikanischen Senator Edward Kennedy besuchte Mitte August 1971 auch eine Delegation der Volkskammer der DDR Indien. Sie erfuhr dabei zwar durchaus Dankbarkeit für die

95 Radde an die Leiter der Vertretungen der DDR in Indien, Indonesien, Burma, Ceylon, Kambodscha, 1. September 1971, PA AA, M 1, C 1774/76.

96 „Direktive der Delegation der Volkskammer der DDR für den Aufenthalt in Indien“, Anlage zur Weisung Reder/MfAA an Wenzel/Generalkonsulat der DDR in Indien, 5. August 1971, PA AA, M 1, C 598/76.

frühen Solidaritätsbekundungen der DDR im Konflikt um Ostpakistan[97] und der sowjetische Botschafter in Indien wusste zu berichten, dass die diplomatische Anerkennung der DDR in den sowjetisch-indischen Verhandlungen zum Freundschaftsvertrag immerhin thematisiert worden war.[98] Indira Gandhi machte der Delegation jedoch auch klar, dass der in der DDR freudig begrüßte Vertrag die Chancen auf eine baldige Anerkennung nicht unbedingt erhöht hatte. Zunächst müssten sich „die Wellen etwas glätten, die der Vertrag mit der UdSSR international erzeugt hat", gab die indische Premierministerin zu bedenken. Abgesehen davon waren die Volkskammervertreter mit dem Gespräch aber zufrieden. Man hatte sich soviel zu erzählen, dass die vorgesehene Zeit um zehn Minuten überschritten wurde. „Kennedy musste solange warten" berichtete das DDR-Generalkonsulat später.[99]

Die Bundesregierung in Bonn wiederum traf der indisch-sowjetische Freundschaftsvertrag zwar überraschend, eine unmittelbare Auswirkung auf die auch für sie so wichtige Frage einer Anerkennung der DDR durch Indien und Pakistan erwartete sie durch ihn aber nicht. In der westdeutschen Botschaft in Pakistan schätzte man ein, dass der Vertrag die Chancen der sozialistischen DDR in Pakistan kaum verbessert haben dürfte.[100] Auf bundesrepublikanische Diplomaten in Indien wirkte demgegenüber beruhigend, dass Indira Gandhi unmittelbar vor Unterzeichnung des Vertrages einen Westeuropabesuch für Anfang November 1971 angekündigt hatte.[101] Eine erste Einordnung des Vertrages durch Botschafter Diehl war durchaus optimistisch: „aus deutscher Sicht fügt sich, auch was den Zeitpunkt betrifft, die Reise gut in das Konzept ein, das die Botschaft [...] zur Frage der Anerkennung der DDR entwickelt hatte."[102]

Diehl bewertete die Sorge Indira Gandhis um die indische Bündnisfreiheit im Kalten Krieg nach Abschluss des Vertrages sogar als hilfreich für das bundesrepublikanische Ziel, eine Anerkennung der DDR durch Indien ein wenig hinauszuzö-

---

97 „Vermerk über ein Gespräch der Volkskammer-Delegation mit Mr. Banerji, Staatssekretär im indischen Außenministerium am 16.8.1971" von Wenzel, 20. August 1971, PA AA, M 1, C 598/76.

98 „Vermerk über ein Gespräch der Volkskammerdelegation mit dem sowjetischen Botschafter am 15.8.1971" von Kraus, 20. August 1971, PA AA, M 1, C 598/76.

99 „Vermerk über ein Gespräch der VK-Delegation mit dem Ministerpräsidenten Indiens, I. Gandhi, am 16.8.1971" von Wenzel, 17. August 1971, PA AA, M 1, C 598/76.

100 Berger an AA, 20. August 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8141.

101 Hampe an Staatssekretärsbüro, 13. August 1971, PA AA, B 37, Bd. 598.

102 Diehl an AA, 9. August 1971, PA AA, B 37, Bd. 595. Schon vor Ausbruch der Krise in Ostpakistan hatte die Bundesregierung darauf gehofft, Indira Gandhi bei einem Besuch in Bonn von einer Anerkennung der DDR abbringen zu können. S. Müller an Staatssekretärsbüro, 4. März 1971, PA AA, B 37, Bd. 595.

gern.[103] Auch warnte der indische Generalkonsul in Ost-Berlin, J. C. Ajmani, Ende August 1971 vor einer verfrühten Anerkennung der DDR durch seine Regierung: „with so many countries to woo, we should not be suprised if the GDR loses interest in us – after Recognition – and turns to fresh pastures. The leverage we presently enjoy in both Gemanies will be lost if we acted before the time was ripe."[104]

Zuletzt schätzte man im AA auch ein, der Vertrag habe zur Beruhigung der angespannten Lage auf dem Subkontinent beigetragen, indem er der innenpolitischen Kritik an der Regierung Indira Gandhi Wind aus den Segeln nahm. Insofern könne von „einer unmittelbaren Kriegsgefahr [...] zur Zeit nicht gesprochen werden."[105] Direkte Auswirkungen auf die deutsch-deutschen Beziehungen auf dem indischen Subkontinent hatte der indisch-sowjetische Freundschaftsvertrag vom 9. August 1971 also zunächst nicht. Andere südasiatische Interessen spielten in diesen Wochen und Monaten eine weitaus größere Rolle.

Südasiatische Manipulationsversuche und deutsch-deutsche Reaktionen

Wenige Tage nach Unterzeichnung des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages sprach der indische Botschafter im Bonner AA vor, um die Bundesregierung zu bitten, bei der pakistanischen Regierung gegen das angekündigte Strafverfahren gegen Mujibur Rahman zu intervenieren. Yahya Khan habe inzwischen die Möglichkeit eines Todesurteils angedeutet.[106] Die Bundesregierung teilte die indische Befürchtung, dass eine Verurteilung Mujibur Rahmans die angespannte Lage in Pakistan noch weiter verschärfen könnte. Ein AA-Vertreter kam dieser Bitte bald nach und brachte dem pakistanischen Botschafter in Bonn gegenüber die Sorge des Bundeskanzlers über den gegen den inhaftierten Führer der Awami League angestrengten Prozess zum Ausdruck.[107]

---

103 Diehl an AA, 8. Oktober 1971, PA AA, B 37, Bd. 595. Später suggerierte er außerdem, „Indien könne durch seine Nichtanerkennung der DDR unter Beweis stellen, daß es trotz des Vertrages mit der SU nicht zu einem ‚sowjetischen Satelliten' geworden sei." S. „Analyse der Aktivitäten der SPD gegenüber Indien" von Kraus, 5. Juni 1972, PA AA, M 35, ZR 2947/86.

104 J. C. Ajmani an A. R. Venkateswaran/MEA, 27. August 1971, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(82)/71.

105 Berendonck an Ref. III A 4, 25. August 1971, PA AA, B 57, Bd. 172. Der politisch gewünschten Ausfuhr von Rüstungsmaterial nach Indien und Pakistan kam dieses Argument sehr entgegen. Vgl. Dietrich an BMWF, 1. September 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

106 Vermerk von Berendonck, 12. August 1971, PA AA, B 37, Bd. 629.

107 Berendonck an Botschaft Rawalpindi, 16. August 1971, PA AA, B 37, Bd. 629. Der pakistanische Gesandte beklagte bei dieser Gelegenheit allerdings auch die „Propagandatätigkeit" in-

Abgesehen davon waren westdeutsche Diplomaten weiterhin sehr uneins über den Umgang mit dem Konflikt auf dem indischen Subkontinent. Ende August 1971 warnte der Botschafter der Bundesrepublik in Pakistan Norbert Berger erneut vor einem unabhängigen Ostpakistan. Es sei dort mit einem starken kommunistischen Einfluss zu rechnen und Südasien drohe wirtschaftliches und politisches Chaos, falls Pakistan in zwei Teile zerfiele. Seines Erachtens würden außerdem im Falle eines Abzugs der pakistanischen Armee aus Ostbengalen „Hunderttausende Nichtbengalen dem sicheren Tod preisgegeben." Botschafter Berger empfahl, die Regierung seines Gastlandes nicht allzu stark unter Druck zu setzen, indem man etwa hohe Anforderungen an eine „politische Lösung" für den Konflikt stellte und für die Zahlung weiterer Entwicklungshilfegelder voraussetzte.[108]

Der südasiatischen Öffentlichkeit gegenüber war die Bundesregierung Mitte September 1971 noch peinlich darauf bedacht, keinesfalls den Anschein einer Parteinahme im Konflikt um Ostbengalen zu erwecken.[109] Sie beschloss, Bergers Empfehlung zu folgen. Entsprechend hieß es nun, für Hilfszahlungen an Pakistan käme es weniger „auf die Herstellung bestimmter politischer Gegebenheiten, sondern auf wirtschaftliche Erfolgsaussichten" an. Vorerst sollte gelten, dass „laufende und vertraglich vereinbarte Entwickungshilfevorhaben weitergeführt, neue Verpflichtungen jedoch nicht eingegangen werden." Es gab allerdings auch eine Einschränkung: Sollten sich die Gerüchte einer geänderten Haltung Pakistans gegenüber der DDR erhärten, würde die Bundesregierung von diesem Grundsatz abweichen. In einer Weisung an die bundesrepublikanische Botschaft in Pakistan verband die Bonner AA-Zentrale dies mit einer unmissverständlichen Drohung: „Es bestehen keine Bedenken, dies pakistanischen Gesprächspartnern in geeigneter Form nahezubringen."[110] Auch im Umgang mit Pakistan war die Entwicklungshilfe also noch immer ein probates Mittel der Bundesregierung zur Durchsetzung ihrer Hallstein-Doktrin.

Die Regierung Indiens wiederum erkannte in den spezifischen deutschlandpolitischen Interessen der DDR einen möglichen Hebel, um die Ost-Berliner Führung zu einer noch klareren Positionierung zu ihren Gunsten zu bewegen. Entsprechend bedachte sie die DDR bei ihrer internationalen Werbekampagne.

---

discher und ostpakistanischer Studenten, die in der Bundesrepublik gegen die pakistanische Zentralregierung agitierten. S. Vermerk von Berendonck, 17. August 1971, PA AA, B 37, Bd. 629.

108 Berger an AA, 30. August 1971, PA AA, B 37, Bd. 629.

109 Berendonck an Botschaften Rawalpindi und Delhi, 14. September 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8128.

110 Müller an Botschaften Rawalpindi und Neu-Delhi, 16. September 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8141.

Im September 1971 besuchte der stellvertretende Vorsitzende des indischen Oberhauses, Bhaurao Dewaji Khobragade, die DDR[111] und Anfang Oktober 1971 folgte ihm eine erste offizielle Delegation indischer Parlamentarier.

DDR-Außenminister Otto Winzer betonte dieser Delegation gegenüber erneut das Eintreten seines Landes für die ostpakistanische Selbstbestimmung. Die DDR habe in dieser Frage von Anfang an eine klare Haltung eingenommen, zu der sie sich auch weiterhin bekenne. Einer Bitte der indischen Delegation, noch weiter in ihrem Sinne international Einfluss zu nehmen, glaubte Winzer allerdings kaum entsprechen zu können, da die DDR keinerlei Beziehungen mit Pakistan unterhalte. Im Übrigen versprach er jedoch weitere Hilfsgüter zur Versorgung der ostbengalischen Flüchtlinge in Indien.[112] Der Delegationsbesuch aus Indien wurde für die DDR später zumindest insofern zu einem Erfolg, als der Delegationsleiter – der stellvertretende Sprecher des indischen Unterhauses George Gilbert Swell – das Fehlen diplomatischer Beziehungen zwischen Indien und der DDR als einen zu überwindenden Anachronismus bezeichnete.[113]

Zur westdeutschen Genugtuung wiederum rechnete etwa zeitgleich der indische Außenminister Swaran Singh die sich andeutende Entspannung in Europa allein der Neuen Ostpolitik der Regierung Willy Brandts an, ohne das Verhältnis Indiens zur DDR überhaupt zu erwähnen.[114] Und in einem Gespräch mit dem SED-Politbüromitglied Albert Norden erklärte Indira Gandhi Mitte Oktober 1971 zwar, „daß es indischerseits keine prinzipiellen Einwände gegen die diplomatische Anerkennung" der DDR mehr gebe,[115] verwies dann aber darauf, das indi-

111 „Bericht über den Aufenthalt des stellv. Vorsitzenden des indischen Oberhauses, B. D. Khobragade, in der Zeit vom 4. bis 12. September 1971 in der DDR" von Rehmer, 22. September 1971, BArch, DA 1/10044.

112 „Vermerk über die Aussprache des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Gen. O. Winzer, mit der indischen Parlamentsdelegation unter Leitung der stellv. Vorsitzenden des Unterhauses, Prof. G.G. Swell, am 8.10.1971" von Gahlich, 12. Oktober 1971, PA AA, M 1, C 299/75. So verzichtete die DDR in Neu-Delhi anlässlich ihres Nationalfeiertages am 7. Oktober 1971 auf sonst übliche Empfänge und DDR-Generalkonsul Herbert Fischer übergab Indira Gandhi stattdessen einen Scheck über die durch diese Maßnahme eingesparten Mittel. S. „Protokoll über Gespräch Prof. Albert Nordens mit I. Gandhi am 12.10.1971" von Herbert Fischer, 13. Oktober 1971, PA AA, M 1, C 1752/76. Außerdem bekundete die DDR-Öffentlichkeit in einer Vielzahl von Benefizkonzerten und Demonstrationen ihre Solidarität mit dem ostbengalischen Unabhängigkeitskampf. S. Misra: *India and GD*R, S. 96.

113 „Bericht über den DDR-Aufenthalt der Delegation des indischen Parlaments unter Leitung des Stellv. Sprechers des Unterhauses, Prof. G. G. Swell, vom 3. bis 10. Okt. 1971" von Wenzel, 12. Oktober 1971, PA AA, M 1, C 1755/76.

114 Diehl an AA, 12. Oktober 1971, PA AA, B 37 Bd. 598.

115 „Lage auf dem indischen Subkontinent", 25. November 1971, PA AA, M 35, ZR 1960/79.

sche Kabinett sei derzeit zu sehr mit dem Konflikt in Ostbengalen beschäftigt, um die Anerkennungsfrage der DDR zu erörtern.[116] Einige Tage später machte die indische Premierministerin auf einer Pressekonferenz auch noch einmal öffentlich deutlich, dass sie den Zeitpunkt für eine Anerkennung der DDR noch nicht für gekommen hielt.[117]

Ende Oktober 1971 erklärte der indische Außenminister dem westdeutschen Botschafter in Indien Günter Diehl, er sehe keine Möglichkeit mehr für einen direkten Dialog zwischen Indien und Pakistan zur Lösung des Konflikts um die bengalische Flüchtlingskrise. Er bat stattdessen erneut darum, die Bundesregierung möge wirtschaftlichen Druck auf die pakistanische Zentralregierung ausüben, Mujibur Rahman freizulassen und endlich den Wahlsieg der Awami League zu akzeptieren. Diehl lehnte zwar ab, was Swaran Singh allerdings nicht davon abhielt, ihm zu versichern, Indien würde die deutsch-deutschen Verhandlungen sicher nicht durch eine Anerkennung der DDR stören.[118]

Ostbengalische Kontaktversuche

Auch die Ostbengalen selbst traten den beiden deutschen Staaten gegenüber nun vermehrt in Erscheinung. Als Mujibur Rahman Mitte August 1971 in Westpakistan der Prozess gemacht werden sollte, bat die provisorische Regierung von Bangladesch die DDR in dramatischen Worten um Unterstützung.[119] In dieser Zeit trat auch Abdus Samad Azad, der spätere erste Außenminister des unabhängigen Bangladesch, an DDR-Diplomaten in Neu-Delhi mit der Bitte heran, von Ost-Berlin aus möge ein Aufruf an die Welt ergehen, die Unabhängigkeit Banglade-

116 „Protokoll über das Gespräch Prof. Albert Nordens mit I. Gandhi am 12.10.1971, 11.00 bis 11.50 Uhr" von Herbert Fischer, 13.Oktober 1971. PA AA, M 1, C 1752/76.

117 Diehl an AA und Botschaft Rawalpindi, 21. Oktober 1971, BArch, B 136/6321.

118 Diehl an AA sowie Botschaften London und Rawalpindi, 30. Oktober 1971, PA AA, B 30, Bd. 670. Nichtsdestotrotz war die Bundesregierung bei der Gewährung zusätzlicher humanitärer Hilfe an Indien weiterhin sehr um Ausgewogenheit im Verhältnis zu Pakistan bemüht. S. Hanemann an Bundeswirtschaftsminister, 5. November 1971, BArch, B 102/122288.

119 „Wir appellieren an Sie, Exzellenz, persönlich und unverzüglich zu intervenieren, um diesem schändlichen Akt und der Prozeßfarce Einhalt zu gebieten." Abu Sayeed Chowdhury, Sonderbeauftragter der Regierung von Bangla Desh, London, an „den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik", eingegangen am 11. August 1971, PA AA, M 1, C 1045/77.

schs anzuerkennen.[120] Das MfAA wollte hierauf zwar nicht explizit reagieren,[121] appellierte aber in einer öffentlichen Erklärung im SED-Parteiorgan „Neues Deutschland" an die pakistanische Zentralregierung, „Gerechtigkeit und Humanität walten zu lassen und Sheikh Mujibur Rahman als den gewählten Repräsentanten der überwältigenden Mehrheit seines Volkes zu achten."[122]

DDR-Diplomaten in Neu-Delhi erklärten sich auf Bitten des indischen Außenministeriums außerdem dazu bereit, einen offiziellen Vertreter der provisorischen Regierung Bangladeschs zu treffen. Als dieser dann allerdings um Waffenlieferungen zur Beseitigung der „brutalen Herrschaft der pakistanischen Militärjunta" bat, scheuten sie eine derart offene Parteinahme dann doch. Im Umgang mit der provisorischen Regierung von Bangladesch sei auf unbedingte Diskretion zu achten, erläuterten die DDR-Vertreter später.[123] Denn obgleich man dort hoffte, die indische Regierung durch Solidarität mit der ostbengalischen Befreiungsbewegung beeindrucken zu können, fürchtete man im MfAA doch auch die Folgen einer allzu eindeutigen Positionierung im anderen südasiatischen Staat. Namentlich stellte sich die Frage: Wie würde die pakistanische Regierung reagieren, wenn die DDR Bangladesch anerkannte?[124]

Abgesehen von ihrem Interesse an einer diplomatischen Anerkennung durch Indien gewann der Konflikt in und um Ostpakistan für die DDR bald auch eine politisch-ideologische Dimension. Ging es ihr offiziell allein um Unterstützung der von der westpakistanischen Zentralregierung unterdrückten Bengalen in der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts, so suchten DDR-Politiker inoffiziell doch vor allem den Kontakt zu örtlichen Kommunisten.[125] Als sich im Sommer und Herbst 1971 abzuzeichnen begann, dass ein Sieg der Awami League noch auf sich warten lassen würde, fällte die Parteiführung der SED intern ein vernichtendes Urteil über den ostbengalischen Unabhängigkeitskampf und seinen Anführer Mujibur Rahman. Sie betrachtete die Politik der Awami League als einen Versuch

---

120 Herbert Fischer: Entwicklung der staatlichen und gesellschaftlichen Beziehungen DDR – Indien. In: Joachim Heidrich (Hrsg.): *DDR – Indien: Partner auf Zeit. Erfahrungen und Einsichten*. Hamburg: Lit-Verlag 1998, S. 24–46, hier S. 41; Fischer: *DDR – Indien. Ein Diplomat berichtet*, S. 69.

121 Kiesewetter an das Sekretariat des Vorsitzenden des Ministerrates z.Hd. des Genossen Böthling, 12. August 1971, PA AA, M 1, C 1045/77.

122 Erklärung eines Sprechers des MfAA der DDR (veröffentlicht am 14. August 1971 im Organ des Zentralkomitees der SED, „Neues Deutschland"), PA AA, M 35, ZR 2949/89.

123 „Vermerk über ein Gespräch mit Mr. Alam, Vertreter der Regierung ‚Bangla Desh', am 17.8.1971" von Kraus, 20. August 1971, PA AA, M 1, C 598/76.

124 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 654.

125 Ebd., S. 648–9.

der „ostpakistanischen Bourgeoisie, mit Hilfe der Werktätigen sich an der Ausbeutung im Gesamtrahmen Pakistans zu beteiligen." Mujibur Rahman bewertete sie als „bürgerlichen Bankrotteur [...], der nicht fähig ist, die Interessen der ostpakistanischen Bevölkerung zu sichern." Die Einrichtung der provisorischen Regierung von Bangladesch sei nichts als „eine Farce, die zu spät und unter illusionären bürgerlichen Vorstellungen geschah." Wichtiger als die Unabhängigkeit Ostpakistans waren für den SED-Staat demnach „die entscheidenden strategischen Interessen der sozialistischen Staatengemeinschaft" unter Führung der Sowjetunion.[126]

Als ein Vertreter des Zentralkomitees der SED Anfang Oktober 1971 auf dem 9. Parteitag der Kommunistischen Partei Indiens im südindischen Cochin vom Generalsekretär der Kommunistischen Partei Ostpakistans, Abdus Salam, um Hilfe im Kampf gegen die pakistanische Zentralregierung gebeten wurde, verwies man entsprechend darauf, er müsse sich in dieser Frage zunächst mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) abstimmen, bevor die SED tätig werden könne. Ein Vertreter der KPdSU wiederum wies den Besucher aus der DDR bei der Gelegenheit darauf hin, dass die Kommunistische Partei Ostpakistans über lediglich 750 Mitglieder und damit kaum über nennenswerte politische Macht verfügte.[127] Wenn die DDR-Führung ihre Unterstützung für die ostbengalische Unabhängigkeitsbewegung als Hebel zur Durchsetzung einer Anerkennung durch Indien einsetzen wollte, musste sie sich also mit der Awami League arrangieren.

Die Bundesrepublik wiederum wurde von den Vertretern Ostbengalens erst später als potenzieller Ansprechpartner wahrgenommen. Eine standardisierte Mitteilung über die Eröffnung einer Mission der provisorischen Regierung von Bangladesch in Neu-Delhi ignorierte die dortige westdeutsche Botschaft Ende August 1971.[128] Am 22. Oktober 1971 nahm man dann zum ersten Mal direkt Kontakt mit der Bundesregierung auf. Der in Abwesenheit Mujibur Rahmans das Amt des Präsidenten von Bangladesch ausübende Syed Nazrul Islam gratulierte Willy Brandt zur Verleihung des Friedensnobelpreises.[129] Auch dieser Annäherungsversuch gegenüber der Bundesrepublik blieb allerdings folgenlos. Während die DDR-Diplomaten mit den Vertretern des werdenden Bangladesch also längst

126 „Konzeption für ein Gespräch mit der KP Ostpakistans während des IX. Parteitages der KP Indiens", 30. September 1971, BArch, DY 30/97815.

127 „Vermerk über das Gespräch des Genossen Martin Fischer, Mitglied des ZK der SED, mit dem Generalsekretär der KP Ostpakistan, Genossen Abdus Salam, am 7.10.1971 in Cochin", 27. Oktober 1971, PA AA, M 1, C 1053/77.

128 Diehl an AA und Botschaft Islamabad, 6. September 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8128.

129 Syed Nazrul Islam an Willy Brandt, 22. Oktober 1971, PA AA, B 37, Bd. 583.

bekannt waren, ließen ihre Gegenspieler aus dem AA die ostbengalischen Kontaktversuche leichtfertig außer Acht.

Indira Gandhi reist nach Bonn

Von 10. bis 12. November 1971 besuchte schließlich auch die indische Premierministerin Indira Gandhi selbst die Bundesrepublik Deutschland, um für ihren Standpunkt im indisch-pakistanischen Konflikt zu werben. Noch vor ihrem Eintreffen wollte auch der pakistanische Botschafter in Bonn, Jamshed G. Kharas, den Bundeskanzler sprechen.[130] Am 8. November 1971 erhielt Kharas Gelegenheit dazu und bat Willy Brandt darum, mäßigenden Einfluss auf die indische Premierministerin auszuüben, was dieser zu tun versprach. Der pakistanische Botschafter teilte Brandt mit, Indira Gandhi habe erklärt, sie würde die vielen ostpakistanischen Flüchtlinge nur „nach Bangladesch" zurückkehren lassen, was für die pakistanische Zentralregierung eine absolut inakzeptable Forderung sei. Er beschwor außerdem das Horrorszenario eines (nach der Teilung von 1947) wiedervereinigten Bengalens unter kommunistischer Regierung herauf. Statt hierauf einzugehen, forderte Brandt die pakistanische Zentralregierung zum Dialog mit dem inhaftierten Mujibur Rahman auf.[131] Jahrzehnte zuvor hätten doch auch die Briten mit den führenden Kämpfern der indischen Unabhängigkeitsbewegung (Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru) verhandelt. Dieses Argument wiederum ließ Kharas nicht gelten. Er hielt das Tischtuch zwischen Yahya Khan und Mujibur Rahman für endgültig zerschnitten.[132]

Die indische Premierministerin bestätigte dann jedoch Willy Brandts Einschätzung. Sie versicherte, für eine friedliche Lösung des innerpakistanischen Konflikts brauche es lediglich direkte Verhandlungen der pakistanischen Zentralregierung mit den gewählten Vertretern der Awami League.[133] In ihrem ersten vertraulichen Gespräch mit dem Bundeskanzler am 10. November 1971 war Indira Gandhi außerdem sehr bemüht, ihre Regierung im Konflikt um Ostpakistan als

---

130 Vermerk von Müller, 21. Oktober 1971, PA AA, B 37, Bd. 635.

131 Ein Vermittlungsversuch, für den Mujibur Rahman Willy Brandt später ausgesprochen dankbar war, s. AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 10.

132 AA / IfZ: AAPdB, 1971, Bd. 3, Dok. 385; „Vermerk über ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem pakistanischen Botschafter" von Schilling, PA AA, B 1, Bd. 478, 8. November 1971; Vermerk von Schilling, 8. November 1971, PA AA, B 37, Bd. 635.

133 Vermerk über ein „Gespräch des indischen Ministerpräsidenten, Indira Gandhi, mit dem Herrn Bundesminister" von Berendonck, 11. November 1971, PA AA, B 37, Bd. 595; Heimsoeth an Botschaft Islamabad, 12. November 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8129.

lediglich reagierend darzustellen. Sie beteuerte, dass die vielen ostbengalischen Flüchtlinge in Indien „ein Element der sozialen Unsicherheit und Unruhe" darstellten. „Man wisse nicht, wieviele Agenten sich darunter befänden."[134]

Indira Gandhi betonte, ihre Regierung stünde vor diesem Hintergrund unter einem enormen Druck durch die eigene Bevölkerung. Überhaupt unterstütze die indische Armee die ostbengalischen Guerillas nur minimal. Auf Vorschläge Brandts, die indische Premierministerin möge direkt mit Yahya Khan sprechen, oder aber um ein UN-Mandat werben, ging Indira Gandhi hingegen nicht ein. Stattdessen erwähnte sie die zunehmend lauter werdenden Stimmen innerhalb des indischen Parlaments zugunsten einer Anerkennung der DDR. Zwar wolle man der ersten sozialdemokratischen Regierung in Deutschland seit der Weimarer Republik keine Unannehmlichkeiten bereiten,[135] doch sei ein gewisses indisches Entgegenkommen der DDR gegenüber notwendig und im Übrigen die Anerkennung durch einen außereuropäischen Staat für das deutsch-deutsche Verhältnis wohl ohnehin kaum besonders relevant. Brandt widersprach vehement: Jegliche moralische Unterstützung der DDR erschwere die aktuellen deutsch-deutschen Verhandlungen. Bevor andere Staaten wie Indien die DDR anerkannten müsse zuerst jedenfalls die Berlin-Frage und das innerdeutsche Verhältnis geregelt sein. Außerdem sei die Vertretung der DDR in Neu-Delhi doch jetzt schon größer als die der Bundesrepublik.[136]

Bereits während dieses ersten Treffens der beiden Regierungschefs wurde also deutlich, was die indische Premierministerin vom westdeutschen Bundeskanzler verlangte und umgekehrt. Am Folgetag bat Indira Gandhi Willy Brandt darum, sich bei Yahya Khan für die Freilassung Mujibur Rahmans einzusetzen,

---

134 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 389.

135 Ebd. Hierzu hieß es in einem Sachstand zu den bilateralen Beziehungen: „ein Teil der indischen Oberschicht ist vom englischen Sozialismus beeinflußt (London School of Economics); er hat ein Geschichtsbewusstsein übernommen, in dem das kaiserliche und nationalsozialistische Deutschland die Rolle des Störenfrieds spielen; es ist der indischen Linkspresse gelungen, einem Teil der indischen Öffentlichkeit einzusuggerieren, daß die Bundesrepublik Deutschland das ideologische Erbe dieser Staaten [Kaiserreich und Drittes Reich] übernommen hat und daß die Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland sich nicht nach dem Krieg regenerieren konnte. Gerade aus diesem Grunde hatte die neue Bundesregierung in Indien eine besonders gute Presse: weitgehend erblickte man in ihrer Bildung den Anfang dieser bisher vermißten Regenerierung." S. Gesprächsmappe zum Besuch Indira Gandhis in Bonn, 22. Oktober 1971, BArch, B 136/6321. Im MfAA der DDR glaubte man später, eine „unbestreitbare, wenn auch mittelbare ideologische Affinität zwischen den Führungskräften der Kongreßpartei und den Politikern der SPD" zu erkennen. S. „Analyse der Aktivitäten der SPD gegenüber Indien" von Kraus, 5. Juni 1972, PA AA, M 35, ZR 2947/86.

136 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 389.

was dieser zu tun versprach. Der indische Gast wiederum wurde gebeten, die DDR zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht anzuerkennen. Man versuchte dabei, die deutsch-deutschen Verhandlungen in den globaleren Kontext der Détente im Ost-West-Konflikt einzuordnen. Die „Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten" sei Voraussetzung für „breite Projekte der Zusammenarbeit und der Entspannung" weltweit. Insofern sei die Neue Ostpolitik nichts weniger als ein „Versuch, aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu lernen."[137]

Die indische Seite ließ sich hiervon weniger beeindrucken als erhofft. Indira Gandhi erkundigte sich zwar nach dem aktuellen Stand der deutsch-deutschen Verhandlungen, ihr Berater P. N. Haksar machte aber auch darauf aufmerksam, dass die westdeutsche Entwicklungshilfe an Indien in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen sei, während die Zahlungen an Pakistan im selben Zeitraum erhöht worden seien. Außerdem erwähnte er zuvor vereinbarte Rüstungsexporte, die nun von westdeutscher Seite überraschend doch wieder gestoppt worden waren. Brandt versprach daraufhin, dem Bundessicherheitsrat die Frage zur erneuten Entscheidung vorzulegen.[138] Auf seine indischen Gesprächspartner wirkte diese Geste beruhigend und auch die Bonner Zusage von Kapitalhilfe in Höhe von 270 Mio. DM für das Jahr 1972 verfehlte ihre Wirkung nicht.[139] Selbst DDR-Diplomaten mussten später anerkennen, dass es dem Bundeskanzler durch dieses und ähnliche Manöver gelungen war, „eine antiwestdeutsche Welle in der ind. Öffentlichkeit (wie z.Z. des ind.-pak. Krieges 1965) zu vermeiden."[140]

Zwar glaubte Willy Brandt nach seinen Gesprächen mit Indira Gandhi nicht mehr, dass sie einem Krieg mit Pakistan wirklich noch aus dem Weg gehen wollte.[141] Dennoch gab die Bundesregierung wenig später dem indischen Drängen nach, das gegen sie gerichtete Embargo auf Rüstungslieferungen teilweise aufzuheben, während der gegen Pakistan ebenfalls verhängte Auslieferungsstopp aufrechterhalten blieb.[142] Brandt wurde damit zum größten Unterstützer Indira Gandhis in Westeuropa.[143] Im AA war man sich daraufhin sicher, Indira Gandhi

137 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 391.
138 Ebd.
139 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 647.
140 „Jahresbericht des Generalkonsulats der DDR in Indien" von Herbert Fischer, 28. Dezember 1971, PA AA, M 1, C 1728/76.
141 Vermerk über ein „Gespräch des indischen Ministerpräsidenten, Indira Gandhi, mit dem Herrn Bundesminister" von Berendonck, 11. November 1971, PA AA, B 37, Bd. 595.
142 Das Gupta: India and Ostpolitik, S. 172–3; vgl. auch oben, Abschnitt 2.2.
143 Bass: *The Blood Telegram*, S. 243.

würde ihren Besuch in Bonn als Erfolg verbuchen.[144] Andererseits hatte die indische Delegation zugestimmt, die Bundesregierung vor etwaiger Anerkennung der DDR zu konsultieren, sodass man auch in Bonn zufrieden sein konnte.[145]

Noch während Indira Gandhi sich in Bonn aufhielt, kündigte auch der Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium (und während der Kriegsrechtsverwaltung de facto Außenminister), Sultan Khan, seinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland an, um mit einer Gegendarstellung für den pakistanischen Standpunkt im Konflikt um Ostbengalen zu werben.[146] Tatsächlich traf er am 22. November 1971 den AA-Staatssekretär Paul Frank und bat unter Hinweis auf die Abhängigkeit Pakistans von Rüstungsimporten um die Lieferung westdeutscher Waffenteile nach Pakistan. Mit dem (falschen) Verweis auf die Tatsache, dass Indien in dieser Frage auch noch nicht nachgegeben würde, hielt Frank ihn jedoch hin.[147]

Auf der Schwelle zum Krieg

Selbst für unbeteiligte Dritte wurde der Konflikt um Ostpakistan inzwischen äußerst gefährlich. Kurz nach Indira Gandhis Abreise aus Bonn forderte er seine ersten und einzigen deutschen Opfer. Am 14. November 1971 hatten zwei Mitarbeiter des westdeutschen Generalkonsulats in Dhaka die Stadt auf eigene Faust mit dem Auto verlassen, um einige ostbengalische Sehenswürdigkeiten zu besichtigen. Zwanzig Kilometer südöstlich der ostpakistanischen Hauptstadt fuhren sie über eine Antipanzermine, die zündete und ihr Fahrzeug durch die Luft in einen Wassergraben schleuderte. Beide waren sofort tot.[148]

Auch wenn der bevorstehende Kriegsausbruch nun kaum mehr zu übersehen war, setzte die Bundesregierung weiter auf Vermittlung. So versuchte Bundesaußenminister Walter Scheel Ende November 1971 vergeblich, seinen sowjetischen Amtskollegen Andrei Gromyko von dessen mit Indien gemeinsam vorgebrachter Forderung abzubringen, die pakistanische Zentralregierung solle vor etwaigen Verhandlungen mit der Awami League zunächst Mujibur Rahman aus der Haft entlassen. Analog zur Argumentation Willy Brandts gegenüber Indira Gandhi

144 Berendonck an Botschaften Delhi, Rawalpindi, Washington, Paris, London, Moskau, Tokio sowie SV bei NATO in Brüssel und UNO in New York, 12. November 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8129.
145 Heimsoeth an Botschaft Rawalpindi, 12. November 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8129.
146 Vermerk von Müller, 11. November 1971, PA AA, B 8, Bd. 1580.
147 Vermerk von Jungfleisch, 24. November 1971, PA AA, B 37, Bd. 634.
148 „Pressemitteilungen und Sprachregelungen des Pressereferats" im AA, 18. November 1971, PA AA, B 84, Bd. 840.

verwies Scheel darauf, dass auch Mahatma Gandhi und Nehru im Gefängnis gesessen hätten, als sie mit den Briten über die Unabhängigkeit Indiens verhandelten. Gromyko ließ dies jedoch nicht gelten.[149]

Im Ost-Berliner MfAA verfolgte man den südasiatischen Konflikt demgegenüber weiterhin allein unter dem Gesichtspunkt der Anerkennungsfrage. Kurz vor Ausbruch des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges war das Bild hier durchwachsen. Obwohl es aus Südasien auch positive Signale wie erneute Annäherungsversuche der pakistanischen Regierung gab,[150] war die indische Seite seit dem Besuch Indira Gandhis in Bonn der DDR gegenüber wesentlich vorsichtiger. So betonte der indische Generalkonsul in Ost-Berlin, J. C. Ajmani, Ende November 1971 im Gespräch mit DDR-Diplomaten, Indien müsse mit der Anerkennung der DDR noch „abwarten, um nicht durch so einen Schritt eine scharfe Reaktion (z.B. Waffenlieferungen der BRD an Pakistan) hervorzurufen." Vor diesem Hintergrund könne die Anerkennung nicht vor Abschluss der Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten bzw. vor Ende des Konflikts um Ostbengalen erfolgen.[151] Andererseits wurden DDR-Diplomaten von ihren sowjetischen Partnern davor gewarnt, den pakistanischen Avancen allzu offen zu begegnen. Zu leicht könnte sonst die indische Seite verprellt werden. Eine stärkere Parteinahme der DDR-Presse zugunsten Indiens wiederum würde dort vermutlich sehr positiv aufgenommen, hieß es in Moskau.[152]

Die Ost-Berliner DDR-Führung setzte diese gut gemeinten sowjetischen Ratschläge schon bald um. Trotz der ernüchternden Mitteilung Ajmanis und obwohl auch die DDR-Diplomaten selbst nicht daran zweifelten, „daß sowohl in Pakistan als auch in Indien chauvinistische und revanchistische Forderungen extremistischer Kräfte zunehmen, die einen Krieg als ‚einzige Lösung' provozieren

149 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 416.

150 Das pakistanische Außenministerium hatte den dortigen sowjetischen Botschafter informiert, Pakistan sei zu „Verhandlungen über die Frage der Herstellung offizieller staatlicher Beziehungen zur DDR bereit." S. Radde an die Leiter der Vertretungen in New Delhi, Djakarta, Rangoon, Colombo, Phnom Penh, 1. Dezember 1971, PA AA, M 1, C 1774/76.

151 „Vermerk über ein Gespräch des Genossen Dr. Radde mit dem Generalkonsul Indiens in der DDR, Botschafter J.C. Ajmani, am 26.11.1971 im MfAA" von Rehmer, 30. November 1971, PA AA, M 1, C 1736/76. Ajmani empfand das Drängen der DDR auf Anerkennung mittlerweile als reichlich übertrieben: „GDR policy makers appear to have come to the sad conclusion that India was not to be hustled unless fear was put into her heart that any undue delay might expose her to embarassment", schrieb er in einem Bericht nach Neu-Delhi. S. J. C. Ajmani an A. R. Venkateswaran/ MEA, 11. November 1971, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(82)/71.

152 „Vermerk über ein Gespräch zwischen Gen. Lützkendorf und Gen. Fomin, Leiter der Abt. Südasien, am 12.11.1971 im MID" von Elsner, 16. November 1971, PA AA, M 1, C 1253/77.

wollen“,[153] bezog man am 29. November 1971 zum ersten Mal öffentlich klar Stellung zugunsten der indischen Regierung. In einer Regierungserklärung gab der DDR-Ministerratsvorsitzende Willi Stoph der pakistanischen Zentralregierung nunmehr die Hauptschuld an dem seit Monaten schwelenden militärischen Konflikt.[154]

4.3 Zwischenbilanz

Im Grunde hatte keine der Großmächte Interesse an einer Eskalation des Konflikts in und um Ostpakistan. Bis zum Ausbruch des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges Anfang Dezember 1971 hoffte man in Washington und Moskau vielmehr weiterhin auf eine politische Lösung und versuchte, die indische Regierung zur Zurückhaltung zu bewegen. Auch die Pekinger Führung war angesichts der wiederholten Beschwichtigungsversuche der beiden Supermächte noch im Oktober 1971 zuversichtlich, dass es keinen neuerlichen Krieg in Südasien geben würde.[155]

Die existenzielle Sorge um seinen südasiatischen Verbündeten Pakistan ließ den US-Präsidenten Richard Nixon dann aber bald klar Stellung zugunsten der pakistanischen Zentralregierung beziehen. Ging es ihm und seinem Sicherheitsberater Kissinger zu Beginn des Bürgerkrieges in Ostpakistan im Frühjahr und Sommer 1971 noch vornehmlich um den Schutz der durch Yahya Khan zu vermittelnden Annäherung an die VR China, so fürchteten die beiden US-Politiker im Herbst 1971 um ihre internationale Glaubwürdigkeit vor allem gegenüber der Pekinger Führung, falls der befürchtete indische Sieg tatsächlich das Ende ihres gemeinsamen Verbündeten Pakistan bedeuten sollte.

Die VR China wurde dadurch im Vorfeld des Bangladeschkriegs zum Zünglein an der Waage des Ost-West-Konflikts. Das Zerwürfnis zwischen der politischen Führung in Peking und ihren sowjetischen Gegenspielern eröffnete der US-Administration um Nixon und Kissinger 1971 die Möglichkeit, sich dem zweitgrößten kommunistischen Staat ohne Gesichtsverlust zuzuwenden. Und für die politische Führung der VR China bedeutete der US-amerikanische Schritt in ihre Richtung einen unschätzbaren Zugewinn an weltpolitischer Bedeutung: Die Regierung in Peking wurde nunmehr international akzeptiert und verdrängte die

153 Radde an die Leiter der Vertretungen in New Delhi, Djakarta, Rangoon, Colombo, Phnom Penh, 1. Dezember 1971, PA AA, M 1, C 1774/76.
154 Singh: *Bangla Desh Documents*, Bd. 2, S. 215.
155 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 314; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 200.

bis dahin im Westen als legitime Vertretung Chinas anerkannte Exilregierung in Taiwan in die politische Bedeutungslosigkeit. Sie würde sogar deren ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat einschließlich des mächtigen Vetorechts übernehmen.

Durch die zwischen der VR China und den USA bzw. Indien und der UdSSR im Sommer 1971 überraschend geknüpften freundschaftlichen Bande war der Frontverlauf des globalen Kalten Krieges auf dem indischen Subkontinent ab Mitte August 1971 klar zementiert. Irgendwo zwischen Islamabad und Neu-Delhi kreuzten sich die Achsen Westpakistan – China – USA einerseits und Ostpakistan – Indien – UdSSR andererseits.[156] Ein Appell des damaligen UN-Generalsekretärs U Thant verdeutlicht die sicherheitspolitische Brisanz dieser neuen Konstellation: Bereits Anfang August 1971 warnte er den UN-Sicherheitsrat, ein erneuter indisch-pakistanischer Konflikt „could all too easily expand."[157]

Bundesrepublik und DDR waren deutlich freier von diesen globalen machtpolitischen Erwägungen, die die politischen Führungen in Washington und Moskau umtrieben. Mit ihren gegensätzlichen deutschlandpolitischen Ambitionen sahen die Außenpolitiker in Bonn und Ost-Berlin im indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag in erster Linie das, was sie darin gerne erkennen wollten. Nach Einschätzung der Bundesregierung hatte Indien sich durch den Abschluss des Freundschaftsvertrages mit der UdSSR bereits allzu weit von seiner bündnisfreien Außenpolitik entfernt. Damit bestand für die indische Regierung aus westdeutscher Sicht kaum mehr Spielraum für eine noch weitergehende Annäherung an das sozialistische Staatenbündnis, indem sie etwa dem Drängen der DDR auf diplomatische Anerkennung nachgab. In der DDR wiederum betrachtete man den Freundschaftsvertrag als das langersehnte Bekenntnis einer indischen Regierung zum sozialistischen Staatenbündnis. Dass es vor diesem Hintergrund bald zur erwünschten Anerkennung kommen musste, war für DDR-Außenpolitiker im Herbst 1971 beständige Hoffnung und Gewissheit.

Die Regierung Indira Gandhi wie auch die pakistanische Zentralregierung waren sich der deutsch-deutschen Partikularinteressen im Herbst 1971 deutlich bewusst und versuchten sie in ihrem Sinne zu nutzen. Wichtiges Mittel zu diesem Zweck war die Entsendung von Politikern und Regierungsvertretern nach Bonn bzw. Ost-Berlin, um für die jeweils eigene Position in diesem bilateralen Konflikt zu werben. Unter Anleitung der indischen Regierung unternahmen bald auch die offiziellen Vertreter Ostbengalens derartige Versuche.

Während die DDR-Führung auf jedes Zeichen der Annäherung der indischen Regierung sofort reagierte und sich selbst der „Provisorischen Regierung von

---

156 Vgl. Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 169.
157 Zit. n. Barnds: *India, Pakistan and the Great Powers*, S. 247.

Bangla Desh" gegenüber aufgeschlossen zeigte, die doch mangels eigenen Staates noch nicht einmal diplomatische Anerkennung versprechen konnte, wurden entsprechende Signale aus Islamabad wiederholt ignoriert. Geradezu verbissen klammerte sich die DDR-Führung an die Hoffnung auf eine baldige Anerkennung durch Indien und übersah dadurch mehrere gute Gelegenheiten, rasche Erfolge beim anderen südasiatischen Staat zu erzielen. Andererseits wiederum knüpfte sie im Gegensatz zur Bundesregierung schön früh erste Kontakte mit der späteren Regierung von Bangladesch. Ein Vorteil, der sich in den kommenden Monaten noch auszahlen sollte.

Außerdem verfügte die Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zur DDR bereits seit langem über gefestigte Beziehungen zu beiden verfeindeten südasiatischen Staaten. Daher hatte Indira Gandhi gegenüber dem westdeutschen Bundeskanzler Willy Brandt bei ihrem Bonn-Besuch Anfang November 1971 ein Druckmittel in der Hand, das die Vertreter Indiens bei Reisen in die DDR nicht besaßen: Die indische Premierministerin konnte damit drohen, die DDR anzuerkennen, sollte die Bundesregierung ihrem Wunsch nicht entsprechen, Indien wichtige Rüstungsgüter zu liefern, während das Embargo gegenüber Pakistan aufrechterhalten bleiben sollte.

Indira Gandhi setzte dieses Mittel ausgesprochen wirksam ein und zwang Willy Brandt so gegen seinen Willen zu einer faktischen Ungleichbehandlung der beiden südasiatischen Kontrahenten. Obwohl die pakistanische Zentralregierung die deutschlandpolitischen Interessen der Bundesregierung genauso hätte ausnutzen können, wurde diese Möglichkeit vom pakistanischen Chefdiplomaten Sultan Khan bei dessen Gegenbesuch in Bonn nur wenige Wochen später außer Acht gelassen.

Insgesamt betrachtet traten Bundesrepublik und DDR nach Abschluss des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages in Südasien auf der Stelle. Indien hielt weiter zur Bundesrepublik Deutschland und würde die DDR vorerst nicht anerkennen. Die Annäherungsversuche der provisorischen Regierung von Bangladesch wiederum waren für die DDR das Risiko noch nicht wert, Pakistan vor den Kopf zu stoßen. Zudem war Mujibur Rahmans Awami League unter ideologischen Gesichtspunkten kaum ein Wunschpartner der DDR. Um der indischen Regierung zu schmeicheln, bekannte die DDR-Führung sich wenige Tage vor Kriegsausbruch dennoch eindeutig zum indischen Standpunkt. Den Weg zur möglichen Aufnahme von offiziellen Gesprächen mit der pakistanischen Regierung hatte die DDR sich durch diesen Vorstoß allerdings bis auf Weiteres verbaut.

5 Der Dritte Indisch-Pakistanische Krieg

Nachdem die indische Armee in der dritten Novemberwoche 1971 zwölf Divisionen um Ostpakistan in Stellung gebracht und zum ersten Mal auch schwere Artillerie eingesetzt hatte, um pakistanisches Militär anzugreifen,[1] erfolgten die ersten indischen Infanterieangriffe auf ostpakistanischem Boden und in der Nacht vom 21. auf den 22. November 1971 kam es schließlich zur ersten Luftschlacht zwischen Indien und Pakistan.[2] Die indische Regierung war dennoch weiterhin bemüht, wenigstens ihre Bodentruppen nicht allzu offensichtlich in Ostpakistan einzusetzen, um so den Anschein einer Nichteinmischung zu wahren.

Währenddessen nahm der öffentliche Druck auf die indische Premierministerin, endlich auch offiziell und mit allen militärischen Mitteln in Ostpakistan einzugreifen, immer weiter zu. Um international glaubwürdig zu bleiben, brauchten Indira Gandhi und ihre Berater aber einen pakistanischen Erstschlag. Am 3. Dezember 1971 gab man ihnen endlich den erhofften Vorwand zum offenen Krieg gegen Pakistan: Wie von pakistanischen Militärs bereits nach den nächtlichen Zusammenstößen vom 21./22. November 1971 gefordert,[3] bombardierte die pakistanische Armee in der Nacht zum 4. Dezember 1971 indische Flughäfen an der westlichen Landesgrenze[4] und sieben pakistanische Artillerieregimenter griffen indische Stellungen im Kaschmir an. Indische Truppen und Panzer übertraten daraufhin die Grenze nach Ostpakistan.[5] Der Dritte Indisch-Pakistanische Krieg hatte begonnen.

5.1 Kurzer Krieg mit weltweiter Wirkung

Die pakistanische Zentralregierung war ihrem indischen Gegner zuvorgekommen: Auch ohne den pakistanischen Vorstoß hätte Indira Gandhi dem öffentlichen Druck am 4. Dezember nachgegeben und Pakistan angegriffen.[6] Entspre-

1 Guha: *India after Gandhi*, S. 457.

2 Die Berichte darüber, wer wann wen hierzu provozierte, gehen allerdings weit auseinander. S. Bass: *The Blood Telegram*, S. 261.

3 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 232–4.

4 Es handelte sich dabei um Flugplätze in Amritsar, Pathankot, Srinagar und Agra. S. Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 117. Vorbild für den Angriff war der israelische Präventivschlag gegen Ägypten im Sechstagekrieg 1967. S. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 205.

5 Guha: *India after Gandhi*, S. 458.

6 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 232; Bass: *The Blood Telegram*, S. 268.

https://doi.org/10.1515/9783110682038-005

chend erleichtert fiel die erste Reaktion der indischen Premierministerin aus, als sie von den pakistanischen Bombardements erfuhr: „Thank God, they've attacked us", sagte sie bei einem privaten Treffen. Vor dem indischen Unterhaus stellte sie Indiens Rolle und Motivation später freilich sehr viel friedfertiger dar: „A war has been forced upon us, a war we did not seek and did our utmost to prevent."[7]

Der Zeitpunkt des Kriegsbeginns Anfang Dezember 1971 entsprach einer bereits im April 1971 entwickelten Strategie des indischen Militärs.[8] In den Sommermonaten hätte der Monsun eine indische Truppenbewegung im bengalischen Schlamm nahezu unmöglich gemacht; außerdem fürchtete man, vor Wintereinbruch könnte die chinesische Armee wie schon im Herbst 1962 den Himalaya überqueren und praktisch ungehindert die Gangesebene erreichen. Anfang Dezember dagegen würden Schnee und Eis alle chinesischen Versuche unmöglich machen, den Himalaya zu passieren, um ihren pakistanischen Freunden zu Hilfe zu eilen. Die indische Strategie ging auf. Begünstigt durch das trockene Winterwetter und die Unterstützung der lokalen Bevölkerung gewannen die zahlenmäßig überlegenen indischen Truppen in Ostbengalen schnell an Boden.[9]

Von Beginn an war offensichtlich, dass es sich um einen ungleichen Krieg handeln würde. Allzu lange hatte sich das pakistanische Militär zudem auf den Standpunkt gestellt, dass der Ostflügel Pakistans im Westen verteidigt würde, sodass Ostpakistan nur unzureichend gegen den indischen Einmarsch gesichert war.[10] Die VR China und die USA hatten zuvor zwar noch vergeblich versucht, beschwichtigend auf Yahya Khan einzuwirken und ihn davon abzuhalten, den in Ostbengalen immer offener ausgetragenen Konflikt mit Indien durch Schaffung einer Westfront zusätzlich auszuweiten.[11] Die pakistanische Zentralregierung hoffte jedoch, zum Ausgleich für die auch für sie bald absehbare Niederlage in Ostpakistan zumindest den indischen Teil Kaschmirs erobern zu können.[12] Also erfolgte der Angriff zunächst vom Westflügel des Landes aus, wobei die pakistanische Armee ihre Kräfte auch dort massiv überschätzte.

---

7 Zit. n. Bass: *The Blood Telegram*, S. 269.

8 Bass: *The Blood Telegram*, S. 261–2; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 351.

9 Guha: *India after Gandhi*, S. 458–9; Bass: *The Blood Telegram*, S. 268.

10 Die Strategie lautete: „the defence of the East lies in the West." S. Pai: The 1971 East Pakistan Genocide. A Realist Perspective, S. 1–2; Bass: *The Blood Telegram*, S. 274; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 68. Vor diesem Hintergrund stellte die pakistanische Führung den Angriff im Westen im Nachhinein mitunter als Akt der Solidarität mit dem Ostflügel des Landes dar. S. Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 431.

11 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 431.

12 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 122. US-Präsident Nixon teilte diese Hoffnung, s. Bass: *The Blood Telegram*, S. 280

Am 6. Dezember erkannte die indische Regierung die provisorische Regierung von Bangladesch offiziell an, um dadurch auch international zu zeigen, dass sie Ostbengalen nicht erobern, sondern lediglich vom westpakistanischen Joch befreien wollte.[13] Einen Tag später fiel die Metropole Jessore im westlichen Teil Ostpakistans. Bald musste sich die pakistanische Armeeführung eingestehen, dass sie den Kampf um Ostbengalen nicht würde gewinnen können. In Indien wusste man um die Hoffnungslosigkeit des Gegners. Dennoch beschleunigte die indische Armee den Vormarsch in Ostpakistan noch weiter, um möglichst rasch Fakten zu schaffen. Der Regierung Indira Gandhi war klar, dass Indiens weltweites Ansehen unter dem militärischen Einmarsch in Ostpakistan massiv litt und die UdSSR den UN-Sicherheitsrat nur für eine gewisse Zeit mit ihrem Veto würde blockieren können, um so ein internationales Eingreifen in diesen Konflikt zu verhindern.[14] Denn mittlerweile war der Bangladeschkrieg endgültig zu einem Konflikt des globalen Kalten Krieges geworden.

Kräftemessen der Großmächte

Wie bereits vor Ausbruch der offenen Kriegshandlungen am 3. Dezember 1971 war die indische Regierung auch während des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges gegenüber der Weltöffentlichkeit auf die Wahrung ihres „sauberen" internationalen Images bedacht. Ausdrücklich wollte man sicherstellen und zeigen, „that Indian Armed Forces will not resort to the barbarism of Pakistan Armed Forces, that everybody who peacefully surrenders will be treated with respect and his life safeguarded", wie Indira Gandhis Staatssekretär P. N. Haksar indischen Militärs einschärfte.[15] Die indische Strategie ging auf: Als Yahya Khan vor Kriegsausbruch versuchte, die internationale Gemeinschaft und vor allem den UN-Sicherheitsrat auf die indischen Aggressionen gegen sein Land aufmerksam zu machen, wurde ihm anders als Indira Gandhi kaum Gehör geschenkt. International derart isoliert, sah Yahya Khan sich nunmehr zum offenen Krieg mit Indien gezwungen.[16]

---

13 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 117; Prasad: *Indo-Soviet Relations 1947–1972*, S. 385; Bass: *The Blood Telegram*, S. 282–3; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 255.
14 Bass: *The Blood Telegram*, S. 273; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 238–9; 252–3.
15 Zit. n. Bass: *The Blood Telegram*, S. 278. Nixon bewertete dies freilich auf seine Weise: „the Indians are susceptible to this world public opinion crap." Zit. n. Bass: *The Blood Telegram*, S. 283.
16 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 232–3.

Während die indische Führung ein Eingreifen der Großmächte in Ostbengalen fürchtete, war es genau dies, worauf die pakistanische Zentralregierung im Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg hoffte. Obwohl Bhutto noch Anfang November 1971 in Peking deutlich gemacht worden war, dass Pakistan im Falle eines offenen Kriegsausbruchs nicht mit militärischer Unterstützung von dort rechnen durfte,[17] war der amtierende pakistanische Außenminister Sultan Khan bei Kriegsbeginn ausgesprochen optimistisch, dass die chinesischen Truppen bald in den Krieg gegen Indien eingreifen würden.[18] Auch der pakistanische Generalstab teilte dem Kommandeur der pakistanischen Truppen in Ostpakistan, Generalleutnant A. A. K. Niazi, am 5. Dezember 1971 mit, man habe „every hope of Chinese activities very soon."[19] Diese pakistanische Hoffnung sollte sich allerdings ebenso wenig erfüllen wie die auf eine klar anti-indische Positionierung des UN-Sicherheitsrates in diesem Konflikt.

Aus Sicht des US-Präsidenten Richard Nixon und seines Nationalen Sicherheitsberaters Henry Kissinger hatte Indira Gandhi den Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg mit der militärischen Eskalation vom 21./22. November 1971 bereits begonnen. Nixon war nun keinesfalls mehr dazu bereit, der Bitte der indischen Premierministerin nachzukommen und Yahya Khan zu direkten Verhandlungen mit dem inhaftierten Mujibur Rahman aufzufordern, was den Kriegsausbruch Anfang Dezember 1971 möglicherweise noch hätte verhindern können. Im Gegenteil: Ende November 1971 machte die US-Administration die Pekinger Führung darauf aufmerksam, dass Indiens Nordgrenze am Himalaya ungeschützt dalag, die indische Armee einem chinesischen Angriff also wenig entgegenzusetzen hätte.[20]

Um den Handlungsspielraum der Regierung Indira Gandhi noch weiter einzuschränken, fror die US-Regierung unmittelbar vor Kriegsausbruch 70 Prozent ihrer Rüstungsexporte nach Indien ein. Unter Protest der indischen Regierung sowie der eigenen Bevölkerung weitete Nixon diese Handelsblockade daraufhin außerdem auf Lebensmittellieferungen aus. Mit Kriegsbeginn wurde die Rüstungs- und Wirtschaftshilfe an Indien vollends eingestellt.[21] Gegenüber dem international geächteten Pakistan galt dies dagegen nicht. Obwohl die US-Regierung

17 Ebd., S. 184–5; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 203.

18 Berger an AA, 4. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 631.

19 Zit. n. Niazi: *The Betrayal of East Pakistan*, S. 132; Amit Das Gupta: Indiens sicherheitspolitische Wende zwischen 1962 und 1974. In: Sebastian Buciak / Rüdiger v. Dehn (Hrsg.): *Indien und Pakistan – Atommächte im Spannungsfeld regionaler und globaler Veränderungen*, S. 93–118, hier S. 117; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 323–4.

20 Kux: *The United States and Pakistan*, S. 199; Bass: *The Blood Telegram*, S. 263–4; 273.

21 Ebd., S. 265; 270; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 200.

auch gegen Indiens Gegner offiziell ein Waffenembargo verhängt hatte, fanden Nixon und Kissinger im Iran und in Jordanien willige Helfer zur Umgehung dieser Ausfuhrsperre. Die Rüstungslieferungen an die pakistanische Zentralregierung beliefen sich zwar auf weniger als 5 Millionen US-Dollar, der darauf folgende politische Schaden für die Nixon-Administration in Form von massiver Kritik in der US-amerikanischen und indischen Presse war allerdings enorm.[22]

Nixon und Kissinger ließen sich durch diese Vorwürfe jedoch nicht von ihrer einseitigen Parteinahme im Bangladeschkrieg abbringen. Sie fürchteten weiterhin um ihre Glaubwürdigkeit in Peking, sollte der Krieg in Südasien tatsächlich das Ende des gemeinsamen Verbündeten am Indus bedeuten.[23] Mit Schrecken erfuhren sie am 6. Dezember 1971, dass das indische Militär bald auch den pakistanischen Westflügel massiv angreifen würde. Am 10. Dezember äußerte sich Henry Kissinger dem chinesischen Botschafter in Washington gegenüber besorgt darüber, „that the Pakistan army in two weeks will disintegrate in the West as it has disintegrated in the East."[24] Er betonte, den Westflügel Pakistans um jeden Preis schützen zu wollen und bat deshalb erneut um ein militärisches Eingreifen der chinesischen Armee gegen Indien.[25]

Pakistanische Politiker teilten Kissingers Bedenken. Bereits am 9. Dezember 1971 bat der Gouverneur von Ostpakistan die Zentralregierung, den aussichtslosen Krieg gegen Indien durch einen Waffenstillstand und ein politisches Abkommen zu beenden. Er warnte: „once Indian troops are free from East Wing in a few days even West Wing will be in jeopardy."[26] Inwiefern diese Befürchtung begründet war, ist angesichts der umfangreichen Grenzsicherung und weitaus besseren Militarisierung des pakistanischen Westflügels zweifelhaft. Anders als in Ostpakistan gelang den indischen Truppen dort jedenfalls kein rascher Vormarsch. Der indische Botschafter in Washington beteuerte zudem, seine Regie-

22 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 245–6; Macmillan: *Nixon and Mao*, S. 222; Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 257.

23 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 247; Bass: *The Blood Telegram*, S. 271; Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht?* S. 332. „Hell, we've done worse", war Nixons lakonischer Kommentar, zit. n. Sargent: *A Superpower Transformed*, S. 90.

24 Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 460. Vgl. auch Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 244; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 200–1. Ein Szenario, das man in Washington schon im Sommer 1971 befürchtet hatte, s. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 244; McMahon: On the Periphery of a Global Conflict: India and the Cold War, 1947–1991, S. 294–5.

25 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 248; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 202.

26 Zit. n. Niazi: *The Betrayal of East Pakistan*, S. 180.

rung hege keinerlei Absichten, auch Westpakistan zu zerschlagen – für den pakistanisch kontrollierten Teil Kaschmirs wollte er ohne Rücksprache mit Indira Gandhi allerdings nicht garantieren. Kissinger rief daraufhin Yahya Khan dazu auf, in Ostpakistan nur noch ein wenig länger durchzuhalten, damit er die sowjetische Führung zur Zustimmung zu einem Waffenstillstand und Verhandlungen zwingen könne.[27]

Die US-Regierung traf nun ihre vielleicht umstrittenste Entscheidung im Konflikt um Ostpakistan: Am 10. Dezember 1971 entsandte Nixon den US-Marineverband Task Force 74 einschließlich des größten US-amerikanischen Flugzeugträgers, der USS Enterprise, in den Golf von Bengalen.[28] Obgleich diese Maßnahme offiziell der Evakuierung verbliebener US-amerikanischer Staatsbürger aus Ostpakistan galt, war der eigentliche Zweck doch klar sicherheitspolitischer Natur. Die indische Regierung und ihre Verbündeten in Moskau sollten nachdrücklich vor einem Angriff auf Westpakistan gewarnt werden.[29]

Tatsächlich hatte Nixon die sowjetische Führung zuvor wissen lassen, dass ein massiver indischer Angriff auf den pakistanischen Westflügel unweigerlich ein militärisches Einschreiten der USA nach sich ziehen würde. Und mehr noch, „if the Indians continue their military operations [against West Pakistan], we must inevitably look toward a confrontation between the Soviet Union and the United States."[30]

Dieses Zitat verdeutlicht die weltpolitische Bedeutung, die Nixon dem eigentlich regional begrenzten Konflikt um Ostpakistan beimaß. Durch die sowjetische Unterstützung Indiens sah er Anfang Dezember 1971 die gesamte internationale Entspannungspolitik der vergangenen Monate und Jahre infrage gestellt.[31] Zuletzt wollte der US-Präsident der sowjetischen Führung auch deshalb nicht das Gefühl geben, sie hätte auf dem indischen Subkontinent freie Hand, da sie sonst womög-

---

27 Bass: *The Blood Telegram*, S. 274; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 201–2.

28 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 251. Es handelte sich dabei um einen Verband von etwa acht Schiffen der siebten US-Flotte, die sonst im Pazifik stationiert war, s. Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 262–3.

29 Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 263; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 313. Das Manöver war bereits im Oktober 1971 durch den amerikanischen Admiral Weissner angekündigt worden, s. Linde: Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt, S. 115; vgl. auch Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 175–6; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 197.

30 Zit. n. Kux: *The United States and Pakistan*, S. 201; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 250–1; Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 115.

31 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 243–4.

lich auch im Nahen Osten militärisch eingreifen könnte, wie er Bundeskanzler Willy Brandt später erläuterte.[32] Überhaupt war es Nixons Absicht, in Südasien ein Exempel für den Umgang mit einer möglichen sowjetischen Einflussnahme im Nahen Osten zu statuieren. Im selben Gespräch mit Willy Brandt betonte er,

> dass die Russen den Grundsatz akzeptieren müssten, dass die USA den Sowjets nicht erlaubten, einem Land zu helfen, ein anderes Land zu überrennen. [...] In gleicher Weise müsse den Sowjets klar sein, dass die Amerikaner es im Nahen Osten nicht zulassen würden, dass die zwei Mio. Israelis von 100 Mio. Arabern überwältigt würden.[33]

Trotz ihrer Entschlossenheit, den Krieg gegen Pakistan rasch für sich zu entscheiden, war Indira Gandhi durch die Entsendung der USS Enterprise nun doch sehr verunsichert. Gegenüber Vertretern der Sowjetunion beteuerte sie, die indische Regierung hege keinerlei Absichten, Pakistan zu zerstören oder pakistanisches Territorium (einschließlich des umstrittenen Kaschmirs) auch nur dauerhaft zu besetzen. Zur Sicherheit kommandierte allerdings auch die Moskauer Führung zwei mit Atomraketen ausgestattete Schiffsgeschwader von Wladiwostok aus in den Indischen Ozean.[34]

Zum ersten Mal nutzte Nixon nun den nach der Kubakrise 1962 zwischen Washington und Moskau etablierten „Heißen Draht", um Breschnew am 12. Dezember 1971 zu warnen: „Time is of the essence to avoid consequences neither of us want."[35] Besänftigend wurde ihm daraufhin mitgeteilt, natürlich habe die Regierung Indira Gandhi keinerlei Interesse an der Eroberung westpakistanischen Territoriums.[36]

Obgleich der sowjetische Botschafter in Neu-Delhi indischen Regierungsvertretern gegenüber versicherte, die Anwesenheit der sowjetischen Schiffsgeschwader im Golf von Bengalen würde eine mögliche Intervention der USA in Ostbengalen verhindern, drängte die Moskauer Führung auf ein rasches Ende des Krieges, um eine tatsächliche Kraftprobe zwischen den beiden Großmächten obsolet zu machen.[37] Zu Kissingers großem Verdruss ging dieses indisch-sowjetische Kalkül

---

32 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 450; ähnlich auch Macmillan: *Nixon and Mao*, S. 222.
33 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 450; vgl. auch Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 243.
34 Ebd., S. 251; 255; Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 264.
35 Zit. n. Kux: *The United States and Pakistan*, S. 202.
36 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 257–8.
37 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 176; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 254. Außerdem fürchtete man, den UN-Sicherheitsrat nicht viel länger durch ein Veto blockieren zu können. S. Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 317; Franke: *Hoffnungsträger und Sorgenkind Südasien*, S. 385–6.

dann auch tatsächlich auf. „What we are seeing here is a Soviet-Indian power play to humiliate the Chinese and also somewhat us"[38] war seine Einschätzung zum raschen Sieg der indischen Truppen in Ostpakistan gegenüber Nixon. Der US-Präsident konnte dem nur zustimmen: „A victory of India over Pakistan [would be] the same as a victory of the Soviet Union over China."[39]

Genau dies wollten Nixon und Kissinger unbedingt verhindern. Niemand sollte später sagen können, „that the friends of China and the United States have been clobbered by India and the Soviet Union."[40] Vergeblich versuchten sie erneut, die chinesische Regierung zur Verlegung ihrer Truppen an die chinesisch-indische Grenze zu bewegen. Anders als von Nixon und Kissinger vorausgesetzt, wollte die Pekinger Führung sich im Bangladeschkrieg jedoch nicht in erster Linie gegenüber der Sowjetunion behaupten, indem sie die pakistanische Zentralregierung unterstützte, sondern war vor allem an einem intakten Verhältnis zu ihrem südlichen Nachbarn Indien interessiert, das durch einen militärischen Eingriff empfindlich gestört worden wäre. Außerdem hielt Mao Zedong Ostpakistan für ohnehin längst verloren und stand 1971 nach der Kulturrevolution unter zu starkem innenpolitischem Druck, als dass er einen potenziell verlustreichen Krieg hätte riskieren können.[41]

Letztlich ist es der dadurch bedingten chinesischen Zurückhaltung zu verdanken, dass der Dritte Indisch-Pakistanische Krieg im Dezember 1971 nicht zu einer offenen Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion führte. Hätte Mao Zedong in den südasiatischen Krieg eingegriffen und die Moskauer Führung zur indischen Regierung gehalten, dann wäre auch Nixon dazu bereit gewesen, an der Seite der chinesischen Armee in den Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg einzutreten. Die sowjetische Führung wiederum hatte mit einer militärischen Reaktion im Falle eines chinesischen Einschreitens in Ostbengalen gedroht und diese Drohung mit erhöhten Truppenbewegungen an der Grenze zur VR China unterstrichen.[42] Das Potenzial zu einer kaum kontrollierbaren Eskalation des Bangladeschkriegs war also durchaus vorhanden.

---

38 McMahon: On the Periphery of a Global Conflict: India and the Cold War, 1947–1991, S. 296; Bass: *The Blood Telegram*, S. 262.

39 Zit. n. Kux: *The United States and Pakistan*, S. 203.

40 Zit. n. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 243; vgl. auch McMahon: *Cold War on the Periphery. The United States, India and Pakista*n, S. 345.

41 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 256–7; McMahon: On the Periphery of a Global Conflict: India and the Cold War, 1947–1991, S. 296.

42 Kux: *The United States and Pakistan*, S. 202; Matinuddin: *Tragedy of Error*s, S. 318; s. auch Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 122; McMahon: Agency, Structure, and Interdependence: Reflections on the Regional and Global Cold Wars, S. 20–1.

Es sollte allerdings anders kommen. Am 13. Dezember 1971 gab Yahya Khan dem Drängen der pakistanischen Armeeführung auf Kapitulation vor der indischen Übermacht nach, woraufhin die Generäle Farman Ali und A. A. K. Niazi am Morgen des 15. Dezember 1971 den US-amerikanischen Generalkonsul in Dhaka darum baten, eine entsprechende Nachricht nach Neu-Delhi zu senden.[43] Am Folgetag akzeptierte die indische Regierung die Kapitulation der pakistanischen Streitkräfte in Ostpakistan und ordnete auch an der Westfront einen einseitigen Waffenstillstand an, der wiederum von der pakistanischen Seite akzeptiert wurde. Am 16. Dezember 1971 unterzeichnete der pakistanische General Niazi die bedingungslose Kapitulation der pakistanischen Armee. Bhutto, der zur selben Zeit in New York an dringlichen Sitzungen des UN-Sicherheitsrates teilnahm, war zwar empört, konnte die nunmehr geschaffenen Tatsachen allerdings auch nicht mehr ändern.[44]

Nixon sah sich bei Kriegsende in seiner Abneigung gegen Indien bestätigt und auch Henry Kissinger konnte seiner Enttäuschung über den unerwünschten Ausgang des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges nur noch durch Polemik Ausdruck verleihen: „the liberals are going to look like jerks because the Indian occupation of East Pakistan is going to make the Pakistani one look like child's play."[45] Ein von gegenseitigen Schuldzuweisungen geprägter Briefwechsel zwischen Indira Gandhi und Richard Nixon zwischen dem 15. und 17. Dezember 1971 markierte einen Tiefpunkt in den indisch-amerikanischen Beziehungen.[46]

Die sowjetische Führung hatte die südasiatische Krise dagegen von Anfang an weitaus weniger durch das Prisma des Kalten Krieges betrachtet als ihre US-amerikanischen Gegenspieler. Man deutete den Konflikt dort als innerpakistanisches und höchstens regionales Problem. Aus sowjetischer Sicht stellte der Krieg in Südasien deshalb auch keineswegs eine Gefährdung der Entspannungspolitik mit den Vereinigten Staaten dar, wie man der US-Regierung bald nach Kriegsausbruch auch mitteilte.[47]

Die Moskauer Führung hatte die eigenen Einflussmöglichkeiten außerdem deutlich realistischer eingeschätzt als Nixon und Kissinger ihre. Nachdem Indira Gandhi klarstellte, dass die indische Regierung sich vom Eingreifen in Ostpa-

---

43 Die Nixon-Administration in Washington intervenierte jedoch und bestand darauf, dass Yahya Khan die Kapitulationserklärung persönlich autorisierte, wodurch das Kriegsende um einen weiteren Tag hinausgezögert wurde, s. Kux: *The United States and Pakistan*, S. 203–4.

44 Guha: *India after Gandhi*, S. 460; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 259–62; vgl. AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 14, Anm. 6.

45 Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 460; Bass: *The Blood Telegram*, S. 278.

46 Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht?* S. 187.

47 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 115; 249.

kistan in keinem Fall würde abhalten lassen und dabei außerdem die zuvor im Freundschaftsvertrag zugesagte sowjetische Solidarität einforderte, blieb der Moskauer Führung wenig übrig, als während des kurzen Krieges den UN-Sicherheitsrat durch ihr Veto zugunsten Indiens zu blockieren. Auch die Einwirkungsmöglichkeiten der Sowjetunion waren in diesem Krieg also begrenzt.[48]

Die militärischen Drohgebärden der Großmächte sollten jedenfalls ins Leere laufen. Erst am 18. Dezember 1971, also bereits nach Kriegsende, trafen die US-amerikanischen und sowjetischen Verbände aufeinander; größere Zwischenfälle blieben dabei aus.[49]

Die Welt zwischen Isolationismus und Interventionismus

Obgleich der Dritte Indisch-Pakistanische Krieg nicht zu einer direkten militärischen Konfrontation der Großmächte führte, trafen sie im UN-Sicherheitsrat doch zumindest diplomatisch aufeinander. Bald nach Ausbruch des Krieges in Südasien wurde dieses multilaterale Forum zu einem regelrechten Nebenkriegsschauplatz, auf dem die Regierungen in Washington, Moskau und Peking für ihre jeweiligen Positionen im Bangladeschkrieg zu werben und ihre eigenen nationalstaatlichen Interessen durchzusetzen versuchten.

Bereits am 5. Dezember 1971 brachte der US-amerikanische Botschafter bei den Vereinten Nationen, George H. W. Bush, eine Resolution in den UN-Sicherheitsrat ein, die von den Regierungen in Indien und Pakistan einen Waffenstillstand und einen Abzug der indischen Truppen aus Ostpakistan forderte. Der US-Vorschlag scheiterte jedoch dreimal am Veto der Sowjetunion, deren Vertreter stattdessen mit einer eigenen Resolution konterte, in der im indischen Sinne nach einer politischen Lösung für Ostpakistan verlangt und die pakistanische Zentralregierung verurteilt wurde.[50]

Henry Kissinger stellte daraufhin frustriert fest, dass der UN-Sicherheitsrat blockiert war, da jegliche gegen Indien gerichtete Resolution von der UdSSR, eine Resolution gegen Pakistan aber von der erst wenige Wochen zuvor auf Betreiben

48 Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 244; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 127; vgl. auch Vermerk von Berendonck, 14. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 633.
49 Anna Orton: *India's Borderland Disputes. China, Pakistan, Bangladesh, and Nepal*. New Delhi: Epitome Books 2010, S. 116; Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 122.
50 Schneider: *Die Außenpolitik der DDR gegenüber Südasien*, S. 8; Bass: *The Blood Telegram*, S. 283; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 127; Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht?* S. 106; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 240.

der US-Regierung in die UNO aufgenommenen VR China mit einem Veto quittiert werden würde. Kissinger empfand diese Situation als Demütigung und als einen weiteren Wendepunkt in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.[51]

Am 7. Dezember schließlich gelang Botschafter Bush ein diplomatischer Coup, als er die Waffenstillstandsresolution statt in den Sicherheitsrat nun in die UN-Generalversammlung einbrachte. Er konnte fast alle dort vertretenen Staaten davon überzeugen, die militärische Intervention Indiens bei seinem Nachbarn Pakistan zu verurteilen. In der folgenden Abstimmung unterstützten 104 Länder den (unverbindlichen) Vorstoß der USA, während nur elf Staaten sich auf die Seite Indiens schlugen. Besonders enttäuschend war aus Sicht der indischen Regierung, dass auch wichtige bündnisfreie Länder wie Jugoslawien, Ägypten und Indonesien sich in dieser Frage gegen sie stellten.[52]

Der US-Regierung wiederum bedeutete dieser symbolische Sieg in der UNO eine große Genugtuung. Am 21. Dezember 1971, als die Kampfhandlungen in Südasien bereits beendet waren, konnte sich endlich auch der UN-Sicherheitsrat auf den ursprünglichen Resolutionsentwurf der USA einigen.[53] Als Gremium zur internationalen Konfliktbewältigung blieben die Vereinten Nationen im Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg freilich wirkungslos.

Eine weitere Lunte, die auch das ethnische Pulverfass Westpakistan hätte zum Bersten bringen können, hatte Indira Gandhi schon Monate vor Ausbruch der offenen Kriegshandlungen gelegt: Im Herbst 1971 forderte sie den afghanischen Ministerpräsidenten in einem Brief dazu auf, auch an Pakistans westlicher Grenze eine militärische Drohkulisse aufzubauen.[54] Angesichts der in Kabul arg-

---

51 Aus Sicht der indischen Regierung wiederum war es wenig nachvollziehbar, dass die USA das angebliche indische Fehlverhalten vor dem UN-Sicherheitsrat anprangerten, nachdem sie die Massaker der pakistanischen Armee in Ostbengalen zuvor ignoriert hatten. S. Bass: *The Blood Telegram*, S. 283–4.

52 Sargent: *A Superpower Transformed*, S. 89; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 200; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 285; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 241–2. „Viele dachten dabei an potentiell sezessionsgeneigte Minderheiten im eigenen Land oder an drohende ausländische Einmischungen gegen ihre eigene Souveränität“, schätzten es zeitgenössische Beobachter später ein. S. Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 127–8; vgl. auch Diehl an AA sowie Botschaft Islamabad und SV bei der UNO in New York, 10. Dezember 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8129.

53 Bass: *The Blood Telegram*, S. 284–5; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 242; Rogers: *United States Foreign Policy 1971*, S. 111–2; Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 84; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 128.

54 Lüders an AA sowie Botschaften Kabul und Rawalpindi, 7. September 1971, PA AA, B 36, Bd. 431; vgl. auch Breuer an AA, 5. April 1972, PA AA, B 36, Bd. 533.

wöhnisch beäugten rücksichtslosen Niederschlagung politischer Autonomiebestrebungen der auch in Afghanistan beheimateten paschtunischen Minderheit im Nordwesten Pakistans durch die pakistanische Zentralregierung, war dies tatsächlich kein unrealistisches Szenario.[55] Zudem gab es in der afghanischen Regierung und Öffentlichkeit von Anfang an große Sympathien für den ostpakistanischen Freiheitskampf.[56]

Zwar verlegte die afghanische Armee nach Kriegsausbruch tatsächlich einige Truppenverbände an die pakistanische Grenze, auf eine echte militärische Auseinandersetzung mit Pakistan war man in Afghanistan allerdings kaum vorbereitet. Außerdem fürchtete die afghanische Regierung, „daß der Iran sich durch sein Bündnis mit Pakistan verpflichtet fühlen könnte, durch militärische Operationen in den westlichen Landesteilen Afghanistans die afghanischen Truppen zu binden."[57] Allein traute sich die afghanische Regierung eine solche Operation offenbar nicht zu.

Vom 12. bis 14. Dezember 1971 reiste der afghanische König Mohammed Zahir Shah daher nach Moskau, um der sowjetischen Führung eine „Balkanisierung" des pakistanischen Westflügels vorzuschlagen, wobei er vor allem das Ziel verfolgte, Afghanistan die paschtunischen Stammesgebiete der pakistanischen Nord-West-Provinz zuzuschlagen.[58] Sein Vorschlag wurde dort allerdings nicht erhört. Die Regierung Afghanistans musste im Konflikt um Ostpakistan also neutral bleiben und mahnte lediglich immer wieder die Sicherheit der Paschtunen in Westpakistan an.[59] Um ihrem nordwestlichen Nachbarn keinen Vorwand für einen Angriff zu liefern, stellte die pakistanische Zentralregierung vorsorglich sicher, dass wichtige Transportgüter die Strecke von Karachi nach Kabul auch während des Krieges unbeschadet nehmen konnten.[60] Andernfalls hätte der afghanischen Bevölkerung im bevorstehenden Winter eine Hungersnot gedroht.[61]

55 Breuer an AA, 29. November 1971, PA AA, B 36, Bd. 431. Vor diesem Hintergrund sind auch die indischen Versuche während des Krieges zu verstehen, die paschtunische Minderheit in Westpakistan gegen die dortige Zentralregierung aufzuwiegeln. S. „Information über Entwicklungstendenzen innerhalb der Regierung von Bangla Desh und im indisch-pakistanischen Konflikt", 11. Dezember 1971, BStU, MfS, HV A, Nr. 398.

56 Breuer an AA, 1. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 626.

57 Breuer an AA, 6. Dezember 1971, PA AA, B 30, Bd. 671.

58 Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 246.

59 Breuer an AA, 20. Dezember 1971, PA AA, B 36, Bd. 431.

60 Breuer an AA, 10. Januar 1972, PA AA, B 36, Bd. 533.

61 Breuer an AA, 6. Dezember 1971, PA AA, B 30, Bd. 671.

5.2 Deutsch-deutsche Reaktionen

Während die indische Armee in Ostpakistan schnell Fakten schuf, war es Indira Gandhi nach Kriegsausbruch ein entscheidendes Anliegen, dass die internationale Gemeinschaft eben diese Fakten auch möglichst rasch anerkannte. Wiederum wurden dabei die beiden deutschen Staaten mit ihren gegensätzlichen Partikularinteressen in Südasien zu privilegierten Adressaten des indischen Werbens um internationale Zustimmung. Vor allem den Umgang von Bundesrepublik Deutschland und DDR mit der am 6. Dezember 1971 von der indischen Führung anerkannten provisorischen Regierung von Bangladesch betrachtete die indische Regierung bald als einen Gradmesser ihrer Loyalität.

Bedeutete die Anerkennung Bangladeschs durch einen anderen Staat für die indische Regierung eine Genugtuung, so war die damit verbundene Akzeptanz der Spaltung Pakistans aus Sicht der pakistanischen Zentralregierung ein Affront. Da die DDR als einer weniger Staaten überhaupt keine offiziellen Beziehungen zu Pakistan unterhielt, die durch eine Anerkennung Bangladeschs hätten gefährdet werden können, nahm sie in dieser Frage eine gewisse Sonderstellung ein. Nicht nur die Kommunistische Partei Indiens maß der DDR deshalb „die Rolle eines Avantgarden bei der internationalen Anerkennung [von] Bangla Desh“[62] bei, sondern auch einige andere sozialistische Staaten teilten diese Meinung.[63] Bald nach Kriegsausbruch wurde die DDR-Vertretung in Neu-Delhi daher regelrecht „bestürmt“, Bangladesch möglichst unverzüglich anzuerkennen.[64] Selten zuvor war die Haltung der DDR zur politischen Entwicklung in Südasien von derartiger Relevanz gewesen.

Die indische Regierung wusste sehr wohl um die Lockmittel, die ihr im Umgang mit der DDR an die Hand gegeben waren. Am 7. Dezember 1971 versicherte ein indischer Diplomat dem obersten DDR-Vertreter in Neu-Delhi Herbert Fischer, „dass [eine] Anerkennung Bangla Desh[s] durch [die] DDR zur beschleunigten diplomatischen Anerkennung der DDR durch Indien führen würde. Indien würde dann einen baldigen Zeitpunkt nennen.“ Eine Anerkennung zum Preis der Anerkennung wollte er zu diesem Zeitpunkt indes noch nicht konkret versprechen, da dies sonst einem „Erkauf der Anerkennung Bangla Desh[s]“ gleich-

62 Monatsbrief von Herbert Fischer an Oskar Fischer, 14. Dezember 1971, PA AA, M 1, C 1729/76.
63 Herbert Fischer an Winzer und Radde, 8. Dezember 1971, BArch, DY 30/97822.
64 Diehl an AA, 8. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 632.

käme.[65] Auch der indische Generalkonsul in Ost-Berlin J. C. Ajmani blieb dem MfAA gegenüber in dieser Frage weiterhin vage.[66]

Das Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit (MfS) erhielt dagegen hoffnungsvollere Signale. Dort erfuhr man am 10. Dezember 1971 von einem leitenden Diplomaten aus dem indischen Außenministerium, dass die indische Regierung innerhalb weniger Tage mit einer Anerkennung Bangladeschs durch die DDR rechne und dies ihrerseits mit einer Anerkennung der DDR belohnen werde.[67]

Die DDR-Führung beschloss nun, ihre deutschlandpolitischen Hoffnungen in Indien ganz auf eine möglichst frühe Anerkennung von Bangladesch zu setzen. In öffentlichen Aussagen gab DDR-Außenminister Otto Winzer die Kriegsschuld nunmehr eindeutig der pakistanischen Zentralregierung, erklärte die Solidarität der DDR mit der Regierung Indiens und bekannte sich zum „Recht auf Selbstverteidigung des ostpakistanischen Volkes." Am 8. Dezember 1971 war in der DDR-Presse außerdem zum ersten Mal der Name „Bangladesh" zu lesen[68] und in einer offiziellen Erklärung bezichtigte die „Deutsch-Südostasiatische Gesellschaft in der DDR" die westdeutsche Bundesregierung einer Unterstützung der westpakistanischen Kriegstreiber.[69]

Tatsächlich konnten diese öffentlichkeitswirksamen und symbolträchtigen Aktionen der DDR in den Kriegstagen des Dezember 1971 viele einflussreiche indische Parlamentarier davon überzeugen, dass die DDR prinzipiell zu einer Anerkennung Bangladeschs bereit war und sich damit eindeutiger auf der Seite Indiens (und gegen Pakistan) positioniert habe als die Bundesrepublik.[70] Die DDR-Führung hoffte, dass die indische Regierung diese Loyalität nun endlich mit der ersehnten diplomatischen Anerkennung honorieren würde. Diese zeigte sich von den Ost-Berliner Solidaritätsbekundungen jedoch deutlich weniger beeindruckt als erwünscht.

---

65 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 653; Herbert Fischer an Winzer und Radde, 8. Dezember 1971, BArch, DY 30/97822; Vorschlag zum weiteren Vorgehen gegenüber Indien und Bangla Desh" von Radde, 4. Januar 1972, PA AA, M 1, C 787/75; vgl. auch „Information über die Reise des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Otto Winzer, nach Indien und Bangladesh", undatiert, PA AA, M 1, C 1046/77.

66 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 653–4.

67 „Information über Entwicklungstendenzen innerhalb der Regierung von Bangla Desh und im indisch-pakistanischen Konflikt", 11. Dezember 1971, BStU, MfS, HV A, Nr. 398.

68 „Annual Political Report for 1971" von J. C. Ajmani, undatiert, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1011(55)/72.

69 Erklärung der Deutsch-Südostasiatischen Gesellschaft in der DDR, 8. Dezember 1971, PA AA, M 1, C 1053/77.

70 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 454, Anm. 9.

Wesentlich erschwert wurde die Ost-Berliner Argumentation dadurch, dass die DDR-Führung trotz identischer Interessen mit Indien und obwohl sie gegenüber Pakistan wenig zu verlieren hatte, in der Frage der Anerkennung Bangladeschs, kaum selbstständig entscheiden konnte. Mit Beginn der offenen Kriegshandlungen zwischen Indien und Pakistan wurde die DDR-Führung über ihre Botschaft in Moskau sogar regelrecht beauftragt, mit dem Außenministerium der UdSSR ständig Rücksprache „über die Einschätzung der Lage und beabsichtigte sowjetische Schritte zu halten."[71]

Gerade angesichts der Neuen Ostpolitik Anfang der 1970er Jahre wurden sämtliche wesentliche außenpolitische Entscheidungen der DDR in Moskau gefällt.[72] Die von Indien gewünschte und auch in Ost-Berlin befürwortete Anerkennung Bangladeschs konnte DDR-Außenminister Otto Winzer nach dem 6. Dezember 1971 also noch gar nicht aussprechen, sondern der indischen Regierung nur recht allgemein zusagen, „seine Regierung begrüße die Anerkennung ‚Bangladeshs' durch Indien und Bhutan und betrachte dies als ein neues Kapitel in dem ‚Befreiungskampf'."[73]

Die westdeutsche Bundesregierung wiederum begegnete dem entstehenden Staatsgebilde in Ostpakistan von Anfang an mit deutlich größerer Skepsis als ihre Ost-Berliner Gegenspieler. In der bundesrepublikanischen Botschaft in Neu-Delhi fürchtete man nach Anerkennung Bangladeschs durch Indien sofort, dass die DDR alsbald folgen, Bangladesch ebenfalls anerkennen und sich dadurch „die bisherige Situation eines nur geringen Interesses der indischen Öffentlichkeit für die Anerkennung der DDR schlagartig" ändern könnte.[74] Der BRD-Botschafter Diehl erkannte jedoch auch die Grenzen, die der DDR-Außenpolitik durch die sowjetische Führung gesetzt wurden. Dass die DDR Bangladesch dann nicht umgehend anerkannte, bewertete er wenig später als Indiz, „daß die DDR nur durch die Sowjetunion von einer sofortigen Anerkennung ‚Bangla Deshs' zurückgehalten werden dürfte. Ob Moskau Ostberlin schließlich doch ein Vorprellen in der Frage gestattet, wird ein aufschlussreicher Test für das Verhältnis zwischen beiden sein."[75]

---

71 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 653–4; vgl. Ingrid Muth / Karl Seidel: Außenpolitische Interessen der DDR. In: Siegfried Bock / Ingrid Muth / Hermann Schwiesau (Hrsg.): *DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch*. Münster: Lit Verlag, 2004, S. 13–32, hier S. 16.

72 Wentker: *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 363.

73 Diehl an AA, Botschaft Rawalpindi und SV bei der UNO in New York, 10. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 632.

74 Diehl an AA, 6. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 631.

75 Diehl an AA, Botschaft Rawalpindi und SV bei der UNO in New York, 10. Dezember 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8129.

Die Bonner AA-Zentrale stimmte Diehls Einschätzung zwar zu, sah deshalb aber zunächst noch keinen konkreten Handlungsbedarf für die Bundesregierung. Als Diehl am 7. Dezember 1971 im indischen Außenministerium unter Hinweis auf die eindeutige Haltung der DDR in dieser Frage darum gebeten wurde, die Bundesregierung möge Bangladesch ihrerseits möglichst bald anerkennen,[76] um zu verhindern, dass die indische Regierung durch ein einseitiges ostdeutsches Wohlverhalten zur Anerkennung der DDR gezwungen wurde, reagierte man im AA zurückhaltend.

Am selben Tag beschied Ministerialdirektor von Staden hierzu, dass „solange der Krieg andauert und in Ostpakistan nicht eindeutige politische Verhältnisse herrschen, die eine neue Staatengründung evident machen, nicht an die Anerkennung eines Staatsgebildes Bangladesh" zu denken sei. Außerdem „würde die Bundesregierung nicht ohne Abstimmung mit ihren Verbündeten eine so schwerwiegende Entscheidung treffen."[77] Und tatsächlich sprachen noch an diesem Tag westdeutsche Diplomaten die britische Regierung in London auf eine mögliche Anerkennung von Bangladesch an, wobei sie „selbstverständlich jeden Eindruck vermieden, als ob wir (angesichts der DDR-Problematik) einen solchen Schritt ins Auge fassen würden." Als die britische Seite sich in dieser Frage zögerlich zeigte,[78] hatte sich das Thema aus bundesrepublikanischer Sicht vorerst erledigt.

Um der indischen Regierung keinen Vorwand für eine deutschlandpolitisch unliebsame Entscheidung zu liefern, sprach sich der westdeutsche Botschafter in Indien am 9. Dezember 1971 gegen eine allzu harsche Kritik der Bundesregierung an Indien in diesem südasiatischen Konflikt aus.[79] Sorge bereitete dem AA außerdem die Tatsache, dass das militärische Vorgehen der indischen Regierung gegen ihren Nachbarn Pakistan in der westdeutschen Öffentlichkeit auf wenig Verständnis stieß.[80] Das Entwicklungsland Indien wirkte in diesem Konflikt als Aggressor und der öffentliche Druck auf die Bundesregierung, diese Tatsache endlich auch beim Namen zu nennen, wuchs mit jedem weiteren Kriegstag. Um

---

76 Diehl an AA, 8. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 632.

77 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 440, Anm. 2; v. Staden folgte damit Diehls Empfehlung vom Vortag, s. Diehl an AA, 6. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 631.

78 Hase an AA sowie Botschaften Paris, Washington, die SV bei der UNO in New York und Botschaft Moskau, 7. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 632.

79 Diehl an AA sowie Botschaft Rawalpindi, 9. Dezember 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8129.

80 „Der erneute Krieg hatte die Bewunderung für eine anders geartete Lösung gesellschaftlicher Konflikte, symbolisiert durch Mahatma Gandhi, besonders bei der Generation, die den Zweiten Weltkrieg schmerzlich miterlebt hatte und mit der Schuldfrage belastet war, zerstört." S. Franke: *Hoffnungsträger und Sorgenkind Südasien*, S. 384; ähnlich Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 85.

die indische Regierung nicht zu verärgern, hieß es wenige Tage vor Kriegsende in einer Weisung der Bonner AA-Zentrale an die Botschaft in Neu-Delhi: „Die Bundesregierung ist bemüht, die in der deutschen Öffentlichkeit und im Parlament wachsende Kritik an der Fortführung der deutschen Entwicklungshilfe für Indien aufzufangen. Die Botschaft wird daher gebeten, jede Publizität auf diesem Sektor zu vermeiden."[81]

In der DDR-Vertretung in Neu-Delhi kannte man solche Herausforderungen einer freien Presse im eigenen Land nicht. Dort stellten DDR-Diplomaten am 13. Dezember 1971 vielmehr unwidersprochen fest, „dass Indien im Prinzip einen gerechten Krieg gegen das pakistanische Militärregime, nicht gegen das pakistanische Volk, führt."[82] Während die DDR-Vertreter also selbst klar für Bangladesch Stellung bezogen, Indien lobten und Pakistan verurteilten, verteilten sie indienkritische Medienberichte aus der Bundesrepublik an indische Journalisten und im indischen Außenministerium.[83]

Obgleich sie weiterhin keine konkreten Schritte versprach, bemühte die indische Regierung sich daraufhin, der wohlgesonnenen DDR-Führung wenigstens symbolisch entgegenzukommen. So zeigte sich der indische Generalkonsul in Ost-Berlin J. C. Ajmani ausgesprochen interessiert an der Haltung der DDR zum werdenden Staat Bangladesch, „da diese Frage wesentlichen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Indien haben werde", wie er DDR-Außenminister Otto Winzer am 13. Dezember 1971 zusagte. Als Winzer sich dieser Andeutung gegenüber dann allzu offen zeigte, relativierte Ajmani allerdings sofort wieder,

> daß es kein Junktim zwischen der Aufnahme von Beziehungen zu Bangla Desh und der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Indien geben könne. Er sei jedoch überzeugt, daß die Haltung der DDR zu Bangla Desh die Zeit bis zur Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Indien und der DDR verkürzen werde.[84]

In einem Gespräch mit Willi Stoph am 15. Dezember 1971 versprach J. C. Ajmani dann zum ersten Mal konkrete Konsequenzen zum Dank für die Unterstützung der DDR im Bangladeschkrieg: „Ich habe es nie gesagt, aber jetzt tue ich es. Das

81 Lebsanft an Botschaft Neu-Delhi, 13. Dezember 1971, PA AA, B 58, Bd. 608.
82 „Zu einigen Aspekten der militaerischen Auseinandersetzung zwischen Pakistan und Indien" von Schaller, 13. Dezember 1971, PA AA, M 1, C 1052/77.
83 Diehl an AA, 13. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 633.
84 „Vermerk über ein Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Genossen Otto Winzer, mit dem Leiter des GK Indiens in der DDR, Botschafter J. C. Ajmani, am 13. Dezember 1971" von Radde, 15. Dezember 1971, BArch, DY 30/97822.

Ergebnis der gewachsenen Beziehungen zwischen Indien und der DDR wird bald offenkundig sein.“[85] Eine Aussage, die Teile der DDR-Führung elektrisierte, zumal auch in der indischen Presse bereits während des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges offen darüber spekuliert worden war, inwiefern eine Anerkennung Bangladeschs durch Ost-Berlin mit einer DDR-Anerkennung durch Indien verbunden werden könnte.[86]

Auch die noch immer um ihr Staatsgebiet kämpfende provisorische Regierung von Bangladesch unternahm nun erste Versuche, die beiden deutschen Staaten gegeneinander auszuspielen. Am 11. Dezember 1971 sprach der Leiter der Bangladesch-Mission in Neu-Delhi, Humayun Rasheed (H. R.) Choudhury, in der westdeutschen Botschaft vor und teilte mit, ein DDR-Vertreter habe ihm am selben Morgen zu verstehen gegeben, „daß mit einer Anerkennung von Bangladesh durch die DDR in den nächsten Tagen zu rechnen sei.“[87] Die Regierung Bangladeschs plane zwar einstweilen nicht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR, bitte aber dennoch um eine schnelle Anerkennung Bangladeschs durch die Bundesrepublik. Die westdeutsche Botschaft lehnte ab und verwies darauf, dass der Krieg in Ostbengalen noch andauere und „daß die DDR Bangladesh aus sehr eigensüchtigen Motiven anerkennen wolle und dies vermutlich bereits getan hätte, wenn es die SU [Sowjetunion] gestattet hätte.“[88]

Dennoch wies Ministerialdirektor von Staden die bundesrepublikanische Botschaft in Neu-Delhi am 14. Dezember 1971 an, dem Vertreter des werdenden Bangladesch zu erklären, dass „das Entstehen eines Staatswesens Bangladesh und sein Eintritt in die Staatenfamilie durch eine Anerkennung der DDR nicht gefördert“ würde, da diese „im internationalen Bereich kein nennenswertes politisches Gewicht“ habe. Eine Anerkennung durch die DDR könne vielmehr zu einer Belastung werden, so die Drohung, „da Bangladesh auf diese Weise in die Auseinandersetzungen um die Anerkennung der DDR hineingezogen würde.“[89] Mit Verweis auf ihre Hallstein-Doktrin versuchte die Bundesregierung also auf einen Staat Einfluss zu nehmen, der aus ihrer Sicht offiziell noch gar nicht existierte.

---

85 Vermerk von Florin, 15. Dezember 1971, PA AA, M 1, C 1736/76.

86 Herbert Fischer (Generalkonsulat) an Oskar Fischer (Stellv. Minister, MfAA). Monatsbrief. 14.12.1971. PA AA, M 1, C 1729/76.

87 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 440.

88 Ebd.; Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 656. Ähnlich äußerte Diehl sich am selben Tag auch gegenüber Haksar, der daraufhin versicherte, „die indische Haltung in der deutschen Frage sei in auch in der gegenwärtigen Lage unverändert“, s. Diehl an AA sowie Botschaft Islamabad und SV bei der UNO in New York, 11. Dezember 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8129.

89 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 440, Anm. 4.

Wie sich später herausstellen sollte, wäre dies allerdings kaum nötig gewesen, da sowjetische Diplomaten eine Anerkennung Bangladeschs durch die DDR auch kurz vor Ende der Kampfhandlungen in Ostpakistan noch ablehnten. Sie gaben zu bedenken, „die Regierung von Bangla Desh [bestehe] aus den Vertretern der bürgerlichen Partei, Volksliga, wobei sie in ihrer Zusammensetzung im Großen und Ganzen aus den Vertretern des rechten Flügels dieser Partei besteht, die negativ eingestellt sind zur Zusammenarbeit mit den progressiven Elementen, darunter auch mit der Kommunistischen Partei von Ostpakistan“, wie ein Vertreter der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin erläuterte.[90] Trotzdem warb die DDR-Presse gegen Kriegsende zunehmend öffentlichkeitswirksam für eine internationale Anerkennung des jungen Bangladesch – noch freilich ohne dabei konkrete Aussagen zu ihren eigenen Absichten in dieser Sache zu treffen.[91]

Kurz vor Ende des Krieges ersuchte auch ein Vertreter der pakistanischen Zentralregierung die Bundesregierung ein letztes Mal um Hilfe: Angesichts der von der BRD-Regierung stets selbst proklamierten Friedenspolitik möge sie sich bei der Sowjetunion dafür einsetzen, besänftigenden Einfluss auf Indien zu nehmen. Der westdeutsche Botschafter in Pakistan, Norbert Berger, musste die Erwartungen seines Gegenübers allerdings sofort dämpfen. Er bezweifelte, „daß sich die Sowjetunion von uns in ihren weltpolitischen Überlegungen beeinflussen lassen werde.“[92]

Die indische Regierung hatte dagegen größeren Erfolg in Bonn. Nachdem Anfang Dezember 1971 der Abschluss neuer bilateraler Darlehensverträge im Rahmen eines Regierungsabkommens auf das folgende Jahr vertagt worden war,[93] kamen in Indien Gerüchte auf, die Bundesregierung könne als Reaktion auf den Ausbruch der offenen Kriegshandlungen in Bengalen ihre Entwicklungszahlungen an Indien generell aussetzen. Am 15. Dezember 1971 konfrontierte der indische Botschafter Kewal Singh Bundeskanzler Willy Brandt mit diesen Gerüchten. Brandt stellte daraufhin sofort klar, dass die bundesrepublikanische Entwicklungshilfe keineswegs grundsätzlich gestoppt worden sei, sondern lediglich keine neuen Projekte initiiert werden sollten, solange die Kampfhandlungen auf dem indischen Subkontinent andauerten.[94] Diese Einschränkung galt nur für die Kriegsgebiete.

90 „Antwort auf die Frage bezüglich Bangla Desh – gegeben vom Gesandten der Botschaft der UdSSR in der DDR, Genossen Gorinowitsch, am 13. Dezember 1971“, undatiert, PA AA, M 1, C 787/75.

91 Diehl an AA, BMVg sowie Botschaft Rawalpindi, 17. Dezember 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8130.

92 Vermerk von Berendonck, 15. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 636.

93 Vermerk von Steeg, 15. Dezember 1971, BArch, B 213/6776.

94 Vermerk von Sanne, 16. Dezember 1971, BArch, B 136/6278. Der bundesrepublikanische Generalkonsul in Kalkutta fürchtete zudem um das Wohl deutscher Staatsangehöriger im Falle einer

Obgleich es weiterhin offiziell Anspruch der Bundesregierung war, „Indien und Pakistan im entwicklungspolitischen Bereich der jeweiligen Situation entsprechend soweit wie möglich mit gleichen Maßstäben zu behandeln“,[95] bedeutete dies doch, dass die bundesrepublikanische Entwicklungshilfe an Pakistan faktisch ausgesetzt wurde, da der Krieg fast ausschließlich auf pakistanischem Boden ausgetragen wurde.[96] Wie bereits vor dem Krieg in der Frage bilateraler Rüstungsexporte, so gelang es der indischen Regierung während des Krieges auch in der Entwicklungspolitik, die Bundesregierung zu ihren Gunsten zu einer Abkehr von ihrer eigentlich streng neutralen Haltung im Bangladeschkrieg zu bewegen. Aus der indischen Botschaft in Bonn berichtete man später entsprechend zufrieden nach Neu-Delhi: „the Foreign Office was at pains to convince us that the FRG was not taking sides.“[97]

5.3 Zwischenbilanz

Allein hätten die Mukti Bahini die Unabhängigkeit Bangladeschs kaum erkämpfen können, gegen die überlegene indische Armee war der Krieg des pakistanischen Militärs in Ostbengalen dagegen von Anfang an aussichtslos. Zu zerstritten war die pakistanische Zentralregierung und zu wenig koordiniert die Zusammenarbeit zwischen politischer und militärischer Führung, als dass sie der entschlossenen, innenpolitisch gefestigten und verteidigungspolitisch gut durchorganisierten Regierung Indira Gandhi lange hätte Widerstand leisten können. Das Eingreifen des indischen Militärs beendete also schnell den seit März 1971 schwelenden Konflikt, verhalf Bangladesch zur Unabhängigkeit und setzte zudem der humanitären Katastrophe in Bengalen ein Ende.[98] Durch die pakistanische Kapi-

---

Einstellung von Entwicklungshilfezahlungen, nachdem als Antwort auf eine entsprechende US-amerikanische Ankündigung ein Mob amerikanische Einrichtungen in Kalkutta demoliert hatte. S. Linsser an AA und Botschaft Neu-Delhi, 14. Dezember 1971, BArch, B 213/7715.

95 Vermerk „Auswirkungen des indisch-pakistanischen Konflikts auf die deutsche Entwicklungshilfe“ von Fuhrmann, 13. Dezember 1971, BArch, B 213/6776.

96 Vermerk „Auswirkung des Konfliktes Indien/Pakistan auf die deutsche Entwicklungshilfe an Pakistan; hier: Bericht der Bundesregierung für den Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ von Fuhrmann an Ehard Eppler, 13. Dezember 1971, BArch, B 213/6776.

97 „Monthly Political Report for the Month of December 1971“ von D. Mukharji, 7. Januar 1972, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(49)/71.

98 Bass: *The Blood Telegram*, S. 178–9; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 288; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 115; Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 277; Mann: *Geschichte Südasiens*, 121.

tulation am 16. Dezember 1971 wurde Indien außerdem endgültig zur regionalen Vormacht in Südasien.

Das indisch-amerikanische Verhältnis allerdings wurde durch den Kriegsverlauf schwer beschädigt.[99] Aufgrund der US-amerikanischen Annäherung an die VR China und der damit entstandenen neuen strategischen Bündnislage hatte US-Präsident Nixon geglaubt, das militärische Vorgehen der indischen Regierung gegen seinen Verbündeten Pakistan nicht unbeantwortet lassen zu können. Durch die Entsendung der USS Enterprise in den Golf von Bengalen weitete sich der Bangladeschkrieg – begonnen als Freiheitsstreben der unterdrückten Bevölkerung Ostpakistans – rasch und unerwartet zu einer handfesten Krise im Kalten Krieg aus.[100]

In Indien erweckten der US-Präsident und sein Nationaler Sicherheitsberater Henry Kissinger durch diesen Schritt außerdem den Eindruck, dass ihre Südasienpolitik allein auf eine militärische Eindämmung Indiens abzielte. Dadurch und indem sie sich früh auf eine einseitige Unterstützung der pakistanischen Zentralregierung festlegte, nahm die Nixon-Administration sich jegliche Möglichkeit, in diesem Konflikt vermittelnd tätig zu werden. Nixon und Kissinger glaubten, der Kalte Krieg mache eine amerikanische Antwort auf (niemals gegebene) sowjetische Signale erforderlich.[101] Für sie war es schlichtweg unvorstellbar, dass Indien nicht Spielball eines der beiden Systemblöcke des Ost-West-Konflikts war: Wenn nicht ihr eigener, so doch zumindest derjenige ihrer sowjetischen Gegner.

Dieses Denken in der Logik des Kalten Krieges hatte nicht nur eine unnötige Parteinahme der US-Regierung zur Folge, sondern verhinderte auch, dass wenigstens die sowjetische Führung in diesem südasiatischen Konflikt als neutraler Akteur hätte auftreten können. So ließen die Großmächte ein Machtvakuum entstehen, in das die indische Regierung unter Indira Gandhi beherzt vorstieß, um ihre eigenen nationalstaatlichen Interessen in Ostpakistan durchzusetzen, die weder die sowjetischen noch die US-amerikanischen Bedürfnisse entscheidend berührten. Denn die politischen Führungen in Moskau und vor allem in

99 Dennis Kux: *Estranged Democracies. India and the United States. 1941–1991.* New Delhi: Sage Publications 1994, S. 307; Guha: *India after Gandhi*, S. 461; Baldev Raj Nayar: *American Geopolitics and India*. New Delhi: Manohar Publishers 1976, S. 214; zur Entsendung der USS Enterprise als Tiefpunkt der indo-amerikanischen Beziehungen, s. auch McMahon: *Cold War on the Periphery. The United States, India and Pakistan*, S. 294.

100 Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht?* S. 188–9; McMahon: *Cold War on the Periphery. The United States, India and Pakistan*, S. 343.

101 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 81; Sargent: *A Superpower Transformed*, S. 92; vgl. auch McMahon: Agency, Structure, and Interdependence: Reflections on the Regional and Global Cold Wars, S. 20–1.

Washington waren in erster Linie um das Schicksal von Pakistans westlichem Landesflügel besorgt. Beide wirkten also gemeinsam auf Indien ein, von einem massiven und potenziell existenzbedrohenden Schlag gegen Westpakistan Abstand zu nehmen.[102]

Nixons und Kissingers Furcht vor einer Zerstörung Westpakistans durch Indien und damit einem Gesichtsverlust der USA gegenüber der Sowjetunion und vor allem der VR China erwies sich jedoch als unbegründet: Zu keinem Zeitpunkt hegte Indira Gandhi eine solche Absicht, zumal Indien in Westpakistan im Gegensatz zum Ostflügel des Landes über keinerlei Sympathien in der Zivilbevölkerung verfügte – eine Voraussetzung, die entscheidend zum raschen Sieg der indischen Armee in Ostbengalen beigetragen hatte. Der paranoide Vorstoß der USA einschließlich Entsendung der USS Enterprise vor die indische Küste bewirkte vor allem ein beschleunigtes Vorpreschen der indischen Armee auf Dhaka.[103] Demgegenüber muss die Antwort auf die Frage, inwiefern diese US-amerikanische Drohgebärde letztlich eine indische Annektion des pakistanisch verwalteten Teils Kaschmirs verhinderte, hypothetisch bleiben, solange die indische Regierung wichtige interne Dokumente weiterhin unter Verschluss hält und die Entscheidungen der indischen Regierung im Bangladeschkrieg daher noch nicht lückenlos nachvollzogen werden können.[104]

Tatsächlich war der Handlungsspielraum der US-Regierung in diesem Konflikt aber begrenzt. In Südostasien waren die USA bereits in einen kaum kontrollierbaren Krieg verwickelt. Einen weiteren – und angesichts des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages möglicherweise hochgefährlichen – Krieg in Asien konnten die USA sich vor diesem Hintergrund kaum leisten.[105] Als Kissinger sich deshalb in den kritischen Dezembertagen 1971 bemühte, die neu gewonnenen chinesischen Partner an Stelle der USA zu einem Eingriff zugunsten des gemeinsamen Freundes Pakistan zu bewegen, scheiterten seine Versuche kläglich.

Obgleich die Regierungen in Washington und Moskau sich auch nach Ausbruch des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges im Dezember 1971 klar zu ihren südasiatischen Partnern bekannten, indem sie die Kriegsgegner jeweils einseitig mit Rüstungsgütern versorgten und zumindest andeuteten, es notfalls auch auf

---

102 Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 246; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 314.
103 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 262–3.
104 So etwa Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 114; vgl. auch Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 245. Für einige Spekulationen, s. Kanti Bajpai: India's Regional Disputes. In: Bruce Jones / Pratap Bhanu Mehta / Waheguru Pal Singh Sidhu (Hrsg.): *Shaping the Emerging World. India and the Multilateral Order*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press 2013, S. 115–130, hier S. 123.
105 Guha: *India after Gandhi*, S. 459.

eine direkte Konfrontation ankommen zu lassen, waren die Reihen der globalen Systemblöcke im Bangladeschkrieg kaum geschlossen. Gemeinsam mit einigen anderen westlichen Bündnispartnern näherte sich so etwa die Bundesregierung überraschend weit der sowjetischen Position an[106] und überschritt im Herbst 1971 mit ihren Rüstungslieferungen nach Indien klar die Blockgrenzen des Kalten Krieges. Die Ost-Berliner Führung dagegen hätte sich am liebsten noch viel eindeutiger an die Seite Indira Gandhis gestellt, um sie dadurch zur Anerkennung der DDR zu bewegen.

Gegenüber den Großmächten in Washington und Moskau übten sich Bundesregierung und die politische Führung der DDR im Bangladeschkrieg also beide in Zurückhaltung. Während sich die Bundesregierung allerdings selbst zurückhielt, wurden die DDR-Vertreter allein von der sowjetischen Führung in Moskau davon abgehalten, dem wiederholt geäußerten Wunsch der indischen Regierung zu entsprechen und Bangladesch bereits im Dezember 1971 anzuerkennen. Nichtsdestotrotz gelang es ihnen dank der zuvor zur provisorischen Regierung von Bangladesch geknüpften Kontakte, die westdeutschen Diplomaten in den Kriegstagen gleichsam vor sich her zu treiben.

Forderte die indische Regierung vor Anerkennung der Regierung von Bangladesch am 6. Dezember 1971 noch eher symbolische Gesten wie öffentliche Solidaritätsbekundungen oder die Fortzahlung von Entwicklungshilfe, so war ihre Bitte an die internationale Gemeinschaft danach deutlich klarer. Wer Bangladesch anerkannte, konnte sich nun als wahrer Freund Indiens zeigen und sich damit das Wohlwollen der indischen Regierung sichern. Auch wenn indische Diplomaten ihren Ost-Berliner Gesprächspartnern nie konkret zusagten, dass eine Anerkennung von Bangladesch durch die DDR auch unmittelbar eine Anerkennung der DDR durch Indien nach sich ziehen würde, war die Versuchung für die DDR-Führung groß, dem indischen Drängen nachzugeben. Und allein die Möglichkeit eines solchen Szenarios setzte die westdeutsche Bundesregierung wiederum bereits unter Zugzwang.

Denn tatsächlich sandte die indische Regierung in den Kriegstagen im Dezember 1971 bewusst widersprüchliche Signale an die beiden deutschen Staaten, welche deutschlandpolitischen Folgen ein solches Zeichen der Freundschaft seitens der DDR haben würde. Vor allem im MfAA hörte man dabei in erster Linie, was man hören wollte. Die Situation war dann allerdings doch etwas komplexer, als von der DDR-Führung erhofft. Während die pakistanische Regierung in Islamabad andere Staaten von einer diplomatischen Anerkennung Bangladeschs abzuhalten versuchte, zielte die Bonner Hallstein-Doktrin auf eine Nicht-

---

106 S. hierzu auch Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 265–6.

Anerkennung der DDR. In beiden regionalen Konfliktfeldern würde der jeweils andere Staat durch die unerwünschte Anerkennung also vor den Kopf gestoßen werden.

Das Problem der DDR-Führung war, dass Indien in der Bundesrepublik Deutschland deutlich mehr zu verlieren hatte als sie selbst in Pakistan, wo die DDR über keinerlei offiziellen Status verfügte. Eine Anerkennung der DDR hätte für die indische Regierung also ein deutlich größeres Risiko bedeutet als eine Anerkennung Bangladeschs für die DDR. Entsprechend unwahrscheinlich war es, dass die Hoffnungen der DDR-Führung auf eine Anerkennung durch Indien sich alsbald erfüllen würden.

So waren am Ende der Kriegshandlungen zwar die Weichen für die Entwicklungen der kommenden Wochen gestellt, die Chancen der beiden deutschen Staaten, ihre deutschlandpolitischen Interessen auf dem indischen Subkontinent durchzusetzen, hatten sich jedoch kaum verändert. Dennoch war die DDR-Führung inzwischen entschlossen, Bangladesch anzuerkennen, sobald die sowjetische Führung in Moskau dies zulassen würde.

Die Bundesregierung beteuerte öffentlich zwar nach wie vor ihre Neutralität im Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg, war tatsächlich aber zu einigen wichtigen, vor allem entwicklungspolitischen Zugeständnissen bereit, um unerwünschten Entscheidungen der indischen Regierung vorzubeugen. Letztere konnte sich über das Kuriosum der „myopic little world on both sides of the Berlin wall“, wie ein indischer Diplomat sie in den Kriegstagen beschrieb, nur wundern.[107] Als neuer und noch unerfahrener, aber nicht zu unterschätzender Akteur spielte nach Kriegsende auch die Regierung von Bangladesch eine Rolle in der deutsch-deutschen Auseinandersetzung auf dem indischen Subkontinent.

107 „Monthly Political Report – November, 1971“ von P. Johari, 8. Dezember 1971, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(82)/71.

6 Bangladesch und DDR bangen um Anerkennung

Für das Kräfteverhältnis auf dem indischen Subkontinent und für die Stellung Indiens im Machtgefüge des Kalten Krieges bedeutete der Ausgang des kurzen Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges gewaltige Umwälzungen. Während die indische Regierung nach dem Krieg auftrumpfen konnte, machte das verbliebene Rest-Pakistan ab Dezember 1971 eine schmerzhafte Katharsis durch und in Bangladesch begann ein Prozess der nationalen Einigung und Schaffung einer neuen, gemeinsamen Identität. Von diesem Prozess hofften auch die DDR-Außenpolitiker zu profitieren und in Bangladesch endlich ihren ersten südasiatischen Anerkennungserfolg erzielen zu können. Die Bundesregierung wiederum fürchtete die Signalwirkung eines solchen Schrittes gegenüber Indien und setzte deshalb alles daran, die Anerkennung der DDR durch Bangladesch noch zu verhindern.

6.1 Südasiatische und globale Kriegsfolgen

Indira Gandhis Machtstellung in Indien wurde durch den triumphalen Sieg über den Erzrivalen Pakistan dauerhaft gesichert. „Die Premierministerin ist gegenwärtig auf dem Zenith ihrer Popularität“ stellte der bundesrepublikanische Botschafter in Indien, Günter Diehl, bereits vor Kriegsende fest. Angesichts der raschen Erfolge der indischen Armee befinde sich das Land in einem „Taumel nationaler Begeisterung.“[1] Die indische Premierministerin umgab nun eine Aura der Unbesiegbarkeit. Selbst ein Oppositionspolitiker war nach der Kapitulation der pakistanischen Armee am 16. Dezember 1971 von Indira Gandhi hingerissen: „The name of the prime minister will go down in history as the golden sword of liberation of Bangla Desh.“[2]

Die indische Regierung unter Indira Gandhi hatte den durch die pakistanische Innenpolitik und den Wandel im Miteinander der Großmächte entstandenen Kairos aus indischer Sicht optimal genutzt. Der verbliebene Teil Pakistans stellte für Indiens Vormachtsanspruch in Südasien keine ernstzunehmende Bedrohung mehr dar und die indische Regierung gewann deutlich an außenpolitischem Spielraum. „Das Trauma der Niederlage gegen China 1962 war überwunden“, fasste ein zeitgenössischer Beobachter die Stimmung in Indien nach Ende des

1 Diehl an AA, 13. Dezember 1971, PA AA, B 58, Bd. 608.
2 zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 460.

https://doi.org/10.1515/9783110682038-006

Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges zusammen.[3] Der Sieg über Pakistan trug also erheblich zur Stärkung des indischen nationalen Selbstbewusstseins bei.[4]

Sowohl in indischen als auch in pakistanischen Medien wurde der Kriegsausgang bald als Sieg des Hinduismus über den Islam religiös überhöht und Indira Gandhi mitunter als hinduistische Kriegsgöttin „Durga" stilisiert. Man hielt ihr die Teilung Pakistans ebenso zugute wie die Tatsache, sich während des Krieges gegenüber den USA behauptet zu haben. Die indische Presse hob die herausragende Bedeutung des Krieges und des Jahres 1971 überhaupt als Wendepunkt in der Geschichte des unabhängigen Indiens und insbesondere für Indira Gandhis Kongresspartei hervor. Im März 1972 konnte diese sich bei Wahlen in dreizehn teilweise kritischen indischen Bundesstaaten komfortable Mehrheiten sichern – im Falle des chronisch instabilen Westbengalens allerdings weiterhin nur mithilfe massiver Einschüchterung und Wahlfälschung.[5]

Entgegen internationaler Befürchtungen hegte die indische Regierung außerdem keinerlei weitergehende territoriale Ansprüche im ehemaligen Ostpakistan, sondern zog ihre Truppen im Gegenteil innerhalb von drei Monaten wieder aus der Region ab, um Mujibur Rahmans gewählter Regierung das Feld zu überlassen.[6]

Pakistanische Aufarbeitung

> Der Hausierer hatte seinen Esel mit Glasschmuck beladen, der in beiden Satteltaschen verstaut war. Ein Mann, der ihm begegnete, klopfte mit seinem Spazierstock gegen die Tasche und fragte: „Was hast Du darin?" – „Wenn Du auch noch auf die andere Seite schlägst, habe ich nichts mehr."
> *Khan Abdul Wali Khan, Präsident der National Awami Party, über die Lage Pakistans nach Kriegsende*[7]

Für Pakistan stellte sich die Lage erwartungsgemäß völlig anders dar. Der bevölkerungsreichere Ostteil des Landes war nach einer demütigend raschen Nie-

3 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 154.

4 Ebd., S. 156; Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 280; Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 124.

5 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 264; McMahon: On the Periphery of a Global Conflict: India and the Cold War, 1947–1991, S. 296; Guha: *India after Gandhi*, S. 461–3.

6 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 194; Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 175.

7 Breuer an AA, 28. Februar 1972, PA AA, B 36, Bd. 533.

derlage gegen den Erzfeind Indien verloren und die pakistanische Armee hatte in dem kurzen Krieg fast 6.000 Gefallene zu beklagen.[8] Außerdem waren mehr als 90.000 pakistanische Soldaten und Polizisten in indische Gefangenschaft geraten.[9] Während Indira Gandhi in Indien quer durch die politischen Lager als Siegerin gefeiert wurde, standen für die pakistanische Führung vor allem die beträchtlichen materiellen Verluste des Landes im Vordergrund.

Zwar versuchte General Yahya Khan noch am 16. Dezember 1971, dem Tag der Kapitulation, die Einheit Pakistans zu retten, indem er erklärte, wenige Tage später eine neue Verfassung mit größtmöglicher Autonomie für Ostpakistan verabschieden und dann endlich auch die lang versprochene Nationalversammlung einberufen sowie den Ostbengalen Nurul Amin zum neuen Premierminister Pakistans ernennen zu wollen.[10] Seine Vorschläge fanden jedoch kein Gehör, sodass Yahya Khan am 20. Dezember 1971 dem öffentlichen politischen Druck nachgeben und vom Amt des Präsidenten zurücktreten musste. Zu seinem Nachfolger ernannte er den soeben aus den USA zurückgekehrten Zulfikar Ali Bhutto.[11] Yahya Khan selbst wurde unter Hausarrest gestellt und seine Herrschaft später vom Obersten Gerichtshof in Pakistan für von Anfang an illegitim erklärt.[12]

Am 7. Januar 1972 entließ der neue pakistanische Regierungschef Bhutto Sheikh Mujibur Rahman aus der westpakistanischen Haft in die Freiheit, der sofort über London und Neu-Delhi in seine ostbengalische Heimat zurückkehrte.[13] Bald nach Amtsantritt betonte Bhutto außerdem sein Interesse an guten Beziehungen zur UdSSR und knüpfte bereits Mitte März 1972 erste Kontakte mit der Moskauer Führung, die ebenfalls daran interessiert war, sich nicht allzu einseitig auf Indien als einzigen Ansprechpartner auf dem Subkontinent festzule-

---

8 Im Vergleich zu 1.500 Gefallenen auf indischer Seite, s. Matinuddin: *Tragedy of Error*s, S. 430–1.

9 Guha: *India after Gandhi*, S. 460; 462; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 121; davon 65.000 Zivilisten, s. Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 431.

10 Zulfikar Ali Bhutto würde dann dessen Stellvertreter und Außenminister. S. Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 84; wie es zwischen Bhutto und ihm schon Ende November 1971 ausgemacht worden war, s. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 233.

11 Kux: *The United States and Pakistan*, S. 205; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 124.

12 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 96.

13 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 264; Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 658. Die Entscheidung, zunächst nach London zu reisen, war von Mujibur Rahman selbst ausgegangen, s. Edward Heath an Willy Brandt, 15. Januar 1972, BArch, B 136/6234.

gen.[14] Wenig später nahm die Sowjetunion auch die während des Krieges ausgesetzten Maschinenlieferungen an Pakistan wieder auf.[15]

Auch darüber hinaus suchte Bhutto nach neuen internationalen Partnern und bereiste noch im Januar 1972 acht arabische Staaten im Nahen und Mittleren Osten – Ausdruck einer grundlegenden regionalen Neuorientierung Pakistans stärker hin zum arabischen Raum.[16] Bei einem Besuch in Peking versicherte er sich zusätzlich der pakistanischen Partnerschaft mit der VR China. Der US-Regierung unter Präsident Nixon dankte Bhutto öffentlich für ihre Unterstützung, die aus seiner Sicht zumindest einen indischen Angriff auch auf den pakistanischen Westflügel verhindert hatte.[17]

Zur Festigung seiner innenpolitischen Position war Bhutto an einem dauerhaften Frieden mit Indien gelegen. Auf Einladung Indira Gandhis drängte er bald zu einem bilateralen Gipfeltreffen. Im März 1972 trafen sich der pakistanische Journalist Mazhar Ali Khan und sein befreundeter indischer Kollege Sajjad Zaheer in London, um für ihre jeweiligen Regierungen die Bedingungen eines solchen Treffens und eines bilateralen Friedensvertrags auszuhandeln. Insbesondere der Status von Kaschmir blieb dabei aber weiterhin umstritten. Der Inder Zaheer forderte „an assurance that there will be no more attack, infiltration, subversion, anti-India propaganda in Kashmir" durch Pakistan. Sein pakistanischer Gesprächspartner machte jedoch deutlich, dass dies nicht Teil der offiziellen Vereinbarung werden könne: „no Government in Pak[istan] can survive if it renounces, outright, its support to Kashmiris' right of self-determination."[18]

Das indisch-pakistanische Treffen kam dann zwar tatsächlich im indischen Shimla zustande, doch auch Indira Gandhi und Zulfikar Ali Bhutto konnten den fundamentalen Streit um Kaschmir nicht lösen. Am 3. Juli 1972 schlossen die beiden Regierungschefs einen Friedensvertrag, in dem sie zukünftig Gewaltverzicht zugunsten von friedlichen bilateralen Verhandlungen, d.h. unter Ausschluss drittstaatlicher Intervention, vereinbarten und sich sogar auf eine Rückführung der 90.000 pakistanischen Kriegsgefangenen einigten. Über die Anerkennung der faktisch geltenden Line of Control hinaus blieb die Kaschmirfrage allerdings weiter unbeantwortet. Bhuttos mündliches Versprechen an Indira Gandhi, die

14 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 160; Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 123.
15 Ebd., S. 94.
16 Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 280; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 159.
17 Kux: *The United States and Pakistan*, S. 207–8.
18 Zit. n. Guha: *India after Gandh*i, S. 464.

Line of Control alsbald auch als internationale Grenze anzuerkennen, war nur anderthalb Wochen nach der Vereinbarung von Shimla bereits wieder hinfällig.[19]

Zu sehr war die Forderung nach Kaschmir Teil der pakistanischen Identität und zu sehr fühlte Pakistans politische Führung sich weiterhin von ihren indischen Widersachern gedemütigt, als dass Bhutto der indischen Premierministerin gegenüber zu echten Konzessionen bereit gewesen wäre. Am 14. Juli 1972 sprach Bhutto vor der pakistanischen Nationalversammlung von einem „solemn commitment of the people of Pakistan, that if tomorrow the people of Kashmir start a freedom movement, [...] we will be with them."[20]

Die Zwei-Nationen-Theorie als Gründungs-DNA des vereinigten und unabhängigen Pakistan war durch die staatliche Teilung als unmittelbare Kriegsfolge aber widerlegt worden.[21] Entsprechend wurden viele, vor allem konservative Stimmen in Pakistan laut, die sich nur schwer mit dem Verlust eines Großteils der Bevölkerung des Landes, seines Territoriums und der Erschütterung seiner eigenen Gründungsideologie abfinden konnten. Pakistanische Militärs etwa erhoben später den Vorwurf gegen Bhutto, er habe Mujibur Rahman zu früh und bedingungslos aus der Haft entlassen und den Prozess der Staatsbildung von Bangladesch dadurch unnötig beschleunigt.[22] Bhutto selbst wiederum rief alle Drittländer dazu auf, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bangladesch zu unterlassen. Er drohte, „Pakistan würde jede in diese Richtung zielende Aktion als ‚feindlichen Akt' betrachten und in jedem Fall die ihm möglichen Gegenmaßnahmen treffen."[23] Es war dies die (kurzlebige) Form einer pakistanischen Hallstein-Doktrin.[24]

Andererseits hatten einige andere pakistanische Politiker und Industrielle wiederum bereits vor dem Krieg hinter vorgehaltener Hand davon gesprochen, dass Ostpakistan vor allem wirtschaftlich doch mehr Last als Gewinn für das Land sei und der absehbaren Teilung entsprechend gelassen entgegengesehen.

---

19 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 106; Guha: *India after Gandhi*, S. 465; Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht?* S. 107–8; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 208.
20 Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 465.
21 Ebd., S. 466; Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht?* S. 108; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 265.
22 So etwa Niazi: *The Betrayal of East Pakistan*, S. 236–7.
23 Berger an AA, 28. Dezember 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8140.
24 Gary J. Bass: Bargaining away Justice. India, Pakistan, and the International Politics of Impunity for the Bangladesh Genocide. In: *International Security* 41,2 (2016), S. 140–187, hier S. 158; s. auch Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 93; 104; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 139; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 270.

Vor allem viele junge Pakistanis identifizierten sich ein Vierteljahrhundert nach der Staatsgründung außerdem kaum mehr wirklich mit der Zwei-Nationen-Theorie. Auch manche ausländische Beobachter hegten ganz ähnliche Hoffnungen, dass Pakistans Chancen auf eine baldige demokratische Stabilisierung ohne den armen und überbevölkerten Ostflügel des Landes nun besser stehen könnten als zuvor.[25]

Die Aussöhnung mit dem ehemaligen Ostpakistan, dem nunmehr de facto unabhängigen Staat Bangladesch (und damit dessen offizielle Anerkennung) gestaltete sich für die pakistanische Regierung unter Zulfikar Ali Bhutto dennoch schwierig, zumal die Regierung von Bangladesch unter Mujibur Rahman bald ankündigte, pakistanische Militärs nach dem Vorbild der Nürnberger Prozesse als Kriegsverbrecher anklagen zu wollen.[26]

Bangladesch als neuer südasiatischer Staat

> Bangladesh kann nicht mehr von der Landkarte gelöscht werden – es fragt sich, wer sich dort einzeichnet: die Demokraten, die Faschisten, die Anarchisten oder die Kommunisten.
> *Gisela Bonn, westdeutsche Journalistin*[27]

Eine der ersten Herausforderungen nach seiner Rückkehr aus der westpakistanischen Gefangenschaft bestand für Mujibur Rahman darin, die zersplitterten Rebellengruppen in Ostbengalen dazu zu bewegen, ihre Waffen niederzulegen.[28] Bald nach Beendigung der Kampfhandlungen hatten einige von ihnen eigenmächtig mit der gewaltsamen Verfolgung vermeintlicher Kollaborateure der westpakistanischen Armee begonnen. Mujibur Rahman bemühte sich zwar, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen und derartige Akte der Selbstjustiz zu verhindern. Dennoch wurden die Biharis in den ersten Wochen und Monaten des unabhängigen Bangladesch brutal verfolgt: Bis Mitte Mai 1972 fielen 10.000 bis 15.000 Menschen den Racheakten der bengalischen Mehrheitsbevölkerung zum

25 Ebd., S. 28; Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 91; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 52–3.

26 Ebd., S. 141; Hossein: *Bangladesh. Quest for Freedom and Justice*, S. 127.

27 Bericht über die Reise nach Indien, Bhutan und Bangladesh vom 20. März bis zum 5. Juni 1972 von Gisela Bonn, undatiert, BArch, B 136/6234.

28 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 138; Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 177. Auch die Mukti Bahini waren mehr loser Zusammenschluss diverser paramilitärischer Gruppen als ein homogener Verband, s. Hossein: *Bangladesh. Quest for Freedom and Justice*, S. 126–7.

Opfer und auch die indische Armee konnte organisierte Lynchaktionen bis zu ihrem Abzug kaum verhindern.[29]

Die etwa 500.000 auch nach dem Krieg in Ostbengalen verbliebenen Biharis galten in Bangladesch nun als Feinde im eigenen Land und fanden auch im früheren Westflügel Pakistans keine Aufnahme. Bhutto erklärte sich lediglich zu einem „Austausch" bereit, indem er ebenso viele Biharis in Pakistan aufnehmen würde wie Bengalis es gen Bangladesch verließen. In Bangladesch als Verräter betrachtet, in Indien unerwünscht und in Pakistan bestenfalls geduldet, meist jedoch verachtet, waren die Biharis eine der größten Opfergruppen des Bangladeschkriegs.[30]

Der blutige Unabhängigkeitskampf brachte für den jüngsten Staat Südasiens weitere gewaltige gesellschaftliche Umwälzungen. Gezielte Aktionen der pakistanischen Armee im Vorfeld des Krieges hatten sich insbesondere auf die (akademische) Elite Ostbengalens sowie auf die Hindu-Minderheit konzentriert. In diesen Massakern verlor das Land einen großen Teil seiner gebildeten Schicht. Außerdem musste eine große Anzahl vergewaltigter, verwitweter und verwaister Frauen und Mädchen entstigmatisiert und gesellschaftlich reintegriert werden.[31]

Die politische Aufbauarbeit in Bangladesch gestaltete sich vor diesem Hintergrund alles andere als einfach. Nach Inkrafttreten einer provisorischen Verfassung am 12. Januar 1972 stand die junge Regierung von Bangladesch unter Führung Mujibur Rahmans nicht nur vor der Herausforderung, eine von Krieg und Flutkatastrophen schwer gezeichnete Nation zu einen, sondern sah sich zusätzlich auch mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen darüber konfrontiert, wie diese Nation später einmal aussehen sollte. Vor allem sowjetisch unterstützte kommunistische Gruppen forderten nach der staatlichen Unabhängigkeit nun auch eine soziale Revolution für Bangladesch.[32] Der erste Außenminister Bangladeschs, Abdus Samad Azad, machte jedoch bereits am 24. Januar 1972 auf einer

---

29 Bass: *The Blood Telegram*, S. 277; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 143; 146.

30 Wirth / Janik / Bigler: Die Spaltung Pakistans und die Gründung der Volksrepublik Bangladesh, S. 222–3; Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 99–100; Ali: *Understanding Bangladesh*, S. 11; Bass: *The Blood Telegram*, S. 277–8; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 149; Pai: The 1971 East Pakistan Genocide. A Realist Perspective, S. 10.

31 Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 173; Bose: The Question of Genocide and the Quest for Justice in the 1971 War, S. 404–5.

32 Wirth / Janik / Bigler: Die Spaltung Pakistans und die Gründung der Volksrepublik Bangladesh, S. 220–1; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 137–8; Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 175.

Pressekonferenz deutlich, dass sein Land sich weder der Sowjetunion noch dem Westen anschließen, sondern vielmehr wie Indien bündnisfrei bleiben würde.[33]

Doch selbst die Orientierung an Indien konnte nicht als erste politische Konstante Bangladeschs gelten. Nach Kriegsende erfolgte vielmehr eine überraschend schnelle relative Entfremdung der politischen Führung Bangladeschs von ihren indischen Befreiern. Oppositionelle Kritik an Mujibur Rahman richtete sich wiederholt gegen dessen vermeintliche Patronin Indira Gandhi und vor allem im Militär wurde der Vorwurf laut, man hätte sich im Unabhängigkeitskampf gegen die pakistanische Zentralregierung allzu sehr auf die indische Unterstützung verlassen und stünde dadurch nun unnötigerweise in der Schuld der indischen Regierung.[34]

Dennoch schloss Mujibur Rahman am 18. März 1972 mit der Regierung Indira Gandhi einen 25 Jahre geltenden „Freundschafts-, Zusammenarbeits- und Friedensvertrag", der sich nicht nur nominell stark am indisch-sowjetischen Vertrag des Vorjahres orientierte. Der indischen Regierung wurden in diesem Vertrag Mitspracherechte in der Außen- und Sicherheitspolitik Bangladeschs eingeräumt. Außerdem nahm sich die Regierung von Bangladesch sowohl in ihrer Demokratie und Säkularismus bekräftigenden Verfassung als auch in der raschen Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion den indischen Nachbarn zum Vorbild.[35]

Das Echo der Großmächte

Es war genau ein solches „Abdriften" Bangladeschs in die sowjetische Einflusssphäre, das man in Washington fürchtete. Am 19. Januar 1972 teilte Mujibur Rahman dem westdeutschen Generalkonsul Enders in Dhaka mit, die außenpolitische Linie seiner Regierung stehe unter dem Vorbehalt vorheriger Konsultationen mit Indien und der Sowjetunion – wegen „der Bangladesh gewährten Unterstützung."[36] Diese und ähnliche Äußerungen des neuen Premierministers des nunmehr unabhängigen Bangladesch schienen die Einschätzung des US-Außenministers William P. Rogers vom 28. Dezember 1971 zu bestätigen, dass es

33 Enders an AA und Botschaft Rawalpindi, 25. Januar 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8133.
34 Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 182; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 139–40.
35 Ebd.; Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht?* S. 118.
36 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 10.

im sowjetischen Interesse sein müsste, ein unabhängiges Bangladesch zu schaffen, das unter seinem und Indiens Einfluss stehen würde.[37]

In Indien wurde die unaufdringliche Hilfe der UdSSR im Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg ebenfalls mit Wohlwollen aufgenommen. Insofern bedeutete der indische Sieg gegen den US-Verbündeten Pakistan – wie von Nixon und Kissinger befürchtet – tatsächlich auch einen sowjetischen Erfolg im globalen Ringen der Großmächte um Einfluss in der Dritten Welt.[38] Die schmachvolle Niederlage seines südasiatischen Partners empfand der US-Präsident durchaus auch als persönliches Scheitern. Von Indira Gandhi sprach er nach Kriegsende als „the bitch", „old witch" und schimpfte: „The Indians are bastards anyway."[39]

Kissinger und er hielten sich allerdings zugute, durch ihren Druck auf die indische Regierung immerhin verhindert zu haben, dass Indira Gandhis Armee auch noch den pakistanischen Westflügel zerschlug.[40] In öffentlichen Stellungnahmen bemühte sich US-Außenminister Rogers, Indien als Aggressor im Krieg um Ostbengalen darzustellen: „the Government of India encouraged and supported an insurgent movement whose principal purpose was the creation of an independent state of Bangladesh by force of arms." Dadurch sei eine der größten humanitären Katastrophen der Gegenwart entstanden. Im Übrigen seien die Verhältnisse in und um Ostpakistan überhaupt unklar gewesen und Gräueltaten seien von beiden Seiten des Konflikts verübt worden, versuchte er die überaus kontroverse Haltung seiner Regierung im Nachhinein zu rechtfertigen.[41] Auch der amerikanische Chefdiplomat war nach Kriegsende also auf die Linie Nixons und Kissingers eingeschwenkt und stellte sich auf die Seite der pakistanischen Zentralregierung.

Nur wenige Monate nach Beginn des Wandels in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen hatten die VR China und die USA im Bangladeschkrieg zum ersten Mal vereint gegen den gemeinsamen Gegner Sowjetunion gestanden. Nixon und Zhou Enlai äußerten sich später gleichermaßen dankbar für die zuverlässige Maklerrolle, die Yahya Khan in der Annäherung der beiden vormals verfeindeten Staaten gespielt hatte. Die amerikanisch-chinesische Eintracht währte jedoch nicht allzu lang: Beim historischen ersten Treffen eines US-Präsiden-

---

37 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 451.
38 Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht?* S. 209; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 9.
39 Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 460.
40 Kux: *The United States and Pakistan*, S. 205; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 134–5.
41 Rogers: *United States Foreign Policy 1971*, S. 110; Bose: *Dead Reckoning. Memories of the 1971 Bangladesh War*, S. 72.

ten mit Mao Zedong im Februar 1972 zeigte dieser Nixon gegenüber kaum die gewünschte Dankbarkeit.[42]

Die Annäherung an die VR China brachte der US-Regierung also nicht den von Nixon und Kissinger erhofften Schlüssel zu einem gesichtswahrenden Ende des blutigen Vietnamkriegs. Bald machte die chinesische Seite im Gegenteil deutlich, dass sie ihrem ideologisch verbündeten Brudervolk in Nordvietnam nicht ohne Weiteres in den Rücken fallen würde.[43] Im April 1972 sah die US-Regierung den von Indien geschaffenen Tatsachen dennoch ins Auge und erkannte Bangladesch als souveränen Staat an. Die sowjetische Führung hatte diesen Schritt bereits am 25. Januar 1972 getan.[44]

6.2 Die DDR auf dem Weg zur Anerkennung

Während sich die Folgen des kurzen Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges in Südasien bald manifestierten und die weltweite Akzeptanz der maßgeblich durch die indische Armee in Ostbengalen geschaffenen Tatsachen nur noch eine Frage der Zeit zu sein schien, begann für die beiden deutschen Staaten nach Ende des Krieges das eigentliche Ringen um ihre jeweiligen deutschlandpolitischen Interessen in den nunmehr drei Nachfolgestaaten Britisch-Indiens. Zwar lag das Hauptaugenmerk beiderseits der Mauer weiterhin auf der Haltung Indiens gegenüber dem Ost-Berliner Drängen auf Anerkennung, doch auch alle Schritte der Regierungen Pakistans und Bangladeschs wurden von den politischen Führungen in BRD und DDR in den Wochen und Monaten nach Kriegsende sehr genau verfolgt.

---

42 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 130; Macmillan: *Nixon and Mao*, S. 72; 238.

43 Ebd., S. 266–7; Xia / Tudda: Beijing, 1972, S. 59. Zumindest indirekt half die Annäherung den USA dennoch: Mao riet den Nordvietnamesen, sich mit dem südvietnamesischen Präsidenten Thieu zu arrangieren. Sobald die USA ihre Truppen abgezogen hätten und Ruhe eingekehrt sein würde, könne man den Kampf mit dem Süden wieder aufnehmen und gewinnen. Genau so kam es 1975 dann auch. S. Macmillan: *Nixon and Mao*, S. 271.

44 Moses: Die Vereinten Nationen, humanitäres Engagement und die Menschenrechte, S. 361; Prasad: *Indo-Soviet Relations 1947–1972*, S. 386.

Hoffnungen der DDR in Südasien

Obwohl die sowjetische Führung auch unmittelbar nach Ende der Kriegshandlungen in Ostbengalen noch immer Einwände gegen eine sofortige Anerkennung Bangladeschs durch die DDR erhob,[45] versuchten DDR-Vertreter ihre Unterstützung für Indien in diesem Konflikt nun besonders herauszustellen, in der Hoffnung, die indische Regierung dadurch endlich zur diplomatischen Anerkennung zu bewegen.[46]

In einem Brief an Indira Gandhi gab Willi Stoph am 18. Dezember 1971, zwei Tage nach der pakistanischen Kapitulation, der pakistanischen Zentralregierung die Hauptschuld am Ausbruch des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges. Er versicherte der indischen Regierungschefin, die Regierung der DDR habe größtes Verständnis dafür, dass Indien aufgrund der „kolonialen Unterdrückung und des Völkermordes des pakistanischen Militärregimes gegenüber dem Volk von Bangla Desh" zu einem militärischen Eingreifen in den Konflikt praktisch gezwungen gewesen war. Bereits in diesem Schreiben stellte Stoph außerdem fest, dass „die Regierung der DDR die rechtmäßigen Repräsentanten des Volkes von Bangla Desh" anerkenne und verlieh seiner Gewissheit Ausdruck, „daß sich die freundschaftlichen staatlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Republik Indien [...] in nächster Zukunft erfolgreich weiterentwickeln werden."[47] Allem Anschein nach hoffte der DDR-Ministerratsvorsitzende, eine mögliche Anerkennung Bangladeschs durch die DDR würde zu einer Anerkennung wiederum der DDR durch Indien führen.

Im indischen Außenministerium durchschaute man dieses Ost-Berliner Kalkül zwar sehr wohl, der indische Generalkonsul in Ost-Berlin, J. C. Ajmani, gestand seinem Gastland jedoch später immerhin zu, in der Unterstützung Indiens während des Bangladeschkriegs „nicht ausschließlich opportunistisch" gehandelt zu haben.[48] Bald nach Kriegsende bekräftigte ein indischer Diplomat auch gegenüber dem DDR-Generalkonsul Herbert Fischer, die „indische Seite [sei] der Meinung, daß [in der Frage der DDR-Anerkennung] längeres Warten

---

45 Antwort aus Moskau, „durchgesagt vom Genossen Gorinowitsch", dem damaligen sowjetischen Botschafter in der DDR, 17. Dezember 1971, PA AA, M 1, C 1046/77.

46 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 644; Schneider: *Die Außenpolitik der DDR gegenüber Südasien*, S. 20; so auch später DDR-Außenminister Otto Winzer gegenüber dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko, s. „Niederschrift über die Unterredung zwischen Genossen Winzer und Genossen Gromyko am 19. Januar 1972", 20. Januar 1972, BArch, DY 30/11654.

47 Willi Stoph an Indira Gandhi, 18. Dezember 1971, PA AA, M 1, C 1762/76.

48 „Annual Political Report for 1971" von J. C. Ajmani, undatiert, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1011(55)/72.

unzweckmäßig“ sei.[49] Aus ostdeutscher Perspektive schien der Zeitpunkt also günstig, der indischen Regierung einen Gefallen zu tun. Herbert Fischer bemühte sich, dieses Momentum zu nutzen, indem er Indira Gandhi noch einmal persönlich zu überzeugen versuchte, dass der Zeitpunkt für die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Indien und der DDR nun gekommen sei. Indira Gandhi ging hierauf jedoch nicht ein.[50]

Aus dem MfS kamen in diesen Tagen ebenfalls eher ernüchternde Nachrichten. Durch ihr Informandennetzwerk erfuhren Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes, dass die indische Regierung inzwischen nicht mehr primär nach politischer Unterstützung für das befreite Ostbengalen suchte, sondern vor allem nach Wirtschaftshilfe. Und die war eher aus Bonn als aus Ost-Berlin zu erwarten. Insofern „verliere jene Kombination an Bedeutung, wonach Indien die DDR und die DDR als Gegenleistung Bangla Desh völkerrechtlich anerkennen werde“, hieß es Ende Dezember 1971 in einer Analyse des MfS.[51]

Die DDR-Vertretung in Neu-Delhi verfiel daraufhin in Aktionismus. Ihre bereits vielfältigen Maßnahmen gegenüber der indischen Regierung flankierte sie nun zusätzlich mit dem durchaus erfolgreichen Versuch, auch eine große Anzahl indischer Parlamentarier für ihre Sache zu gewinnen. Am 23. Dezember 1971 überreichte eine Delegation von dreizehn Abgeordneten der indischen Premierministerin eine von insgesamt 447 Mitgliedern beider Häuser des indischen Zentralparlaments sowie 468 Abgeordneten aus vier Unionsstaatenparlamenten unterzeichnete Petition, in der diese die unverzügliche Herstellung diplomatischer Beziehungen mit der DDR verlangten. Begründet wurde diese Forderung damit, dass die DDR nicht nur großzügige Hilfe für Bangladesch-Flüchtlinge in Indien geleistet, sondern sich auch als erstes Drittland im Sinne der ostbengalischen Bevölkerung für eine politische Lösung des Konflikts um Ostbengalen eingesetzt habe. Die Bundesregierung habe demgegenüber eine ausgesprochen Indien-feindliche Haltung eingenommen.[52]

Hiervon zeigte die indische Regierung sich dann doch beeindruckt, wie nun auch die bundesrepublikanische Seite erfahren musste. Als am 29. Dezember 1971 ein westdeutscher Botschaftsgesandter dem indischen Joint Secretary Dr. S. Sinha ein Schreiben überreichte, in dem die Bundesregierung Indien für seine

---

49 Herbert Fischer an Axen, Winzer, Fischer und Radde, 28. Dezember 1971, BArch, DY 30/97822.
50 Herbert Fischer an Axen, Winzer und Radde, 23. Dezember 1971, BArch, DY 30/97822.
51 „Information über Indiens politische Position gegenüber Pakistan und Bangla Desh sowie über die Haltung einzelner Regierungen gegenüber den Staaten auf den indischen Subkontinent“, 24. Dezember 1971, BStU, MfS, HV A, Nr. 398.
52 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 664; s. Wortlaut der Petition, unterzeichnet von N. L. Gupta, undatiert, BArch, B 136/6262.

Zurückhaltung in der Frage der DDR-Anerkennung und damit seinen Beitrag zur Détente in Europa dankte,[53] erläuterte Sinha seinem Gesprächspartner, die DDR habe sich in den letzten Wochen sehr geschickt verhalten und „eine große Zahl einflußreicher Abgeordneter überzeugt, daß die DDR zur Anerkennung von Bangladesh bereit sei und daß sie im Unterschied zur Bundesrepublik eindeutig und vorbehaltlos auf Seiten Indiens stehe."[54]

Vor allem die Tatsache, dass die DDR keinerlei offizielle Beziehungen zu Pakistan unterhielt, wusste das DDR-Generalkonsulat sehr wirksam als Beweis für die immer wieder herausgestellte pro-indische und anti-pakistanische Haltung der DDR zu nutzen, musste man in der bundesrepublikanischen Botschaft feststellen.[55] Außerdem, so Sinha, seien die westdeutschen Bemühungen um den Abschluss eines Generalvertrages zur Regelung der deutsch-deutschen Beziehungen ohnehin aussichtslos und insofern sei nicht einzusehen, warum eine Anerkennung der DDR durch Indien die bundesrepublikanische Entspannungspolitik weiterhin behindern würde.[56] Die schlimmsten Befürchtungen der westdeutschen Botschaft in Neu-Delhi, dass Indien die DDR nun tatsächlich bald anerkennen könnte, schienen sich zu bestätigen.[57]

Entgegen früherer Zusagen der indischen Regierung rechnete der bundesrepublikanische Botschafter Diehl nun mit einer DDR-Anerkennung bereits Ende Januar oder Anfang Februar 1972. Diese neu entstandene Lage führte er vor allem auf das geschickte Agieren der DDR-Außenpolitiker im Umgang mit der Bangladesch-Frage zurück. Diehl empfahl der Bundesregierung, so bald wie möglich bilaterale Regierungskonsultationen anzuberaumen, den indischen Botschafter in Bonn vorzuladen sowie nicht zuletzt mit den europäischen Partnern und Großbritannien über eine rasche Anerkennung Bangladeschs zu beraten,[58] um der DDR so den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Diehls Amtskollege in Pakistan, Norbert Berger, warnte demgegenüber ausdrücklich vor den Konsequenzen eines solchen Schrittes in seinem Gastland. Wenn die Bundesregierung Bangladesch anerkenne, müsse sie damit rechnen, „daß Pakistan ggf. unseren Wünschen im Bereich der Deutschland-Politik künftig nicht mehr Rechnung tragen wird. Eine spürbare Verschlechterung der bisher normalen bis freundlichen bilateralen Beziehungen wäre in jedem Falle unver-

53 AA / IfZ: *AAPdB*, Bd. 3, Dok. 454, Anm. 3.
54 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 454, Anm. 9.
55 Ebd.
56 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 454.
57 Vgl. am Vortag noch Diehl an AA, Botschaften Rawalpindi und Moskau sowie die SV bei der UNO in New York, 28. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 637.
58 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 454.

meidlich." Er gab außerdem zu bedenken, dass durch eine solche Entscheidung auch die arabischen Bündnispartner Pakistans vor den Kopf gestoßen werden könnten. Insgesamt riet Berger also von einer schnellen Anerkennung Bangladeschs durch die Bundesregierung ab. Seines Erachtens sollte sie „erst nach Konsolidierung der dortigen Verhältnisse und möglichst in zeitlicher Abstimmung mit den übrigen europäischen Ländern, den USA und Japan erfolgen."[59]

Im Generalkonsulat der DDR erahnte man die Überlegungen der Gegenseite und war besorgt um den positiven Effekt der eigenen Anerkennung Bangladeschs. Herbert Fischer hielt es am 30. Dezember 1971 in einem Bericht an seine Ost-Berliner Vorgesetzten „für unbedingt erforderlich, dass [die] DDR schnell handelt und vor Anderen [die] Anerkennung [Bangladeschs] ausspricht."[60] Von Vertretern der sozialistischen Bruderstaaten hatten DDR-Diplomaten zudem erfahren müssen, dass der angestrebte Automatismus „Anerkennung zum Preis der Anerkennung" keineswegs gesichert war.[61] Der DDR-Außenminister Otto Winzer vermutete daraufhin, Indira Gandhis engste Ratgeber rieten ihr noch immer dazu, die Wünsche der Bundesrepublik zu berücksichtigen.[62] Die ostdeutschen Diplomaten in Neu-Delhi reagierten daraufhin panisch. In einem persönlichen Brief an Indira Gandhis engen Vertrauten P. N. Haksar behauptete der DDR-Generalkonsul Herbert Fischer am 6. Januar 1972 pauschal: „[Mr. Brandt's] demand that negotiations between the FRG and the GDR should not be disturbed by third countries recognizing the GDR seems to [have] be[en] initiated by Mr. Bhutto!"[63]

Abgesehen davon, dass ihr Erfolg mehr als zweifelhaft war, bestand für eine mögliche Anerkennung Bangladeschs durch die DDR zu diesem Zeitpunkt noch immer eine weitere Hürde. Das MfAA war in dieser Frage zwingend auf das Moskauer Plazet angewiesen[64] und den sowjetischen Außenpolitikern war deutlich weniger an einer sofortigen Anerkennung Bangladeschs gelegen als der Ost-Berliner DDR-Führung. In Moskau bedauerte man die internationale Isolation, zu der das wiederholte sowjetische Veto zugunsten Indiens im UN-Sicherheitsrat während des Krieges geführt hatte. Durch eine verfrühte Anerkennung der von der indischen Armee gewaltsam geschaffenen Fakten in Ostbengalen wollte die

59 Berger an AA und Generalkonsulat Dacca, 16. Dezember 1971, PA AA, DHAK, Bd. 9092.
60 Herbert Fischer an Axen, Winzer, Fischer und Radde, 30. Dezember 1971, BArch, DY 30/97822.
61 „Vermerk über ein Gespräch mit dem Botschafter der VR Polen, Genossen Gede, am 27.12.1971" von Moldt, 27. Dezember 1971, PA AA, M 1, C 1052/77.
62 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 660.
63 Herbert Fischer an P. N. Haksar, 6. Januar 1972, NMML, P. N. Haksar Papers (I-II Installment), Correspondence with Fischer, Herbert.
64 „Zur Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen DDR – Bangla Desh", 15. Dezember 1971, BArch, DY 30/97788; vgl. Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 655.

Moskauer Führung diese Isolation nun nicht noch zusätzlich unterstreichen. Im Übrigen glaubten auch sowjetische Diplomaten kaum, dass es der DDR-Führung gelingen würde, die indische Regierung davon zu überzeugen, dass die DDR sich im Bangladeschkrieg wesentlich loyaler verhalten hatte als die BRD.[65] Dennoch gaben UdSSR-Vertreter westdeutschen Diplomaten unmittelbar nach Kriegsende zu verstehen, dass die Ost-Berliner DDR-Führung Bangladesch möglicherweise bald anerkennen könnte.[66]

In der bundesrepublikanischen Botschaft in Neu-Delhi fürchtete man nach dieser sowjetischen Mitteilung sehr konkret die bevorstehende Anerkennung Bangladeschs durch die DDR und die Konsequenzen, die dies seitens der indischen Regierung möglicherweise nach sich ziehen könnte. Es sei in diesem Falle „aus indischer Sicht innen- und außenpolitisch nicht mehr einleuchtend zu begründen, warum Indien selbst und die DDR sich nicht anerkennen sollten", glaubte der bundesrepublikanische Botschafter in Neu-Delhi.[67] Westdeutsche Diplomaten suchten in diesen Tagen also verstärkt nach Argumenten, um der intensiven DDR-Aktivität auf dem indischen Subkontinent etwas entgegenzusetzen. Das Generalkonsulat in Kalkutta bat daher um detaillierte Informationen zur westdeutschen Hilfe für inzwischen nach Ostbengalen zurückgekehrte Flüchtlinge und empfahl der Bonner AA-Zentrale, in öffentlichen Mitteilungen zu betonen, „dass wir die Bangladesh-Bevölkerung bereits seit vielen Monaten effektiv unterstützt haben."[68]

Außerhalb Südasiens beurteilte man die deutschlandpolitische Lage vor Ort deutlich weniger dramatisch. So schätzte etwa der Vertreter der Bundesregierung bei der UNO in New York unmittelbar nach Kriegsende ein: „eine Anerkennung der DDR durch Indien würde hier zurzeit als Preis für die Unterstützung der Sowjetunion angesehen werden und eher gegen Indien und gegen die DDR wirken. Der Einfluss Indiens in der Dritten Welt ist durch das Vorgehen in Ostpakistan tief gesunken, so dass aus hiesiger Sicht eine Kettenreaktion [nach einer indischen DDR-Anerkennung] gegenwärtig kaum zu erwarten ist." Er gab außerdem zu bedenken, dass sich auch die Bundesregierung „durch eine frühe Anerkennung von Bangla Desh in den Vereinten Nationen kaum Freunde erwerben […], aber viele vor den Kopf stoßen" würde.[69]

65 „Zur Frage der Anerkennung Bangla Deshs", undatiert, BArch, DY 30/97788.
66 Diehl an AA sowie Botschaften Moskau und Rawalpindi, 17. Dezember 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8130.
67 Diehl an AA, 7. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.
68 Linsser an AA und Botschaft Neu-Delhi, 10. Januar 1972, PA AA, B 30, Bd. 671.
69 Gehlhoff an AA sowie Botschaften Washington, London, Paris, Neu-Delhi, Rawalpindi, Rom, Moskau, Tokio und die SV bei der NATO in Brüssel, 17. Dezember 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8130.

Die DDR und Bangladesch

In Ost-Berlin hatte man sich mittlerweile entschieden: Da Vertreter Bangladeschs ostdeutschen Diplomaten schon früher eine gegenseitige Anerkennung zugesagt hatten, würde die DDR zunächst Bangladesch anerkennen.[70] So konnte man sich der Anerkennung zumindest eines südasiatischen Staates gewiss sein und darüber hinaus bestand noch immer Hoffnung, dass dieser Schritt auch auf die indische Regierung die gewünschte Wirkung haben würde.[71]

Als eine Art Testballon teilte Herbert Fischer dem Leiter der Mission Bangladeschs in Neu-Delhi, H. R. Choudhury, am 17. Dezember 1971 mit, dass die DDR die im Dezember 1970 gewählten Abgeordneten „als die einzig rechtmäßigen und kompetenten Vertreter von Bangla Desh" betrachte.[72] Fischers Erklärung wurde positiv entgegengenommen. Choudhury bekräftigte noch einmal das bereits zuvor gegebene Versprechen, dass im Falle einer Anerkennung Bangladeschs durch die DDR Gegenseitigkeit gelten würde und vergaß dabei nicht zu erwähnen, dass bundesrepublikanische Diplomaten bereits vor einer Anerkennung der DDR durch Bangladesch gewarnt hätten.[73]

Im MfAA drängte man daraufhin zu noch größerer Eile. Am 22. Dezember 1971 wurde ein Anlass gefunden, einen offiziellen DDR-Vertreter nach Ostbengalen zu entsenden. Sachspenden (Medikamente, Schulmaterialien etc.) sollten mit einer Sondermaschine der DDR-Fluggesellschaft „Interflug" nach Dhaka gebracht und dieser Transport von einem ostdeutschen Diplomaten begleitet werden. Außerdem wollte man bei dieser Gelegenheit öffentlichkeitswirksam 25 erholungsbedürftige Ostbengalen für vier Wochen zur Behandlung in die DDR einladen.[74]

---

70 „Vermerk über Gespräch mit dem Außenminister von Bangla Desh, Abdus Samad Azad am 7. 1.1972, 10.30 Uhr bis 11.00 Uhr im Ashoka Hotel" von Herbert Fischer, 8. Januar 1972. PA AA, M 1, C 787/75; anberaumt schon zuvor, s. Herbert Fischer an Winzer und Radde, 8. Dezember 1971, BArch, DY 30/97822; s. auch „Zur Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen DDR – Bangla Desh", 15. Dezember 1971, BArch, DY 30/97788.

71 „Vermerk über ein Gespräch des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Genossen Oskar Fischer mit dem Gesandten der Botschaft der UdSSR in der DDR, Genossen Gorinowitsch, am 3. 1. 1972" von Bauer, 3. Januar 1972, PA AA, M 1, C 787/75; „Vorschlag zum weiteren Vorgehen gegenüber Indien und Bangla Desh" von Radde, 4. Januar 1972, PA AA, M 1, C 787/75.

72 Notiz vom 17. Dezember 1971, BArch, DY 30/97788.

73 „Zu den Beziehungen DDR – Indien und zum Konflikt auf dem indischen Subkontinent", Bericht des Generalkonsulats Neu-Delhi, undatiert, BArch, DY 30/97822.

74 „Beschluß über eine Spende der Deutschen Demokratischen Republik an die Regierung von Bangla Desh", Präsidium des Ministerrates, 22. Dezember 1971, BArch, DC 20-I/4/2577.

Während DDR-Außenpolitiker alles daransetzten, die gegenseitige Anerkennung mit Bangladesch zu sichern, war man auf bundesrepublikanischer Seite nach eigenen Informationen aus der Bangladesch-Mission in Neu-Delhi recht zuversichtlich, dass der DDR selbst dies nicht gelingen würde. „Den Vertretern von ‚Bangla Desh' scheint – schon aus wirtschaftlichen Gründen – mehr an einer Anerkennung durch die Bundesrepublik gelegen zu sein"[75], hieß es bald nach Kriegsende in einem AA-Bericht. Dennoch wollte man auf eine britische Anregung, die Entwicklungshilfezahlungen an das ehemalige Ostpakistan nach Kriegsende nun fortzuführen, zunächst noch nicht eingehen, um dieses später womöglich noch wichtige Druckmittel nicht zu früh aus der Hand zu geben.[76]

Bundesrepublikanische Diplomaten sprachen in diesen Tagen wiederholt und nicht ohne Erfolg in der Bangladesch-Mission in Neu-Delhi vor, um vor einer DDR-Anerkennung zu warnen. Am 29. Dezember 1971 gab der Missionsleiter Choudhury einem westdeutschen Diplomaten gegenüber freimütig zu, der DDR-Generalkonsul Herbert Fischer habe ihm zwar eine gegenseitige Anerkennung vorgeschlagen, er werde seiner Regierung jedoch empfehlen, dieses Angebot selbst im Falle einer Anerkennung durch die DDR nicht anzunehmen. In der Regel folge die Regierung seinen Empfehlungen auch.[77] Eine Fehleinschätzung, wie sich später herausstellen sollte.

Das Auswärtige Amt bemühte sich, diese Empfehlung Choudhurys durch sanften Druck auf die kurz zuvor in Dhaka offiziell gebildete Regierung zu unterstreichen. Um den befürchteten Effekt einer Anerkennung Bangladeschs durch die DDR abzumildern, wurde der dortige westdeutsche Generalkonsul Rolf Enders Anfang Januar 1972 angewiesen, vor Ort „die notwendigen Kontakte unterhalb der Schwelle der Anerkennung aufzunehmen."[78] Außerdem erwog man im AA, einige Entwicklungshilfeprojekte in Ostbengalen bereits früher als geplant wieder aufzunehmen.[79] Botschafter Diehl in Neu-Delhi hoffte, solche Gesten könnten eine Anerkennung der DDR durch Bangladesch womöglich noch abwenden und empfahl der Bundesregierung noch einmal, Bangladesch selbst sobald wie möglich und gemeinsam mit anderen europäischen Partnerländern anzuerkennen.[80]

---

75 Müller an Botschaft London, 20. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 633.
76 Jungfleisch an Botschaften Brüssel, Ottawa, Paris, Rom, Tokio, Den Haag, Oslo, Stockholm, Washington, London, Kopenhagen, Wien, Islamabad und Neu-Delhi sowie die SV bei der UNO in New York, 23. Dezember 1971, PA AA, B 30, Bd. 671.
77 Diehl an AA, 31. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 637.
78 Vermerk von Berendonck, 4. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 691.
79 Vermerk von Herbst, 6. Januar 1972, PA AA, B 30, Bd. 671.
80 Diehl an AA sowie Botschaften Rawalpindi, Moskau, Paris und London, 7. Januar 1972, PA AA, B 30, Bd. 673.

Zwischen den Diplomaten der BRD und der DDR begann ein regelrechter „Wettlauf nach Dhaka."[81] Im MfAA fürchteten DDR-Diplomaten die Wankelmütigkeit der unerfahrenen Regierung von Bangladesch. Trotz Zusage des designierten Außenministers von Bangladesch bezweifelte der stellvertretende DDR-Außenminister Oskar Fischer am 3. Januar 1972, dass bei einer Anerkennung durch die DDR wie vereinbart Gegenseitigkeit gelten würde. Er hatte anderslautende Informationen erhalten und vermutete richtig, „dass hier bereits Westdeutschland seine Hände im Spiel" hatte.[82] Der oberste Vertreter der DDR in Indien Herbert Fischer war dagegen deutlich zuversichtlicher, dass die Regierung von Bangladesch sich an die gegebene Zusage halten würde.[83]

Die Begleitung der DDR-Hilfssendung nach Südasien war in Ost-Berlin mittlerweile zur Chefsache geworden. Otto Winzer, der Außenminister der DDR, würde den selbst Transport nach Südasien begleiten und hoffte, bei einer Zwischenlandung in Neu-Delhi auch mit Indira Gandhi und seinem indischen Amtskollegen Swaran Singh sprechen zu können.[84] Herbert Fischer drängte seinen Vorgesetzten, die Reise nach Indien nicht unnötig hinauszuzögern, da ihre Erfolgsaussichten sich sonst aufgrund weiterer Interventionen der bundesrepublikanischen Botschaft verschlechtern könnten.[85] Vor der Abreise Winzers nach Südasien bedurfte es allerdings nach wie vor einer sowjetischen Zustimmung zur Anerkennung Bangladeschs durch die DDR.[86]

Am 7. Januar 1972 kam endlich die Nachricht aus dem Politbüro der KPdSU in Moskau, dass man die Haltung der DDR gegenüber Bangladesch als sehr verständlich betrachte und sie nötigenfalls sogar in der indischen Öffentlichkeit unterstützen würde.[87] Am selben Tag traf der DDR-Generalkonsul Herbert Fischer den designierten Außenminister Bangladeschs Abdus Samad Azad, um sicherzugehen, dass die versprochene Gegenseitigkeit der Anerkennung weiterhin gelten

81 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 660.

82 „Vermerk über ein Gespräch des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Genossen Oskar Fischer mit dem Gesandten der Botschaft der UdSSR in der DDR, Genossen Gorinowitsch, am 3. 1. 1972" von Bauer, 3. Januar 1972, PA AA, M 1, C 787/75.

83 Herbert Fischer an Otto Winzer, 4. Januar 1972, BArch, DC 20/17218.

84 Otto Winzer an Herbert Fischer, 5. Januar 1972, BArch, DC 20/17216.

85 Herbert Fischer an Otto Winzer, 5. Januar 1972, BArch, DC 20/17216.

86 „Vermerk über ein Gespräch des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Genossen Oskar Fischer mit dem Gesandten der Botschaft der UdSSR in der DDR, Genossen Gorinowitsch, am 3. 1. 1972" von Bauer, 3. Januar 1972, PA AA, M 1, C 787/75; „Vorschlag zum weiteren Vorgehen gegenüber Indien und Bangla Desh" von Radde, 4. Januar 1972, PA AA, M 1, C 787/75.

87 „Telefonische Mitteilung des Genossen Erich Honecker", 7. Januar 1972, PA AA, M 1, C 787/75; anders interpretiert dies allerdings Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 656; 659.

würde. Azad sagte dies grundsätzlich zu, äußerte in dem Gespräch allerdings bereits Bedenken hinsichtlich der bundesrepublikanischen Reaktion. Herbert Fischer wischte diese rasch beiseite: Die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Bangladesch sei für die von Bangladesch ebenfalls angestrebte Anerkennung durch die Bundesrepublik Deutschland im Gegenteil eher noch förderlich. Er erläuterte Azad, „dass überall, wo die DDR allein vertreten ist, die Bundesrepublik bemüht ist, möglichst schnell ebenfalls in Erscheinung zu treten. [...] Dieses Argument fand der Minister sehr einleuchtend" und stimmte dem geplanten Besuch des DDR-Außenministers in Dhaka am 12. Januar 1972 zu.[88]

Am Folgetag, dem 8. Januar 1972, bat Azad Herbert Fischer dann jedoch unvermittelt um einen Aufschub des Besuchs um einige Tage. Seines Erachtens war es nunmehr am besten, „wenn der Minister am 15. und 16.1. in Dacca sein könnte." Fischer vermutete daraufhin, „dass ihm von indischer Seite empfohlen wird, den Termin etwas hinauszuschieben."[89] DDR-Diplomaten in Dhaka nahmen später an, diese Verzögerung durch Azad sei außerdem auf den Wunsch der Regierung von Bangladesch zurückzuführen, ihre Bündnisfreiheit hervorzuheben, indem sie nach Ende des Krieges zunächst die Anerkennung durch einige westliche Länder abwartete.[90] Von Azad erfuhren sie zudem, dass Mujibur Rahman unbedingt vermeiden wollte, die Bundesregierung unnötig zu verärgern, da er auf einen positiven Einfluss der Regierung Brandt auf die EWG und den Commonwealth hoffte. Ernüchtert mussten die ostdeutschen Diplomaten in Dhaka feststellen: „R[ahman] versucht bereits jetzt günstige Voraussetzungen für ein ‚Balancieren' zwischen BRD und DDR zu schaffen."[91]

Trotz dieser Irritationen traf Otto Winzer am 9. Januar 1972 wie geplant in Neu-Delhi ein. Am Flughafen empfing ihn der indische Minister für Tourismus und Zivilluftfahrt Dr. Karan Singh. Das indische Außenministerium gab zwar zunächst an, selbst erst am Vorabend über diesen „unscheduled visit" informiert worden zu sein, korrigierte diese offizielle Aussage später jedoch dahingehend, dass der DDR-Außenminister „Gast der indischen Regierung sei und eine schon vor längerer Zeit ausgesprochene Einladung angenommen habe."[92] Am selben Tag sprach Winzer mit seinem designierten Amtskollegen Abdus Samad Azad,

88 Vermerk von Fischer, 8. Januar 1972, PA AA, M 1, C 787/75.

89 Ebd.

90 Dies entsprach auch der Argumentation des Leiters der Bangladesch-Mission in Neu-Delhi zwei Wochen zuvor, s. Diehl an AA, 31. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 637.

91 S. handschriftliche „Hinweise für Gen. Minister Winzer" von Kawretzke und Pierschel, 14. Januar 1972, PA AA, M 1, C 1046/77.

92 Behrends an AA, 9. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

um ihm die Bereitschaft der DDR mitzuteilen, Bangladesch offiziell anzuerkennen. Azad bedankte sich bei Winzer für die von Anfang an bewiesene Solidarität der DDR mit dem ostbengalischen Befreiungskampf. „Die DDR ist in Bangla Desh zu einem Begriff geworden", versicherte er dem ostdeutschen Außenminister und erklärte, dass die Regierung von Bangladesch zur sofortigen Entsendung eines Botschafters in die DDR bereit sei.[93]

Da die verschiedenen DDR-Aktionen zuletzt ein überaus positives Echo in der indischen Presse hervorgerufen hatten,[94] wollte die Bundesregierung dem Eintreffen Otto Winzers in Neu-Delhi nun mit eigenen, ähnlich öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen begegnen. Am Tag der Ankunft Winzers in Neu-Delhi wurde Botschafter Diehl von der Bonner AA-Zentrale angewiesen, den am nächsten Morgen ebenfalls dort erwarteten Mujibur Rahman am Flughafen zu begrüßen, um ihm Grüße der Bundesregierung und die besten Wünsche insbesondere von Bundeskanzler Willy Brandt auszurichten. Das Generalkonsulat in Dhaka wiederum beauftragte man, die Regierung von Bangladesch auf diese westdeutsche Solidaritätsbekundung aufmerksam zu machen und am dortigen Empfang für Mujibur Rahman ebenfalls teilzunehmen – „wenn dies auch die dortigen Vertreter Großbritanniens und Frankreichs tun."[95] Wie erhofft zeigte sich der soeben erst aus der pakistanischen Haft entlassene designierte Premierminister Bangladeschs ausgesprochen dankbar für diese bundesrepublikanische Geste.[96]

Aus deutschlandpolitischer Sicht bedeutete der Umgang mit Mujibur Rahman für die Bundesregierung indes auch ein gewisses Dilemma, galt es doch gegenüber ihm und dem pakistanischen Regierungschef Zulfikar Ali Bhutto, „wegen unserer eigenen Teilungsprobleme mögliche Mißverständnisse [zu] vermeiden", wie Bundesaußenminister Walter Scheel zu bedenken gab.[97] Um nicht den Eindruck zu erwecken, die westdeutsche Solidarität mit Rahman bedeute eine indirekte Freigabe der DDR-Anerkennung, griffen bundesrepublikanische Diplo-

---

93 „Vermerk über ein Gespräch des Außenministers der DDR, Gen. Otto Winzer, mit dem Außenminister der Volksrepublik Bangla Desh, Abdul Samad Azad, am 9. Januar 1972, 13.00 Uhr" von Radde, undatiert, PA AA, M 1, C 787/75.
94 Diehl an AA sowie Botschaften Rawalpindi, Moskau, Paris und London, 7. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 694.
95 Van Well an Botschaft Neu-Delhi, Generalkonsulat Dhaka, Botschaften Rawalpindi, London, Paris, Washington und Moskau sowie an SV bei der UNO in New York und bei der NATO in Brüssel, 9. Januar 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8133.
96 Behrends an AA, das Generalkonsulat Dacca, die SV bei der UNO in New York sowie die Botschaften Rawalpindi, London, Paris, Washington, Moskau und die SV bei der NATO in Brüssel, 10. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 694.
97 Sanne an Schilling, 9. Januar 1972, BArch, B 136/6234.

maten gegenüber Vertretern Bangladeschs neben öffentlich sichtbaren Zeichen der Verbundenheit auch auf diskretere Mittel zurück, um die DDR-Anerkennung durch Bangladesch doch noch zu verhindern.

In der Nacht vor Rahmans Eintreffen in Neu-Delhi stellte der westdeutsche Gesandte Wolfgang Behrends den designierten Außenminister von Bangladesch Abdus Samad Azad zur Rede. Auf die Frage, ob er den DDR-Außenminister tatsächlich nach Bangladesch eingeladen habe, wich Azad aus: „Winzer habe ihn zu einem Besuch der DDR eingeladen; er habe sich verpflichtet gefühlt, diese Einladung zu erwidern." Behrends gab sich daraufhin geschlagen. Die Chancen, eine Anerkennung der DDR durch Bangladesch noch abzuwenden, schätzte er nun deutlich schlechter ein: „Es wird der außenpolitisch unerfahrenen Bangla Desh Regierung sehr schwerfallen, dem Drängen Winzers auf gegenseitige Anerkennung zu widerstehen."[98]

Immerhin verfehlte die Begrüßung des Awami-League-Führers durch westdeutsche Diplomaten auf dem Flughafen in Neu-Delhi am Morgen des 10. Januar 1972 ihre Wirkung nicht, wie Behrends später zufrieden berichtete: „Sheikh Mujibur Rahman verabschiedete sich mit besonderer Herzlichkeit von mir. DDR-Generalkonsul Fischer, der bei der Ankunft mein Gespräch mit Mujibur Rahman mitgehört hatte, übermittelte beim Abflug dem Sheikh die besten Wünsche der Regierung und des Volkes der DDR, was von diesem ohne besonderes Interesse und einem kurzen ‚thank you' entgegengenommen wurde."[99]

Der zeitgleich ebenfalls in Neu-Delhi anwesende, aber nicht zum Empfang Mujibur Rahmans am Flughafen geladene DDR-Außenminister Otto Winzer beschloss daraufhin, schnell Tatsachen zu schaffen. Am 11. Januar 1972 empfing er den Leiter der Bangladesch-Mission im DDR-Generalkonsulat in Neu-Delhi, um ihm im Auftrag von Walter Ulbricht und Willi Stoph ein Schreiben an Mujibur Rahman zu übergeben, in dem die DDR offiziell die völkerrechtliche Anerkennung Bangladeschs aussprach.[100] Damit hatte die DDR-Führung ihren wichtigsten Trumpf im Umgang mit Bangladesch aus der Hand gegeben und konnte nur noch hoffen, dass die Regierung von Bangladesch zu ihrem gegebenen Wort stehen würde.

98 Behrends an AA, das Generalkonsulat Dacca, die SV bei der UNO in New York sowie die Botschaften Rawalpindi, London, Paris, Washington, Moskau und die SV bei der NATO in Brüssel, 10. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 694.
99 Ebd.
100 „Bericht über die Reise des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR nach Indien und Bangladesh vom 8. 1. – 19. 1. 1972" von Bräsel, 2. März 1972, PA AA, M 1, C 1753/76; zu dessen Wortlaut s. Otto Winzer an Sheik Mujibur Rahman, 10. Januar 1972, PA AA, M 1, C 1045/77.

Anders als in den westdeutschen Auslandsvertretungen vor Ort, hielt man dies in der Bonner AA-Zentrale für wenig wahrscheinlich und wertete die einseitige Anerkennung Bangladeschs durch die DDR vielmehr als ein Zeichen, dass die Ost-Berliner DDR-Führung ihr „Ziel der unmittelbaren gegenseitigen Anerkennung mit ‚Bangla Desh' nicht erreicht" hatte. Entsprechend sahen westdeutsche Diplomaten zumindest öffentlich auch keine unmittelbare Gefahr einer DDR-Anerkennung durch Indien mehr. Hinsichtlich einer eigenen Anerkennung Bangladeschs gab man allerdings weiterhin zu bedenken, dass Zurückhaltung auch deshalb geboten sei, „um nicht wegen Anerkennung eines geteilten Landes Fehlinterpretationen in der Deutschlandfrage ausgesetzt zu sein."[101]

Gegenüber seinen indischen Gastgebern bemühte Otto Winzer sich nun, aus der einseitig ausgesprochenen Anerkennung Bangladeschs politisches Kapital zu schlagen. Am selben Tag stellte er das Ergebnis des Bangladeschkriegs in einem Gespräch mit seinem indischen Amtskollegen Swaran Singh als einen gemeinsamen Sieg Indiens und der sozialistischen Staaten (und damit auch der DDR) dar. Er betonte, dass die DDR die Reaktion verschiedener mit Pakistan befreundeter arabischer Staaten auf die nunmehr ausgesprochene Anerkennung Bangladeschs fürchte. Der DDR-Außenminister forderte von Swaran Singh deshalb internationale Rückendeckung: „Der beste Schritt wäre nach Meinung der DDR die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Indien." Er verlangte eine definitive Zusage sowie einen Zeitpunkt, zu welchem dies geschehen sollte.[102]

Zwar stimmte der indische Außenminister seinem Gast insofern zu, als die DDR „der ‚unsichtbare Partner' im Kampf des Volkes von Bangla Desh gewesen" und die Entscheidung über die Anerkennung der DDR in der Sache bereits getroffen sei. Er ließ sich allerdings weiterhin nicht auf einen konkreten Termin festlegen. Indien habe eine schwierige Zeit hinter sich, erläuterte er, und man wolle „vermeiden, Schwierigkeiten an mehreren Fronten zu schaffen."[103] Damit waren offensichtlich indische Bedenken angesichts möglicher westdeutscher Reaktionen auf eine Anerkennung der DDR gemeint. Noch immer konnte der DDR-Außenminister in Indien nicht den erhofften Durchbruch erzielen.

Auch die Vertreter Bangladeschs versuchten die entstandene Situation auf ihre Weise zu nutzen. Noch am selben Tag informierte der Leiter der Bangladesch-Mission Choudhury die bundesrepublikanische Botschaft in Neu-Delhi

101 Sprechzettel zur Lage in Südasien von Berendonck, 11. Januar 1972, PA AA, B 30, Bd. 671.
102 „Vermerk über ein Gespräch des Außenministers, Gen. Otto Winzer, mit dem Außenminister Indiens, Herrn Swaran Singh" von Radde, 11. Januar, PA AA, M 1, C 787/75.
103 Ebd.

über die durch Winzer im Namen der DDR ausgesprochene diplomatische Anerkennung von Bangladesch. Er betonte, dass Bangladesch dem Drängen der DDR auf Gegenseitigkeit der Anerkennung nur noch schwer widerstehen könne und appellierte an die Bundesregierung, Bangladesch ihrerseits noch vor Eintreffen Winzers in Dhaka anzuerkennen. Zuletzt argumentierte er auch mit der Logik des Kalten Krieges: Indem der Westen mit der Anerkennung Bangladeschs zögere, werde der jüngste südasiatische Staat „in die Arme des Ostblocks getrieben […] und die linksextremen Kräfte" im Land gestärkt.[104] Die Bundesregierung zeigte sich hiervon allerdings kaum beeindruckt und betonte stattdessen öffentlich, dass sie ihre Entscheidung in der Bangladesch-Frage unabhängig von der Anerkennung Bangladeschs durch die DDR treffen würde.[105]

Nachdem Otto Winzers Besuch in Dhaka zwischenzeitlich vom 12. auf den 15. Januar 1972 verschoben worden war,[106] traf er sich am 12. Januar 1972 in Neu-Delhi zu einem Gespräch mit Indira Gandhi. Der DDR-Außenminister kam rasch zur Sache. Als Winzer sie dazu aufforderte, ihm zumindest bei seiner bevorstehenden Rückkehr aus Dhaka wenige Tage später eine konkrete Antwort auf die Frage zu geben, wann die DDR mit der offiziellen Anerkennung durch Indien rechnen könne, wich die indische Premierministerin aus. Sie erläuterte ihm, dass sie aufgrund bevorstehender Wahlen in mehreren indischen Bundesstaaten derzeit nicht mit allen Kabinettsmitgliedern über diese Frage sprechen könne, versprach aber, sich um eine baldige Entscheidung zu bemühen. DDR-Diplomaten nahmen daraufhin an, dass einige der engsten Berater Indira Gandhis sie noch von einer positiven Entscheidung abhalten könnten.[107]

Wenigstens in Bangladesch sollte nun ein möglichst schneller Erfolg erzielt werden. Anlässlich der Vereidigung der neuen Regierung in Dhaka am 12. Januar 1972 wurden Mujibur Rahman und der designierte Außenminister des jungen Staates von den bereits anwesenden DDR-Diplomaten geradezu „belagert", wie man aus dem westdeutschen Generalkonsulat in Dhaka berichtete.[108] Am

104 Diehl an AA, Botschaften Luxemburg, Washington, London, Paris, Moskau und das Generalkonsulat Dacca, 11. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 694.
105 „Pressekonferenz 5/72 am Mittwoch, 12. Januar 1972, 16.00 Uhr, Pressehaus X", PA AA, B 37, Bd. 694.
106 „Vermerk über ein Gespräch des Außenministers der DDR, Gen. Otto Winzer, mit dem Außenminister der Volksrepublik Bangla Desh, Abdul Samad Azad, am 9. Januar 1972, 13.00 Uhr" von Radde, undatiert, PA AA, M 1, C 787/75.
107 „Vermerk über ein Gespräch des Außenministers, Gen. Otto Winzer, mit dem Premierminister Indiens, Frau Indira Gandhi, am 12.1.1972" von Radde, 12. Januar, PA AA, M 1, C 787/75.
108 Kriegler an AA, 13. Januar 1972, BArch, B 136/6234.

15. Januar 1972 traf dann als erster ausländischer Außenminister überhaupt[109] auch der DDR-Außenminister selbst in Begleitung unter anderem des DDR-Generalkonsuls Herbert Fischer in Dhaka ein. Er sprach mit dem Staatspräsidenten Bangladeschs Abu Sayeed Chowdhury, Premierminister Mujibur Rahman und Außenminister Abdus Samad Azad, wobei er die Solidarität der DDR mit dem bengalischen Freiheitskampf und die Anerkennung Bangladeschs durch die DDR besonders hervorhob.[110] Im MfAA war man Bangladesch gegenüber zu großen Zugeständnissen bereit, um die zuvor zugesagte Gegenseitigkeit der Anerkennung zu sichern. Man würde sogar „die Kosten für die Einrichtung und den Unterhalt der Botschaft der Volksrepublik Bangla Desh in Berlin [...] übernehmen“[111], was deutlich über die Handlungsempfehlungen der Sowjetunion hinausging.[112]

Am Tag seiner Ankunft in Dhaka führte Otto Winzer dann ein längeres Gespräch mit seinem Amtskollegen Abdus Samad Azad. Dieser schlug dem DDR-Außenminister ein gemeinsames Kommuniqué vor, in dem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten verkündet werden sollte. Dabei wies er darauf hin, dass westdeutsche Diplomaten zwischenzeitlich gegen diesen beabsichtigten Schritt zu intervenieren versucht hätten und Indira Gandhi ihn über die Bangladesch-freundliche Haltung des westdeutschen Bundeskanzlers Willy Brandt informiert hätte. Winzer zeigte sich sehr dankbar, dass die Regierung Bangladeschs dennoch zu ihrem Wort stehen wollte und machte einige inhaltliche Vorschläge zum Kommuniqué.[113] Vor allem betraf dies die Formulierung, beide Regierungen seien „übereingekommen, diplomatische Beziehungen zwischen beiden Staaten entsprechend der Wiener Konvention vom 18. April 1961 herzustellen“,[114] wodurch die staatliche Souveränität der DDR zusätzlich betont werden sollte.

In einem Gespräch mit Mujibur Rahman bedankte dieser sich am selben Tag bei Winzer für die Anerkennung Bangladeschs durch die DDR, stimmte der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu und

---

109 Schneider: *Die Außenpolitik der DDR gegenüber Südasien*, S. 20; 23.

110 Enders an AA und Botschaft Rawalpindi, 22. Januar 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8133.

111 „Hinweise für das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten von Bangla Desh, Sheik Mujibur Rahman und dem Außenminister von Bangla Desh“, 13. Januar 1972, PA AA, M 1, C 1046/77.

112 Vgl. handschriftliche „Hinweise für Gen. Minister Winzer“ von Kawretzke und Pierschel, 14. Januar 1972, PA AA, M 1, C 1046/77.

113 „Vermerk über die Gespräche mit Außenminister Abdus Samad Azad am 15.1.1972“, 17. Januar, PA AA, M 1, C 787/75.

114 „Gemeinsames Kommuniqué über den Besuch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Winter, in der Volksrepublik Bangladesh“, undatiert, PA AA, M 1, C 1046/77.

bestätigte am Folgetag das ausgearbeitete gemeinsame Kommuniqué „ohne Einschränkung."[115] Otto Winzer wiederum bemühte sich bei diesem ersten Treffen sofort darum, Mujibur Rahman die Ost-Berliner Sicht auf das deutsch-deutsche Verhältnis näherzubringen. Er betonte, „daß es genauso wie es zwischen Bangladesh und Pakistan kein sogenanntes innerpakistanisches Sonderverhältnis geben kann, auch zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD kein sogenanntes innerdeutsches Sonderverhältnis geben wird."[116]

Nach Indien und Bhutan wurde die DDR mit Veröffentlichung des Kommuniqués am 16. Januar 1972 das dritte Land, das Bangladesch anerkannte, und der erste europäische Staat überhaupt.[117] Den „Wettlauf" um Bangladesch hatte die DDR damit klar gewonnen.[118]

Deutsch-indische Regierungskonsultationen

Wichtiger als die Anerkennung der DDR durch Bangladesch war aus westdeutscher Sicht nach wie vor die Frage, welche Reaktionen dieser Schritt in der indischen Regierung hervorrufen würde.[119] Diese sandte in diesen kritischen Tagen ausgesprochen widersprüchliche Signale: Einerseits nährte der indische Botschafter in Bonn die dortigen Sorgen, als er am 12. Januar 1972 – am Tag nach Winzers Verkündigung der Anerkennung Bangladeschs durch die DDR – im Bundeskanzleramt vorsprach, um unter anderem zu erfragen, in welchen Punkten bei ihren bilateralen Verhandlungen denn überhaupt noch größere Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundesrepublik und DDR bestünden.[120]

Die Bundesregierung musste daraufhin annehmen, dass der indische Botschafter im Auftrag seiner Regierung auszuloten versuchte, wie man im Bundes-

115 „Vermerk über Gespräch mit Premierminister, Sheikh Mujibur Rahman am 15.1.72, 17.15 Uhr bis 17.55 Uhr in dessen offizieller Residenz" von Herbert Fischer, 17. Januar, PA AA, M 1, C 787/75.
116 „Bericht über die Reise des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR nach Indien und Bangladesh vom 8. 1. – 19. 1. 1972" von Bräsel, 2. März 1972, PA AA, M 1, C 1753/76.
117 Schneider: *Die Außenpolitik der DDR gegenüber Südasien*, S. 3; 20; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 139; Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 661.
118 S. hierzu auch „Niederschrift über die Unterredung zwischen Genossen Winzer und Genossen Gromyko am 19. Januar 1972", 20. Januar 1972, BArch, DY 30/11654.
119 Die Bonner AA-Zentrale empfahl vor diesem Hintergrund, dem indischen Drängen auf weitere Kapitalhilfezahlungen nur gestaffelt nachzugeben, da dies eine „bremsende Wirkung" auf die unerwünschte DDR-Anerkennung haben würde, s. Vermerk von Herbst, 6. Januar 1972, PA AA, B 30, Bd. 671.
120 Vermerk von Sahm, 12. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

kanzleramt wohl auf eine Anerkennung der DDR reagieren würde. Andererseits wiederum versicherte derselbe Botschafter Kewal Singh dem westdeutschen AA-Staatssekretär Paul Frank am Folgetag, der Besuch des DDR-Außenministers Otto Winzer in Neu-Delhi habe die indische Haltung in der Deutschlandfrage keinesfalls geändert. Frank sagte ihm daraufhin die schnelle und unbürokratische Hilfe der Bundesregierung beim Wiederaufbau Ostbengalens, nicht aber konkret die von der indischen Regierung erhoffte Anerkennung Bangladeschs zu.[121]

Botschafter Diehl in Neu-Delhi jedenfalls sah Mitte Januar 1972 nur noch geringe Chancen, „die Anerkennung der DDR durch Indien wenigstens noch bis Mai 1972 hinauszuzögern", wie das MfS später in Erfahrung brachte. Er ergriff nun also selbst die Initiative: Am 11. Januar 1972 deutete er einem indischen Regierungsvertreter gegenüber an, die Bundesregierung würde die diplomatischen Beziehungen zu Indien abbrechen, falls die Regierung Indira Gandhi sich dazu entschließen sollte, die DDR anzuerkennen. Sein Gesprächspartner zeigte sich von dieser Drohung durchaus beeindruckt und gab zu verstehen, dass seine Regierung sich eine solch harsche Konsequenz derzeit nicht leisten konnte.[122]

Nach seiner Rückkehr aus Dhaka musste der DDR-Außenminister Otto Winzer am 16. Januar 1972 in Neu-Delhi erfahren, dass die indische Regierung sich von seinem Vorpreschen in der Causa „Bangladesch" nicht so leicht beeindrucken ließ wie erhofft. Sein indischer Amtskollege Swaran Singh erläuterte ihm, dass seine Regierung die Neue Ostpolitik der Regierung Brandt sehr schätze und ihr dabei keine Schwierigkeiten bereiten wolle. Die Einwände Singhs gegen eine sofortige Anerkennung der DDR provozierten Winzer zur verzweifelten Erwiderung: „Ebenso wie es keine innerpakistanischen Beziehungen geben kann, kann es keine innerdeutschen Beziehungen zwischen der sozialistischen DDR und der kapitalistischen BRD geben." Dennoch ließ sich der indische Außenminister weiterhin nicht auf ein konkretes Datum einer DDR-Anerkennung festlegen. Er versprach lediglich, dass DDR-Generalkonsul Herbert Fischer noch während seiner Amtszeit offiziell zum ersten ordentlichen Botschafter der DDR in Indien ernannt werden würde.[123]

Zurück in Europa konnte Winzer seine Enttäuschung kaum verbergen. In einem Bericht an die politische Führung der DDR schrieb er nach dem Treffen mit dem indischen Außenminister, das Gespräch habe gezeigt, „daß [die] indi-

121 Berendonck an Botschaft Neu-Delhi, 13. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.
122 „Information über Tendenzen in der indischen Außenpolitik gegenüber imperialistischen Hauptmächten, Pakistan und der DDR", 18. Januar 1972, BStU, MfS, HV A, Nr. 379.
123 „Vermerk über 2. Gespräch mit Außenminister Swaran Singh am 17.1.72" von Herbert Fischer, undatiert, PA AA, M 1, C 787/75.

sche Regierung nach wie vor Illusionen über [die] BRD-Politik hat."[124] In der DDR-Vertretung in Neu-Delhi rechnete man nach positiven Reaktionen im indischen Außenministerium auf Winzers Besuch dennoch mit einer indischen DDR-Anerkennung um den 15. März 1972.[125]

Auch im westdeutschen Auswärtigen Amt wurde das beständige Hin und Her der indischen Regierung in dieser Frage mit Sorge beobachtet. Man war dort allerdings kaum dazu bereit, sich dieser Willkür zu fügen, sondern wollte weiter Einfluss im eigenen Sinne nehmen. Die Strategie, auf die die Bundesregierung Mitte Januar 1972 verfiel, war bestechend einfach: Am 20. Januar 1972 würde AA-Staatssekretär Paul Frank ohnehin zu deutsch-indischen Regierungskonsultationen in Neu-Delhi eintreffen. Bei der Gelegenheit sollte er seinen indischen Gesprächspartnern im Gegenzug zu einem weiteren Aufschub der DDR-Anerkennung eine Anerkennung wiederum des indischen Protegés Bangladesch durch die BRD sowie durch die anderen fünf Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Großbritannien anbieten.

Bereits Anfang Januar 1972 hatten luxemburgische Diplomaten der Bundesregierung Konsultationen über ein gemeinsames Auftreten der EWG-Staaten (Belgien, Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland) sowie Großbritanniens gegenüber Bangladesch vorgeschlagen.[126] Vor allem die britische Regierung befürwortete eine rasche Anerkennung Bangladeschs, um Mujibur Rahman international den Rücken zu stärken,[127] war dabei aber auch nicht unbeeindruckt von der Drohung Bhuttos, Pakistan werde im Falle einer Anerkennung Bangladeschs durch ein Commonwealth-Mitglied selbst aus diesem britisch geführten Staatenbündnis austreten.[128]

Die Bereitschaft zur von der indischen Regierung angestrebten internationalen Anerkennung Bangladeschs war bei den westeuropäischen Partnern der Bundesregierung prinzipiell bereits vorhanden. Am 14. Januar 1972 erhielten die Bonner Diplomaten schließlich deren Zusage, mit der Anerkennung von Bangladesch wenigstens noch bis nach den deutsch-indischen Regierungskonsultationen zu warten.[129]

---

124 Winzer an Honecker, Stoph, Axen und Florin, 18. Januar 1972, BArch, DY 30/98813.

125 Fischer an Winzer und Radde, 20. Januar 1972, BArch, DY 30/98813.

126 Vermerk von Berendonck, 5. Januar 1972, PA AA, B 30, Bd. 654.

127 Edward Heath an Willy Brandt, 15. Januar 1972, BArch, B 136/6234.

128 Diehl an AA, 17. Januar 1972, BArch, B 136/6234. Aus Protest gegen die Anerkennung Bangladeschs durch Australien und Neuseeland machte Bhutto diese Drohung später tatsächlich wahr, s. Sprechzettel zur „Lage in Südostasien", 2. Februar 1972, PA AA, B 37, Bd. 692.

129 Vermerk über „Konsultation der Sechs und Großbritanniens über die Frage der Anerkennung Bangla Deshs", 3. Februar 1972, PA AA, B 37, Bd. 692; vgl. Müller an Botschaften Neu-Delhi,

Es war dann tatsächlich vor allem diese Aussicht auf eine gemeinsame Anerkennung Bangladeschs durch die EWG-Staaten und Großbritannien, die sich als das entscheidende Druckmittel in den Händen der Bundesregierung herausstellen sollte. Nach dem vernichtenden Sieg gegen Pakistan suchte die indische Regierung den Weg zurück zu internationalem Gleichgewicht und regionaler Stabilität. Das Verhältnis zur US-Regierung war in diesem Konflikt schwer beschädigt worden und so gewannen die westeuropäischen Staaten als Ansprechpartner aus indischer Sicht plötzlich stark an Attraktivität.[130] Außerdem war die Regierung Indira Gandhi sehr daran interessiert, Bangladesch möglichst rasch den Weg in die internationale Staatengemeinschaft (und damit endgültig weg von Westpakistan) zu ebnen.[131]

Für die Bundesregierung galt es allerdings auch, etwaige pakistanische Reaktionen auf die dort ausdrücklich unerwünschte Anerkennung Bangladeschs zu bedenken. Nachdem diese Bangladesch anerkannten, hatte das pakistanische Außenministerium seine diplomatischen Beziehungen zur Mongolei und zu Polen abgebrochen,[132] während aus Burma und Nepal daraufhin zumindest die pakistanischen Botschafter zurückberufen wurden.[133] Obgleich Bhutto öffentlich beteuerte, diese Maßnahmen seien keineswegs Ausdruck einer pakistanischen Hallstein-Doktrin gegenüber Bangladesch,[134] stand aus Bonner Sicht durchaus zu befürchten, dass die pakistanische Regierung die voreilige Anerkennung seines abtrünnigen östlichen Landesteils durch die BRD mit einer Anerkennung wiederum der DDR abstrafen würde.[135] Damit hätte der Versuch, die indische Regierung durch eine Anerkennung Bangladeschs von einer Anerkennung der DDR abzuhalten, in Pakistan genau den gegenteiligen Effekt.

Bis zur Abreise von Staatssekretär Paul Frank nach Indien war die Bundesregierung nach außen hin freilich sehr darum bemüht, die Bedeutung der DDR-

London, Rawalpindi, Paris, Rom, Brüssel, Den Haag, Luxemburg und Washington, 14. Januar 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8133.

130 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 14. Ähnliche Motive unterstellten westdeutsche Diplomaten vor Ort in dieser Zeit auch dem jungen Bangladesch, s. Kriegler an AA und Botschaft Rawalpindi, 13. Januar 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8133.

131 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 14, Anm. 8. Auch während der deutsch-indischen Regierungkonsultationen argumentierte die indische Seite später, eine internationale Anerkennung Bangladeschs sei förderlich für seine Stabilität, s. Diehl an AA, 25. Januar 1972, PA AA, B 30, Bd. 654.

132 Sachstand „Frage der Anerkennung von ‚Bangla Desh'", Referat I B 5 an Büro Staatssekretäre, 18. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

133 Diehl an AA, 23. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

134 Hendus an AA, 26. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 693.

135 Zu dieser Interessenabwägung, s. Berger an AA, 17. Januar 1972, BArch, B 136/6234.

Anerkennung durch Bangladesch herunterzuspielen. In einer Pressekonferenz am 12. Januar 1972 hieß es, der Besuch Franks in Neu-Delhi habe keineswegs als einziges Ziel, eine indische DDR-Anerkennung zu verhindern.[136] Und auch der bundesrepublikanische Botschafter Diehl versuchte öffentlich zu beschwichtigen, die indische Regierung werde sich weder durch den leicht durchschaubaren Schachzug der DDR locken noch durch die Sowjetunion zu einer DDR-Anerkennung drängen lassen, solange sie diesen Schritt nicht selbst zu gehen wünsche.[137]

Bei den deutsch-indischen Regierungskonsultationen selbst zeigte sich eine gute Woche später dann allerdings ein etwas anderes Bild. Bereits zu Beginn der Gespräche Paul Franks mit seinem indischen Amtskollegen T. N. Kaul am 20. Januar 1972, machte jener deutlich, dass eine Anerkennung Bangladeschs durch gleich mehrere europäische Staaten tatsächlich sehr im indischen Interesse wäre. Ein solcher Schritt würde es seiner Regierung außerdem erleichtern, der Bundesregierung „durch weitere Zurückhaltung in der Frage indischer DDR-Anerkennung entgegenzukommen."[138] Dieser indische Vorschlag entsprach genau den Vorstellungen, mit denen Staatssekretär Frank nach Indien gereist war, sodass er beherzt darauf einging: Es sei sogar möglich, dass die Entscheidung über eine Anerkennung Bangladeschs durch die Bundesregierung noch vor Ende der bilateralen Konsultationen falle.[139]

Daraufhin erhöhte der indische Staatssekretär Kaul den Druck auf seinen westdeutschen Gesprächspartner. Er teilte ihm mit, bei aller Rücksichtnahme auf die bundesrepublikanische Entspannungspolitik könne die indische Regierung „die Anerkennung der bestehenden Realitäten [in Deutschland] nicht mehr sehr viel länger hinauszögern." Er verwies darauf, dass die DDR versucht habe, „mit der Bangla Desh Anerkennung ein Geschäft mit Indien zu machen." Hierauf sei seine Regierung aber nicht eingegangen.[140] Die DDR hätte sich durch ihre Solidarität im Bangladeschkrieg und mit der Anerkennung von Bangladesch allerdings große Sympathien in der indischen Öffentlichkeit und im Parlament erworben.[141] Zwar wünsche man die bilateralen Gespräche zwischen Bundesrepublik und

136 Huber an Generalkonsulat Dacca, 13. Januar 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9092.

137 „Hans-Joachim Werbke interviewt BRD-Botschafter in Neu-Delhi, Günter Diehl", 17. Januar 1972, BArch, DY 30/98813.

138 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 14.

139 „Indo-F.R.G. Talks", 20. Januar 1972, NAI, Ministry of External Affairs, H I/121(5)/72.

140 Frank/Diehl an AA, 20. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 666. Zuvor hatte er das Vorgehen Winzers gar als „Erpressung" bezeichnet, s. Gisela Bonn an Willy Brandt, 17. Januar 1972, BArch, B 136/6234.

141 Frank/Diehl an AA, 20. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

DDR natürlich keinesfalls zu stören, dennoch bedeute dies eine gewisse Verpflichtung.[142]

Hierauf begann ein regelrechtes Kräftemessen der beiden Spitzendiplomaten: Staatssekretär Frank wies Kaul darauf hin, dass die Anerkennung der DDR durch Chile sich zuletzt durchaus negativ auf die bilateralen Beziehungen zwischen der BRD und Chile ausgewirkt habe. Kaul entgegnete daraufhin, die indische Regierung erwarte allerdings auch eine Berücksichtigung ihrer eigenen Interessen. An dieser Stelle warf Paul Frank ein, „wenn er zynisch wäre, würde er der indischen Seite ein Tauschgeschäft anbieten."[143]

Obgleich er es nicht offen aussprach, bot Frank seinem indischen Gesprächspartner damit eine Anerkennung Bangladeschs durch die BRD im Gegenzug zu einem weiteren Aufschub der indischen DDR-Anerkennung an. Auf dieses beinahe ausgesprochene Angebot ging Kaul nun ein, indem er Frank bestätigte, die angesprochene „Anerkennung Bangla Deschs durch die Bundesregierung würde helfen, den Druck zugunsten einer indischen DDR-Anerkennung zu verringern."[144] In einer abschließenden gemeinsamen Sitzung wies Kaul noch einmal darauf hin, „daß es Indien dabei auf Tage ankomme", aber auch, dass „die indische Regierung nichts tun werde, was den Erfolg der Entspannungsbemühungen der Bundesregierung erschweren würde."[145]

Später betonte Staatssekretär Paul Frank zwar, dass es bei seinem Besuch in Indien keineswegs darum gegangen sei, „eine Feuerwehr nach New Delhi zu entsenden, die das wieder löschen soll, was angeblich Herr Winzer dort angerichtet hat."[146] Seine Unterredung mit T. N. Kaul hatte jedoch genau den bestrittenen Effekt. Auch wenn es ihm nicht gelungen war, seine indischen Gesprächspartner zusätzlich zu der Zusage zu bewegen, die Anerkennung der DDR vom Beitritt der beiden deutschen Staaten zur UNO abhängig zu machen,[147] war Paul Frank mit seinem Besuch in Neu-Delhi später sehr zufrieden. Den Umstand, dass ihre europäischen Partner dem Wunsch der Bundesregierung nachgekommen waren, von einer Anerkennung Bangladeschs bis zu den deutsch-indischen Konsultationen abzusehen, bezeichnete er im Nachhinein als „einen großen taktischen

142 „Indo-F.R.G. Talks", 20. Januar 1972, NAI, Ministry of External Affairs, H I/121(5)/72.
143 Diehl an AA, 31. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 666; vgl. auch „Indo-F.R.G. Talks", 20. Januar 1972, NAI, Ministry of External Affairs, H I/121(5)/72.
144 Diehl an AA, 31. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.
145 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 14, Anm. 8.
146 „Kurzprotokoll 43. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am Donnerstag, dem 27. Januar 1972, 9.30 Uhr in Bonn, Bundeshaus", PA AA, B 37, Bd. 666.
147 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 14.

Vorteil."[148] Er empfahl der Bundesregierung allerdings auch, Bangladesch nun tatsächlich möglichst bald anzuerkennen.[149]

Die Bundesregierung war zum Zeitpunkt der deutsch-indischen Konsultationen in Neu-Delhi vollauf dazu bereit, als Sanktion einer DDR-Anerkennung die Entwicklungshilfezahlungen an Indien einzustellen und hatte in den drei Wochen vor den Konsultationen bereits den Vollzug bestehender Abkommen blockiert, um den Druck auf Staatssekretär Franks indische Gesprächspartner zu erhöhen.[150] Ein Druckmittel, das nach dem Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg noch wirksamer geworden war, als die indische Regierung um US-amerikanische Entwicklungshilfezahlungen bangen musste. In Indien wiederum war Anfang Januar 1972 „die Anerkennung der DDR praktisch beschlossene Sache", wie indische Regierungsvertreter später bestätigten. Erst die Konsultationen mit AA-Staatssekretär Frank bewogen die indische Regierung dazu, ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken.[151] Die DDR-Diplomaten hatten ihr Ziel also nur äußerst knapp verfehlt.

Pakistanische Interventionsversuche

Die öffentlichen Anzeichen einer bevorstehenden Anerkennung Bangladeschs durch die Bundesregierung versetzten das pakistanische Außenministerium in Alarmbereitschaft. Kaum war Staatssekretär Frank aus Indien nach Bonn zurückgekehrt, sprach der dortige pakistanische Botschafter Kharas im AA vor, um die Bundesregierung von der angekündigten Anerkennung Bangladeschs abzuhalten.[152] Er erinnerte an das frühere Wohlverhalten Pakistans in der Frage der DDR-Anerkennung und mahnte, eine Anerkennung Bangladeschs durch die Bundesrepublik stelle aus pakistanischer Sicht „einen unfreundlichen, ja feindlichen Akt dar." Im Auswärtigen Amt argumentierte man daraufhin, dass es auch im pakistanischen Interesse sei, ein Abgleiten Indiens und Bangladeschs in die Ein-

---

148 So konnte Frank seinem indischen Gesprächspartner glaubhaft vermitteln, dass auch die Entscheidung der EWG-Staaten und Großbritanniens über die Bangladesch-Anerkennung vom Erfolg der deutsch-indischen Konsultationen abhing, s. „Kurzprotokoll 43. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am Donnerstag, dem 27. Januar 1972, 9.30 Uhr in Bonn, Bundeshaus", PA AA, B 37, Bd. 666.

149 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 14; ähnlich auch Diehl an AA, 23. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

150 Pflaumer an Erhard Eppler, 27. Januar 1971, BArch, B 213/6777.

151 Behrends an AA, 26. Mai 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

152 Vermerk von Thönnes, 25. Januar 1972, PA AA, B 30, Bd. 673.

flusssphäre des sozialistischen Staatenbündnisses zu vermeiden. Im Übrigen, so die unmissverständliche Drohung, wünsche Präsident Bhutto sicherlich nicht, die ohnehin bereits schwierige Lage Pakistans auf dem Subkontinent durch eine scharfe Reaktion gegenüber mehreren wichtigen europäischen Staaten noch weiter zu erschweren?[153]

An dieser Stelle zeigte sich die zweite Ebene der bundesrepublikanischen Strategie, Bangladesch im Verbund mit weiteren einflussreichen europäischen Staaten anzuerkennen. Die Bundesregierung konnte dadurch nicht nur der indischen Regierung das überaus attraktive Angebot einer Anerkennung ihres jungen Protegés durch gleich mehrere westliche Staaten gleichzeitig unterbreiten, sondern das Handeln im Verbund diente der Bundesregierung auch als Schutz ihrer deutschlandpolitischen Interessen in Pakistan. Denn die Regierung Bhutto würde es sich kaum leisten können, mehrere bedeutende Entwicklungshilfegeber gleichermaßen für die unliebsame Anerkennung Bangladeschs abzustrafen.[154] Etwaige pakistanische Reaktionen dürften also wohl eher milde ausfallen.[155]

Gegenüber Indien gelang der Coup der Bundesregierung. Am 28. Januar 1972 teilten indische Diplomaten in Bonn mit, Indira Gandhi „beabsichtige nicht, die DDR in absehbarer Zeit anzuerkennen."[156] Die indische Gegenfrage allerdings, ob denn auch bereits über eine bundesrepublikanische Anerkennung Bangladeschs entschieden sei, wollte man von deutscher Seite zu diesem Zeitpunkt nicht ganz so freimütig beantworten.[157] Hintergrund war, dass die westeuropäischen Staaten sich entgegen der westdeutschen Darstellung gegenüber Indien über den Zeitpunkt einer gemeinsamen Anerkennung noch keineswegs einig waren.

Zumindest Frankreich und Italien würden absehbar aus der Gruppe ausscheren. Frankreichs Regierung scheute davor zurück, die arabischen Staaten durch die Anerkennung einer abtrünnigen Provinz eines ihrer islamischen Partnerländer vor den Kopf zu stoßen. In Italien wiederum machte man einen vollständigen Abzug der indischen Truppen aus Ostbengalen zur Voraussetzung für eine Anerkennung von Bangladesch. Auch nach mehrtägigen Diskussionen beharrten Frankreich und Italien weiter auf ihren Positionen, während die britische Regierung eigenständig entschied, Bangladesch am 4. Februar 1972 anzuerkennen, und die Benelux-Länder die Anerkennung zum selben Zeitpunkt ankündigen, aber

---

153 Müller an Botschaften Rawalpindi und Neu-Delhi, 26. Januar 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8133.

154 Sprechzettel zur „Lage in Südostasien", 2. Februar 1972, PA AA, B 37, Bd. 692; zuvor bereits Diehl an AA, 25. Januar 1972, PA AA, B 30, Bd. 654.

155 Frank an Generalkonsulat Dacca, 26. Januar 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9092.

156 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 14, Anm. 5.

157 Vermerk von Müller, 28. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

erst in der folgenden Woche vollziehen würden. Die Bundesregierung beschloss, sich Großbritannien anzuschließen und den pakistanischen Präsidenten Bhutto sicherheitshalber vorab über den beabsichtigten Schritt zu informieren.[158]

Auch weitere Vorsprachen des pakistanischen Botschafters bei Bundesaußenminister Walter Scheel[159] und sein Appell an führende SPD-Funktionäre, die Situation seiner Regierung sei doch durchaus mit derjenigen der Bundesregierung im Umgang mit der DDR vergleichbar,[160] konnten die Bundesregierung nicht mehr umstimmen. Ebenso wenig die Warnung des westdeutschen Botschafters in Pakistan Norbert Berger, es sei zumindest denkbar, dass die pakistanische Regierung in Reaktion auf die Anerkennung von Bangladesch die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik abbrechen könnte.[161]

Das Bonner Kalkül ging dann auch gegenüber Pakistan unerwartet gut auf. Die Anerkennung Bangladeschs durch die Bundesrepublik und Großbritannien am 4. Februar 1972[162] wurde von pakistanischer Seite zwar sehr bedauert.[163] Eine vom pakistanischen Botschafter Kharas noch am selben Tag angekündigte harsche Reaktion seiner Regierung[164] blieb aber aus. Erst zwei Wochen später brachte Präsident Bhutto in einem Brief an Willy Brandt seinen Unmut über die bundesrepublikanische Anerkennung Bangladeschs zum Ausdruck: „we felt that the Federal Republic of Germany, facing a similar situation, would not have been in the forefront of Western European countries granting recognition to ‚Bangla Desh‘."[165] Konsequenzen hatte dieser Unmut für die Bundesregierung aber nicht.

Im indischen Außenministerium wiederum zeigte man sich zutiefst dankbar, dass die Bundesregierung mit der Anerkennung Bangladeschs Wort gehalten hatte. Noch Monate später lobte der indische Botschafter in Bonn Willy Brandt in internen Berichten als den aufrichtigsten Regierungschef Westeuropas. In seiner Begeisterung schien er sogar fast die DDR zu vergessen: „FRG was the first country in Europe to recognise Bangladesh."[166] Damit waren die Ost-Berliner

---

158 Vermerk über „Konsultation den der Sechs und Großbritanniens über die Frage der Anerkennung Bangla Deshs", 3. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 692.
159 Mueller an Generalkonsulat Dacca, 31. Januar 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9092.
160 Kharas an Hans-Eberhard Dingels, 28. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 692.
161 Berger an AA, 2. Februar 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9092.
162 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 14, Anm. 8.
163 Botschaft Pakistans in der Bundesrepublik Deutschland an AA, 15. Februar 1972, PA AA, B 37, Bd. 692.
164 Berendonck an Botschaften Rawalpindi und Neu-Delhi, 4. Februar 1972, PA AA, B 37, Bd. 698.
165 Bhutto an Willy Brandt, 23. Februar 1972, PA AA, B 37, Bd. 698.
166 „Meeting of the Heads of Indian Offices in FRG – Minutes of the discussion on the forenoon of 19th June, 1972", undatiert, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(49)/72.

Bemühungen, die Regierung Indira Gandhi durch einseitige Stellungnahme im Bangladeschkrieg auf seine Seite zu ziehen, durch die Bundesregierung erfolgreich neutralisiert worden.

Indien vertröstet die DDR

Während der westdeutsche AA-Staatssekretär Paul Frank sich später damit brüsten konnte, die indische Regierung bei den Konsultationen im Januar 1972 durch die Kombination eines attraktiven Angebots mit empfindlichen Drohungen erfolgreich von einer Anerkennung der DDR abgehalten zu haben, hielten DDR-freundliche Abgeordnete des indischen Unterhauses ihrem Außenminister Swaran Singh Mitte März 1972 eben diesen Umstand vor:

> Is it not a fact that due to pressure exerted by West Germany and its friends through aid, etc., they prevented the Government of India from granting full diplomatic recognition to the German Democratic Republic?[167]

Swaran Singh verneinte dies zwar vehement, musste auf weitere kritische Rückfragen seitens der Parlamentarier jedoch auch eingestehen, dass die DDR sich im Bangladeschkrieg äußerst solidarisch mit Indien verhalten hatte. Dieser Umstand spräche sehr dafür, die DDR bald diplomatisch anzuerkennen.[168]

Einige Aktionen des dortigen westdeutschen Botschafters, Günter Diehl, drohten außerdem die Bemühungen der Bundesregierung um Durchsetzung ihrer deutschlandpolitischen Interessen in Indien zu desavouieren. Als Ende Januar 1972 eine indische Unterhausabgeordnete in der indischen Tageszeitung *National Herald* die Teilung Pakistans mit der deutschen Teilung verglich und die indische Regierung aus diesem Grund zur Anerkennung der DDR aufforderte, antwortete Diehl ihr in einem Leserbrief, der zwei Wochen später ebenfalls im *National Herald* erschien. Ausführlich stellte er darin die Missstände in der DDR heraus: „The prisons are full of political dissidents in East Germany, not in the Federal Republic. [...] for an East Berliner, it is impossible to see his neighbours a few hundred yards beyond the Wall." Für Diehl war das Verhältnis der beiden deutschen Staaten also ein ganz anderes als das von Ost- und Westpakistan, „in

167 „Lok Sabha Starred Question No. 48 to be answered on the 16th March, 1972. Diplomatic relations with German Democratc Republic", 16. März 1972, PA AA, B 37, Bd. 666. Ähnlich äußerte sich zwei Monate später auch Joint Secretary Dr. S. Sinha, vgl. Behrends an AA, 26. Mai 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.
168 Ebd.

Bangla Desh self-determination, democracy and human right[s] meant independence, while in Germany the same principle[s] would mean reunification."[169]

Diese öffentliche Tirade Diehls stieß in der indischen Regierung auf wenig Verständnis. Anfang April 1972 stellte der stellvertretende indische Außenminister, Surendra Pal Singh, vor dem indischen Oberhaus zum Vorgehen des westdeutschen Botschafters klar: „We disapprove as a matter of principle of any propaganda by any foreign mission against third countries with whom India maintains friendly relations."[170] Während DDR-Diplomaten diese Aussage des indischen Außenpolitikers dazu nutzen konnten, das Verhalten der Bundesregierung in Indien öffentlich anzuprangern, reagierte man in der Bonner AA-Zentrale recht gelassen. Westdeutsche Diplomaten schlugen vor, im Falle künftiger ostdeutscher Angriffe auf die bundesrepublikanische Botschaft in Neu-Delhi auf Singhs Bemerkung zurückzukommen. Im Übrigen betreibe auch die indische Botschaft in Bonn regelmäßig anti-pakistanische Propaganda.[171]

Zu den größten südasienbezogenen Sorgen der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit gehörte derweil das Schicksal der im neu entstandenen Staat Bangladesch verbliebenen Biharis.[172] Bereits am 9. Februar 1972 hatte AA-Ministerialdirektor von Staden das westdeutsche Generalkonsulat in Dhaka nach einer entsprechenden Debatte im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages angewiesen, „bei nächster Gelegenheit an möglichst hoher Stelle der Regierung von Bangladesh die Besorgnis der Bundesregierung über das Schicksal der nichtbengalischen Minderheiten in Bangladesh auszudrücken." Der Staatssekretär schlug außerdem vor, darauf hinzuweisen, „daß die deutsche Öffentlichkeit während der Auseinandersetzungen im vergangenen Jahr in gleicher Weise um das Schicksal der bengalischen Bevölkerung besorgt war."[173] In der indischen Botschaft in Bonn wiederum betrachtete man dieses Vorhaben mit Sorge und bemühte sich, die bundesrepublikanischen Bedenken gegenüber dem indischen Protegé Bangladesch zu zerstreuen.[174]

Die pakistanische Regierung andererseits kümmerte vor allem das Schicksal ihrer Soldaten, die nach Kriegsende noch in Indien festgehalten wurden.

---

169 Brief Diehls an die indische Unterhausabgeordnete Savitri Shyam, 3. Februar 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

170 Diehl an AA, 9. April 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

171 Müller an StS Frank, 11. April 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

172 Vgl. Hermann Schmitt-Vockenhausen an Walter Scheel, 29. Dezember 1971, PA AA, B 30, Bd. 671.

173 v. Staden an Generalkonsulat Dacca, 9. Februar 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9089.

174 „Political Report for the Month of February 1972" von D. Mukharji, 7. März 1972, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(49)/72.

Ende März 1972 forderte die pakistanische Botschaft in Bonn die Bundesregierung dazu auf, sich offiziell gegen die von der indischen Regierung angekündigte Auslieferung einiger pakistanischer Kriegsgefangener als Kriegsverbrecher an Bangladesch auszusprechen.[175] In der Bonner AA-Zentrale besannen westdeutsche Diplomaten sich nun allerdings wieder ihrer neutralen Haltung im indisch-pakistanischen Dauerkonflikt und empfahlen, dieser Bitte nicht nachzukommen.[176] An die westdeutschen Vertretungen in Südasien erging entsprechend Weisung, einschlägigen Bitten um Einflussnahme in diesem oder jenem Sinne eine Absage zu erteilen. Man hielt es „nicht für zweckdienlich, [...] in diese delikate Angelegenheit einzugreifen."[177]

Im Ost-Berliner MfAA suchte man derweil noch nach einer Erklärung für den indischen Sinneswandel und den durchwachsenen Erfolg des Winzer-Besuchs in Neu-Delhi Mitte Januar 1972. Von DDR-Diplomaten zur Rede gestellt, gab der indische Generalkonsul in Ost-Berlin J. C. Ajmani Ende Januar 1972 entschuldigend an, „[n]achdem Indien fast 23 Jahre mit der diplomatischen Anerkennung der DDR gewartet habe, möchte man offensichtlich nicht gerade in dem Augenblick, als sich in der BRD ein realistischerer Kurs durchsetzt, die BRD-Regierung und besonders W. Brandt verärgern." Er verwies nun auf den Mai 1972 als einen möglichen nächsten Termin für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Nachdem Ajmani außerdem die angespannten indischen Beziehungen zu den USA erwähnte, warnte ihn sein Gesprächspartner Hans-Joachim Radde, Leiter der Abteilung Süd- und Südostasien im MfAA, vor der Annahme, „daß die BRD-Politik sich von der der USA grundsätzlich unterscheidet."[178]

Dem westdeutschen AA war es inzwischen allerdings gelungen, die indische Regierung vom Gegenteil zu überzeugen, was nicht zuletzt der Person Willy Brandts zu verdanken war. Bereits während der bilateralen Regierungskonsultationen in Neu-Delhi im Januar 1972 glaubte Staatssekretär Paul Frank beobachtet zu haben, dass „das persönliche Ansehen des Bundeskanzlers dort ein politischer Faktor allerersten Ranges geworden ist."[179] Auch Botschafter Diehl fand es später „bemerkenswert, daß die DDR und ihre Lobby in Indien sich mit unmittelbaren

---

175 Botschaft Pakistans in der Bundesrepublik Deutschland an AA, 29. März 1972, PA AA, B 37, Bd. 692.

176 Vermerk von Berendonck, 13. April 1972, PA AA, B 37, Bd. 692.

177 Van Well an Botschaften Neu-Delhi, Dacca und Rawalpindi, 12. April 1972, PA AA, B 37, Bd. 692.

178 „Vermerk über ein Gespräch des Gen. Dr. Radde mit dem Leiter des indischen Generalkonsulats in der DDR, J. C. Ajmani, am 27.1.1972" von Reder, 1. Februar 1972, PA AA, M 1, C 299/75.

179 „Kurzprotokoll 43. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am Donnerstag, dem 27. Januar 1972, 9.30 Uhr in Bonn, Bundeshaus", PA AA, B 37, Bd. 666.

Angriffen gegen den Bundeskanzler im Allgemeinen zurückhalten, da sie hiermit wegen der Popularität Willy Brandts in Indien wenig Verständnis finden."[180] Ende Mai 1972 hieß es auch aus dem indischen Außenministerium, Indira Gandhi habe „große Hochachtung vor der Person und der Politik des Bundeskanzlers" und „werde entsprechend ihrer in Bonn gegebenen Zusage den Bundeskanzler konsultieren, ehe endgültige Entscheidungen [über die DDR-Anerkennung] getroffen werden."[181]

Die DDR-Diplomaten waren von der Entwicklung der Dinge im Frühjahr 1972 sehr enttäuscht. Sie glaubten mittlerweile, mit einer Anerkennung der DDR durch Indien sei kaum mehr vor dem Herbst 1972 zu rechnen.[182] Dennoch versuchte man in den nächsten Monaten weiterhin, aus der solidarischen Haltung der DDR im Konflikt um Ostpakistan Kapital zu schlagen. Ende Mai 1972 brachte Herbert Fischer dem indischen Außenminister Swaran Singh gegenüber sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass zwar die DDR auf Wunsch Indiens Bangladesch anerkannt habe, „man sich jedoch in Indien seines Freundes in der Not nicht mehr so gut zu erinnern" scheine. Swaran Singh ließ sich hiervon allerdings kaum beeindrucken.[183]

Ungeahnte Hilfe erhielt Herbert Fischer unterdessen vom indischen Generalkonsul in der DDR J. C. Ajmani. Dieser schrieb Mitte Mai 1972 an das indische Außenministerium: „The time is now ripe for granting recognition to the GDR." Obwohl er später feststellen sollte, dass diese in erster Linie dem Ziel gedient hatte, Indien zu beeindrucken,[184] verwies er dabei explizit auch auf die Solidarität, die die DDR Indien im Bangladeschkrieg erwiesen hatte und die von indischer Seite nicht ausreichend honoriert worden sei.[185]

Im folgenden Monat wurde DDR-Außenminister Otto Winzer im Gespräch mit dem indischen Minister für Wissenschaft und Technik, Chidambaram Subramaniam, weiter vertröstet. Wie seine Vorredner betonte Subramaniam zwar, die Anerkennung der DDR durch Indien sei „im Prinzip beschlossen", wichtiger als eine Normalisierung der Beziehungen zur DDR sei für die indische Regie-

180 Diehl an AA, 9. April 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

181 Behrends an AA, 26. Mai 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

182 „Niederschrift über ein Gespräch des Genossen Dr. Radde mit Gen. Fomin, Leiter der Abt. Südasien, am 19.1.1972 im MID" von Elsner, 14. Februar 1972, PA AA, M 1, C 1044/77.

183 „Vermerk über ein Gespräch mit Außenminister Swaran Singh am 24. 5. 1972" von Herbert Fischer, 25. Mai 1972, PA AA, M 1, C 299/75.

184 „Annual Political and Economic Report for 1972" von J. C. Ajmani, 9. April 1973, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1011(100)/73.

185 J. C. Ajmani an A. P. Venkateswaran/MEA, 19. Mai 1972, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(82)/72.

rung allerdings die Entspannung der Lage in ganz Europa. Offenbar verknüpfte die indische Regierung außerordentliche Hoffnungen mit der Person des aufgrund eben jener Neuen Ostpolitik innenpolitisch angegriffenen Bundeskanzlers: „Wenn Brandt gestürzt werde, würde der Entspannungsprozess in Europa gehemmt, wenn nicht gar rückgängig gemacht“, war die Einschätzung des indischen Ministers und selbst der DDR-freundliche J. C. Ajmani stimmte darin mit ihm überein.[186] Im Übrigen, so gestand der stellvertretende Außenminister Indiens öffentlich im Parlament ein, spielten auch ökonomische Erwägungen bei der Entscheidung über die DDR-Anerkennung eine zentrale Rolle.[187] Noch immer hielt die indische Regierung also die Furcht vor etwaigen entwicklungspolitischen Vergeltungsmaßnahmen der BRD von der grundsätzlich befürworteten DDR-Anerkennung ab.

Bundeskanzler Willy Brandt bewies im Umgang mit der indischen Regierungschefin zudem tatsächlich außerordentliches Fingerspitzengefühl. Nachdem Indira Gandhi ihm Ende Mai 1972 ihre Bewunderung für den Erfolg seiner Ostpolitik aussprach, dabei aber auch darauf hinwies, dass sie die DDR-Anerkennung nicht mehr allzu lange würde aufschieben können,[188] reagierte Willy Brandt ausgesucht höflich. Er dankte Indira Gandhi für ihre verständnisvolle und konstruktive Haltung zur Anerkennung der DDR, die die Entspannung in Mitteleuropa „und ihre Ausstrahlung auf die Weltpolitik“ entscheidend unterstützt habe.[189] Dieses Lob verfehlte seine Wirkung in Indien nicht. Im Zuge der Verhandlungen zum Vertrag von Shimla deutete der indische Diplomat D. P. Dhar später sogar an, der deutsch-polnische Vertrag könne „ein Modell auch für die Lösung der Kaschmirfrage sein.“[190]

Als die DDR-Diplomaten einsahen, dass die indische Regierung die Entspannungspolitik Bundeskanzler Willy Brandts keinesfalls gefährden wollte, vollzogen sie eine radikale argumentative Wende. Mitte August 1972 behauptete DDR-Generalkonsul Herbert Fischer im Gespräch mit dem indischen Außenminister Swaran Singh, eine Anerkennung der DDR durch Indien wäre der deutsch-deutschen Entspannung unbedingt förderlich und könnte dem westdeutschen Bundeskanzler Willy Brandt innenpolitisch den Rücken stärken.[191] Swaran Singh

186 Vermerk von Kirchhof, 28. Juni 1972, PA AA, M 1, C 299/75.
187 Monatsbrief von Kawretzke an Oskar Fischer, 25. Mai 1972, PA AA, M 1, C 1730/76.
188 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 2, Dok. 177, Anm. 7.
189 Ebd., Anm. 8; s. auch Willy Brandt an Indira Gandhi, 22. Juni 1972, NMML, P. N. Haksar Papers (III Installment), Subject File No. 182.
190 Behrends an AA, 4. Juli 1972, BArch, B 122/12493.
191 Vermerk von Herbert Fischer, 22. August 1972, PA AA, M 1, C 299/75. So Fischer auch bereits drei Monate zuvor im Gespräch mit Swaran Singh, s. „Vermerk über ein Gespräch mit Außenmi-

erkannte jedoch, dass dies den Wünschen der Bundesregierung diametral widersprach und wollte die Anerkennung der DDR daher noch nicht fest zusagen.[192] Im Rahmen der deutsch-deutschen Verhandlungen beklagten Otto Winzer und Erich Honecker daraufhin wiederholt die Aktivitäten der Bundesregierung gegen eine DDR-Anerkennung durch Indien.[193]

Indien erkennt die DDR an

Anfang September 1972 war es soweit. Indira Gandhis Vertrauter P. N. Haksar versprach Herbert Fischer ganz konkret, mit der lang ersehnten DDR-Anerkennung sei nunmehr Ende des Monats bzw. Anfang Oktober 1972 zu rechnen. Anders als von Fischer vermutet, erfolgte der indische Sinneswandel allerdings nicht als Vergeltungsmaßnahme für die kürzlich bekannt gewordene und aus indischer Sicht bedrohlich wirkende Annäherung zwischen der BRD und der VR China.[194] Die indische Entscheidung war vielmehr ein Ergebnis der erfolgreichen Verhandlungen zum deutsch-deutschen Grundlagenvertrag.

Am Abend des 19. September 1972 teilte der bundesrepublikanische Chefunterhändler der deutsch-deutschen Verhandlungen Egon Bahr dem indischen Botschafter Kewal Singh bei einem geheimen Treffen (von dem selbst das Auswärtige Amt nicht erfahren sollte) mit, die indische Regierung sei nunmehr frei, über den Zeitpunkt der DDR-Anerkennung nach eigenem Ermessen zu entscheiden. Die Bundesregierung werde diesen Schritt nicht mehr als gegen sie gerichtet missverstehen. Für Kewal Singh kam diese Aussage des wichtigsten Beraters Willy Brandts einer Stellungnahme des westdeutschen Bundeskanzlers selbst gleich.[195] Nach diesem Gespräch zwischen ihrem Botschafter und Egon Bahr informierte Indira Gandhi den Bundeskanzler am 30. September darüber, dass Indien die DDR am 7. Oktober 1972 anerkennen würde.[196]

---

nister Swaran Singh am 24. 5. 1972“ von Herbert Fischer, 25. Mai 1972, PA AA, M 1, C 299/75; vgl. auch Diehl an AA, 9. April 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

192 Vermerk von Herbert Fischer, 22. August 1972, PA AA, M 1, C 299/75.

193 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 2, Dok. 191; Ebd., Dok. 263.

194 Monatsbrief von Herbert Fischer an Wolfgang Kiesewetter, 12. September 1972, PA AA, M 1, C 1730/76; so allerdings auch Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 667.

195 Kewal Singh an P. N. Haksar, 20. September 1972, NMML, P. N. Haksar Papers (I-II Installment), Subject File No. 54.

196 Indira Gandhi an Willy Brandt, 30. September 1972, NMML, P. N. Haksar Papers (I-II Installment), Subject File No. 54; eingegangen bei Brandt am 2. Oktober 1972, s. AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 3, Dok. 304, Anm. 7.

Am 3. Oktober benachrichtigte das indische Außenministerium auch den DDR-Generalkonsul Herbert Fischer über diese Entscheidung.[197] Zur Erklärung hieß es dazu von indischer Seite in den folgenden Tagen, die deutsch-deutschen Verhandlungen zum Grundlagenvertrag seien nunmehr faktisch abgeschlossen, die Zeit also reif für eine diplomatische Anerkennung der DDR.[198] Eine sowjetische Einschätzung von Mitte September 1972, mit der DDR-Anerkennung durch Indien sei vor den westdeutschen Bundestagswahlen am 19. November 1972 nicht zu rechnen,[199] war damit widerlegt.

Obwohl Egon Bahr stellvertretend für Bundeskanzler Willy Brandt sein Einverständnis dazu erklärt hatte, empfand man die indische Ankündigung im Auswärtigen Amt wiederum als Affront. Am 4. Oktober 1972 traf der westdeutsche Außenminister Walter Scheel in New York seinen indischen Amtskollegen Swaran Singh und machte deutlich, dass die innerdeutschen Verhandlungen ganz im Gegenteil keineswegs bereits abgeschlossen seien und eine Anerkennung der DDR durch Drittstaaten deshalb weiterhin unerwünscht sei. Scheel bat um einen weiteren Aufschub des angekündigten Termins, vor allem aber darum, die DDR nicht gerade an ihrem Nationalfeiertag anzuerkennen.[200] Zwei Tage später unterstrich auch Willy Brandt in einem persönlichen Brief an Indira Gandhi noch einmal diesen Wunsch seines Außenministers.[201]

Tatsächlich ließ die indische Regierung sich noch ein letztes Mal von der Bundesregierung beeindrucken.[202] Kaum hatte die indische Premierministerin das Schreiben des Bundeskanzlers gelesen, wurde die eigentlich bereits beschlossene DDR-Anerkennung kurzfristig doch noch einmal verschoben. Als Zeitpunkt legte Indira Gandhi nun den Morgen des 8. Oktober 1972 um 6.00 Uhr Ortszeit fest.[203] Außerdem kam sie der Bitte Brandts nach, die öffentliche Mitteilung über die DDR-Anerkennung um den Zusatz zu erweitern, dass die indische Entschei-

197 „Telegramm von Fischer (New Delhi)", 3. Oktober 1972, PA AA, M 1, C 1488/73.

198 J. C. Ajmani an A. P. Venkateswaran/MEA, 4. Oktober 1972, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(82)/72; vgl. auch P. N. Haksar an Kewal Singh, 2. Oktober 1972, NMML, P. N. Haksar Papers (I-II Installment), Subject File No. 54 und Radde an Herbert Fischer, 6. Oktober 1972, PA AA, M 35, ZR 1009/03.

199 „Vermerk über ein Gespräch des Gen. Thun mit Gen. Smirnow (Abt. Südasien) im MID am 20.9.1972", 26. September 1972, PA AA, M 1, C 1763/76.

200 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 3, Dok. 311.

201 Willy Brandt an Indira Gandhi, 6. Oktober 1972, NMML, P. N. Haksar Papers (I-II Installment), Subject File No. 54.

202 P. N. Haksar an Kewal Singh, 6. Oktober 1972, NMML, P. N. Haksar Papers (I-II Installment), Subject File No. 54.

203 Herbert Fischer an Florin, 6. Oktober 1972, PA AA, M 35, ZR 1313/85.

dung, die Souveränität der DDR anzuerkennen, keinesfalls eine künftige, friedliche, deutsche Wiedervereinigung ausschließen solle.[204] Indien war damit nach Jugoslawien (1957) und Ägypten (1969) der dritte bedeutende bündnisfreie Staat und insgesamt das 32. Land, mit dem die DDR diplomatische Beziehungen aufnahm.[205]

Nachdem die indische Regierung die Anerkennung der DDR öffentlich ausgesprochen hatte, zeigte man sich in der DDR-Vertretung in Neu-Delhi erleichtert, wie Herbert Fischer dem stellvertretenden DDR-Außenminister Oskar Fischer später berichtete: „Nach dem ständigen Hin und Her, Versprechungen, Hoffnungen, und dann wieder Verzögerungen, Enttäuschungen löste die tatsächliche Herstellung diplomatischer Beziehungen bei uns allen Freude und bei vielen auch Tränen der Freude aus."[206]

Die Tatsache allerdings, dass die bundesrepublikanische Seite sich mit ihrer Forderung hatte durchsetzen können, der offiziellen Anerkennungserklärung eine Formulierung zur deutschen Wiedervereinigung beizufügen, bedeutete für Herbert Fischer dann doch einen gewissen Wermutstropfen. Nachdem außerdem der indische Staatssekretär im Außenministerium T. N. Kaul unumwunden zugab, dass auch die letzte Verschiebung des lang ersehnten Anerkennungstermins aus Rücksichtnahme gegenüber der Bundesregierung erfolgt war,[207] mahnte Fischer, „daß wir in unseren Anstrengungen keinesfalls nachlassen dürfen, weil der Feind noch stärker gegen uns arbeiten wird und weil wir uns auch nicht auf die Standhaftigkeit unserer indischen Freunde verlassen können."[208]

Die DDR und Pakistan

Am 17. Oktober 1972, nur gut eine Woche nach der indischen DDR-Anerkennung, sprach auch der pakistanische Botschafter im Bonner AA vor, um sich über die „deutschlandpolitischen Auswirkungen der Anerkennung der DDR durch

---

204 P. N. Haksar an Kewal Singh, 6. Oktober 1972, NMML, P. N. Haksar Papers (I-II Installment), Subject File No. 54; AA / IfZ: AAPdB, 1972, Bd. 3, Dok. 311, Anm. 5. Die Bundesregierung hatte schon im Sommer 1969 empfohlen, bei einer Anerkennung der DDR durch Drittstaaten auf eine Wiedervereinigungsklausel zu bestehen, s. Vermerk Egon Bahr, 1. Juli 1969, PA AA, B 150, Bd. 156.
205 Jacobsen, Hans-Adolf, Gert Leptin, Ulrich Scheuner und Eberhard Schulz (Hrsg.): *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder*. München / Wien: R. Oldenbourg 1979, S. 857.
206 Monatsbrief von Herbert Fischer an Oskar Fischer, 17. Oktober 1972, PA AA, M 1, C 1730/76.
207 Herbert Fischer an Florin, 6. Oktober 1972, PA AA, M 35, ZR 1313/85.
208 Monatsbrief von Herbert Fischer an Oskar Fischer, 17. Oktober 1972, PA AA, M 1, C 1730/76.

Indien“ zu informieren. Obwohl er beteuerte, dass er nicht mit einer Änderung der Haltung seiner eigenen Regierung zur Frage der DDR-Anerkennung rechne,[209] mochten westdeutsche Diplomaten dies kaum glauben. Nach Einschätzung des bundesrepublikanischen Botschafters in Pakistan Norbert Berger hielt allein die Sorge um eventuelle Auswirkungen auf westdeutsche Entwicklungshilfezahlungen die pakistanische Regierung noch davon ab, die DDR ebenfalls anzuerkennen, „wenn auch die eilige Anerkennung von Bangla Desh seinerzeit nicht gerade zu einer Erwärmung der Gefühle für die DDR beigetragen hat.“[210]

Nach den früheren bilateralen Kontakten zwischen Pakistan und der DDR war der Austausch zwischen den beiden Staaten während des Konflikts in und um Ostbengalen tatsächlich deutlich zurückgegangen. Pakistanische Annäherungsversuche im November 1971[211] hatten sowjetische Diplomaten angesichts der klaren proindischen Positionierung der DDR abgetan: Die pakistanische Regierung „spiele“ nur mit der DDR, um einen Keil zwischen sie und Indien zu treiben.[212]

Im Februar 1972 waren auch die westdeutschen Sorgen, die pakistanische Regierung könnte die unerwünschte Anerkennung Bangladeschs durch die Bundesregierung ihrerseits mit einer Anerkennung der DDR beantworten, unbegründet geblieben. Also bestanden im Frühjahr 1972 noch keinerlei offizielle diplomatische, konsularische oder auch nur Handelsbeziehungen zwischen Pakistan und der DDR.[213] Selbst als die sowjetische Führung beim Besuch des pakistanischen Präsidenten Bhutto in Moskau Mitte März 1972 Druck hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR auszuüben versuchte, zeigte dieser sich hierzu weiterhin nicht bereit.[214]

Indem das pakistanische Außenministerium in Islamabad im Sommer 1972 verkündete, bis auf Weiteres keine Anträge auf die Gründung bilateraler Freundschaftsgesellschaften zu bearbeiten, verwehrte man der DDR-Führung außerdem ein bewährtes Mittel, um auf subtile Art mit anderen Staaten in Kontakt zu treten.[215] Im August 1972 gründete sich in Lahore zwar dennoch eine „Pakistan-

209 Vermerk von Dr. Jesser, 17. Oktober 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8149.
210 Berger an AA, 18. Oktober 1972, PA AA, B 37, Bd. 693.
211 S. etwa „Vermerk über ein Gespräch des Gen. Bittner mit dem Botschafter Pakistans, Marker, am 10.11.1971 in unserer Botschaft“ von Elsner, 15. November 1971, PA AA, M 1, C 1444/76.
212 „Vermerk über ein Gespräch des Gen. Lützkendorf mit Gen. Fomin, Leiter der Abt. Südasien, am 12.11.1971 im MID“ von Elsner, 16. November 1971, PA AA, M 1, C 1253/75.
213 Enzweiler an AA, 10. März 1972, PA AA, ISLA, Bd. 18539.
214 Vermerk von Gahlich, 4. April 1972, PA AA, M 1, C 91/78.
215 Ministry of Foreign Affairs Islamabad an die diplomatischen Vertretungen in Pakistan, Islamabad, 14. Juli 1972, PA AA, M 2, B 151/78.

GDR Youth Friendship Society", deren erklärtes Ziel die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und der Austausch von Botschaftern zwischen der DDR und Pakistan war.[216] Im Ost-Berliner MfAA bewertete man die Gesellschaft später jedoch als „eine typische letter head Vereinigung" ohne ernstzunehmende Aktivitäten.[217]

Eine wirkliche Änderung der pakistanischen Haltung zur DDR brachte wiederum erst die Anerkennung der DDR durch Indien. Am 21. Oktober 1972 teilte ein Vertreter des pakistanischen Außenministeriums dem westdeutschen Botschafter Berger in Islamabad mit, dass seine Regierung „in naher Zukunft" diplomatische Beziehungen mit der DDR aufzunehmen beabsichtige. Begründet wurde diese Entscheidung mit dem zunehmenden Druck der UdSSR und anderer sozialistischer Staaten sowie der öffentlichen Meinung in Pakistan. Im Übrigen habe die Bundesrepublik „ja auch unter den ersten Bangla Desh anerkannt", wie es hieß.[218] Bergers Gegenrede, man habe doch erst am Vortag neue Kapitalhilfe- und Umschuldungsabkommen unterzeichnet,[219] ließ sein Gegenüber nicht gelten. Seine Regierung könne mit der DDR-Anerkennung nicht mehr länger warten, „um den Anschluß nicht zu verlieren."[220]

In der Bonner AA-Zentrale reagierte man auf diese Nachricht aus Islamabad prompt und entrüstet. Botschafter Berger wurde angewiesen, der pakistanischen Regierung umgehend und „auf möglichst hoher Ebene" mitzuteilen, dass diese Ankündigung nur einen Tag nach Abschluss zweier wichtiger Abkommen in Bonn „erhebliche Irritation hervorgerufen" habe. Vor der Anerkennung Bangladeschs habe die Bundesregierung die pakistanische Regierung zumindest konsultiert und ihre Entscheidung begründet. Von pakistanischer Seite erwarte man ein entsprechendes Verhalten. Andernfalls sei nicht auszuschließen, „daß auf die künftige Ausgestaltung der deutsch-pakistanischen Beziehungen, die bisher eng und freundschaftlich waren, ein Schatten fällt."[221]

Noch vor Unterzeichnung der zu den bereits vereinbarten Kapitalhilfe- und Umschuldungsabkommen gehörenden Protokolle sollte dies der pakistanischen

---

216 Mussadeq Ahad Shah (Präsident der Pakistan-GDR Your Friendship Society) an Walter Ulbricht, 25. August 1972, PA AA, M 2, B 151/78.

217 Bräsel an Köcher, 1. Dezember 1972, PA AA, M 2, B 151/78.

218 Berger an AA, 23. Oktober 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8149. Vor diesem Zusammenhang hatte Berger schon Monate zuvor gewarnt, s. Berger an AA, 2. Februar 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9092.

219 Dies war im Übrigen wenige Monate zuvor erstes Anliegen des pakistanischen Botschafters bei seinem Antrittsbesuch im Bonner AA gewesen, s. Vermerk von StS v. Braun, 17. Juli 1972, PA AA, B 2, Bd. 193.

220 Berger an AA, 23. Oktober 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8149.

221 Diesel an Botschaft Rawalpindi, 23. Oktober 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8149.

Regierung mitgeteilt und darauf hingewiesen werden, man unterzeichne in der Erwartung, dass die pakistanische Regierung „von dem angekündigten Schritt gegenüber der DDR Abstand nimmt, bis die Grundvertragsverhandlungen in der Sache abgeschlossen sind." Im Übrigen habe die Bundesregierung sich bei der indischen Botschaft auch für eine Rückführung pakistanischer Kriegsgefangener und Zivilisten eingesetzt, die sich seit Ende des Bangladeschkriegs in Gefangenschaft befanden.[222] Am 25. Oktober 1972 wurde dies dem pakistanischen Botschafter in der Bonner AA-Zentrale auch noch einmal persönlich dargelegt. Dieser versprach zwar, seiner Regierung entsprechend zu berichten, wies allerdings auch darauf hin, dass Pakistan nunmehr als einziges Land des indischen Subkontinents noch keine diplomatischen Beziehungen zur DDR unterhielt.[223]

Die Bonner Bemühungen zeigten Wirkung: Derselbe pakistanische Regierungsvertreter, der Botschafter Berger bereits am 21. Oktober 1972 aufgesucht hatte, teilte ihm wenige Tage später beschwichtigend mit, der „Ausdruck ‚in naher Zukunft' bedeute nicht, dass die Anerkennung ‚übermorgen' erfolgen würde."[224] Stattdessen war nun die Rede davon, mit einer Anerkennung der DDR durch Pakistan sei in einigen Wochen zu rechnen,[225] vermutlich erst nach der Bundestagswahl am 19. November 1972.[226] Eine die pakistanische DDR-Anerkennung bedauernde Pressemitteilung hatte man im AA zu diesem Zeitpunkt bereits entworfen.[227]

Am 11. November 1972 schließlich ließ der pakistanische Botschafter in Bonn den AA-Staatssekretär Paul Frank wissen, dass die DDR-Anerkennung am 15. November 1972 erfolgen würde.[228] Er betonte, dass seine Regierung damit wie zuvor angekündigt[229] den Abschluss der Verhandlungen über den deutsch-deutschen Grundvertrag abgewartet hätte. Staatssekretär Frank bedauerte daraufhin zwar, dass die pakistanische Regierung nicht auch noch die bevorstehende Bundestagswahl abwarten würde, bedankte sich im Übrigen aber für das

222 Van Well an Botschaft Rawalpindi, 24. Oktober 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8149.
223 Diesel an Botschaft Rawalpindi, 25. Oktober 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8149.
224 Berger an AA, 26. Oktober 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8149.
225 „Vermerk über ein Gespräch des Gen. Thun mit Gen. Fomin (Leiter der Abteilung Südasien des MID) am 25. Oktober 1972" von Scholz, 3. November 1972, PA AA, M 1, C 97/78; von der bundesrepublikanischen Intervention erfuhr die DDR Anfang November 1972 durch ungarische Diplomaten, s. Vermerk von Peters, 15. November 1972, PA AA, M 1, C 97/78.
226 Ritter an Walter Scheel, 30. Oktober 1972, PA AA, B 37, Bd. 693.
227 Thönnes an Ref. 103, 25. Oktober 1972, PA AA, B 37, Bd. 693.
228 Hauthal an Botschaft Rawalpindi, 11. November 1972, PA AA, B 37, Bd. 693.
229 Vgl. Berger an AA, 1. März 1973, PA AA, B 37, Bd. 100297.

pakistanische Entgegenkommen.[230] Im MfAA der DDR erfuhr man unmittelbar danach ebenfalls vom beabsichtigten pakistanischen Schritt.[231]

Diplomaten der Botschaften der DDR und Pakistans in Moskau verhandelten daraufhin die genaue Formulierung eines gemeinsamen Kommuniqués anlässlich der Herstellung diplomatischer Beziehungen.[232] Das sowjetische Außenministerium drängte derweil zur Eile. Der Austausch von Botschaftern zwischen Pakistan und der DDR war der Moskauer Führung ein sehr willkommenes Mittel, den befürchteten zunehmenden chinesischen Einfluss in Pakistan zurückzudrängen.[233] Am 15. November 1972 war es dann schließlich soweit und auch Pakistan erkannte die DDR offiziell völkerrechtlich an.[234]

6.3 Zwischenbilanz

Für die beteiligten Staaten des indischen Subkontinents bedeutete der Bangladeschkrieg eine fundamentale außenpolitische Neuorientierung. Nach dem siegreichen Ende des kurzen Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges konnte Indien sich seiner Stellung als regionale Vormacht in Südasien endlich sicher sein, während der Kriegsausgang für Pakistan den Beginn einer stärkeren Wendung hin zur arabischen Welt markierte. Bangladesch wiederum stand nach Erlangen der staatlichen Unabhängigkeit vor der Herausforderung, sich nicht allein von den pakistanischen Unterdrückern, sondern auch von seinen indischen Befreiern abzugrenzen. Außerdem galt es für den jüngsten südasiatischen Staat, neben einer nationalen Identität auch noch ein funktionierendes Staatswesen zu entwickeln.

Auch die Großmächte mussten sich nach dem Bangladeschkrieg ihrer Positionen in Südasien neu vergewissern. Der US-Administration gelang es nur sehr langsam, das während des Krieges verspielte Vertrauen in Indien zurückzugewinnen, während die Moskauer Führung die Sorge umtrieb, ihre neuen chinesischen Widersacher könnten ihnen im Streit um Einfluss im strategisch weiterhin wichtigen Pakistan den Rang ablaufen. In Indien wiederum erfuhr die UdSSR zwar

---

230 Hauthal an StS Frank, 13. November 1972, PA AA, B 37, Bd. 693.
231 „Aufnahme diplomatischer Beziehungen DDR – Pakistan“ von Krüger, 12. November 1972, PA AA, M 92, ZR 4106/14.
232 „Vermerk über ein Gespräch des Gen. Thun mit dem Geschäftsträger der Botschaft Pakistans in der UdSSR, M. A. Khairi, am 13.11.1972“ von Scholz, 15. November 1972, PA AA, M 1, C 97/78.
233 „Mitteilung des Genossen Thun, Moskau, am 15.11.1972, 7.45 Uhr, über WTSCH“, aufgenommen von H. Haase, 15. November 1972, PA AA, M 1, C 97/78.
234 Berger an AA, 1. März 1973, PA AA, B 37, Bd. 100297.

große Dankbarkeit für die während des Krieges gewährte Solidarität, doch führte diese punktuelle Kooperation nicht automatisch zu einer längerfristigen sicherheitspolitischen Allianz zwischen den beiden Ländern. Denn auch der Dritte Indisch-Pakistanischen Krieg, der allzu leicht zu einem Krieg der Großmächte hätte werden können, sollte nichts am grundsätzlichen Postulat der indischen Bündnisfreiheit ändern.[235] Vielmehr suchte die indische Regierung nach der indisch-sowjetischen Annäherung des Jahres 1971 im Folgejahr vermehrt den ausgleichenden Kontakt zu Staaten des westlichen Bündnisses. Hieraus erklärte sich Anfang 1972 auch der Wunsch der indischen Regierung, nicht allein sozialistische Staaten mögen ihren Schützling Bangladesch anerkennen.[236]

Der Bangladeschkrieg sollte sich im Laufe des Jahres 1972 als ein Katalysator der deutsch-deutschen Südasienpolitik erweisen. Waren es bis zum Kriegsausbruch Anfang Dezember 1971 noch die südasiatischen Konfliktparteien, die die beiden deutschen Staaten umgarnten und um Unterstützung baten, so drehte sich dieses Verhältnis nach Ende des Krieges sehr schnell um. Vor allem die DDR-Führung in Ost-Berlin hoffte, ihre in diesem Konflikt gezeigte Solidarität mit der Regierung Indira Gandhi könnte endlich den lang erhofften Durchbruch bringen und würde von der indischen Premierministerin durch eine völkerrechtliche Anerkennung honoriert.

Zum „Eisbrecher“ in Südasien bestimmten DDR-Außenpolitiker die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bangladesch. Noch während der Kampfhandlungen in und um Ostbengalen hatte die provisorische Regierung von Bangladesch weltweit nach Verbündeten gesucht. Mit ihrem Versprechen gegenseitiger Anerkennung nach Erlangung staatlicher Unabhängigkeit war sie in der DDR fündig geworden. Im MfAA nahm man die unerfahrene politische Führung des jungen Staates beim Wort, und es gelang dem damaligen DDR-Außenminister Otto Winzer im ehemaligen Ostpakistan erfolgreich, während eines persönlichen Besuchs Mitte Januar 1972 bei seinem dortigen Amtskollegen Abdus Samad Azad und dem ersten Premierminister des unabhängigen Bangladesch Mujibur Rahman die Zusage einer gegenseitigen Anerkennung zu erwirken. Auch bundesrepublikanische Interventionsversuche konnten diese Entwicklung nicht mehr verhindern. In bis dahin ungeahnter Weise waren die DDR-Diplomaten außerdem dazu in der Lage gewesen, sich gegenüber der Moskauer Führung durchzusetzen und ihre Zustimmung zur Anerkennung von Bangladesch zu erhalten.

235 Vgl. Diehl an AA, 25. Januar 1972, PA AA, B 30, Bd. 654.

236 S. hierzu auch Das Gupta: Indiens sicherheitspolitische Wende zwischen 1962 und 1974, S. 114–5.

Während Otto Winzer auf die Signalwirkung dieses Schrittes für die indische Regierung hoffte, fürchtete man genau dies im Bonner AA. Es galt also, der indischen Regierung ein verlockendes Gegenangebot zu machen, um sie von der unliebsamen DDR-Anerkennung abzuhalten. Ein solches fand die Bundesregierung schließlich mithilfe ihrer europäischen Partner. Noch mehr als zwei Monate vor der Anerkennung Bangladeschs durch die Nixon-Administration, war deren Verhalten für die Bundesregierung kaum richtungsweisend. Im Gegenteil: Sie profitierte sogar von der indisch-amerikanischen Entfremdung während des Bangladeschkriegs und konnte einspringen, als die USA für Indien kurzfristig als politische Partner und Entwicklungshilfegeber ausfielen. Ihre gemeinsame Blockzugehörigkeit zum westlichen Staatenbündnis diente der Bundesregierung vielmehr allein dann als Argument, wenn es ihren eigenen Interessen entsprach. Etwa als pakistanische Diplomaten andeuteten, die DDR anerkennen zu wollen.

Das Inaussichtstellen einer Anerkennung Bangladeschs gemeinsam mit den anderen EWG-Staaten erwies sich als genialer Schachzug der Bundesregierung: Als Lockmittel gegenüber Indien war das Angebot einer gleich mehrfachen Anerkennung Bangladeschs durch westliche Staaten zu attraktiv, als dass die indische Regierung es durch ein Nachgeben gegenüber dem DDR-Drängen hätte gefährden wollen. Gleichzeitig war das Handeln im Verbund auch ein ausreichend abschreckendes Druckmittel gegenüber der pakistanischen Führung, die vielleicht die Bundesregierung allein, sicherlich jedoch nicht auch ihre EWG-Partner (zumal Mitglieder des Pakistan-Konsortiums) für die frühe Anerkennung der Unabhängigkeit seines ehemaligen Ostflügels abgestraft hätte. Dadurch und dank des hohen Ansehens, das Bundeskanzler Willy Brandt in Indien genoss, konnte die Bundesregierung die diplomatische Anerkennung der DDR dort noch bis zu einem ihr genehmeren Zeitpunkt im Herbst 1972 hinauszögern.

Im Umgang mit Pakistan hatte die DDR-Führung im November 1972 größeres Glück. Die pakistanische Regierung um Zulfikar Ali Bhutto trug ihr weder die proindische Haltung während des Krieges im Vorjahr noch die rasche Anerkennung des früheren pakistanischen Ostflügels nach. Wie für die indische Regierung, so bedeutete die Anerkennung der DDR auch für die Regierung Bhutto lediglich einen zeitgemäßen Schritt, der den gewandelten Vorzeichen des deutsch-deutschen Verhältnisses Rechnung trug. Dass das sowjetische Außenministerium hierbei gleichsam die Schirmherrschaft übernahm, erleichterte den pakistanischen Außenpolitikern ihre Entscheidung, die DDR nach einer letzten kurzen Verzögerung durch die Bundesregierung Mitte November 1972 anzuerkennen.

7 Zwei deutsche Staaten offiziell in Südasien

In den Jahren nach dem Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg und der Unabhängigkeit Bangladeschs durchliefen die drei beteiligten Länder des indischen Subkontinents eine Phase der Selbstvergewisserung. Für die beiden deutschen Staaten wiederum machte die Anerkennung der DDR durch Bangladesch, Indien und Pakistan eine grundsätzliche Neuausrichtung ihrer jeweiligen bilateralen Beziehungen zu diesen Ländern erforderlich.

7.1 Der indische Subkontinent nach dem Bangladeschkrieg

So unerwartet Südasien 1971 auf dem Radar der globalen Sicherheitspolitik erschienen war, so schnell schwand seine weltpolitische Relevanz nach Ende des kurzen Bangladeschkriegs wieder. Außenpolitisch unternahmen Bangladesch, Indien und Pakistan in der Folge in verschiedener Nuancierung eine Gratwanderung zwischen den Einflusssphären der Großmächte, innenpolitisch war die Demokratie um 1975 aus unterschiedlichen Gründen in allen drei Staaten des indischen Subkontinents gleichermaßen gefährdet. Nach Jahren der internen Auseinandersetzung fanden sich Sieger und Besiegte dieses Krieges Mitte der 1970er Jahre vor ähnlichen Herausforderungen wieder.

Bangladesch

Bald nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit Bangladeschs zeigte sich, dass die regierende Awami League unter Führung Mujibur Rahmans trotz ihrer unbestreitbaren Verdienste im Kampf für das freie Ostbengalen kaum dazu in der Lage war, die Geschicke des jüngsten südasiatischen Staates eigenverantwortlich zu lenken. Deutlich hatte sie den Umstand unterschätzt, dass infolge des Unabhängigkeitskriegs mit der westpakistanischen (wirtschafts-)politischen Elite auch ein Großteil der ökonomischen Expertise das neue Staatsgebiet verlassen würde. Mit der Aufgabe, dieses Defizit zu kompensieren, war die noch unerfahrene Regierung von Bangladesch nun sichtlich überfordert. Es gelang ihr in den ersten Jahren nach Erlangung der nationalen Eigenständigkeit nicht, auch nur die Vorkriegsleistung der landwirtschaftlichen und nunmehr verstaatlichten industriellen Produktion des früheren Ostpakistans zu erreichen. Für große Teile der Bevölkerung des Landes bedeutete dies merkliche Gehaltseinbußen und somit ökonomische und soziale Verschlechterungen. Zunehmend prägten Nepotismus und Machtmissbrauch das öffentliche Bild der Awami League. Als

https://doi.org/10.1515/9783110682038-007

die Regierungspartei bei den ersten Wahlen im Mai 1973 mehrere Oppositionsparteien verbot und nach massiven Einschüchterungsversuchen und kaum verhohlener Wahlfälschung 97 Prozent der abgegebenen Stimmen für sich reklamierte, wirkte sich dies nachhaltig negativ auf das demokratische Image der Partei im Land aus.[1]

Einen gewissen Ausgleich für die wirtschaftliche Misere der ersten Jahre der staatlichen Unabhängigkeit des ehemaligen Ostpakistans bildeten ab 1972 die massiv gesteigerten internationalen Entwicklungshilfezahlungen. Einerseits profitierte der junge Staat nach dem leidvollen Unabhängigkeitskampf des Vorjahres vom Mitgefühl der internationalen Gemeinschaft. Andererseits zwang die Logik des Kalten Krieges neben den ohnehin bereits eng verbundenen sozialistischen Staaten nun auch das westliche Staatenbündnis um die USA dazu, durch umfangreiche Hilfszahlungen ein befürchtetes vollständiges Abgleiten Bangladeschs in die sowjetische Einflusssphäre zu verhindern.[2]

Die Regierung von Bangladesch musste allerdings bald die Erfahrung machen, dass Drittstaaten ihr nicht ausnahmslos mit Wohlwollen begegneten. Ausgerechnet die bis dahin loyale indische Regierung setzte ihren neuen Nachbarn unter Druck. Nach der Vereinbarung von Shimla bestand Indira Gandhi auf Rückführung der in Bangladesch inhaftierten (west-)pakistanischen Kriegsgefangenen. Mujibur Rahman und seine Regierung waren hierzu allein unter der Voraussetzung bereit, dass die pakistanische Regierung Bangladesch offiziell anerkannte. Außerdem sollten 195 ausgewählte pakistanische Offiziere öffentlich als Kriegsverbrecher angeklagt werden.[3] Erst im August 1973 konnte man sich mit der pakistanischen Regierung auf Übergabe auch dieser Kriegsgefangenen mit der Maßgabe einigen, dass ihnen in Pakistan der Prozess gemacht werden sollte – was allerdings nie geschah. Im Februar 1974 erkannte die Regierung Bhutto Bangladesch schließlich offiziell als unabhängigen Staat an.[4]

Eines ihrer wichtigsten außenpolitischen Ziele hatte die Awami-League-Regierung damit zwar erreicht, ihre wirtschaftspolitische Fehlplanung und heftige Überschwemmungen führten zur selben Zeit allerdings zu einer der schwersten Hungerkatastrophen seit Jahrzehnten, der 1974 hunderttausende Ost-

1 Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 177–9.

2 Ebd., S. 220.

3 Für leichtere Fälle wurde eine Generalamnestie beschlossen, s. Hossein: *Bangladesh. Quest for Freedom and Justice*, 128; Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 172.

4 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 269–70; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 211; James Wynbrandt: *A Brief History of Pakistan*. New York: Facts On File 2009, S. 204; Malik: *The History of Pakistan*, S. 164; Bass: Bargaining away Justice: India, Pakistan, and the International Politics of Impunity for the Bangladesh Genocide, S. 180.

bengalen zum Opfer fielen. Als Antwort auf den daraufhin zunehmenden öffentlichen Protest rief die Regierung Mujibur Rahman im Dezember 1974 den nationalen Notstand aus. Bürgerrechte und Pressefreiheit wurden damit im ganzen Land weitestgehend ausgesetzt. Darüber hinaus ernannte Mujibur Rahman sich selbst zum Führer eines präsidialen Einparteiensystems. De facto machte er sich damit zum Diktator von Bangladesch.[5]

Erste Versuche, die Awami-League-Regierung daraufhin gewaltsam zu stürzen, wurden von den staatlichen Sicherheitskräften blutig niedergeschlagen.[6] Mujibur Rahmans wichtigster politischer Gegner wurde von der Polizei verhaftet und hingerichtet. Erst als sich auch die Armee gegen den Regierungschef wandte, war Rahmans Schicksal besiegelt. Am 15. August 1975 wurden er und zahlreiche Mitglieder seiner Familie bei einem Militärputsch getötet. Eine Woche später folgten Attentate auf vier seiner wichtigsten Mitstreiter im Kampf um das unabhängige Bangladesch. Nur vier Jahre nach der blutig erstrittenen Unabhängigkeit herrschte in Bangladesch wieder eine Militärdiktatur.[7]

Indien

Nach dem dritten Krieg gegen den pakistanischen Nachbarn innerhalb von 25 Jahren war die innen- und außenpolitische Lage Indiens ambivalent. Das Land durchlief unter Führung Indira Gandhis 1973/74 zwar eine Phase der nationalen Konsolidierung, in der führende sezessionistische Kräfte im Kaschmir und dem nordöstlich gelegenen Bundesstaat Nagaland der Zentralregierung in Neu-Delhi entgegenkamen und von früheren Forderungen nach größerer einzelstaatlicher Autonomie abrückten. Gleichzeitig trieben hartnäckige Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung Indira Gandhi die Anhänger der indischen Kongresspartei scharenweise in die Arme der Opposition. An die Spitze der aufkeimenden regierungskritischen Proteste, zunächst im unterentwickelten indischen Bundesstaat Bihar, stellte sich im Frühjahr 1974 ausgerechnet der frühere Mitstreiter Mahatma Gandhis, Jayaprakash Narayan, der der indischen Premierministerin im Krieg gegen Pakistan im Dezember 1971 noch öffentlich den Rücken gestärkt hatte.[8]

---

5 Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 180–1; Michael Mann: *Geschichte Indiens. Vom 18. bis zum 21. Jahrhundert*. Paderborn: Ferdinand Schöningh 2005, S. 130.

6 „Bericht über die Durchführung der Aktion ‚Austausch II' in der Zeit vom 24.3.1974 bis 24.4.1974", 7. Mai 1974, BStU, MfS, HA PS, MF, Nr. 192.

7 Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 182; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 271–2; Mann: *Geschichte Indiens*, S. 130.

8 Guha: *India after Gandhi*, S. 475–8; Bass: *The Blood Telegram*, S. 270.

Es gelang Narayan, einen Großteil der oppositionellen Kräfte Indiens hinter sich zu vereinen. Im Frühjahr 1975 verglich der frühere indische Unabhängigkeitskämpfer die Kongressregierung mit der britischen Kolonialmacht und organisierte von Bihar aus einen Protestmarsch nach Neu-Delhi. Demonstrationen der außenpolitischen Stärke Indira Gandhis wie ein erfolgreicher Atomtest im Mai 1974 oder die Eingliederung des zuvor quasi-unabhängigen Königreichs Sikkim in die Indische Union im September desselben Jahres konnten von diesen wachsenden innenpolitischen Unruhen nur kurzfristig ablenken. [9]

Zur gleichen Zeit geriet Indira Gandhi auch von anderer Seite unter Druck: Ihr phänomenaler Wahlerfolg von 1971 wurde vier Jahre später aufgrund eines Korruptionsverdachts im Zuge des Wahlkampfes gerichtlich angefochten. Im Juni 1975 deutete der indische Supreme Court an, der Klägerseite folgen zu wollen, wodurch der Wahlsieg der Kongresspartei aufgehoben würde. Nun begannen sich auch einige Parteifreunde von der indischen Premierministerin abzuwenden und forderten öffentlich ihren Rücktritt. Derart bedrängt, weigerte sich Indira Gandhi vehement und ließ am 25. Juni 1975 den nationalen Notstand („Emergency") ausrufen. Zeitungsredaktionen in der indischen Hauptstadt wurde der Strom abgestellt, eine Reihe von Oppositionsführern (darunter Narayan) verhaftet und die bürgerlichen Freiheitsrechte bis auf Weiteres aufgehoben.[10]

Die indische Bevölkerung nahm die bald folgenden Verfassungsänderungen zur Sicherung der „Emergency" (und zum Schutz Indira Gandhis vor Kontrolle durch den indischen Supreme Court), die Legitimierung von Verhaftungen ohne Verfahren sowie die Einschränkung der Pressefreiheit mit überraschender Gleichgültigkeit hin. Vor allem einige Geschäftsleute und Industrielle begrüßten diese unerwartete Entwicklung und die mit ihr einhergehende Unterdrückung der Gewerkschaften. Dagegen musste die indische Premierministerin international aufgrund dieser autokratischen Maßnahmen zum Zwecke des eigenen Machterhalts ihre zunehmende Isolation in Kauf nehmen. Zwar zeigten einige britische Politiker durchaus Verständnis für sie und relativierten die Härte der „Emergency"-Maßnahmen, Willy Brandt hingegen verurteilte den Schritt scharf.[11]

Indira Gandhi war an ihrem internationalen Ansehen inzwischen allerdings ohnehin deutlich weniger gelegen als noch im Jahre 1971. Nach der frustrierenden Pattsituation im UN-Sicherheitsrat während des Bangladeschkriegs hatte

9 Mann: *Geschichte Indiens*, S. 125; Guha: *India after Gandhi*, S. 482–5.
10 Guha: *India after Gandhi*, S. 488–91; Mann: *Geschichte Indiens*, S. 125.
11 Guha: *India after Gandhi*, S. 494; 499–504; 508; 520.

sie kein Vertrauen mehr in die Durchsetzungskraft der Großmächte.[12] Infolge des vernichtenden Sieges über Pakistan bedurfte Indien inzwischen auch kaum mehr einer sicherheitspolitischen Rückversicherung, sodass die Moskauer Führung merklich an Einfluss auf die indische Regierung verlor.[13] Demgegenüber war die Talsohle der bilateralen Beziehungen Indiens zu den USA bald zumindest soweit durchschritten, dass die US-Regierung im März 1973 die Aufhebung des gegen die beiden früheren Kriegsgegner verhängten Waffenembargos beschloss.[14]

Enttäuschender war aus indischer Sicht die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu Bangladesch. Bis zum blutigen Sturz Mujibur Rahmans hatten sich Indien und die Sowjetunion in einem konstanten Wettstreit um die Vorherrschaft im jüngsten südasiatischen Staat befunden. Nach dem Putsch verlor die Moskauer Führung sämtlichen Einfluss in Bangladesch und auch die indische Regierung wurde von der neuen Militärjunta immer weniger als Ansprechpartnerin wahrgenommen. Stattdessen orientierte diese sich zunehmend an Peking. Bis heute prägen der indische Vorwurf der Undankbarkeit und das ostbengalische Beharren auf nationaler Eigenständigkeit die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.[15]

Pakistan

Das erneut besiegte und gedemütigte Pakistan gewann unter dem neuen Präsidenten Bhutto Selbstvertrauen zurück. Im April 1973 einigte sich die pakistanische Nationalversammlung auf eine Verfassung, die das Land zu einer parlamentarischen Demokratie machte und den Islam zur Staatsreligion erklärte. Am 12. August 1973 wurde Zulfikar Ali Bhutto zum Premierminister Pakistans ernannt.[16]

Dem neuen Regierungschef war daran gelegen, möglichst rasch seine politische Stärke unter Beweis zu stellen. Als Separatisten in der südwestlichen pakistanischen Provinz Belutschistan es 1973 den früheren Ostpakistanern gleichtaten und gewaltsam nach nationaler Unabhängigkeit strebten, ließ Bhutto diese Aufstände mit iranischer Unterstützung blutig niederschlagen. Nach dem schmerzli-

---

12 Srinath Raghavan: India as a Regional Power. In: Bruce Jones / Pratap Bhanu Mehta / Waheguru Pal Singh Sidhu (Hrsg.): Shaping the Emerging World. India and the Multilateral Order. Washington, D.C.: Brookings Institution Press 2013, S. 57–62, hier S. 59.

13 Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 116.

14 Diehl an AA, 3. Mai 1973, PA AA, B 37, Bd. 100131.

15 Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 246; 312; Wagner: *Die „verhinderte" Großmacht?* S. 119; Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 184.

16 Kux: *The United States and Pakistan*, S. 209; Malik: *The History of Pakistan*, S. 167–8.

chen Verlust des pakistanischen Ostflügels zeigte die pakistanische Bevölkerung mehrheitlich großes Verständnis für die Härte seines Vorgehens. Gegenüber den Großmächten gab sich Bhutto dagegen flexibler: Die pakistanische Regierung öffnete sich für eine stärkere Kooperation mit der Sowjetunion und nahm dabei bewusst in Kauf, dass die US-Administration hierdurch vor den Kopf gestoßen wurde.[17]

Während die Regierung Bhutto außenpolitisch an Bewegungsspielraum gewann, stagnierte die pakistanische Wirtschaft. Große Teile der Schwerindustrie des Landes wurden im Frühjahr 1972 verstaatlicht und pakistanische Großgrundbesitzer zugunsten der ärmeren Landbevölkerung enteignet. In der Folge wuchs zwar der öffentliche Sektor; das dadurch erhoffte Wirtschaftswachstum blieb allerdings aus, was in der pakistanischen Bevölkerung zu einigem Unmut führte. Trotz des demokratischen Anstrichs seiner Regierung, wurden Versammlungen von Bhuttos politischen Gegnern immer häufiger durch eine von ihm gegründete paramilitärische Miliz auseinandergetrieben.[18] Wie in Bangladesch und Indien, so wurde auch in Pakistan der Opposition dementsprechend kaum die Möglichkeit gegeben, die Missstände im eigenen Land anzuprangern.

7.2 Die beiden deutschen Staaten in Südasien

Gut einen Monat nachdem mit Pakistan auch der letzte der mittlerweile drei Nachfolgestaaten Britisch-Indiens die DDR offiziell anerkannt hatte, erreichte die deutsch-deutsche Entspannungspolitik ihren Höhe- und vorläufigen Schlusspunkt. Am 21. Dezember 1972 unterzeichneten Egon Bahr und DDR-Staatssekretär Michael Kohl den „Vertrag über die Grundlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“. Im ersten Artikel hieß es dort: „Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik entwickeln normale Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.“[19] Die Ära der Hallstein-Doktrin war endgültig beendet. Auf und neben dem diplomatischen Parkett des indischen Subkontinents sollte die offizielle deutsch-deutsche Begegnung damit allerdings gerade erst beginnen.

Bis zu ihrem Erfolg war die Anerkennung übergeordnetes Ziel sämtlicher Aktivitäten der DDR in einem anderen Staat gewesen. Die als Schmach empfundene „Alleinvertretungsanmaßung“ der westdeutschen Hallstein-Doktrin sollte

---

17 Malik: *The History of Pakistan*, S. 166; Wynbrandt: *A Brief History of Pakistan*, S. 205–6.
18 Ebd., S. 208–11.
19 Zit. n. Hüttmann: *Geschichte der innerdeutschen Beziehungen 1945–1989*, S. 45.

Land für Land widerlegt werden.[20] In Südasien hatte das MfAA dieses Ziel mit der Anerkennung durch Pakistan Mitte November 1972 endlich erreicht. Während sie in Indien schon lange vertreten war, musste die DDR ihren Platz in Pakistan zunächst noch finden. Bangladesch stellte für beide deutsche Staaten gleichermaßen politisches Neuland dar.

Bangladesch

Wenige Tage nach der staatlichen Anerkennung durch Bangladesch Mitte Januar 1972 begannen DDR-Diplomaten damit, die Errichtung einer diplomatischen Vertretung der DDR in Dhaka vorzubereiten. Zum ersten Botschafter der DDR in Bangladesch ernannte man am 15. Februar 1972 Lothar Wenzel, der zuvor stellvertretender Generalkonsul der DDR in Neu-Delhi gewesen war.[21] Obwohl DDR-Vertreter der Regierung von Bangladesch bereits unmittelbar nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen „jede mögliche Unterstützung“ bei der Errichtung einer Botschaft in der DDR zugesagt hatten,[22] tat sich diese im Frühjahr 1972 ungleich schwerer, ebenfalls einen Botschafter nach Ost-Berlin zu entsenden. Auch eine Einladung Mujibur Rahmans in die DDR lehnte das Außenministerium Bangladeschs Ende Februar 1972 dankend ab.[23] Erst am 25. Mai 1972 wurde Kazi Ahmed Kamal als erster Botschafter von Bangladesch in der DDR akkreditiert.[24] Als Grund für diese Verzögerung vermutete man in der MfAA-Zentrale massive Interventionen westdeutscher Diplomaten.[25]

Tatsächlich zeigte die Bundesregierung kaum Verständnis für die Entscheidung der Regierung Bangladeschs die DDR anzuerkennen. Noch am selben

20 Muth: *Die DDR-Außenpolitik 1949–1972*, S. 53; Schneider: *Die Außenpolitik der DDR gegenüber Südasien*, S. 2; Hüttmann: *Geschichte der innerdeutschen Beziehungen 1945–1989*, S. 17; vgl. auch Sara Lorenzini: East-South relations in the 1970s and the GDR involvement in Africa. In: Max Guderzo / Bruna Bagnato (Hrsg.): *The Globalization of the Cold War. Diplomacy and local confrontation*, 1975–85. London / New York: Routledge 2010, S. 104–116, hier S. 105.

21 Plückebaum an AA sowie Botschaften Rawalpindi und Neu-Delhi, 16. Februar 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8134.

22 „Bericht über die Reise des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Genossen Otto Winzer, nach Indien und Bangla Desh vom 8. 1. bis 19. 1. 1972“ von Radde, 27. Januar 1972, BArch, DY 30/98813.

23 S. A. Karim an Lothar Wenzel, 29. Februar 1972, BArch, DC 20/16892.

24 „Stand der Beziehungen der DDR zur Volksrepublik Bangladesh“, 19. Mai 1972, PA AA, M 1, C 1048/77.

25 Radde an die Leiter der Vertretungen in New Delhi, Djakarta, Rangun, Dacca, Kathmandu, Colombo, Phnom Penh, 17. März 1972, PA AA, M 1, C 1774/76.

Tag drohte sie ihr öffentlich mit empfindlichen Sanktionen.[26] Mujibur Rahman reagierte daraufhin ungehalten: Sein Außenminister Abdus Samad Azad habe ihn schlecht beraten, über die früheren Gespräche des westdeutschen Gesandten Behrends mit dem Leiter der Bangladesch-Mission in Neu-Delhi sei er nicht informiert gewesen und überhaupt hätten die DDR-Vertreter ihn mit der Versicherung, die Bundesregierung würde keine Einwände gegen die Anerkennung erheben, zum Besten gehalten. „Er werde aus diesem Täuschungsmanöver die entsprechenden Konsequenzen ziehen", ließ er einen westdeutschen Diplomaten wissen und bat die Bundesregierung dringend darum, „aus der Angelegenheit nicht die falschen Schlüsse zu ziehen."[27]

Dennoch brachte der westdeutsche Generalkonsul Rolf Enders dem Generalsekretär im Außenministerium Bangladeschs Farooq Chowdhury gegenüber zwei Tage später in Dhaka die Enttäuschung der Bundesregierung über die allzu frühe DDR-Anerkennung zum Ausdruck. Chowdhury versuchte daraufhin, sein Land in Schutz zu nehmen: „Bangladesh sei ein kleines Land, das auf Anerkennung und Hilfe, gleich von welcher Seite, dringend angewiesen sei."[28] Im Übrigen werde man in Dhaka höchstens eine sehr kleine Botschaft der DDR dulden.[29]

Aufgrund der befürchteten Signalwirkung gegenüber Indien glaubte die Bundesregierung den unerwünschten Schritt der Regierung Bangladeschs nicht unbeantwortet lassen zu können.[30] Enders wurde am 18. Januar 1972 entsprechend von der Bonner AA-Zentrale angewiesen, mit der Regierung Mujibur Rahman anders als ursprünglich geplant bis auf Weiteres doch noch nicht über eine Fortführung der kriegsbedingt unterbrochenen Entwicklungshilfevorhaben zu verhandeln.[31] „Die erste Liebe kostet viel", lautete der lakonische Kommentar des westdeutschen Generalkonsuls.[32]

Das AA gab also vor, dass die unerwünschte DDR-Anerkennung spürbare Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik zum jüngs-

---

26 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 10, Anm. 2; vgl. Huber an Botschaften Neu-Delhi, Rawalpindi, das Generalkonsulat Dhaka sowie die Botschaften Luxemburg, Brüssel, Den Haag, Rom, Paris und London, 17. Januar 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8133.
27 Enders an AA und Botschaft Rawalpindi, 18. Januar 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8133.
28 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 10, Anm. 2.
29 Ebd., Dok. 10.
30 Diehl an AA, 18. Januar 1972, PA AA, B 37, Bd. 694.
31 Ministerialdirektor Herbst an Generalkonsulat Dacca, 18. Januar 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9091.
32 Bernd Pierschel in „Kurzbericht zur Lage in Bangla Desh und zu den Beziehungen DDR – BD", 22. Januar 1972, PA AA, M 1, C 787/75.

ten südasiatischen Staat haben musste.[33] Dessen Außenpolitiker fürchteten, die Bundesregierung könnte sich weigern, Bangladesch anzuerkennen und auch ihre europäischen Partner von diesem Schritt abhalten. Mujibur Rahman bat Generalkonsul Enders daher persönlich zu sich, um die Wogen zu glätten. Der erste Premierminister des unabhängigen Bangladesch versuchte, die frühzeitige DDR-Anerkennung als ein Versehen darzustellen. Seine Revolutionsregierung habe schlichtweg „noch keine Erfahrung in internationalen Dingen." Mehrfach bat er um Anerkennung seines Landes durch die Bundesrepublik.[34] Entsprechend erleichtert zeigte sich der Außenminister Bangladeschs Abdus Samad Azad, als Enders ihm am 4. Februar 1972 die Anerkennungsnote der Bundesregierung überreichte.[35]

Das bundesrepublikanische Generalkonsulat in Dhaka war allerdings angewiesen worden, der Regierung von Bangladesch bereits bei dieser Gelegenheit unmissverständlich zu verstehen zu geben, dass das künftige Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Bangladesch entscheidend vom Verhältnis wiederum zwischen Bangladesch und der DDR abhängen würde.[36] Außenminister Azad versicherte Enders auf dessen entsprechenden Hinweis sogleich, seine Regierung wolle „in den Beziehungen zur DDR nichts tun, was nicht mit [der Bundesregierung] abgesprochen sei." Man widersetze sich bislang sogar dem DDR-Drängen auf den Austausch von Botschaftern.[37] Auch Mujibur Rahman betonte dem westdeutschen Generalkonsul gegenüber später, die Bundesregierung brauche sich in dieser Hinsicht keinerlei Sorgen zu machen.[38]

In Gesprächen des westdeutschen Generalkonsuls mit ostbengalischen Regierungsvertretern sollte die frühzeitige DDR-Anerkennung dennoch immer wieder eine Rolle spielen. So bat der Staatssekretär im Außenministerium von Bangladesch Sayyid Anwarul Karim beim Antrittsbesuch des Generalkonsuls am 9. Februar 1972 „nochmals um Verständnis dafür, daß man sich der DDR-Anerkennung nicht entziehen konnte" und versprach, man werde alles dafür tun, künftige Propagandaaktivitäten der DDR einzudämmen. Als solche bewer-

33 Frank an Generalkonsulat Dacca, 26. Januar 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9092.

34 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 10.

35 Enders an AA und Botschaft Rawalpindi, 5. Februar 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9092. Allerdings erfolgte diese Anerkennung nur durch Note und nicht, wie eigentlich üblich, durch Schreiben des Bundeskanzlers an Mujibur Rahman, s. Sprechzettel zur „Lage in Südostasien", 2. Februar 1972, PA AA, B 37, Bd. 692.

36 v. Staden an Generalkonsulat Dacca, 3. Februar 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9092.

37 Enders an AA und Botschaft Rawalpindi, 12. Februar 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9092.

38 Handschriftlicher Vermerk von Generalkonsul Enders vom 14. Februar 1972 auf Weisungsschreiben von Berendonck an Generalkonsulat Dacca, 8. Februar 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9092.

tete er – ausdrücklich auch im Namen Mujibur Rahmans – auch die von der DDR in Aussicht gestellte Behandlung verwundeter Mukti Bahini.[39]

Der erste Außenminister des unabhängigen Bangladesch war ebenfalls nachhaltig besorgt um die Beziehungen seines Landes zur BRD. Als Azad am 10. März 1972 in der westdeutschen Vertretung in Dhaka persönlich um Zustimmung zur Ernennung des dem AA bereits bekannten ehemaligen Leiters der Bangladesch-Mission in Neu-Delhi H. R. Choudhury zum ersten Botschafter in Bonn bat, wies er ausdrücklich darauf hin, dass man Bonn damit den Vorzug gegenüber Ost-Berlin gab.[40]

Erster ordentlicher Botschafter der Bundesrepublik in Dhaka wurde wenig später Edwin Jungfleisch. Auch diesem erläuterte Außenminister Azad in einem ersten Gespräch am 22. April 1972 noch einmal entschuldigend die Entstehungsgeschichte der Beziehungen Bangladeschs mit der DDR: Ostdeutsche Diplomaten hätten Bangladesch noch vor der Sowjetunion bei der Aufnahme erster internationaler Kontakte geholfen und seine Regierung in dieser Situation „Verpflichtungen akzeptiert, auf deren Erfüllung [die] DDR dräng[t]e.“[41] Ähnlich äußerte sich später auch Sheikh Mujibur Rahman. Er erklärte, er sei „kaum aus dem Exil zurückgekehrt von [der] Entwicklung überrascht“ worden und betonte, der Ausbau der Beziehungen zur Bundesrepublik sei ihm nun ein ganz besonderes Anliegen.[42]

Besänftigt war die Bundesregierung jedoch noch immer nicht. Sie war im Frühjahr 1972 zwar dazu bereit, Bangladesch als vollwertiges Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft zu akzeptieren und dem jüngsten südasiatischen Staat dabei zu helfen, international auf eigenen Füßen zu stehen. Vertreter der Bundesregierung verfolgten aber weiterhin argwöhnisch alle Kontakte, die die Regierung von Bangladesch mit der DDR knüpfte. So versprachen westdeutsche Diplomaten ihren ostbengalischen Kollegen, ihnen beim Aufnahmeersuchen in die Vereinten Nationen zu helfen,[43] waren später jedoch wenig erfreut,

---

39 Enders an AA und Botschaft Rawalpindi, 9. Februar 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9092. Gänzlich unbeeindruckt von den Solidaritätsmaßnahmen der DDR blieb er allerdings nicht. Nur wenige Monate später sprach derselbe Staatssekretär Karim davon, aufgrund eben solcher symbolischen Akte fühle seine Regierung sich der DDR verpflichtet, s. Jungfleisch an AA, 4. Juli 1972, PA AA, B 37, Bd. 700.

40 Plückebaum an Botschaft Rawalpindi, 11. März 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9092.

41 Jungfleisch an AA, 24. April 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9091.

42 Jungfleisch an AA, 18. Mai 1972, PA AA, DHAK, Bd. 9091.

43 Rötger an AA sowie die SV bei der UNO in New York und Botschaft Dacca, 7. August 1972, PA AA, B 30, Bd. 678.

als diese Diplomaten ihr Ersuchen dort mit demjenigen der DDR verglichen.[44] Auch dass Außenminister Azad bei einem Besuch in Ost-Berlin Anfang November 1972 öffentlich um weitere internationale Anerkennung der DDR warb, stieß in Bonn auf wenig Verständnis.[45] Ende November 1972 vom westdeutschen Botschafter Jungfleisch darauf angesprochen, wich man im Außenministerium von Bangladesch aus und ließ stattdessen lediglich Bundeskanzler Willy Brandt Glückwünsche zur Wiederwahl ausrichten.[46]

Im Ost-Berliner MfAA wiederum hatte man schon früher vermutet, dass das deutsch-deutsche Konkurrenzverhältnis auch in Bangladesch fortbestehen würde und bereits bei Errichtung der Botschaft im Februar 1972 vorsorglich entsprechende Weisung erteilt:

> Es sind Maßnahmen zu ergreifen, um den Aktivitäten der BRD und anderer imperialistischer Staaten in der Volksrepublik Bangla Desh, die gegen die Interessen der Deutschen Demokratischen Republik und der sozialistischen Staatengemeinschaft gerichtet sind, wirksam entgegentreten zu können.[47]

Ziel war es, die DDR im jüngsten südasiatischen Staat möglichst bald einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. In diesem Zusammenhang wurden nicht nur insgesamt 56 Kämpfer der Mukti Bahini in der DDR ärztlich versorgt, sondern auch 23 Studenten sowie 21 Journalisten aus Bangladesch in die DDR eingeladen.[48] Im März 1972 gründete man „zur Lösung auslandspropagandistischer Schwerpunktaufgaben“ außerdem eine DDR-Bangladesch-Freundschaftsgesellschaft. Deren Wirksamkeit ließ in den ersten Monaten ihres Bestehens freilich noch zu wünschen übrig, wie DDR-Botschafter Lothar Wenzel später bemängelte.[49]

Daneben beunruhigte Wenzel vor allem die hohe Wertschätzung, die der westdeutsche Bundeskanzler in Bangladesch genoss.[50] Ähnlich wie in Indien stellten das Ansehen der SPD und insbesondere Willy Brandts für DDR-Diplomaten auch dort ideologisch eine Bedrohung dar. Sie fürchteten, dass die Regierung

---

44 Jungfleisch an AA sowie die SV bei der UNO in New York und Botschaft Neu-Delhi, 6. Oktober 1972, PA AA, B 30, Bd. 678.
45 Hauthal an Herrn Dg 31, 13. November 1972, PA AA, B 37, Bd. 700.
46 Jungfleisch an AA, 1. Dezember 1972, PA AA, B 37, Bd. 700.
47 „Aufgabenstellung für die Botschaft der DDR in der Volksrepublik Bangla Desh“, Präsidium des Ministerrates, 18. Februar 1972, BArch, DC 20-I/4/2598.
48 Lothar Wenzel in „Jahresbericht 1972“, 10. Januar 1973, PA AA, M 1, C 1043/77. Bis Ende 1973 sollten zehn weitere Studenten folgen und weitere 25 Mukti Bahini in der DDR behandelt werden, s. Lothar Wenzel in „Jahresbericht 1973“, 24. Dezember 1973, PA AA, M 1, C 1043/77.
49 Lothar Wenzel in „Jahresbericht 1972“, 10. Januar 1973, PA AA, M 1, C 1043/77.
50 Ebd.

Brandt „für eine Reihe von Politikern Bangladeshs beim ‚Aufbau des Sozialismus durch Demokratie' als gewisser Modellfall" erscheinen könnte[51] und drängten deshalb darauf, den dortigen „Einfluß der Sozialistischen Internationale zu neutralisieren", die der britischen Labour Party, aber eben auch der bundesrepublikanischen SPD unerwünschten Zugang etwa zu den Gewerkschaften des jüngsten südasiatischen Staates gewährte.[52] Tatsächlich glaubten DDR-Vertreter später immer wieder Vorbehalte der Regierung von Bangladesch gegen das sozialistische Staatenbündnis wahrzunehmen. So habe Mujibur Rahman öffentlich gesagt, es gebe „keine Demokratie in den Ländern, wo Sozialismus herrscht."[53] Bangladesch wurde nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Januar 1972 also nicht sogleich zu einem engen Verbündeten der DDR in Südasien.

Wichtiger als solche deutschlandpolitischen Befindlichkeiten war der Regierung von Bangladesch ohnehin die schnelle und unbürokratische Zahlung bilateraler Entwicklungshilfe, wie der erste Botschafter Bangladeschs in Bonn bereits bei seinem Antrittsbesuch in der AA-Zentrale im Juli 1972 klarstellte.[54] Wenig später unterzeichneten der westdeutsche Botschafter Jungfleisch und Außenminister Azad ein „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesh über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit."[55]

Daraufhin begann die Regierung Bangladeschs, ihren westdeutschen Gesprächspartnern konkrete Forderungen zu stellen. Beim ersten Besuch von Außenminister Azad in Bonn am 8. November 1972 bat man die Bundesregierung um umfangreiche Kapitalhilfezahlungen. „Nach bengalischen Vorstellungen wäre ein Betrag in der Größenordnung von 30 Mio $ erwünscht", hieß es in einem späteren AA-Bericht. Außerdem plädierte die Delegation aus Bangladesch für die Entsendung von Deutsch-Dozenten an die staatlichen Universitäten von Bangladesch.[56]

51 „Überblick über die bi- und multinationale ‚Unterstützung' der imperialistischen Hauptmächte, besonders der USA, Englands, der BRD u. Japans gegenüber der VR Bangladesh" von Joachim Risch, 15. März 1973, PA AA, M 92, ZR 4819/14.
52 „Zuarbeit: Aktivitäten der Sozialistischen Internationale in Bangladesh" von Bernd Pierschel, 20. November 1972, PA AA, M 1, C 1780/76.
53 „Einige Bemerkungen zur Situation in der Volksrepublik Bangladesh", undatiert, BArch, DA 1/11167.
54 Vermerk von StS v. Braun, 12. Juli 1972, PA AA, B 2, Bd. 193.
55 „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesh über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit", 15. Juli 1972, PA AA, B 90, Bd. 1156.
56 Vermerk von Hauthal, 14. November 1972, PA AA, B 96, Bd. 536.

Gerade die auswärtige Kulturpolitik sollte schon bald zu einem ersten wichtigen Feld deutsch-deutscher Auseinandersetzung in Bangladesch werden. Westdeutsche Diplomaten verfolgten alle entsprechenden DDR-Aktivitäten vor Ort genau und bemühten sich um ausgleichende eigene Maßnahmen. Eines ihrer frühesten Projekte betraf im Sommer 1972 die Wiedereröffnung des während des Krieges geschlossenen Goethe-Instituts in Dhaka. Aus bundesrepublikanischer Sicht sollte „das kulturelle Feld auf keinen Fall den Vertretern des Ostblocks, insbesondere der DDR, überlassen" und unbedingt verhindert werden, „daß die Nachfrage nach einem deutschen Kulturangebot durch das Herder-Institut und Freundschaftsgesellschaften der DDR abgeschöpft wird", wie es im AA hieß.[57]

Vor diesem Hintergrund bat der Botschafter der Bundesrepublik in Bangladesch, Edwin Jungfleisch, im August 1972 um umgehende Entsendung eines DAAD-Lektors nach Dhaka. Andernfalls bestünde die „dringende Gefahr, dass [die] erforderliche kulturpolitische Ergänzung [der] hier erfolgreich aufgebaute[n] Position [der] BRD im wirtschaftlichen-politischen Bereich erschwert wird, durch Einstellung [eines] DDR-Lektors bei [der] Universität Dacca. [Die] Universität dürfte [ein] entsprechendes DDR-Angebot annehmen, falls wir nicht schnell [einen] Lektor entsenden", so die Sorge Jungfleischs.[58] In der Bonner AA-Zentrale stimmte man Jungfleischs Einschätzung zwar zu,[59] konnte sich jedoch vorerst noch nicht dazu durchringen, seiner Empfehlung zu folgen.

Die bundesrepublikanischen Diplomaten in Dhaka wurden daraufhin ungeduldig. Mitte September 1972 schlug einer von ihnen sogar vor, als Übergangslösung könnte seine Frau unentgeltlich den Deutschunterricht an der Universität Dhaka übernehmen.[60] Die Bemühungen blieben erfolglos. Auch der von der Botschaft Bangladeschs in Bonn wiederholt geforderte Abschluss eines bilateralen Kulturabkommens[61] wurde in der AA-Zentrale abgelehnt. Nach dortiger Einschätzung gehörten kulturpolitische Maßnahmen gegenüber Bangladesch „nicht zu den vordringlichsten Aufgaben in dem Ausbau der gegenseitigen Beziehungen."[62] Man überließ dieses Feld also bewusst anderen.

Auf kultureller Ebene glaubten westdeutsche Diplomaten 1973 dann auch eine gewisse Bevorzugung der DDR durch die Regierung von Bangladesch wahrzunehmen. Zwar stimmte die Bundesregierung letztlich der Wiedereröffnung des

57 Thönnes an Ref. IV 4, 19. Juli 1972, PA AA, B 37, Bd. 699.
58 Jungfleisch an AA, 23. August 1972, PA AA, B 37, Bd. 699.
59 Thönnes an Ref. IV 5, 30. August 1972, PA AA, B 37, Bd. 699.
60 Bald an AA, 12. September 1972, PA AA, B 96, Bd. 536.
61 Vgl. Vermerk von Timmermann, 19. Juni 1972, PA AA, B 97, Bd. 388.
62 Nagel an Ref. 610-2, 5. Oktober 1972, PA AA, B 97, Bd. 388.

bundesrepublikanischen Goethe-Instituts in Dhaka zu, doch folgte der erste Kultusminister von Bangladesch, Yussuf Ali, als erstes einer Einladung in die DDR. Am 21. September 1973 unterzeichneten Bangladesch und die DDR außerdem ein Kulturabkommen, für das Bangladesch-Diplomaten zuvor wiederholt vergeblich im AA geworben hatten. Der Einsatz der DDR in der auswärtigen Kulturpolitik sollte bald auch diplomatische Früchte tragen. Unter Führung ihres Generalsekretärs Zillur Rahman besuchte eine Delegation der Awami League die DDR.[63]

Einen unmittelbaren Vorteil zogen DDR-Außenpolitiker aus dem positiven Image ihres Landes in Bangladesch allerdings nicht. Stattdessen machten sie sich dort mittelfristig sowjetische Interessen zu eigen. Bereits Anfang Februar 1972 hatte die Moskauer Führung das MfAA ausdrücklich darum gebeten, sie über alle Schritte der DDR in Bangladesch zu informieren.[64] Ende 1972 erging entsprechende Weisung an die DDR-Botschaft in Dhaka: „Die zentrale Aufgabe besteht darin, mit einer gezielten Entwicklung und Vertiefung der Beziehungen DDR–VR Bangladesh einen maximalen Beitrag zur Politik der UdSSR und der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft auf dem indischen Subkontinent und in Südasien zu leisten." Hierzu „werden die finanziell nicht sehr aufwendigen, politisch aber wirksamen Solidaritätsmaßnahmen im Jahre 1973 fortgesetzt."[65]

Im MfAA war man sich durchaus darüber im Klaren, dass die DDR wirtschaftlich in Bangladesch kaum eine große Rolle würde spielen können. Tatsächlich ließen die bilateralen Hilfszahlungen der DDR an das frühere Ostpakistan nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen bald nach.[66] Entschuldigend verwiesen Willi Stoph und DDR-Außenminister Otto Winzer beim Besuch Außenminister Azads in der DDR auf „die Lage der DDR und ihre begrenzten Möglichkeiten auf ökonomischem Gebiet."[67] Man gab zu bedenken, dass die Außenhandelsbetriebe der DDR „im Warenaustausch mit dem ehemaligen Ostpakistan fast keine Erfahrungen" besaßen.[68]

Gerade die mangelnde Exporterfahrung nach Ostbengalen sollte bald – ähnlich wie bereits früher gegenüber Indien beim Export der Traktoren RS 09 –

---

63 Lothar Wenzel in „Jahresbericht 1973", 24. Dezember 1973, PA AA, M 1, C 1043/77.
64 „Vermerk über ein Gespräch mit Gen. Filipow, Rat der Abt. Südasien (Bangla Desh), am 4.2.1972 im MID" von Elsner, 7. Februar 1972, PA AA, M 1, C 1044/77.
65 Jürgen Radde in „Jahresorientierung für die Beziehungen der DDR mit der Volksrepublik Bangladesh 1973", 6. Dezember 1972, PA AA, M 1, C 1043/77.
66 Vgl. „Solidaritätsmaßnahmen der DDR gegenüber der VR Bangladesh", undatiert, PA AA, M 1, C 1046/77.
67 „Bericht über den Aufenthalt des Außenministers der Volksrepublik Bangladesh, M. Abdus Samad Azad, in der DDR vom 4. Bis 7.11.1972", November 1972, PA AA, M 1, C 1046/77.
68 „Beziehungen DDR – Bangladesh", undatiert, BArch, DC 20/16892.

zu peinlichen Schwierigkeiten führen. Ohne sich zuvor beim zuständigen Lieferbetrieb in der DDR erkundigt zu haben, ob diese bis dahin überhaupt hergestellt werden könnten, sagte der DDR-Außenhandelsbetrieb „Technocommerz" dem jüngsten südasiatischen Staat die Lieferung von 500 Pumpen bis zum 31. Dezember 1972 zu.[69] Bald wurde ersichtlich, dass dies nicht gelingen und dieses auch für Mujibur Rahman persönlich wichtige Geschäft aufgrund eines in der DDR verschuldeten Fehlers nicht zustande kommen würde. DDR-Außenminister Otto Winzer fürchtete nun schweren politischen Schaden und reagierte ungehalten: „Meiner Meinung nach darf es nicht zugelassen werden, daß unsere Beziehungen zu Bangladesh, in die wir politisch und materiell schon ziemlich viel investiert haben, durch die Verantwortungslosigkeit Einzelner gefährdet werden", teilte er Willi Stoph mit.[70]

Um die Zusage an die Partner in Bangladesch dennoch einhalten zu können, musste die DDR die versprochenen Pumpen letztlich unter erheblichen finanziellen Verlusten von einem schwedischen Lieferanten beziehen. Der Generaldirektor und andere verantwortliche Mitarbeiter der Technocommerz wurden daraufhin diszipliniert.[71] Das Image der DDR in Bangladesch hatte allerdings schon Schaden genommen. Anfang November 1972 teilte der Landwirtschaftsminister von Bangladesch dem DDR-Botschafter in Dhaka mit, man „sei bereits jetzt enttäuscht, daß mit einem sozialistischen Land solche Schwierigkeiten auftreten würden."[72]

Erfolgreicher als der Außenhandel verliefen aus Ost-Berliner Sicht einige punktuelle Spendenaktionen. Anfang Februar 1972 bat die Regierung von Bangladesch in der neueröffneten DDR-Botschaft um den Druck von 2.000 Diplomaten- und 300.000 Reisepässen. Angesichts der Tatsache, dass man dem jungen Staat absehbar keinen Kredit würde gewähren können, empfahl DDR-Außenminister Otto Winzer, dieser Bitte zu entsprechen.[73] Aus ähnlichen Gründen beschloss der Ministerrat der DDR außerdem, Bangladesch 100 Schreibmaschinen mit bengalischer Tastatur bereitzustellen.[74] Bei seinem Besuch in der DDR Anfang Novem-

69 Wolfgang Rauchfuß an Willi Stoph, 23. November 1972, BArch, DC 20/16892.
70 Otto Winzer an Willi Stoph, 9. November 1972, BArch, DC 20/16892.
71 Wolfgang Rauchfuß an Willi Stoph, 23. November 1972, BArch, DC 20/16892.
72 Otto Winzer an Willi Stoph, 9. November 1972, BArch, DC 20/16892.
73 Winzer an Honecker und Sinderman, 10. Februar 1972, BArch, DC 20-I/4/2595.
74 „Beschluß zum Bericht über die Reise des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Otto Winzer, nach Indien und der Volksrepublik Bangladesh", Präsidium des Ministerrates, 1. März 1972, BArch, DC 20-I/4/2604. Beides hatte Winzer bereits Ende Januar 1972 vorgeschlagen, s. „Bericht über die Reise des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Genossen Otto Winzer, nach Indien und Bangla Desh vom 8. 1. bis 19. 1. 1972" von Radde, 27. Januar 1972, BArch,

ber 1972 bedankte sich der Außenminister von Bangladesch Abdus Samad Azad bei seinem DDR-Amtskollegen ausdrücklich für diese Sachspenden sowie für die Behandlung der verletzten Mukti Bahini in der DDR.[75]

Zum Leidwesen Otto Winzers bedeutete die Zuneigung der Regierung von Bangladesch gegenüber der DDR allerdings nicht gleichzeitig auch eine Abneigung gegen die BRD. Im selben Gespräch bezeichnete Azad die Bundesrepublik ebenfalls als einen „Freund" von Bangladesch und war bemüht, Bedenken der DDR angesichts einer vermuteten Annäherung zwischen Bangladesch und der Bundesrepublik aus dem Weg zu räumen. „Freundschaft kann nicht auf Verdacht gegründet sein, sondern muss um Verständigung ringen", belehrte der Außenminister von Bangladesch seinen ostdeutschen Amtskollegen. Er versicherte seinem Gastgeber aber, seine Regierung würde im Gegenzug auch eine Entwicklung des Stands der Beziehungen zwischen der DDR und dem Bangladesch wenig freundlich gesonnenen Pakistan durchaus begrüßen. Winzer platzte daraufhin hervor: „Es gibt keinen Stand, weil es keine Beziehungen gibt!"[76]

Am Folgetag teilte Winzer seinem Gast vertraulich mit, es gebe „Versuche vonseiten Pakistans, über dritte Staaten auch mit der DDR Kontakt aufzunehmen. Wir sind auf alle diese Versuche bisher nicht eingegangen. Wenn diese Versuche sich weiter verdichten sollten, dann wird es richtig sein, wenn wir uns über unser Vorgehen mit Ihnen vorher verständigen, denn selbstverständlich steht uns Bangladesh näher als Pakistan." Der DDR-Außenminister schloss damit von seiner Wahrnehmung des deutsch-deutschen Verhältnisses direkt auf dasjenige Bangladeschs zu seinem früheren Kriegsgegner Pakistan. Azad widersprach jedoch sofort der Vorstellung Winzers, die Situation ihrer beiden Länder sei vergleichbar. Indem sie Bangladesch die Anerkennung verweigerten, verfolgte die Regierung Bhutto zwar „dieselbe falsche Politik wie die BRD." Die Aufnahme diplomati-

---

DY 30/98813. Später wurde der Export von 7.000 weiteren Schreibmaschinen aus der DDR nach Bangladesch vereinbart, s. „Gesprächshinweise zu Fragen der Beziehungen der DDR mit der VR Bangladesh", 21. Juni 1972, PA AA, M 35, ZR 1950/79. Im Frühjahr 1973 erklärte die DDR-Führung sich außerdem dazu bereit, für Bangladesch gewisse Aufgaben einer Notenbank zu übernehmen, indem sie die neue Währung des jungen Staates herstellte und nach Südasien sandte, s. Mittig an Franz Gold, 23. April 1973, BStU, MfS, HA PS, Nr. 10249.

75 „Gespräch des Außenministers der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Winzer, mit dem Außenminister der Volksrepublik Bangladesh, Mohammad Abdus Samad Azad, am 6. November 1972 im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Berlin", undatiert, PA AA, M 1, C 803/75.

76 Ebd.

scher Beziehungen zwischen Pakistan und der DDR wäre seiner Regierung aber dennoch sehr willkommen.[77]

Das bilaterale Verhältnis zwischen Bangladesch und Pakistan sollte für die südasiatische Deutschlandpolitik noch einmal eine größere Rolle spielen, als es die Äußerungen Azads in Ost-Berlin vermuten ließen. Anfang Mai 1973 sandte Mujibur Rahman einen Sonderbotschafter nach Ost-Berlin, um für Bangladeschs Standpunkt in den Verhandlungen mit Pakistan über den Austausch von Kriegsgefangenen zu werben. Am Tag nach dessen Abreise wiederum suchte auch der dortige pakistanische Geschäftsträger das MfAA auf, um seinen Vorredner zu kontern.[78] Die pakistanische Regierung sollte in dieser Sache schließlich das Rennen machen. Beim späteren Besuch einer Awami-League-Delegation in Ost-Berlin Ende Juni 1973 scheute die DDR-Führung davor zurück, öffentlich gemeinsam für die Freilassung der in Westpakistan verbliebenen Bengalen zu werben.[79]

Die Repatriierungsmaßnahmen selbst unterstützte man in Ost-Berlin dagegen bereitwillig. Mitte Oktober 1973 wurde der Regierung von Bangladesch zu diesem Zweck ein Passagierflugzeug der DDR-Fluggesellschaft Interflug zur Verfügung gestellt,[80] das auf 96 Flügen insgesamt etwa 7.000 Personen von Bangladesch nach Pakistan bzw. zurück transportierte.[81] Nach Beendigung der ersten Repatriierungsflüge wandte sich Premierminister Sheikh Mujibur Rahman persönlich an das MfAA und bat um eine baldige Fortsetzung dieser Maßnahme.[82] Man war jedoch weiterhin darauf bedacht, durch diese Hilfe für Bangladesch nicht wiederum Pakistan vor den Kopf zu stoßen. Einen wichtigen Symbolcharakter erhielt Anfang November 1973 außerdem die Einrichtung einer regelmäßigen Interflugverbindung Berlin – Dhaka – Hanoi.[83]

---

77 „Gespräch des Außenministers der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Winzer, mit dem Außenminister der Volksrepublik Bangladesh, Mohammad Abdus Samad Azad, am 7. November 1972 im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Berlin (2. Tag)", undatiert, PA AA, M 1, C 803/75.

78 „Gespräche mit Vertretern Bangladeshs und Pakistans zur Lage auf dem südasiatischen Subkontinent", 21. Mai 1973, PA AA, M 1, C 95/78.

79 „Political Report for the period 15 May – 30 June 1973" von J. C. Ajmani, 9. Juli 1973, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(82)/73.

80 Diehl an BMVg und AA, 20. Oktober 1973, PA AA, B 37, Bd. 100394.

81 Presseausschnitt vom 9. April 1974 aus dem „Business Recorder" aus Karachi als Anlage zum „Bericht über die Durchführung der Aktion ‚Austausch II' in der Zeit vom 24.3.1974 bis 24.4.1974", 7. Mai 1974, BStU, MfS, HA PS, MF, Nr. 192.

82 Winzer an Erich Mielke, 10. Januar 1974, BStU, MfS, SdM, Nr. 1048; die pakistanische Regierung schloss sich dieser Bitte auf Nachfrage an, s. Winzer an Erich Mielke, 5. März 1974, BStU, MfS, SdM, Nr. 1048.

83 Pierschel an Maretzki/Botschaft Islamabad, 5. November 1973, PA AA, M 1, C 87/78.

Die DDR-Führung nutzte ihren Prestigegewinn in Bangladesch jedoch kaum zur Durchsetzung eigener Ziele. Politisch würde man sich dort vielmehr weiterhin vor allem an der „Verwirklichung der gemeinsamen strategischen Zielstellung" der sozialistischen Staaten unter Führung der Sowjetunion orientieren, wie es im Jahresbericht 1973 der DDR-Botschaft in Dhaka hieß.[84] Auch die DDR-Hilfe bei den Repatriierungsmaßnahmen sollte nach dem Willen der DDR-Führung in erster Linie „den Einfluß der UdSSR und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft in diesem Raum verstärken und die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Asien fördern."[85]

Auch hier war der Erfolg eher mäßig. Hatte es nach dem Besuch der Awami-League-Delegation in der DDR im Juni 1973 in einem gemeinsam mit der SED veröffentlichten Kommuniqué noch geheißen, Bangladesch und die DDR würden sich gleichermaßen für das sowjetische Projekt eines Systems der kollektiven Sicherheit in Asien einsetzen,[86] so klang dies auf einer Konferenz der bündnisfreien Staaten in Algier im Herbst desselben Jahres dann doch etwas anders. Dort hielt die Delegation aus Bangladesch unter Führung Mujibur Rahmans die Zeit für die Etablierung des von der Sowjetunion angestrebten kollektiven Sicherheitssystems im Gegenteil für noch nicht gekommen. Anwesende DDR-Diplomaten bewerteten diese Äußerungen später als wichtige Zeugnisse „der beschränkten, kleinbürgerlichen Denkweise, von der Rahman und seine Umgebung noch behaftet sind."[87]

Dennoch beteiligte sich die DDR Mitte April 1974 wie von Mujibur Rahman gefordert erneut an den Rückführungsmaßnahmen. Bei dieser zweiten Repatriierungsaktion wurden auf 29 Flügen 3.327 Passagiere zwischen Bangladesch und Pakistan transportiert. Wie die erste Operation, so erfolgte auch diese unter Aufsicht des MfS und war für die Regierung von Bangladesch insofern bedeutsam, als die Interflugmaschine im Unterschied zu anderen für die Repatriierung eingesetzten internationalen Flugzeugen nicht von der UN gechartert, sondern direkt dem Kommando der Awami-League-Regierung unterstellt wurde.[88] Wie erhofft wurden diese unbürokratischen Hilfsaktionen in Bangladesch überaus dankbar

---

84 Lothar Wenzel in „Jahresbericht 1973", 24. Dezember 1973, PA AA, M 1, C 1043/77.

85 Winzer an Erich Mielke, 28. September 1973, BStU, MfS, SdM, Nr. 1026.

86 „Solidarisch im Kampf für gesellschaftlichen Fortschritt – Kommuniqué über den Besuch einer Delegation der Awami-Liga der Volksrepublik Bangladesh in der DDR", undatiert, PA AA, M 1, C 1053/77.

87 „Zur Haltung von Bangladesh auf der IV. Gipfelkonferenz der nicht-paktgebundenen Staaten in Algier" von Mey, 14. September 1973, PA AA, M 1, C 1049/77.

88 „Bericht über die Durchführung der Aktion ‚Austausch II' in der Zeit vom 24.3.1974 bis 24.4.1974", 7. Mai 1974, BStU, MfS, HA PS, MF, Nr. 192.

anerkannt.[89] Von etwa 400.000 zwischen Bangladesch und Pakistan auszutauschenden Personen beförderte die DDR-Maschine in beiden Einsätzen insgesamt allerdings nur gut 10.000.[90] Es handelte sich also bei diesen zwar symbolisch wichtigen Maßnahmen um kaum mehr als den sprichwörtlichen Tropfen auf den heißen Stein.

Aus diesem Grund hatte die Bundesregierung sich wiederum gegen eine direkte Beteiligung an den Repatriierungsflügen entschieden. Hierauf Anfang September 1973 von der Regierung von Bangladesch angesprochen, empfahl der westdeutsche Botschafter in Dhaka zwar, dem Hilfsersuchen seines Gastlandes nachzukommen.[91] Andere Diplomaten vor Ort gaben jedoch zu, dass eine bundesrepublikanische Beteiligung kaum „besonders großen politisch-propagandistischen Nutzen" hätte.[92] Deshalb und mit Verweis auf bereits geleistete Hilfe schlug die Bundesregierung die ostbengalische Bitte letztlich aus.[93]

Indien

Die Anerkennung des anderen deutschen Staates am 8. Oktober 1972 durch Indien wiederum wurde von der Bundesregierung in einer ersten Stellungnahme offiziell zwar bedauert, als souveräne Entscheidung eines souveränen Staates letztendlich aber akzeptiert.[94] In der Bonner AA-Zentrale war man sich recht bald darüber im Klaren, dass die indische Regierung mit der DDR-Anerkennung ihr vielleicht wichtigstes bilaterales Faustpfand aus der Hand gegeben hatte, wodurch die Bundesregierung ihr gegenüber erheblich an politischem Handlungsspielraum gewinnen würde.[95]

89 Ritter an AA, 15. August 1974, PA AA, B 37, Bd. 100062; Wolfgang Bayerlacher / Roland Lindner / Hermann Schwiesau: Die DDR in der Region Süd- und Südostasien. In: Siegfried Bock / Ingrid Muth / Hermann Schwiesau (Hrsg.): *DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch*, S. 282–306, hier S. 285.

90 Winzer an Erich Mielke, 28. September 1973, BStU, MfS, SdM, Nr. 1026.

91 Leonberger an AA, 4. September 1973, PA AA, B 37, Bd. 100394. Ähnlich war auch die Einschätzung in der AA-Zentrale selbst, s. Hauthal an Ref. 231-9, 1. Oktober 1973, PA AA, B 45, Bd. 100761.

92 Pfeiffer an AA sowie Botschaften Islamabad und Dacca, 13. September 1973, PA AA, B 45, Bd. 100769.

93 Vermerk von Zehentner, 23. November 1973, PA AA, B 45, Bd. 100761.

94 AA / IfZ: AAPdB, 1972, Bd. 3, Dok. 311, Anm. 6.

95 Ebd., Dok. 374.

Der westdeutsche Botschafter in Neu-Delhi empfahl der Bundesregierung jedenfalls Gelassenheit im Umgang mit der DDR in Indien und warnte vor „falsch verstandenen Konkurrenzgefühlen."[96] Nach Diehls Ansicht würde das öffentliche Interesse an der DDR in Indien nach der Anerkennung bald deutlich nachlassen und die DDR „in ihrer Bedeutung auf das reduziert, was sie in Zukunft für Indien wirtschaftlich und politisch leisten kann."[97] Seiner Einschätzung nach war dies vermutlich recht wenig. Entsprechend jovial gab Günter Diehl sich später auch gegenüber seinem ostdeutschen Gegenspieler Herbert Fischer. Bei ihrer ersten Begegnung als offizielle Vertreter zweier deutscher Staaten in Indien gratulierte er dem DDR-Botschafter zur Anerkennung: „Nun habt Ihr's ja geschafft. Es war ein guter Sport!"[98]

Da die indische Regierung mit der DDR-Anerkennung allerdings den ausdrücklichen bundesrepublikanischen „Wünschen nicht voll gerecht" geworden war,[99] konnte sie aus Bonner Sicht auch nicht völlig unbeantwortet bleiben. Am 11. Oktober 1972 beschloss die Bundesregierung also, die Kapitalhilfe für Indien im Folgejahr bei 270 Mio. DM zu belassen, statt sie – wie ursprünglich vorgesehen – auf 290 Mio. DM zu erhöhen. Von der indischen Regierung erbetene Verhandlungen hierüber wurden von Anfang November 1972 auf einen unbestimmten späteren Zeitpunkt verschoben.[100] Auch einen eigentlich noch für das Jahr 1972 geplanten Besuch des indischen Staatspräsidenten in der Bundesrepublik sagte das AA „wegen der mit der Anerkennung der DDR verbundenen Problematik" ab.[101] Hinsichtlich von indischer Seite möglichst bald im Jahre 1973 erwünschter bilateraler Regierungskonsultationen wiederum hieß es in Bonn schlicht: „Aus politischer Sicht (DDR-Anerkennung) besteht von deutscher Seite keine Veranlassung zu besonderer Eile."[102]

---

96 Diehl an AA sowie Generalkonsulate Bombay, Kalkutta und Madras, 10. Oktober 1972, PA AA, B 37, Bd. 668.

97 Diehl an AA, 27. Oktober 1972, BArch, B 136/6262; vgl. auch End: *Zweimal deutsche Außenpolitik*, S. 68.

98 Monatsbrief von Herbert Fischer an Oskar Fischer, 17. Oktober 1972, PA AA, M 1, C 1730/76. Auch bei Begegnungen mit Fischers Nachfolger trat der bundesrepublikanische Botschafter Diehl später betont freundlich und unbefangen auf, s. „Erstes Gespräch mit BRD-Botschafter Diehl" von Botschafter Schüßler, 1. November 1974, PA AA, M 1, C 1749/76.

99 AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 3, Dok. 374.

100 Müller an Staatssekretäre, 11. Oktober 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8149.

101 Diehl an AA, 8. Dezember 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.

102 Ritter an StS Frank, 12. Dezember 1972, PA AA, B 37, Bd. 666. Dass das Bundesverteidigungsministerium einer indischen Marinedelegation Mitte Oktober 1972 den Besuch des westdeutschen Rüstungsbetriebs AEG Telefunken in Hamburg verwehrte, der unter anderem Torpedobauteile herstellte, hatte mit der DDR-Anerkennung dagegen weniger zu tun. In einer begründenden

Bei allen negativen Reaktionen auf die indische DDR-Anerkennung war das AA jedoch ausdrücklich darum bemüht, diese Maßnahmen nicht als Sanktionen erscheinen zu lassen. Es gelte „zu berücksichtigen, dass Indien auch künftig ein wichtiger Partner Deutschlands in Asien bleiben soll", so die unmissverständliche Weisung aus der Bonner AA-Zentrale.[103] Die Folgen der DDR-Anerkennung fielen für die indische Regierung insgesamt also moderater aus als diejenigen gegenüber der Regierung Bangladeschs.

In Indien nahm man die westdeutsche Milde wohlwollend zur Kenntnis. In einem Gespräch mit Günter Diehl bezeichnete der indische Außenminister Swaran Singh die bundesrepublikanischen Antworten auf die unliebsame indische Entscheidung Anfang November 1972 als „maßvoll" und äußerte seine Zuversicht, dass Deutschland eines Tages wiedervereint sein würde.[104] Auch in internen Mitteilungen zeigten indische Diplomaten sich erleichtert, dass der Anerkennung der DDR auf der anderen Seite der Mauer deutlich weniger Bedeutung beigemessen wurde als zuvor befürchtet worden war: „It would be no exaggeration to say that at least in West-Berlin this was practically a ‚non-event'", berichtete Mitte November 1972 der Leiter des indischen Generalkonsulats in West-Berlin.[105] Mit dem eigenen Vorgehen im Zusammenhang mit der DDR-Anerkennung war man im indischen Außenministerium entsprechend sehr zufrieden.[106]

Vordringliche Frage war nun, wie sich die künftigen Beziehungen zwischen Bundesrepublik und Indien gestalten sollten. Für die Bundesregierung galt es, eine neue und von der Frage der DDR-Anerkennung unabhängige Indienpolitik zu entwickeln. Botschafter Diehls Empfehlung war, „die politische Bindung zu verstärken, die wirtschaftliche Zusammenarbeit – da, wo sie nutzbringend ist,

Stellungnahme hieß es hierzu: „Wegen der starken Bindung Indiens an die Sowjetunion muss der Zugang [...] zu entsprechenden Informationen als Sicherheitsrisiko gewertet werden, da eine Weitergabe an die U[dS]SR nicht auszuschließen ist bzw. die Sowjets allein durch ihre enge Zusammenarbeit mit der indischen Marine detaillierte Kenntnis erhalten könnten." Vermerk von Kleve, 19. Oktober 1972, BArch, BW 1/95262.

103 Müller an Staatssekretäre, 11. Oktober 1972, PA AA, ISLA, Bd. 8149.

104 Botschafter Diehl war daraufhin überzeugt, die Bundesrepublik könne in Indien, wenn sie „als Vertreter des Gedankens der deutschen Einheit" auftrete, „immer auf Verständnis rechnen", s. Diehl an AA, 10. November 1972, PA AA, B 37, Bd. 666; in diesem Sinne später auch Indira Gandhi, s. Diehl an AA, 1. Dezember 1972, PA AA, B 37, Bd. 667.

105 „Monthly Political Report – October and November 1972" von P. Johari, 21. November 1972, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(82)/72; vgl. auch „Political Report for the Month of October 1971 – Part I" von D. Mukhari, 2. November 1972, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(49)/72.

106 Vgl. „Annual Political Report for the year 1972" von C. V. Ranganathan, 21. Juni 1973, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1011(20)/73.

– aus[zu]weiten und gleichzeitig die Entwicklungshilfe auf ein vertretbares Maß zurück[zu]schneiden.“ Er erläuterte: „Echte wirtschaftliche Zusammenarbeit begründet eine dauerhafte, relativ konfliktfreie Bindung, Hilfe wird dagegen, wenn sie verbraucht ist, zur Rückzahlungsbürde und belastet die bilateralen Beziehungen.“ Bei aller Bedeutung wirtschaftlicher Kooperation sei jedoch die politische Bindung die nachhaltigste Komponente zwischenstaatlicher Beziehungen, wie Diehl zuletzt im Bangladeschkrieg beobachtet zu haben glaubte. Auch dort habe die Tatsache, „daß wir Verständnis für die Begründung des indischen Vorgehens zeigten, [...] mehr Bindung erzeugt, als es selbst eine sehr drastische Aufstockung der Entwicklungshilfe zustande gebracht haben würde.“[107]

DDR-Diplomaten hegten derweil ganz ähnliche Gedanken, fürchtete man im MfAA nach der lang ersehnten Anerkennung doch eine ähnlich wie in Bangladesch gesteigerte wirtschaftliche Erwartungshaltung in Indien. Mitte Oktober 1972 stellte Herbert Fischer in einem Bericht an die Ost-Berliner MfAA-Zentrale erleichtert fest: „Erfreulicherweise sind bisher von indischer Seite keinerlei Forderungen in wirtschaftlicher Hinsicht gestellt worden.“[108] Die indische Regierung hatte allerdings auch Wünsche und Interessen, die es seitens der DDR zu berücksichtigen galt. Ein erstes Anliegen des indischen Botschafters in Berlin, J. C. Ajmani, betraf etwa die Anpassung der seit Jahren strittigen offiziellen Landkarten der DDR an die indischen Vorstellungen des indisch-chinesischen Grenzverlaufs.[109]

Außerdem formulierte Ajmani detaillierte Wünsche an die künftigen bilateralen Handelsbeziehungen zwischen der DDR und Indien. Die DDR möge in Zukunft vermehrt indische Fertigerzeugnisse importieren und Indien somit endlich als gleichberechtigten Industriestaat anerkennen.[110] Die DDR-Führung entsprach dieser Forderung bereits in der ersten zwischenstaatlichen Vereinbarung der beiden Länder und verpflichtete sich zu einem stärkeren Import von Industrieprodukten. Auch gegenseitige Ministerbesuche, u.a. des indischen Außenministers Swaran Singh, wurden bald vereinbart, worauf DDR-Außenminister Otto Winzer in seinem ersten Gespräch mit Botschafter Ajmani sehr gedrängt hatte.[111]

In der DDR versuchte man die in jahrelanger Arbeit erstrittene diplomatische Anerkennung durch Indien als Katalysator der bilateralen politischen Beziehun-

107 Diehl an AA, 13. Oktober 1972, PA AA, B 37, Bd. 666.
108 Monatsbrief von Herbert Fischer an Oskar Fischer, 17. Oktober 1972, PA AA, M 1, C 1730/76.
109 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 670.
110 „Vermerk über ein Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Otto Winzer, mit dem Geschäftsträger a.i. der Botschaft Indiens, Herrn Botschafter Ajmani, am 17.10.1972“ von Reder, 18. Oktober 1972, PA AA, M 1, C 1736/76.
111 Vermerk von Radde, 6. Dezember 1972, PA AA, M 1, C 299/75.

gen zu begreifen. Der Vertreter Indiens in Ost-Berlin registrierte bald mit Genugtuung die Wirkung, die die indische Regierung mit ihrer vergleichsweise kleinen Geste der Anerkennung erzielt hatte. Im Jahresbericht 1972 schrieb Ajmani an das indische Außenministerium: „In the euphoria generated by India's diplomatic recognition of the GDR on 8 October, it was charitably overlooked that the recognition had come only on the eve of the basic treaty on normalisation of relations between the two German States."[112]

Die Wertschätzung der DDR für Indien beruhte allerdings auch auf Gegenseitigkeit. In einem ersten Schreiben an Otto Winzer nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen unterstrich Swaran Singh noch einmal ausdrücklich die indische Dankbarkeit für „die konstruktive und prinzipielle Haltung der DDR während der schwierigen Lage, die im vergangenen Jahr auf dem indischen Subkontinent herrschte, sowie in unseren gegenwärtigen Bemühungen zur Herbeiführung einer Normalisierung der Lage in der Region."[113] Bei seiner Akkreditierung als erster ordentlicher Botschafter Indiens in der DDR dankte J. C. Ajmani am 8. Dezember 1972 dem SED-Generalsekretär Walter Ulbricht erneut für die seinem Land „erwiesene Anteilnahme und Solidarität in den dunklen Tagen des vergangenen Jahres."[114] Als erster Botschafter der DDR in Indien wiederum wurde Herbert Fischer akkreditiert.[115]

Auch das im MfAA befürchtete negative indische Echo auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Pakistan Mitte November 1972 blieb aus.[116] Im Gegenteil: Wie das MfS erfuhr, wurde die Anerkennung der DDR durch Pakistan im indischen Außenministerium sogar begrüßt. Man schätzte dort ein, „daß Pakistan mit diesem Schritt stärker in den sozialistischen Einflussbereich" rücken würde, was „für den Prozeß der Entspannung auf dem indischen Subkontinent günstig" wäre.[117]

---

112 „Annual Political and Economic Report for 1972" von J. C. Ajmani, 9. April 1973, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1011(100)/73.

113 Swaran Singh an Otto Winzer, 22. November 1972, PA AA, M 1, C 299/75. Auch persönlich verband die beiden Außenminister nach eigenem Bekunden ein besonderes Verhältnis, s. Vermerk von Herbert Fischer, 22. August 1972, PA AA, M 1, C 299/75.

114 „Wortlaut der Rede des indischen Botschafters in der DDR aus Anlaß der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens", undatiert, PA AA, M 35, ZR 1009/03; ähnlich auch der indische Präsident Varahagiri V. Giri gegenüber dem ersten DDR-Botschafter Herbert Fischer bei dessen Akkreditierung, s. „Wortlaut der Rede Giris bei der Akkreditierung des DDR-Botschafters in Indien", undatiert, PA AA, M 35, ZR 1009/03.

115 Monatsbrief von Herbert Fischer an Oskar Fischer, 22. November 1972, PA AA, M 1, C 1730/76.

116 Ebd.

117 „Information über einige Aspekte der Außenpolitik Indiens gegenüber den USA und China", 4. Januar 1973, BStU, MfS, HV A, Nr. 390.

Bundesrepublikanischen Diplomaten wiederum war diese ostdeutsch-indische Eintracht ein Dorn im Auge. Noch Monate nach Anerkennung der DDR durch Indien glaubte der westdeutsche Botschafter Diehl in Neu-Delhi eine gewisse Bevorzugung der DDR gegenüber der Bundesrepublik, vor allem bei offiziellen Besuchen von Einzelpersonen oder Delegationen, wahrzunehmen:

> die Vertreter der DDR werden nicht nur korrekt, sondern oft auch sehr hochrangig empfangen und erhalten – gewiß nicht ohne indische amtliche Mithilfe – ein beträchtliches Maß an Publizität. Andererseits mußten wir feststellen, daß indische Stellen uns gegenüber [...] eher Zurückhaltung zeigten.[118]

Im Ost-Berliner MfAA sah man dies freilich ganz anders. Die ostdeutschen Diplomaten bangten ihrerseits sehr um die endlich gewonnene Handlungsfreiheit in Indien. Immer wieder prangerten sie die bundesrepublikanische „Propagierung der These vom angeblichen Bestehen einer ‚einheitlichen' deutschen Kultur" an[119] und sprachen von der „BRD-These von der ‚Wiedervereinigung'." Günter Diehls ständiger Gegenspieler Herbert Fischer glaubte sogar Versuche der BRD-Botschaft zu erkennen, Strategien der DDR-Öffentlichkeitsarbeit in Indien zu imitieren. Konkret dachte er an die Einrichtung eines Komitees zur Förderung der westdeutsch-indischen Freundschaft unter Vorsitz eines ehemaligen indischen Botschafters in Bonn.[120] Unter diesen Umständen konnte und wollte die DDR-Führung in ihrem diplomatischen Einsatz in Indien nicht nachlassen. Im März 1973 reiste der Ministerratsvorsitzende Willi Stoph nach Neu-Delhi und zwei Monate später erfolgte als Gegenbesuch die erste offizielle Reise eines indischen Außenministers in die DDR.[121]

Als Ziel dieser auch nach ihrem Anerkennungserfolg weiterhin starken Aktivität der DDR-Diplomaten in Indien vermutete der bundesrepublikanische Botschafter Diehl vor allem die Interessen der Sowjetunion, namentlich die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Asien. Die sowjetische Führung wolle die während des Bangladeschkriegs begonnene Annäherung Indiens an das sozialistische Staatenbündnis weiter festigen, könne wegen der großen Skepsis auf indischer Seite hierbei jedoch keinesfalls direkt vorgehen. Also beauf-

118 Diehl an AA, 7. Februar 1973, PA AA, B 37, Bd. 100137.
119 „Jahresbericht des Konsulats Kalkutta – 1972" von Mey, 7. Dezember 1972, PA AA, M 1, C 1728/76.
120 „Jahresbericht der Botschaft der DDR in Indien" von Herbert Fischer, 5. Januar 1973, PA AA, M 1, C 1728/76.
121 „Annual Political Report for 1973" von J. C. Ajmani, 11. Februar 1974, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1011(100)/74.

trage sie das MfAA, „ihren für die Durchsetzung der Anerkennung in Indien aufgebauten Apparat" bestehend aus Freundschaftsgesellschaften, Regierungs- und Pressekontakten, für sowjetische Zwecke zu nutzen, so Diehls Einschätzung.[122]

Wenngleich die Aktivitäten der zahlreichen DDR-Freundschaftsgesellschaften in Indien mit Anerkennung der DDR spürbar abnahmen,[123] konstatierte der westdeutsche Botschafter, dass die DDR „bei geringem materiellen Einsatz eine politische Dividende einstreicht, während die Bundesrepublik sich auf massive wirtschaftliche Hilfe ohne nachhaltige politische Wirkung beschränkt." Er unterstrich noch einmal seine frühere Forderung: „Wenn wir uns hier einer ‚aktiven Konkurrenz' mit der DDR stellen wollen, so müssen wir Indien mehr politische Aufmerksamkeit schenken."[124] Erschwert wurde dieses Anliegen Diehls allerdings durch die Tatsache, dass Indiens Image in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit und bei westdeutschen Journalisten durch seine aggressive Rolle im Bangladeschkrieg dauerhaft Schaden genommen hatte.[125]

Der westdeutsche Botschafter lag indes insofern richtig, als die DDR-Führung ab Ende 1972 ihr nunmehr erfülltes eigenes Interesse an einer baldigen diplomatischen Anerkennung durch das sowjetische Interesse an einem sozialistisch orientierten Indien ersetzte.[126] Ähnlich wie in Bangladesch rückten selbstständige Initiativen der DDR, wie etwa der Aufbau eines Netzwerks von ostdeutschen Kulturinstituten, die den bundesrepublikanischen Max-Müller-Bhavans entsprechen würden, demgegenüber in den Hintergrund.[127] Zwar verfolgte der DDR-Ministerrat eine Erweiterung der bilateralen „Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie", vor allem durch den wissenschaftlich-technischen Austausch mit Indien[128] und beschloss, an der Botschaft in Neu-Delhi einen Militärattaché zu akkreditieren.[129] Westdeutsche Diplomaten vermuteten allerdings

122 Diehl an AA, 1. März 1973, PA AA, B 37, Bd. 100137.
123 Länderaufzeichnung über Indien, 1. Oktober 1973, PA AA, NEWD, Bd. 9537.
124 Diehl an AA, 1. März 1973, PA AA, B 37, Bd. 100137.
125 Franke: *Hoffnungsträger und Sorgenkind Südasien*, S. 423.
126 S. etwa „Vermerk über ein Gespräch mit dem Botschafter der UdSSR in Indien, Gen. Pegov, am 16.2.1973" von Herbert Fischer, 20. Februar 1973, PA AA, M 1, C 1735/76.
127 Behrends an AA, 14. März 1973, PA AA, B 37, Bd. 100137.
128 „Beschluß zum Entwurf eines ‚Protokolls zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung Indiens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie", Präsidium des Ministerrates, 18. Oktober 1972, BArch, DC 20-I/4/2744.
129 „Beschluß über die weitere Gestaltung der Beziehungen zwischen der deutschen Demokratischen Republik und Indien", Präsidium des Ministerrates, 29. November 1972, BArch, DC 20-I/4/2762.

auch hinter diesen Maßnahmen eine enge Absprache der DDR-Außenpolitiker mit ihren sozialistischen Bündnispartnern.[130]

Nichtsdestotrotz war das nach dem Bangladeschkrieg entstandene Vertrauensverhältnis zwischen der DDR und Indien durchaus von Dauer. Immer wieder dankten indische Politiker in den kommenden Monaten und Jahren Besuchern aus der DDR für die ihrem Land während des Krieges gewährte Unterstützung,[131] an die DDR-Vertreter bei ihren Besuchen in Indien im Übrigen auch sehr gern erinnerten.[132] Die indische Presseberichterstattung über die DDR blieb ebenfalls nachhaltig positiv, was der „DDR auch bei nichtkommunistischen, nationalgesinnten Kreisen ein gewisses Wohlwollen" sicherte, wie ein westdeutscher Diplomat später zugestand.[133] Zuletzt traten auch die früheren Probleme im bilateralen Handel zwischen Indien und der DDR mittlerweile nicht mehr auf. Entsprechend zufrieden bemerkte man im indischen Außenministerium: „GDR enjoys a reputation of being very cautious in its negotiations; but once it signs an agreement, GDR fulfills its obligations to the letter."[134]

Wohl sichtbarsten Ausdruck fanden die ab 1972 verbesserten Beziehungen zwischen Indien und der DDR im Staatsbesuch Indira Gandhis in Ost-Berlin 1976 und im Gegenbesuch Erich Honeckers in Neu-Delhi 1979.[135] Bis es so weit kommen sollte, brachte die diplomatische Anerkennung durch Indien für das MfAA jedoch auch einige unerwartete praktische Herausforderungen mit sich. Die Einrichtung neuer und die Vergrößerung bestehender diplomatischer Vertretungen weltweit bedeutete für die DDR einen erheblich gesteigerten Bedarf an geeigneten Diplomaten. In Indien führte dieser finanzielle und personelle Engpass Mitte 1975 zur Schließung der DDR-Generalkonsulate in Kalkutta und Madras.[136]

130 Pfeiffer an AA, 9. August 1973, PA AA, B 37, Bd. 100137.

131 Diehl an AA, 11. April 1973, PA AA, B 37, Bd. 100137; so etwa auch Indira Gandhi in einer Rede vor einer DDR-Delegation um Willi Stoph, s. „Vermerk über das offizielle Gespräch der Partei- und Regierungsdelegation der DDR mit der Delegation der indischen Regierung" von Kawretzke, 19. März 1973, PA AA, M 1, C 1752/76.

132 Vgl. Willi Stoph, der Indien weitere DDR-Hilfe für Bangladesch in Aussicht stellte, s. Behrends an AA, 23. März 1973, PA AA, B 37, Bd. 100138.

133 Pfeiffer an AA, 9. August 1973, PA AA, B 37, Bd. 100137; vgl. etwa auch Swaran Singh im Interview mit ADN, Duisberg an AA, 24. Mai 1973, PA AA, B 37, Bd. 100138.

134 „Annual Political Report for 1974" von A. R. Deo, 31. Januar 1975, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1011(100)/75.

135 Wentker: *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 472.

136 Joachim Heidrich: Indien in Politik und Wissenschaft der DDR. In: Ders. (Hrsg.): *DDR – Indien: Partner auf Zeit. Erfahrungen und Einsichten*. Hamburg: Lit-Verlag 1998, S. 250–275, hier S. 258. Gewisse Einsparungen waren vom westdeutschen Generalkonsulat in Kalkutta bereits zwei Jahre zuvor beobachtet worden, s. Kuhna an AA, 26. Juli 1973, PA AA, B 37, Bd. 100137; ähnlich im

Pakistan

> Die Bundesregierung ist aus historischen Gründen wenig geeignet, zu Fragen von Kriegsverbrecherprozessen Stellung zu beziehen.
> *AA-Stellungnahme zur Bitte des pakistanischen Botschafters, gegen angekündigte Kriegsverbrecherprozesse zu intervenieren*[137]

Überraschenderweise belastete die klare anti-pakistanische Haltung der DDR im Bangladeschkrieg das bilaterale Verhältnis der beiden Staaten nach Anerkennung der DDR durch Pakistan kaum. In seinem ersten Schreiben an Walter Ulbricht am 20. Dezember 1972 sprach der neue pakistanische Präsident Bhutto diesen Punkt jedenfalls gar nicht an, sondern verlieh lediglich seiner Hoffnung Ausdruck, die DDR und Pakistan mögen recht bald „politische, wirtschaftliche und Handelsverbindungen zum gegenseitigen Vorteil anknüpfen."[138] Auch der erste pakistanische Geschäftsträger in der DDR war bei Besuchen im Ost-Berliner MfAA seinem Gastland gegenüber wenig nachtragend. Im Gegenteil bezeichnete er den betont zurückhaltenden Standpunkt der DDR zu den Verhandlungen auf dem indischen Subkontinent nach dem Bangladeschkrieg als „sehr korrekt und konstruktiv."[139]

Im Vergleich zum unbefangenen Auftreten pakistanischer Diplomaten in Ost-Berlin waren die bilateralen Beziehungen zwischen Pakistan und der Bundesrepublik nach der DDR-Anerkennung durch Pakistan deutlich angespannter. Die Bundesregierung unterzeichnete am 30. November 1972 zwar ein deutsch-pakistanisches Abkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit.[140] Eine geplante Reise des AA-Staatssekretärs Paul Frank zu Regierungskonsultationen nach Pakistan wurde dagegen auf unbestimmt verschoben.[141] In der Bonner AA-Zentrale beschied man außerdem, dass auch dem pakistanischen Wunsch nach einer Aufhebung des während des Krieges über den indischen Subkontinent verhängten Waffenembargos bis auf Weiteres nicht entsprochen werden würde.[142]

Generalkonsulat Madras, s. Baumann an Botschaft Neu-Delhi und AA, 11. Januar 1974, PA AA, B 37, Bd. 100137

137 Vermerk von Hauthal, 31. Oktober 1972, PA AA, B 37, Bd. 693.

138 Zulfikar Ali Bhutto an Walter Ulbricht, 20. Dezember 1972, PA AA, M 92, ZR 4106/14.

139 Vermerk von Krüger, 10. Mai 1973, PA AA, M 1, C 94/78.

140 Länderaufzeichnung Pakistan – Stand März 1973, PA AA, B 37, Bd. 100297.

141 Jesser an Boschaft Islamabad, 11. Dezember 1972, PA AA, B 37, Bd. 100300

142 Jesser an Boschaft Islamabad, 3. April 1973, PA AA, B 37, Bd. 100302.

In Pakistan wurde dieser Stimmungswandel in den Beziehungen zur BRD durchaus registriert. Im Herbst 1973 glaubten westdeutsche Diplomaten in Islamabad zu beobachten, dass der pakistanische Präsident Bhutto „eine gewisse Abkühlung im beiderseitigen Verhältnis" empfinde. Vor allem sei Bhutto während des Bangladeschkriegs von der einseitig pro-indischen Haltung der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit enttäuscht gewesen.[143] Den Aufschub der DDR-Anerkennung im Herbst 1972 betrachtete er demgegenüber als ein Zugeständnis,[144] das es seitens der Bundesregierung eigentlich zu honorieren gelte. Ungeachtet dieser Irritationen stieg die Bundesrepublik bereits in den nächsten Monaten zum zweitstärksten Entwicklungshilfegeber Pakistans nach den USA auf.[145]

Zum Jahresbeginn 1973 begannen auch DDR-Diplomaten, in Pakistan aufzutreten. Nachdem ein Mitarbeiter der Abteilung Südostasien des MfAA bereits Anfang Dezember 1972 ein Arbeitszimmer in der sowjetischen Botschaft in Pakistan hatte beziehen können,[146] nahm die DDR-Botschaft am 24. Januar 1973 dort offiziell ihre Tätigkeit auf.[147] Erster ordentlicher Botschafter der DDR in Pakistan wurde Ende April 1973 Hans Maretzki.[148] Auch ihm gegenüber zeigte die Regierung seines Gastlandes keinerlei Berührungsängste. Beim ersten Treffen des DDR-Botschafters mit Präsident Bhutto am 23. April 1973 bedauerte dieser vielmehr „nachdrücklich, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Pakistan und der DDR viel zu spät aufgenommen worden seien."[149]

Am 6. April 1973 eröffnete auch die pakistanische Regierung offiziell eine Botschaft in der DDR.[150] Erster ordentlicher Botschafter wurde Mitte Mai 1973 der bisherige Botschafter Pakistans in Kanada Jamsheed K. A. Marker.[151] Die Benennung dieses angesehenen Diplomaten, der zuvor bereits Botschafter in Moskau gewesen war, wurde im MfAA allgemein als ein positives Zeichen für die Wertschätzung erachtet, die man der DDR in Pakistan offensichtlich entgegenbrachte.[152] Auch Botschafter Marker hielt sich nicht lange mit dem Bangladeschkrieg

143 Länderaufzeichnung Pakistan – Stand Oktober 1973, PA AA, B 37, Bd. 100297.
144 Vgl. Scheske an AA, 2. Juli 1973, PA AA, B 37, Bd. 100302.
145 Botschaft Islamabad „Zur Außenpolitik Pakistans", 12. Dezember 1974, PA AA, M 1, C 88/78.
146 Bräsel an Radde, 8. Dezember 1972, PA AA, M 1, C 97/78; s. auch Radde an Bräsel, 22. Januar 1973, PA AA, M 1, C 97/78.
147 Berger an AA, 7. März 1973, PA AA, ISLA, Bd. 8150.
148 Enzweiler an AA, 24. April 1973, PA AA, B 37, Bd. 100303.
149 „Zur Aufnahme der Tätigkeit der Botschaft der DDR in Pakistan", Mai 1973, PA AA, M 35, ZR 1327/85.
150 „Stand der Beziehungen DDR – Pakistan", undatiert, PA AA, M 1, C 6938.
151 Berger an AA, 1. März 1973, PA AA, B 37, Bd. 100297.
152 Vermerk von Grimm, 9. Januar 1973, PA AA, M 1, C 104/78.

auf. Sein erstes Interesse nach Dienstantritt galt vielmehr dem vorangegangenen Besuch des indischen Außenministers Swaran Singh in der DDR sowie allgemein den Kontakten der DDR zu Indien.[153] Wichtiger als die früheren guten Beziehungen der DDR zum indischen Erzrivalen waren Marker also die gegenwärtigen.

In seinen ersten Berichten an die Ost-Berliner MfAA-Zentrale bemerkte Botschafter Maretzki aus Pakistan später ebenfalls zufrieden, dass man der DDR in seinem Gastland wegen ihrer eindeutigen Haltung im Bangladeschkrieg und ihrer Unterstützung für die Regierung Bangladeschs keinerlei Vorhaltungen machte. Größere Sorgen bereiteten dem ostdeutschen Botschafter die Erwartungen seiner pakistanischen Gesprächspartner, „die bisher ohne konkrete Formulierungen besonders eine ökonomische und wissenschaftlich-technische Unterstützung seitens der DDR in unrealistischer Art und Weise voraussetzen."[154]

Bald versuchte die pakistanische Seite in diesem Zusammenhang auch, die deutsch-deutsche Auseinandersetzung auszunutzen. Im pakistanischen Außenministerium empfahl man Maretzki, „die DDR sollte in Konkurrenz zur BRD vor allem ihre ökonomischen Beziehungen zu Pakistan aufbauen und Gegengewichte schaffen." Dieser kaum verhohlenen Geldforderung erteilte Maretzki allerdings sofort eine Absage.[155] Er handelte dabei im offenen Widerspruch zu Empfehlungen des sowjetischen Außenministeriums, wo die pakistanischen Erwartungen an den künftigen Handel mit der DDR schon unmittelbar nach der gegenseitigen Anerkennung antizipiert worden waren.[156]

Wie in Bangladesch und Indien war das offizielle Auftreten der DDR auch in Pakistan von Anfang an durch das deutsch-deutsche Konkurrenzverhältnis geprägt. DDR-Diplomaten verfolgten das Ziel, sich klar von ihren westdeutschen Kollegen abzugrenzen, hatten dabei jedoch auch stets die Interessen der sozialistischen Bruderstaaten zu berücksichtigen. So hieß es bereits Mitte Dezember 1972 in einer Weisung des DDR-Ministerrates:

> Aktivitäten der BRD und anderer imperialistischer Staaten, die sich gegen die Interessen der DDR und anderer Staaten der sozialistischen Gemeinschaft richten, ist offensiv zu begegnen. Der Einfluß der VR China in Pakistan ist ständig zu analysieren.[157]

153 Vermerk von Krüger, 12. Juni 1973, PA AA, M 1, C 106/78.
154 Maretzki an Willerding/MfAA, 27. Juni 1973, PA AA, M 1, C 89/78.
155 Ebd.
156 S. „Vermerk über einen Höflichkeitsbesuch beim stellv. Außenminister der UdSSR, Genossen N. P. Firjubin, am 17.11.1972 in Moskau" von Peters, 20. November 1972, PA AA, M 1, C 97/78.
157 „Aufgabenstellung für die Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in der Islamischen Republik Pakistan", Präsidium des Ministerrates, 21. Dezember 1972, BArch, DC 20-I/4/2779.

Eine der größten Herausforderungen bestand für ostdeutsche Diplomaten in Pakistan indes darin, die DDR überhaupt bekannt zu machen. Schon die ersten Vertreter der DDR in Pakistan mussten Anfang 1973 feststellen, dass es dort um die Sichtbarkeit der Deutschen Demokratischen Republik nicht besonders gut bestellt war, wie man der Ost-Berliner MfAA-Zentrale ernüchtert berichtete: „Selbst der Sprecher des Parlaments […] begrüßte mich zwar herzlich, wollte mir aber dann zeigen, dass er auch schon einige Politiker meines Landes kennt, indem er mir Adenauer, Erhard, Kiesinger und Brandt aufführte."[158]

Um an dieser Misere etwas zu ändern, wählte das MfAA eine altbewährte Strategie. Bereits am 16. November 1972, dem Tag nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen, hatte der Jurist Fsawar Hussain Bukhari in Lahore eine „Pak-GDR Friendship Association" ins Leben gerufen. Diese agierte unabhängig von der im August 1972 gegründeten Pak-GDR Youth Friendship Society und war dem MfAA ebenso wenig geheuer wie frühere durch Pakistaner eigenmächtig gegründete Freundschaftsgesellschaften.[159] Ende Juni 1973 etablierten DDR-Diplomaten daher im nahe der afghanischen Grenze gelegenen Peschawar selbst eine eigene Pakistan-DDR-Freundschaftsgesellschaft. Deren Hauptzweck bestand nach Einschätzung der bundesrepublikanischen Botschaft darin, im Auftrag der in Pakistan argwöhnisch betrachteten Sowjetunion die aufständischen Pashtunen in diesem notorisch unregierbaren Teil des Landes zu unterstützen.[160]

Eine zentrale DDR-Freundschaftsgesellschaft existierte in Pakistan allerdings weiterhin nicht.[161] Die Zusammenarbeit des MfAA auch mit diesen kleineren Gruppen wurde von der pakistanischen Regierung erheblich beeinträchtigt, indem sie den Freundschaftsgesellschaften die notwendige staatliche Zustimmung versagte[162] und die Botschaft dazu aufforderte, an Einzelpersonen bereits ausgesprochene Einladungen in die DDR wieder zurückzunehmen.[163] Die pakistanische Regierung hielt die Freundschaftsgesellschaften jedenfalls für einigermaßen überflüssig. Ihre pakistanischen Mitglieder agierten „weniger im Interesse der Freundschaft zur DDR als vielmehr für ihre eigene Popularität", wie es im pakistanischen Außenministerium hieß.[164] Auch die Freundschaftsgesellschaf-

---

158 Schmidt an Radde/MfAA, 8. Februar 1973, PA AA, M 1, C 97/78.

159 Bräsel an Köcher, 1. Dezember 1972, PA AA, M 2, B 151/78.

160 S. v. Cramm an BMVg und AA, 30. Juni 1974, PA AA, B 37, Bd. 100302.

161 Maretzki in „Jahresbericht – Pakistan 1973", undatiert, PA AA, M 1, C 86/78.

162 Maretzki an Bierbach/MfAA, 12. Oktober 1973, PA AA, M 1, C 87/78.

163 „Informationen über einige Fragen der Freundschaftsgesellschaften in der DDR (Ergänzung eines Schreibens der Botschaft)" von Heinrich, undatiert, PA AA, M 2, B 151/78.

164 „Aktenvermerk über ein Gespräch des Geschäftsträgers a.i., Genossen Schmidt mit dem Chef des Protokolls im MfAA, Anwas Sayeed am 11.4.73" von Schmidt, 17. April 1973, PA AA, M 1, C 105/78.

ten brachten der DDR in Pakistan dementsprechend noch keinen durchschlagenden Erfolg.

Welche DDR-spezifischen Anliegen das MfAA durch die angestrebte verbesserte Sichtbarkeit in Pakistan überhaupt zu verfolgen beabsichtigte, ist unklar. Noch vor der Entsendung des ersten Diplomaten nach Pakistan hatte der DDR-Ministerrat klargestellt, dass dort in „enger Abstimmung mit der UdSSR" und deren Botschaft vorzugehen sei.[165] Auch später machten DDR-Außenpolitiker sich in Pakistan vor allem konkrete sowjetische Anliegen zu eigen, indem sie dort wie in Bangladesch und Indien „für die sowjetischen Vorschläge zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Asien" eintraten.[166] In der Formulierung eigener Ziele gegenüber Pakistan blieb man dagegen eher vage.

Zum Teil klafften Anspruch und Wirklichkeit im MfAA hierbei weit auseinander. In der DDR-Botschaft in Islamabad suchte man zwar nach Möglichkeiten, „eine kulturell-wissenschaftliche Aktivität zu entfalten", um diese dann „intensiv für die Darlegung unserer sozialistischen Positionen und der Politik unserer Staatengemeinschaft um die Sowjetunion zu nutzen." Gleichzeitig sollte dabei dann allerdings „geschickt pakistanischen Illusionen entgegengewirkt werden, als könne seitens der DDR zu einer größeren Zahl von Ausbildungen und kulturell wichtigen Entwicklungen in größerem Umfang beigesteuert werden."[167] Ein avisierter bilateraler Handelsvertrag zwischen der DDR und Pakistan konnte zunächst ebenfalls nicht geschlossen werden, da die zuständigen DDR-Diplomaten ihren pakistanischen Verhandlungspartnern keine konkreten Zusagen über den Umfang dieses Handels machen wollten.[168] Die politische Führung der DDR wünschte zwar, von der pakistanischen Regierung als wertvoller internationaler Partner wahrgenommen zu werden, war aber kaum dazu bereit – im Rahmen einer kohärenten Pakistanpolitik –, substanziell in die bilateralen Beziehungen der beiden Länder zu investieren.

Obwohl pakistanische Regierungsvertreter immer wieder ihren guten Willen unterstrichen, hatten die DDR-Diplomaten in Pakistan dementsprechend einige Schwierigkeiten damit, in ihrem Gastland Fuß zu fassen. Vor diesem Hintergrund nahm Botschafter Maretzki die pakistanische Dankbarkeit für die Mitte November 1973 angelaufene Unterstützung bei der Repatriierung von Biharis aus Bangladesch Zug um Zug gegen Bengalen aus Westpakistan zwar zufrieden

165 „Aufgabenstellung der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik in der Islamischen Republik Pakistan", 21. Dezember 1972, PA AA, M 1, C 97/78.
166 Maretzki in „Jahresbericht – Pakistan 1973", undatiert, PA AA, M 1, C 86/78.
167 Ebd.
168 Maretzki an Willerding/MfAA, 27. Juni 1973, PA AA, M 1, C 89/78.

zur Kenntnis, wünschte sich hierüber allerdings eine noch bessere Publizität.[169] Tatsächlich wurde die medienwirksame Fortsetzung dieser DDR-Hilfsmaßnahme Ende April 1974 dann endlich vom pakistanischen Außenminister Kamal Hossein und in wichtigen pakistanischen (und ostbengalischen) Tageszeitungen sehr gewürdigt.[170] Umso unverständlicher erschienen daraufhin aus Sicht der pakistanischen Regierung potenziell gegen ihr Land gerichtete Schritte der DDR wie ihre Vereinbarung mit Indien zur friedlichen Nutzung von Kernenergie.[171]

Aus den meisten anderen regionalen politischen Entwicklungen in Südasien hielten DDR-Diplomaten sich nach Ende des Bangladeschkriegs aber bewusst heraus. Eine pakistanische Bitte etwa, sich in der Auseinandersetzung um die Auslieferung pakistanischer Kriegsgefangener von Indien nach Bangladesch für Pakistan einzusetzen, lehnte Botschafter Maretzki Mitte Juli 1973 rundheraus ab.[172] Erst im Laufe des Jahres 1974 konnten schließlich das Handels- und Zahlungsabkommen sowie ein Kulturabkommen mit Pakistan geschlossen werden. Abgesehen davon blieben persönliche Kontakte und gegenseitige Besuche zwischen der DDR und Pakistan jedoch weiterhin vereinzelt und die Wirksamkeit der verschiedenen Freundschaftsgesellschaften in Pakistan äußerst begrenzt.[173]

Die sowjetische Führung war demgegenüber deutlich weniger zaghaft und zeigte kaum Skrupel, die Ziellosigkeit ihrer ostdeutschen Partner in ihrem Sinne auszunutzen und sie in ihre eigene Pakistanpolitik einzubinden. Bereits unmittelbar nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Pakistan empfahlen sowjetische Diplomaten MfAA-Vertretern nachdrücklich, möglichst bald einen Geschäftsträger nach Pakistan zu entsenden und die Eröffnung einer DDR-Botschaft dort zu forcieren. Dass man dabei durchaus eigene sicherheitspolitische Interessen verfolgte, zeigte sich, als im sowjetischen Außenministerium außerdem gefordert wurde, das MfAA möge sich bei dieser Gelegenheit um die Akkreditierung eines Militärattachés in Pakistan bemühen.[174]

---

169 Maretzki an Bierbach/MfAA, 15. November 1973, PA AA, M 1, C 89/78.

170 „Bericht über die Durchführung der Aktion ‚Austausch II‘ in der Zeit vom 24.3.1974 bis 24.4.1974“, 7. Mai 1974, BStU, MfS, HA PS, MF, Nr. 192.

171 Vermerk von Pierschel, 28. Juni 1974, PA AA, M 1, C 90/78.

172 Maretzki an Bierbach/MfAA, 17. Juli 1973, PA AA, M 1, C 95/78.

173 Maretzki in „Jahresbericht – Pakistan 1974“, 3. Januar 1975, PA AA, M 1, C 86/78.

174 „Bericht über eine Konsultation mit den Abteilungen Südostasien und Südasien im sowjetischen Außenministerium“, 21. November 1972, PA AA, M 1, C 1785/76.

7.3 Zwischenbilanz

Anders als die Kämpfer für das freie Bangladesch 1971 erhofft hatten, läutete die staatliche Unabhängigkeit für Ostbengalen kaum den Beginn eines neuen Goldenen Zeitalters ein. Die ökonomischen und geografischen Rahmenbedingungen des ehemaligen Ostpakistans blieben vielmehr weiterhin äußerst schwierig, die lokale Infrastruktur war schlecht und immer wieder wurde das Gangesdelta von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht. Als die regierende Awami League unter Sheikh Mujibur Rahman erkannte, dass sie der Lage allein nicht Herr werden würde, beschloss sie allerdings, statt der leidgeplagten ostbengalischen Bevölkerung vor allem sich selbst zu schützen.

Schon bald sollte sich diese Entscheidung rächen. Seit dem Bürgerkrieg hatte sich die politische Landschaft in Ostbengalen ausdifferenziert, die linke Opposition mehr Zulauf erhalten und die Armee größere Macht gewonnen. Der Rückhalt für die Awami League und Premierminister Mujibur Rahman in der Bevölkerung und vor allem im Militär war seither stetig gesunken. Als die Regierung begann, systematisch politische Gegner auszuschalten und die Demokratie auszuhöhlen, schritt die Armee gewaltsam ein. Bereits im vierten Jahr der staatlichen Unabhängigkeit fiel Bangladeschs erster Premierminister Mujibur Rahman seinem eigenen Machthunger zum Opfer und das Land wurde eine Militärdiktatur.

Um die Demokratie war es in Indien zu dieser Zeit nur wenig besser bestellt als in Bangladesch. Auf eine Phase der nationalen Euphorie nach dem fulminanten Sieg gegen Pakistan folgte bald eine Rückbesinnung auf das politische Tagesgeschäft und die nüchterne Aufarbeitung der letzten Regierungsjahre. Als die unangenehme Wahrheit von Korruption und Manipulationen während der letzten Wahlen ans Tageslicht zu gelangen drohte, handelte Indira Gandhi schnell und effektiv: Sie rief den nationalen Notstand aus und hob damit de facto die Gewaltenteilung auf, sodass ihre Arbeit von der indischen Justiz nicht mehr zu überprüfen war. Dass sie sich damit international diskreditierte, nahm die indische Premierministerin bewusst in Kauf.

Pakistan wiederum konnte sich nach dem Verlust der bevölkerungsreicheren Landeshälfte unter Führung Bhuttos erstaunlich schnell wieder fangen. Dem neuen Präsidenten gelang es bald, die Weichen für eine geänderte internationale Rolle Pakistans zu stellen, bei der der westlichste Nachfolgestaat Britisch-Indiens sich eher als Teil der arabischen Welt denn Südasiens begriff. Durch eine geschickte Annäherung an Moskau und seine strategisch nach wie vor wichtige Lage zwischen Indien, der VR China und der UdSSR blieb Pakistan außerdem weiterhin interessant für die USA. Freilich ging dies innerstaatlich mit einer Phase wirtschaftlicher Stagnation, Korruption und der Unterdrückung oppositioneller Kräfte einher. Insofern machten die beiden ehemals vereinten Teile Pakis-

tans auch nach der Unabhängigkeit Bangladeschs einen durchaus vergleichbaren Prozess durch.

Die bilateralen Beziehungen von Bundesrepublik und DDR zu den drei am Bangladeschkrieg von 1971 beteiligten südasiatischen Staaten entwickelten sich nach Herstellung offizieller diplomatischer Beziehungen im Laufe der folgenden Jahre recht unterschiedlich. In allen drei Ländern stand die Ost-Berliner DDR-Führung vor der Herausforderung, die nunmehr endlich hergestellten diplomatischen Beziehungen möglichst bald mit Leben zu füllen. Die Außenpolitiker Südasiens warteten derweil vor allem gebannt den Umgang der Bundesregierung mit der unerwünschten DDR-Anerkennung ab.

In Bangladesch reagierte die Bundesregierung hierauf besonders barsch. Nachdem sie sich in den ersten Monaten des unabhängigen Bangladesch weigerte, ihre bilateralen Entwicklungshilfezahlungen an das ehemalige Ostpakistan wiederaufzunehmen, scheute die noch unerfahrene Regierung von Bangladesch zunächst davor zurück, ihre bilateralen Beziehungen zur DDR weiter auszubauen. Indem die Bundesregierung sich in Bangladesch bewusst zurückhielt, überließ sie das Feld der auswärtigen Kulturpolitik dort allerdings fast vollständig der DDR. In dieses Vakuum stießen die DDR-Diplomaten beherzt vor. Dadurch und dank weiterer öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen wie der Behandlung verwundeter Mukti Bahini in der DDR, der Lieferung von Pässen und Bengali-Schreibmaschinen sowie der Unterstützung bei den Repatriierungsmaßnahmen zwischen Bangladesch und Pakistan, gelang es ihnen, in Bangladesch langsam Vertrauen zu gewinnen.

Als größte Gefahr für das Auftreten der DDR in Bangladesch erwies sich jedoch bald weniger die Bundesregierung als vielmehr die Probleme der eigenen Planwirtschaft, die nicht dazu in der Lage war, eingegangene Handelsverpflichtungen zu erfüllen. In der für die Regierung von Bangladesch so wichtigen Entwicklungshilfe blieb die DDR ebenfalls deutlich hinter den Erwartungen zurück, sodass man die Bundesrepublik in Bangladesch trotz der anfänglichen Meinungsverschiedenheiten bald als den zuverlässigeren deutschen Partner wahrnahm.

Die indische Regierung wiederum erkannte die DDR erst einige Monate später an. Anders als Bangladesch war Indien für die Bundesregierung zu wichtig, als dass sie es durch eine Sanktionierung der auch im Herbst 1972 noch unerwünschten DDR-Anerkennung dauerhaft hätte brüskieren wollen. Die bilateralen Beziehungen zwischen Bundesrepublik Deutschland und Indien wurden durch diesen indischen Schritt also nicht langfristig überschattet. Aus Sicht der ostdeutschen Diplomaten markierte der 8. Oktober 1972 freilich den Beginn einer neuen Ära in ihren Beziehungen zu Indien. Die DDR wurde dort nun endlich als souveräner Staat anerkannt. Außerdem rechneten indische Regierungsvertreter der DDR-Führung ihre Solidarität im Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg auch in den folgenden Monaten und Jahren noch sehr hoch an.

Die loyale Haltung der DDR im Bangladeschkrieg sollte sich im Verhältnis zu Indien mittelfristig sogar mehr auszahlen als im befreiten Bangladesch selbst. Zwar galt die Bundesrepublik auch in Indien als der bedeutendere deutsche Entwicklungshilfegeber und ähnlich wie in Bangladesch verfolgte die DDR-Führung auch in Indien – abgesehen von der Bekräftigung sowjetischer Interessen – nach ihrer Anerkennung kaum ein anderes eigenes Ziel außer, als ein von der Bundesrepublik unabhängiger Staat wahrgenommen zu werden. Gerade dies gelang DDR-Diplomaten allerdings sehr erfolgreich, indem sie sich wie in Bangladesch auf ihre Stärke in den auswärtigen Kulturbeziehungen besannen. Immer wieder kam ihnen vor allem bei gegenseitigen Besuchen auch das positive Image der DDR in Indien zugute.

In Pakistan wiederum ergab sich ein ähnliches Bild wie in Bangladesch. Das bis dahin partnerschaftliche Verhältnis zwischen Bonn und Islamabad wurde durch die pakistanische DDR-Anerkennung (und trotz ihres späten Zeitpunkts und des pakistanischen Entgegenkommens in diesem Zusammenhang) merklich eingetrübt und konnte sich nur langsam wieder verbessern. Die bilateralen Beziehungen zwischen Ost-Berlin und Islamabad litten demgegenüber kaum unter der früheren anti-pakistanischen Haltung der DDR während des Bangladeschkriegs. In Pakistan profitierte die DDR vor allem von der Tatsache, dass sie dort vor 1972 praktisch unbekannt gewesen war. Der geringe Bekanntheitsgrad der DDR erschwerte es den ostdeutschen Diplomaten allerdings auch, dort einen bleibenden Eindruck zu hinterlassen. Wenig half dabei, dass das MfAA kaum dazu bereit war, nennenswert in bilaterale Projekte mit Pakistan zu investieren, wie es in Indien und Bangladesch zumindest auf kulturellem Gebiet geschah. Eigene Ziele verfolgte die DDR in Pakistan jedenfalls kaum, sondern forderte stattdessen gebetsmühlenartig das von der UdSSR propagierte System der kollektiven Sicherheit in Asien.

Das Auftreten von Bundesrepublik und DDR auf dem indischen Subkontinent unterschied sich nach 1972 fundamental. Während die Bundesrepublik bald wieder zu einem wichtigen Partner der bilateralen Entwicklungshilfe Südasiens avancierte, setzte die DDR-Führung vor allem aufgrund ihrer eigenen begrenzten Mittel eher auf den immateriellen, vorzugsweise kulturellen Austausch mit Bangladesch, Indien und Pakistan.[175] Nach negativen Erfahrungen, vor allem mit

175 Vgl. hierzu auch die Erinnerungen des letzten Botschafters der DDR in Teheran, Wolfgang Bator: „Speziell was die Entwicklungsländer angeht, spielte [...] auch das mangelnde wirtschaftliche Leistungsvermögen der DDR [eine Rolle], obwohl die Bereitschaft auf der Gegenseite durchaus vorhanden war, aktiv mit uns zusammenzuarbeiten. Das war [...] ein wesentlicher Faktor dafür, dass in vielen Entwicklungsländern unsere Außenpolitik zwar akzeptiert wurde, aber im

dem Export der Traktoren RS 09 nach Indien und später von Pumpen nach Bangladesch, agierte die DDR bei der Zusage bilateralen Handels inzwischen außerdem vorsichtiger.

Da es für die DDR einerseits galt, sich weiter stets von der Bundesrepublik abzugrenzen, sie andererseits aber kaum einen von Moskau unabhängigen Handlungsspielraum besaß,[176] orientierte sich die Ost-Berliner Außenpolitik ab Ende 1972 am sowjetischen Vorbild. Dazu sei „die enge Beratung und Abstimmung mit den sowjetischen Genossen und den Vertretern der anderen Bruderländer zum ständigen Arbeitsprinzip auf allen Ebenen zu entwickeln", wie es im Dezember 1972 in einer MfAA-Anweisung an Vertreter der DDR in Süd- und Südostasien hieß. Zudem wurden die DDR-Diplomaten davor gewarnt, dass der Wandel in den deutsch-deutschen Beziehungen und damit der Wandel in der deutsch-deutschen Außenpolitik auch auf die Ebene persönlicher Kontakte mit westdeutschen Diplomaten durchschlagen könnte: „Dort wo sich Kontakte nicht vermeiden lassen, müssen unsere Genossen prinzipiell auftreten, d.h. im Sinne der Abgrenzung und dürfen keine Demonstration ‚gesamtdeutscher Interessen' in der Öffentlichkeit zulassen."[177]

Insgesamt bedeutete ihre langersehnte Anerkennung für die Südasienpolitik der DDR gewissermaßen ein programmatisches Vakuum. Wie in anderen Ländern der Dritten Welt dienten der DDR auch in Indien, Pakistan und Bangladesch nunmehr „lautstarke Propaganda und ideologische Phrasen als Ersatz für ein substantielles Engagement."[178] Erklärtes Ziel der ostdeutschen Südasienpolitik war neben dem tautologischen Zweck einer verbesserten Sichtbarkeit vor allem die Unterstützung sowjetischer Anliegen.[179] Auch ihrer Einbindung in die sowjetische Südasienpolitik setzten die begrenzten Möglichkeiten der DDR allerdings enge Grenzen. Moskauer Hoffnungen etwa, die DDR könnte die Interessen der sozialistischen Staatengemeinschaft in Pakistan unter anderem durch Etablierung fester Handelsverbindungen vertreten, musste das MfAA bald enttäuschen.

Grunde genommen leer lief und keine richtige Zielsetzung mehr hatte." Zit. n. Muth / Seidel: Außenpolitische Interessen der DDR, S. 21.

176 Helmut Hubel: Weltpolitische Bestimmungsfaktoren im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zur Dritten Welt. In: Siegfried Baske / Gottfried Zieger (Hrsg.): *Die Dritte Welt und die beiden Staaten in Deutschland*. Asperg b. Stuttgart: Edition Meyn 1983, S. 81–92, hier S. 81–2.

177 Radde an die Leiter der Vertretungen der DDR in Indien, Indonesien, Burma, Nepal, Bangladesh, Sri Lanka, 8. Dezember 1972, PA AA, M 1, C 1774/76.

178 Hubel: Weltpolitische Bestimmungsfaktoren im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zur Dritten Welt, S. 86.

179 S. auch Bierbach an Botschaften Neu-Delhi und Dacca, 24. August 1973, PA AA, M 1, C 95/78; Schneider: *Die Außenpolitik der DDR gegenüber Südasien*, S. 2.

8 Verflochtene Regionalkonflikte: Eine Bilanz

Mit der Annäherung der beiden deutschen Staaten und der Teilung Pakistans erfolgten in den Jahren 1971/72 zwei zeitlich parallele, aber gegenläufige Bewegungen. Die vorliegende Untersuchung zeigt nicht allein die Parallelen, sondern vor allem auch die Berührungspunkte und gegenseitigen Beeinflussungen dieser beiden verflochtenen regionalen Entwicklungen auf. Als gedankliche Klammer diente hier der globale Ost-West-Konflikt, der die deutsch-deutsche Auseinandersetzung in diesem Zeitraum ebenso durchdrang wie die indisch-pakistanische. Der Kalte Krieg verband diese beiden Konfrontationen zwar miteinander, immer wieder wurde seine Bipolarität von ihnen aber auch durchbrochen.

8.1 Erkenntnisse

> The beginning of wisdom is to recognize our limited ability to affect what other countries regard as their vital interests, whether or not such interests seem vital to us.
> *William J. Barnds*[1]

Mit der Forderung nach größerer regionaler Autonomie brach sich 1970/71 in Ostpakistan ein Konflikt Bahn, der bereits in den Jahren und Jahrzehnten zuvor absehbar gewesen, von der pakistanischen Zentralregierung jedoch konsequent geleugnet, zumindest aber ignoriert worden war. Letztendlich ausgelöst wurde er durch die Ende 1970 ausbleibende staatliche Hilfe für das Gangesdelta, nachdem ein verheerender Zyklon dort schwere Schäden verursacht und Hunderttausende das Leben gekostet hatte, sowie die faktische Nicht-Anerkennung des Wahlsiegs der ostbengalischen Awami League unter ihrem Anführer Sheikh Mujibur Rahman. Als die pakistanische Zentralregierung unter General Yahya Khan und Außenminister Zulfikar Ali Bhutto sich gegenüber den ostpakistanischen Forderungen nach Übertragung weitreichender Regierungsbefugnisse zu keinerlei Zugeständnissen bereit zeigte, eskalierte am 25. März 1971 schließlich die Lage. Die pakistanische Armee schlug die Proteste blutig nieder und die ostpakistanische Zivilbevölkerung begann, über die Grenze nach Indien zu fliehen.

Die Regierungen der beiden deutschen Staaten entschieden sich zunächst gegen eine Einmischung in diesen als rein innerpakistanischen, höchstens aber auf den indischen Subkontinent begrenzt wahrgenommenen Konflikt. Angesichts der zu diesem Zeitpunkt noch vertretenen Hallstein-Doktrin der Bundesre-

1 Barnds: *India, Pakistan and the Great Powers*, S. 343.

https://doi.org/10.1515/9783110682038-008

gierung fürchteten beide Seiten, eine einseitige Parteinahme zugunsten Indiens oder Pakistans könnte ihre deutschlandpolitische Position im jeweils anderen südasiatischen Land gefährden. Als sich die indische Regierung durch die wachsende Zahl ostpakistanischer Flüchtlinge jedoch zum Eingreifen gezwungen sah, wurden die Bundesregierung und die politische Führung der DDR von Regierungsvertretern Pakistans und Indiens immer direkter dazu aufgefordert, zur ostbengalischen Frage Stellung zu beziehen.

Die beiden deutschen Staaten agierten in Südasien damals unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen. Während die DDR im Jahre 1971 lediglich in Neu-Delhi mit einer mittlerweile zum Generalkonsulat umgewandelten Handelsvertretung präsent war, unterhielt die Bundesrepublik vollwertige diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen sowohl zu Indien als auch zu Pakistan. Um keiner der beiden Konfliktparteien einen Vorwand zu liefern, die DDR anzuerkennen, war die Bundesregierung in der indisch-pakistanischen Auseinandersetzung also besonders um Neutralität bemüht.

Genau diese diplomatische Anerkennung durch Indien aber war seit Jahrzehnten das wichtigste politische Anliegen der Ost-Berliner DDR-Führung in Südasien gewesen. DDR-Diplomaten kam nun zugute, dass sie aufgrund fehlender offizieller Beziehungen zur pakistanischen Zentralregierung ihre Anteilnahme mit der indisch unterstützten ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung sehr viel freier ausdrücken konnten als die westdeutsche Bundesregierung. Sie erkannten dieses Potenzial bald und zeigten sich bereits in den Sommermonaten des Jahres 1971 sehr offen für Gespräche mit Vertretern der „Provisorischen Regierung von Bangla Desh." Im indischen Außenministerium wiederum durchschaute man dieses DDR-Kalkül sofort und versuchte, die ostdeutschen Gesprächspartner im indischen Sinne zu einer Anerkennung Bangladeschs zu überreden, ohne im Gegenzug selbst konkrete Zusagen machen zu müssen.

Dem international hochgeschätzten Bundeskanzler Willy Brandt gelang es inzwischen, der Regierung Indira Gandhis einen wichtigen Gefallen zu tun, ohne damit gleichzeitig die pakistanische Regierung vor den Kopf zu stoßen, indem er indischen Regierungsvertretern versprach, sich beim Indien gegenüber skeptischen US-Präsidenten Richard Nixon für sie zu verwenden. Im Sommer 1971 schien die Gefahr einer DDR-Anerkennung durch Indien durch diesen Schritt zunächst gebannt. In ihrem Streben nach diplomatischer Anerkennung in Südasien trat die DDR daher weiter auf der Stelle.

Wider Erwarten bedeutete der Abschluss des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages am 9. August 1971 und die damit verbundene vermeintliche Hinwendung Indiens zum sowjetisch bestimmten sozialistischen Staatenbündnis weder für die Bundesrepublik noch für die DDR eine wesentliche Verbesserung ihrer gegensätzlichen deutschlandpolitischen Positionen in Südasien. Im

Gegenteil fühlten ich die DDR-Außenpolitiker nun als natürliche Verbündete der indischen Regierung und kamen deren Forderung nach öffentlicher Solidaritätsbekundung für die ostbengalische Bevölkerung sofort nach, ohne eigene Bedingungen daran zu knüpfen. Dadurch gaben sie ein mögliches wichtiges Druckmittel zur Durchsetzung ihrer diplomatischen Anerkennung in Indien früh aus der Hand. Gegenüber der Bundesregierung wiederum konnten indische Regierungsvertreter nun glaubhaft vermitteln, sie seien von der solidarischen Haltung der DDR durchaus beeindruckt, und konnten von ihr dadurch die Preisgabe wichtiger und eigentlich bereits versagter Rüstungsgüter praktisch erzwingen. Ohne eigenes Entgegenkommen hatte die indische Regierung damit im Spätherbst 1971, kurz vor Ausbruch offener Kriegshandlungen mit dem Erzrivalen Pakistan, maximalen Nutzen aus der deutsch-deutschen Auseinandersetzung gezogen.

Der Beginn des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges Anfang Dezember 1971 änderte an dieser Situation zunächst wenig. In der Hoffnung auf die ersehnte diplomatische Anerkennung durch Indien, hatte die DDR-Führung sich mittlerweile dazu entschieden, die Unabhängigkeit Bangladeschs auch ohne feste indische Zusagen anzuerkennen. Allein der Widerspruch aus Moskau hielt die ostdeutschen Diplomaten noch von diesem Schritt ab. Die Bundesregierung wiederum bemühte sich, die Erfolgsaussichten dieser DDR-Pläne im Keim zu ersticken. Auf Drängen der indischen Regierung war sie zu bedeutenden entwicklungspolitischen Zugeständnissen bereit und gab damit entgegen ihrer eigentlich neutralen Haltung im Bangladeschkrieg Indien den Vorzug gegenüber Pakistan.

Während die US-Administration unter Nixon und Kissinger sich in diesem kurzen Krieg auf die Seite der pakistanischen Zentralregierung schlug, bemühte sich die sowjetische Führung in Moskau, der indischen Regierung international den Rücken freizuhalten. Die beiden Supermächte positionierten sich in diesem Konflikt also klar gegeneinander, wobei sie sich durch ihre nukleare Bedrohung gegenseitig neutralisierten. Mit ihrem Vetorecht blockierten sie außerdem den UN-Sicherheitsrat, wodurch sie auch anderen Staaten die Möglichkeit nahmen, multilateral in den südasiatischen Konflikt einzugreifen. Maßgeblich unterstützt durch das überlegene indische Militär, konnten die ostbengalischen Unabhängigkeitskämpfer den Krieg gegen die pakistanische Armee derweil in nur zwei Wochen für sich entscheiden.

Die große Siegerin des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges hieß Indira Gandhi. Äußerst geschickt war es der indischen Premierministerin im Herbst 1971 gelungen, die politischen Führungen in Washington und Moskau gegeneinander auszuspielen und dadurch den nötigen Spielraum zu gewinnen, um Indiens machtpolitische Interessen in der Region durchzusetzen. Das wichtigste Ziel aus indischer Sicht, nicht in die Abhängigkeit einer der Supermächte zu geraten, konnte Indira Gandhi ebenfalls erreichen.

Aus unterschiedlichen Gründen büßten USA und UdSSR ihre Einflussmöglichkeit in Südasien in der Folge erheblich ein. US-Präsident Richard Nixon und sein Nationaler Sicherheitsberater Henry Kissinger hatten die pakistanische Zentralregierung in ihrem dritten Krieg gegen Indien innerhalb von nur 25 Jahren zwar ausreichend unterstützt, um die indische Regierung nachhaltig vor den Kopf zu stoßen. In Islamabad aber war man nach dem Krieg enttäuscht darüber, dass die beiden sich geweigert hatten, tatsächlich auch militärisch zugunsten Pakistans in den Konflikt einzutreten.

Auch ihre loyalen Moskauer Partner ließ Indira Gandhi in dem Moment wieder fallen, in dem sie ihr nicht mehr nützlich zu sein schienen. Nach dem vernichtenden Sieg gegen Pakistan suchte die indische Premierministerin weniger eine weitere sicherheitspolitische Rückendeckung durch die UdSSR als einen Weg, nach Abschluss des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages und Ende des Krieges wieder glaubhaft als bündnisfreier Staat gelten zu können. Sie fand diesen Weg schließlich in Bonn.

Für die beiden deutschen Staaten erlangte der Bangladeschkrieg die größte Bedeutung deshalb erst nach seinem Ende Mitte Dezember 1971. Ging es bis zum Ausbruch des Krieges vor allem der indischen Regierung darum, die Deutungshoheit über die Schuldfrage im Konflikt in und um Ostbengalen und dadurch internationale Unterstützung zu gewinnen, so war es nun an den beiden deutschen Staaten, die indische Regierung im Nachhinein von ihrer Solidarität zu überzeugen, mithin darum, die Deutungshoheit wiederum über die deutsch-deutsche Positionierung in diesem Konflikt zu erlangen.

Einen ersten konkreten Erfolg in diesem Zusammenhang konnten die DDR-Politiker erzielen. Nachdem das sowjetische Außenministerium Anfang Januar 1972 seine früheren Einwände gegen eine sofortige Anerkennung Bangladeschs durch die DDR zurückgezogen hatte, setzte man in Ost-Berlin nun alles auf diese Karte. Tatsächlich gelang es DDR-Außenminister Otto Winzer durch sein beherztes persönliches Auftreten in Südasien wenige Tage später, seinem Land trotz westdeutscher Interventionsversuche die Anerkennung durch Bangladesch zu sichern und dadurch die Aussichten auf die eigentlich angestrebte Anerkennung durch Indien zumindest deutlich zu verbessern. Die westdeutsche Südasienpolitik geriet hierdurch merklich ins Wanken. Die Bundesregierung fürchtete nun ernsthaft um die indische Loyalität.

Um das drohende Szenario einer indischen DDR-Anerkennung noch abzuwenden, musste sie, vertreten durch AA-Staatssekretär Paul Frank, eine Woche nach Winzers Besuch in Bangladesch und Indien mehr anbieten, als lediglich mit der DDR gleichzuziehen. Da Indira Gandhi den Schulterschluss mit westlichen Ländern suchte und mit einem US-amerikanischen Entgegenkommen gegenüber Indien vorerst kaum zu rechnen war, besann man sich im AA bald auf

seine europäischen Partner. Diese waren tatsächlich dazu bereit, die westdeutsche Hallstein-Doktrin auch in den letzten Monaten ihres Bestehens noch einmal zu unterstützen, indem sie ihre Anerkennung des früheren Ostpakistans mit der Bundesregierung abzustimmen versprachen. Mit diesem Angebot konnte Paul Frank seine indischen Gesprächspartner schließlich gerade noch einmal davon abhalten, die DDR anzuerkennen, ohne dass dies im Gegenzug in Pakistan zu befürchten gewesen wäre.

Vor allem dem außerordentlichen persönlichen Prestige Willy Brandts war es zu verdanken, dass die indische Regierung im Frühjahr und Sommer 1972 trotz des immer intensiveren Ost-Berliner Drängens mit der DDR-Anerkennung noch so lange zögerte, bis der westdeutsche Bundeskanzler auf die Durchsetzung der Hallstein-Doktrin in Indien schließlich keinen Wert mehr legte. Nach einer letzten kurzen Verzögerung durch die Bundesregierung erfolgte die indische DDR-Anerkennung also am 8. Oktober 1972.

In Pakistan wiederum profitierte die DDR wenige Wochen später davon, dass der dortigen politischen Führung ihre Existenz als internationaler Akteur vor 1972 kaum bewusst gewesen war und die Regierung Bhutto sich nach der indischen DDR-Anerkennung im Herbst 1972 unter Zugzwang sah. Dadurch gereichte den DDR-Vertretern ihre offen anti-pakistanische Haltung im Konflikt um den ehemaligen Ostteil des Landes nicht zum Nachteil. Mitte November 1972 erkannte auch der letzte Nachfolgestaat Britisch-Indiens die DDR offiziell an.

Während die Innenpolitik der drei kriegsbeteiligten südasiatischen Staaten in den folgenden Monaten und Jahren von der zunehmend autokratischen Herrschaft ihrer jeweiligen Regierungschefs geprägt war, ergab sich in Bezug auf ihren Umgang mit den beiden deutschen Staaten ein etwas differenzierteres Bild. Nach früheren Schwierigkeiten im bilateralen Handel mit Indien und Bangladesch, setzte die Ost-Berliner DDR-Führung dort seit ihrer diplomatischen Anerkennung vermehrt auf relativ kostengünstige, aber öffentlichkeitswirksame Einzelaktionen wie etwa die Unterstützung bei den Repatriierungsmaßnahmen zwischen Bangladesch und Pakistan oder einen Ausbau des kulturellen Austauschs. Dadurch kam sie sehr erfolgreich ihrem Ziel näher, in Südasien bekannter zu werden und dort vor allem als ein von der Bundesrepublik verschiedener deutscher Staat wahrgenommen zu werden. Immer wieder verwiesen DDR-Diplomaten dabei auch in späteren Jahren noch wirksam auf ihre solidarische Haltung im Bangladeschkrieg.

Letztere Möglichkeit hatten die Ost-Berliner Regierungsvertreter in Pakistan naturgemäß nicht. Dort verlor die DDR nach ihrer diplomatischen Anerkennung Mitte November 1972 bald merklich an Momentum. Das MfAA der DDR bemühte sich in den Folgemonaten zwar noch, rasch eine Botschaft der DDR in Islamabad zu eröffnen, und war begeistert, als das pakistanische Außenministerium einen

erfahrenen Diplomaten als ersten Botschafter nach Ost-Berlin entsandte. Diese und ähnliche Gesten pakistanischen Entgegenkommens erwiderten die DDR-Diplomaten dann jedoch nicht. Stattdessen fürchteten sie vielmehr regelrecht potenziell unerfüllbare pakistanische Forderungen nach Leistung bilateraler Entwicklungshilfe.

Das Feld der in Pakistan wie auch in Bangladesch und Indien besonders bedeutsamen Entwicklungshilfe überließ die DDR dort fast vollständig der BRD. Im Ergebnis geriet ihre Vertretung in Pakistan dadurch mehr oder weniger zum Selbstzweck. DDR-Diplomaten verfolgten vor allem das Interesse, sich als deutsche Alternative zur Bonner Republik zu präsentieren. Abgesehen davon unterstützten sie in allen regionalen Belangen die UdSSR. In Bangladesch und Indien war die DDR-Zielsetzung zwar kaum konkreter, aufgrund ihrer Solidarität im Dezember 1971 begegnete man den Vertretern Ost-Berlins dort aber immerhin mit größerer Sympathie als in Pakistan. Durch gezielte kulturpolitische Maßnahmen verstanden die Vertreter der DDR es zudem durchaus, dieses südasiatische Wohlwollen am Leben zu erhalten.

Die Eingangsthese dieser Studie lautete: „Die jeweilige Südasienpolitik der beiden deutschen Staaten war im Bangladeschkrieg derart auf- und gegeneinander bezogen, dass sie die Bipolarität des Kalten Krieges teilweise durchbrachen." Obige Ausführungen können diese These nun insgesamt bestätigen. Die Bundesregierung agierte in diesem südasiatischen Konflikt tatsächlich sehr unabhängig von ihrer vermeintlichen Hegemonialmacht USA. Es gelang der Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt, die indische Regierung im Gegenteil nachdrücklich davon zu überzeugen, dass vor allem Brandt selbst eine sehr viel Indien-freundlichere Haltung eingenommen hatte als der in Indien unbeliebte US-Präsident Richard Nixon. In den kritischen Wochen Anfang 1972 war die Bundesregierung dann dazu in der Lage, zwar nicht die USA selbst, aber doch eine ganze Reihe ihrer westlichen Bündnispartner in ihre Pläne zur Anerkennung Bangladeschs einzubinden[2] und dadurch ihre nationalen deutschlandpolitischen Interessen in Indien zu verteidigen.

Im Vergleich zu dieser starken eigenständigen Position der Bundesregierung in diesem internationalen politischen Machtspiel blieben die Außenpolitiker der DDR über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg deutlich abhängiger von der sowjetischen Führung. Sei es die Anerkennung Bangladeschs oder aber die spätere Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Pakistan: Stets handelten die DDR-Außenpolitiker mit Einverständnis, wenn nicht gar im Auftrag der Mos-

2 Vergleichbar handelte sie auch in Argentinien, s. Abmeier: *Kalte Krieger am Rio de la Plata?* S. 527.

kauer Führung. Von einer tatsächlich selbstbestimmten DDR-Außenpolitik, wie manche sie ab den 1970er Jahren zu beobachten glauben,[3] war die Ost-Berliner Führung im Bangladeschkrieg also noch weit entfernt.

Im Ergebnis ist damit zwar auch am vorliegenden Beispiel des Bangladeschkriegs der Beobachtung zuzustimmen, dass die DDR weitaus abhängiger von der Sowjetunion war als die Bundesrepublik Deutschland von den USA.[4] Gerade in Bezug auf diesen spezifischen südasiatischen Konflikt und seine Bedeutung für das internationale Auftreten der beiden deutschen Staaten insgesamt ist dabei allerdings zu differenzieren. Dass Indien die DDR anerkannte, entsprach seit den 1950er Jahren weitaus mehr dem Wunsch der Ost-Berliner DDR-Führung als der sowjetischen. Aufgrund eben dieses nationalen Eigeninteresses war der DDR deutlich mehr als der Sowjetunion daran gelegen, der indischen Regierung im Konflikt in und um Ostbengalen vorbehaltlos den Rücken zu stärken. Insofern geschah das Vorpreschen der DDR-Diplomaten in der Anerkennung Bangladeschs um die Jahreswende 1971/72 durchaus im eigenen Interesse. Freilich blieben sie dabei von der Moskauer Führung weiterhin existenziell abhängig.[5] Tatsächlich abweichen konnten die Vertreter der DDR von der sowjetisch vorgegebenen Linie also auch in diesem Moment nicht, sondern mussten vor ihrer Entscheidung, Bangladesch anzuerkennen, in jedem Fall zunächst die Moskauer Zustimmung abwarten.

Zum eigentlichen Kriegsverlauf sowie zu den globalen sicherheitspolitischen Aspekten des Bangladeschkriegs referiert die vorliegende Studie in erster Linie den aktuellen Forschungsstand. Darüber hinaus konnte die Recherche in deutschen Archiven allerdings auch noch einige bis dato unbekannte Facetten dieses südasiatischen Konflikts zutage fördern. Das betrifft in erster Linie Einzelheiten zum vergleichsweise kleinen Beitrag der beiden deutschen Staaten zum Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg und der geschickten Art und Weise, wie vor allem die indische Regierung die Politiker in Bonn und Ost-Berlin in die internationale Dimension dieses Krieges einzubinden verstand. Besonders eindrücklich werden hier am Beispiel der deutsch-deutschen Auseinandersetzung die Möglichkeiten der Regierung eines Staates der Dritten Welt deutlich, den Ost-West-Konflikt in ihrem Sinne auszunutzen.[6]

---

3 Harald Möller: *DDR und Dritte Welt. Die Beziehungen der DDR mit Entwicklungsländern. Ein neues theoretisches Konzept, dargestellt anhand der Beispiele China und Äthiopien sowie Irak/Iran*. Berlin: Verlag Dr. Köster 2004, S. 331; ähnlich Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 1.

4 Wentker: *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 6.

5 Smith: New Bottles for New Wine, S. 589; Muth / Seidel: Außenpolitische Interessen der DDR, S. 14–5.

6 Vgl. hierzu auch Spanger / Brock: *Die beiden deutschen Staaten in der dritten Welt*, S. 287 sowie die eingangs erwähnte Vorstellung einer „Tyrannei der Schwachen“ während des Kalten Krieges.

Unschwer erkennbar gewinnt diese Untersuchung an dieser Stelle damit auch normativen Charakter. Will man aus der obigen Darstellung Lehren für die Zukunft ziehen, so können die Ergebnisse dieser Forschung nur als ein Abgesang auf den Imperialismus verstanden werden. Versuche von Ost und West, Einfluss auf politische Entscheidungen der Staaten des indischen Subkontinents zu nehmen, waren auf der globalen Ebene zwischen Washington und Moskau ebenso wie auf der kürzeren Achse Bonn – Ost-Berlin gleichermaßen kostspielig, politisch aufwendig und riskant sowie im Ergebnis vollkommen nutzlos.

Die Primärquellen aus deutschen Archiven eröffnen außerdem eine weitere, in der einschlägigen Literatur bislang kaum berücksichtigte transregionale Dimension des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges. Dass Pakistans nordwestlicher Nachbar Afghanistan durchaus nicht nur stiller, sondern im Gegenteil überaus besorgter und potenziell opportunistischer Beobachter des Konflikts in seinem Nachbarland war, ist bereits angedeutet worden. Doch auch der pakistanische Nachbar Iran war am Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg beteiligt. Anders als diejenige in Kabul wollte die politische Führung in Teheran allerdings keineswegs von einem möglichen „Ausverkauf" des westpakistanischen Territoriums profitieren.

Traditionell waren die Beziehungen zwischen Pakistan und dem Iran besonders eng. Im Sommer 1971 versprach der iranische Außenminister der pakistanischen Zentralregierung sogar militärische Unterstützung im Falle eines Konflikts mit Indien[7] und nach Kriegsende im Januar 1972 hätte Bhutto den inhaftierten Mujibur Rahman am liebsten nach Teheran ausreisen lassen statt nach Dhaka.[8] Der erste DDR-Botschafter in Pakistan sprach dem Iran vor diesem Hintergrund später gar die „Rolle eines ‚Hinterlandes' im Krieg von 1971" zu.[9] Zu untersuchen, warum dieser angekündigte militärische Eingriff des Irans dann doch nicht erfolgte und welche Rolle Pakistans westlichem Nachbarn im Bangladeschkrieg darüber hinaus noch zukam, bleibt allerdings späteren Studien vorbehalten.

8.2 Aktuelle Bezüge

Als einschneidendes Ereignis in der Zeitgeschichte des indischen Subkontinents wirkt der Bangladeschkrieg dort bis in die Gegenwart fort. Jahrzehntelang spielte die strafrechtliche Verfolgung der Kriegsverbrecher von 1971 in der südasiatischen

7 Lilienfeld an AA, 29. Juni 1971, PA AA, B 30, Bd. 668.
8 Berger an AA, 12. Januar 1972, PA AA, B 36, Bd. 540.
9 Maretzki in „Jahresbericht – Pakistan 1973", undatiert, PA AA, M 1, C 86/78.

Politik kaum eine Rolle. Nach Auslieferung der 195 beschuldigten Offiziere durch die Regierung von Bangladesch im Jahre 1973 machte die pakistanische Regierung unter Zulfikar Ali Bhutto jedenfalls keinerlei Anstalten, sie wie versprochen vor Gericht anzuklagen. Ende der 1980er Jahre stieg der berüchtigte „Schlächter von Bengalen“ General Tikka Khan sogar zum Gouverneur der bedeutendsten pakistanischen Provinz Punjab auf.

Erst als die Tochter Mujibur Rahmans, Sheikh Hasina Wazed, im Jahre 2009 zum zweiten Mal zur Premierministerin von Bangladesch gewählt wurde, sollte sich an der Straffreiheit für die Täter von damals etwas ändern. Bereits im Folgejahr wurde in Dhaka ein Kriegsverbrechertribunal eingerichtet, das 2013 unter großer öffentlicher Anteilnahme die ersten Urteile fällte.[10] Im Februar 2016 entwarf die Bangladesh Law Commission in Anlehnung an eine ähnliche Pönalisierung der Holocaustleugnung in einigen europäischen Staaten einen „Liberation War Denial Crimes Act“.[11] Nicht zufällig unterstützte die Regierung von Bangladesch ausgerechnet am 26. März desselben Jahres die Veröffentlichung eines Computerspiels zum Bangladeschkrieg. Sein Titel: „Heroes of 1971: Retaliation.“[12]

Auch bei Bangladeschs großem Nachbarn Indien sind die Folgen des Bangladeschkriegs bis heute zu spüren. Wie auf der zentralstaatlichen Ebene in Neu-Delhi, so stellt die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) auch im nordöstlichen Bundesstaat Assam seit einigen Jahren die Regierung. Dort wurde im Sommer 2018 ein neues Bürgerregister erstellt, das all diejenigen Bewohner Assams zu illegalen Einwanderern erklärte, die nicht nachweisen konnten, dass sie oder ihre Eltern bereits vor dem Stichtag des 25. März 1971 dort lebten. Dadurch wurden vier Millionen vor allem muslimische Menschen mit einem Mal staatenlos, die oder deren Vorfahren während des Bangladeschkriegs über die Grenze nach Indien geflohen waren. Ein öffentlicher Aufschrei der Empörung in Indien erfolgte prompt.[13]

Außerhalb Südasiens wiederum sind die Folgen des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg als solchem zwar kaum mehr wahrzunehmen, immer wieder ergeben sich allerdings Parallelen zwischen den damaligen Entwicklungen und aktuellen Ereignissen. So ist auch heute noch ein Bestreben von

10 Bass: *Bargaining away Justice: India, Pakistan, and the International Politics of Impunity for the Bangladesh Genocide*, S. 141.

11 David Bergmann: *The Politics of Bangladesh’s Genocide Debate*.

12 Ishtiaq Husain: ‘Heroes of 71: Retaliation’ to be released on March 26. In: *DhakaTribune*, 23.03.2016, https://www.dhakatribune.com/uncategorized/2016/03/23/heroes-of-71-retaliation-to-be-released-on-march-26 (Zugriff am 08.10.2018).

13 Silke Diettrich: Plötzlich illegal. In: *Deutschlandfunk*, 04.08.2018, https://www.deutschlandfunk.de/indien-ploetzlich-illegal.799.de.html?dram:article_id=424678 (Zugriff am 08.10.2018).

Entwicklungs- und Schwellenländern zu beobachten, sich Industrienationen vor allem in solchen Momenten als neue Partner anzubieten, in denen diese ihr Verhältnis zueinander neu austarieren. Zuletzt geschah dies etwa, als viele Europäer eine zunehmende transatlantische Entfremdung unter dem neu gewählten US-Präsidenten Donald Trump fürchteten. Manchen erschienen die VR China, Indien und Russland vor diesem Hintergrund als die zuverlässigeren politischen und wirtschaftlichen Partner, die sich in der Folge auch nur allzu gern als solche anboten.[14]

Für die bundesrepublikanische Außenpolitik bedeutet die Präsidentschaft Donald Trumps zudem mitunter eine ganz ähnliche Verunsicherung wie diejenige Richard Nixons fast fünf Jahrzehnte zuvor. Am 22. November 1971, nur anderthalb Wochen vor Ausbruch des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges, wurde so der damalige westdeutsche Außenminister Walter Scheel von den erfahrensten Diplomaten im AA eindringlich davor gewarnt, die Nixon-Administration drohe, „das deutsch-amerikanische Verhältnis auf das Ernsteste [zu] gefährden." Die Ähnlichkeiten mit der heutigen Situation sind frappierend. Es hieß:

> Die amerikanische Außenpolitik befindet sich in einer historischen Übergangssituation mit dem Drang zu einer Neuorientierung jahrzehntealter Prioritäten. Die USA versuchen,
>
> – konfrontiert mit ernsten innen- und außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten,
> – geschüttelt von gesellschaftspolitischen Krisen,
> – verunsichert durch ein ins Wanken geratenes Selbstverständnis,
> – geführt von einer zu diplomatisch unkonventionellen Methoden neigenden Regierung,
>
> ihre nationalen Probleme unter Kontrolle zu bringen, ihre Weltmachtrolle neu zu definieren und ihren Platz in einer künftigen multipolaren Kräftekonstellation festzulegen.
>
> […] Angesichts des zunehmenden Drucks einer ernüchterten und engagementsmüden Öffentlichkeit und eines zornigen und provinziellen Kongresses, der die Kompetenzen des Präsidenten zu außenpolitischen Festlegungen beschränken möchte, besteht die Gefahr,

---

14 Chitrapu Uday Bhaskar: Russia-India-China meeting shows a multipolar world order is taking shape. In: *South China Morning Post*, 15.12.2017, https://www.scmp.com/comment/insight-opinion/article/2124329/russia-india-china-meeting-shows-multipolar-world-order (Zugriff am 08.10.2018); Kuldeep Kumar: India, Russia strive for 'multipolar' world in Trump's 'America first' era. In: *Deutsche Welle*, 25.05.2018, https://www.dw.com/en/india-russia-strive-for-multipolar-world-in-trumps-america-first-era/a-43930359 (Zugriff am 08.10.2018); Theo Sommer: Was Europa von Indien, China und Russland lernen kann. In: Zeit Online, 24.07.2018, https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-07/transatlantische-beziehungen-donald-trump-angela-merkel-eu-usa (Zugriff am 08.10.2018).

> daß die USA dem seit 25 Jahren praktizierten Internationalismus als oberstem Prinzip der amerikanischen Außenpolitik den Rücken zu kehren beginnen.[15]

Die Parallelen zum gegenwärtigen transatlantischen Verhältnis gehen noch weiter: Die Nixon-Administration war damals enttäuscht „über die als unzureichend empfundenen Verteidigungsbeiträge der mit amerikanischer Hilfe reich gewordenen europäischen Verbündeten" sowie über die „mangelnde Bereitschaft der europäischen Staaten im Währungs- und Handelsbereich zur Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz angemessene Beiträge zu leisten."[16]

Auch auf der anderen Seite des früheren Eisernen Vorhangs wurden in letzter Zeit Erinnerungen an die Zeit des Kalten Krieges geweckt. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland im Frühjahr 2014 und militärischen Operationen in den Nachbarländern Georgien und Ukraine gewann diese Epoche jäh wieder an tagespolitischer Relevanz. Rhetorisch glaubt man in Ost und West einen Rückfall in die Zeit des Kalten Krieges zu beobachten, und besinnt sich plötzlich gern wieder auf damalige sicherheitspolitische Axiome wie etwa das Denken in globalen Einflusssphären oder das nukleare Gleichgewicht.[17] Die dünne Staubschicht, die sich nach 1990 auf dem Ost-West-Konflikt auszubreiten begann, ist in jüngster Zeit wieder gehörig aufgewirbelt worden. Grund genug, sich dem Kalten Krieg als konstituierendem Bestandteil unserer gemeinsamen Vergangenheit und Gegenwart weiterhin wissenschaftlich zu widmen.

8.3 Limitationen und Ausblick

Auch fast ein halbes Jahrhundert nach dem Bangladeschkrieg ist zu diesem südasiatischen Konflikt noch lange nicht das letzte Wort gesprochen. Die weiter bestehenden Fragen betreffen nicht allein den ereignisgeschichtlichen Hintergrund des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges, der mit zunehmender Freigabe bislang zurückgehaltener indischer Archivquellen künftig immer genauer

---

15 AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 407.

16 Ebd.

17 Paul Blickle / Sasan Abdi-Herrle: Der neue Kalte Krieg. In: *Zeit Online*, 07.06.2016, https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-07/nato-aufruestung-russland-kraefteverhaeltnis-karte (Zugriff am 08.10.2018); Kersten Knipp: Russland: Kalter Krieg reloaded? In: *Deutsche Welle*, 02.03.2018, https://www.dw.com/de/russland-kalter-krieg-reloaded/a-42790821 (Zugriff am 08.10.2018); Joachim Käppner: Angst vor der Rückkehr des Kalten Krieges. In: *Süddeutsche Zeitung*, 30.03.2018, https://www.sueddeutsche.de/politik/internationale-krisen-angst-vor-der-kaelte-1.3924644 (Zugriff am 08.10.2018).

auszuleuchten sein dürfte, sondern auch in Bezug auf die deutsch-deutsch-südasiatischen Beziehungen Anfang der 1970er Jahre, den Kern der vorliegenden Arbeit also, bleibt noch Einiges offen.

Die These dieser Arbeit lautet: Die jeweilige Südasienpolitik der beiden deutschen Staaten war im Bangladeschkrieg derart auf- und gegeneinander bezogen, dass sie die Bipolarität des Kalten Krieges teilweise durchbrachen. Zu hinterfragen wäre nun, ob die beobachtete Abweichung der Bundesregierung von der Haltung der US-Administration als vermeintlichem außenpolitischem Vorbild tatsächlich in erster Linie auf die Präsenz der DDR in Südasien zurückzuführen war, oder ob die Regierung Brandt hierbei nicht auch dem öffentlichen Druck der bundesrepublikanischen Bevölkerung nachgab. Die These der vorliegenden Studie solchermaßen weiterzuentwickeln, erforderte gleichsam einen Brückenschlag zur kürzlich von Martina Franke vorgelegten Arbeit zum Wandel des Indienbildes in den westdeutschen Medien.[18] Hierbei wäre ein besonderes Augenmerk auf Art und Weise der außenpolitischen Entscheidungsfindung in der sozialliberalen Koalition zu legen. Diskursiver Anknüpfungspunkt einer solchen Studie wäre dann vermutlich weniger wie vorliegend die klassische Diplomatiegeschichte als die Forschung zur politischen Anthropologie der Bonner Republik.

Eine solche Untersuchung sollte sich nicht allein auf die Bundesrepublik beschränken, sondern auch den anderen deutschen Staat einbeziehen. Gerade die politischen Entscheidungsprozesse in der DDR haben zuletzt vermehrt wissenschaftliche Beachtung gefunden. So wies Oliver Bange darauf hin, dass die außenpolitische Arbeit des MfAA der DDR nicht nur von der im Laufe der Jahre zunehmend starken SED, sondern auch vom Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) zumindest flankiert wurde.[19] Auch die Rolle des MfS als außenpolitischer Akteur der DDR (als eigenmächtiger Entscheidungsträger, aber auch mittels Unterwanderung des MfAA durch zahllose Inoffizielle Mitarbeiter[20]) verdient weitere wissenschaftliche Beachtung. Denkbar wäre etwa eine Übertragung von Anna Wardas Untersuchung zu den Stasi-Aktivitäten in Sansibar, Mosambik und Nicaragua[21] auf den indischen Subkontinent.

Naheliegend wäre in Ergänzung zu diesen Fragestellungen mit Bezug zur jeweiligen Innenpolitik der beiden deutschen Staaten auch eine Fortschreibung

---

18 Franke: *Hoffnungsträger und Sorgenkind Südasien. Westdeutsche Betrachtungen und Begegnungen zwischen 1947 und 1973*.

19 Bange: *Sicherheit und Staat*, S. 11; vgl. auch Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 631–2.

20 Hierzu lediglich Möller: *DDR und Dritte Welt*, S. 32.

21 Assoziiertes Dissertationsprojekt am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam mit dem Arbeitstitel *Tschekistische Entwicklungshilfe. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in der „Dritten Welt“*.

der deutsch-deutsch-südasiatischen Verflechtungsgeschichte über den Untersuchungszeitraum Anfang der 1970er Jahre hinaus; also der Frage nachzugehen, wie die deutsch-deutsche Auseinandersetzung auf dem indischen Subkontinent sich in den späten 1970er und 1980er Jahren weiterentwickelte. Übergreifend könnte außerdem die deutsch-deutsche Reaktion auf Schlüsselereignisse der südasiatischen Zeitgeschichte untersucht werden, wie etwa auf die Zeit der „Emergency" unter Indira Gandhi zwischen 1975 und 1977, ihre Ermordung 1984 oder aber die sowjetische Intervention in Afghanistan ab 1979. Dadurch könnte die Perspektive der vorliegenden Arbeit noch einmal erweitert werden, etwa auf das Thema „Die internationale Krisenreaktion der beiden deutschen Staaten am Beispiel von Krisen auf dem indischen Subkontinent."[22] Bei einer solchen Untersuchung wäre der Bangladeschkrieg dann nur ein Fallbeispiel von mehreren.

Eine solche zeitliche Koinzidenz der deutsch-deutschen mit der südasiatischen Verflechtungsgeschichte wie in den Jahren 1971/72 hat sich seither nicht noch einmal ergeben. Ergänzend zur vorliegenden politikgeschichtlichen Erzählung der deutsch-deutsch-südasiatischen Verflechtungsgeschichte in diesem Zeitraum könnte eine kulturhistorische Aufarbeitung des Aufeinandertreffens von Neuer Ostpolitik und Bangladeschkrieg interessant sein. Zu denken wäre hierbei insbesondere an eine Analyse der Entwicklungen in beiden Regionen vor dem Hintergrund der sozialen Umwälzungen der 1968er Bewegung. Eine solche Arbeit könnte dazu beitragen, die Lücke zwischen Srinath Raghavans Überlegungen zur Bedeutung von „1968" für die pakistanische Innenpolitik[23] und Quinn Slobodians zu den Einflüssen dieser Bewegung auf die westdeutsche Außenpolitik[24] zu schließen.

Eine weitere Möglichkeit bestünde in einem Wechsel der Perspektive auf die deutsch-deutsch-südasiatische Verflechtungsgeschichte zum Beispiel durch eine Studie zur Reaktion der Staaten des indischen Subkontinents auf die deutsche Wiedervereinigung 1989/90. Zwar sind die relevanten Archivquellen in Deutschland (wie auch in Indien) aufgrund der Sperrfrist von 30 Jahren derzeit noch nicht vollständig zugänglich, doch stehen für diesen Zeitraum in der jüngeren Vergangenheit zum Ausgleich immerhin noch etliche Zeitzeugen zur Verfügung.[25]

---

22 Vergleichbar zuletzt Abmeier: *Kalte Krieger am Rio de la Plata? Die beiden deutschen Staaten und die argentinische Militärdiktatur (1976–1983)*.

23 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 15–18.

24 Quinn Slobodian: *Foreign Front. Third World Politics in Sixties West Germany*. Durham: Duke University Press 2012.

25 So war Wolfgang Grabowski, der letzte Botschafter der DDR in Indien, freundlicherweise zu einem Hintergrundgespräch über seine Arbeit in Südasien bereit.

Das ursprüngliche Desiderat, neben dem indischen auch das ostbengalische Werben um internationale Hilfe während des Unabhängigkeitskampfes des Jahres 1971 zu erforschen, erfüllt die vorliegende Studie hinsichtlich der beiden deutschen Staaten und der besonderen Konstellation ihrer auf- und gegeneinander bezogenen Südasienpolitik. Aufgrund der notwendigen Beschränkung der Recherchen auf deutsche und indische Archive bleibt die weitere globale Dimension dieses Werbens indes zwar unbeleuchtet, einige Querverweise konnten dennoch aufgedeckt werden, wie etwa der Auftritt ostbengalischer Studenten bei der Interparlamentarischen Konferenz in Paris.[26] Es wäre lohnenswert, diesen allerersten Schritten des werdenden Bangladeschs auf dem internationalen diplomatischen Parkett noch weiter und umfassender auf den Grund zu gehen.

Die erwähnten Forschungslücken und -ideen sind bei weitem nicht abschließend. Historische Ereignisse sind vielseitigen Einflüssen ausgesetzt, die nie vollständig abgebildet werden können. Mit den deutsch-deutsch-südasiatischen Verflechtungen Anfang der 1970er erfasst die vorliegende Monografie unterschiedliche Zusammenhänge, die zentral für die gesamte Epoche des Kalten Krieges waren: Das Aufeinandertreffen von Ost-West- und Nord-Süd-Konflikten, vermengte nationalstaatliche Interessen als Ausdruck zunehmender Globalisierung, die indische Bündnisfreiheit im Kalten Krieg und das Auseinanderbrechen Pakistans als Folgen der kolonialen Vergangenheit des indischen Subkontinents.

Ähnlich vielleicht wie Egon Erwin Kisch, der in seiner Erzählung „Ein Reporter wird Soldat“[27] eindrücklich zeigt, dass der knappe Heeresbericht über einen Frontabschnitt im Ersten Weltkrieg aus Sicht des einzelnen Soldaten doch deutlich größere Schrecken bergen kann, so erfasst und vermittelt auch die vorliegende Darstellung historischer Zusammenhänge unmöglich alle Gründe, Perspektiven und Auswirkungen des zugrundeliegenden vielschichtigen historischen Ereignisses, das durch seine Einbettung in den globalen Kalten Krieg zusätzlich an Komplexität gewinnt.[28] Die dadurch in dieser Untersuchung notwendigerweise entstehenden Lücken zu schließen bleibt anderen vorbehalten. Hierzu möge diese Studie als Inspiration dienen.

26 „Treffen der Interparlamentarischen Union (Vom 2. – 10. September 1971 in Paris)“ von H. D. Malaviya, undatiert, BArch, DZ 9/3671.

27 Egon Erwin Kisch: Ein Reporter wird Soldat. In: *Schreib das auf, Kisch! Ein Kriegstagebuch*. Berlin: Aufbau 2014, S. 307–320.

28 Vgl. Pierre Grosser: Looking for the Core of the Cold War, and Finding a Mirage? In: *Cold War History* 15,2 (2015), S. 245–252, hier S. 246.

Quellen und Literatur

Archivquellen

Benutzt wurden Quellen aus folgenden Beständen (genaue Aktensignatur s. Fußnoten):

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PA AA), Berlin

B 1	Ministerbüro
B 2	Büro Staatssekretäre
B 8	Protokollabteilung
B 30	Vereinte Nationen
B 36	Länderreferate Naher und Mittlerer Osten
B 37	Länderreferate Asien
B 38	Berlin und Wiedervereinigungsfragen
B 45	Menschenrechte, Humanitäre Hilfe
B 57	Verkehr, Tourismus, Wirtschaftsfragen der Verteidigung
B 58	Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungshilfe
B 80	Völkerrecht, Staatsverträge, Rechtsfragen im Gefolge der deutschen Einigung
B 81	Gesandtschafts- und Konsularrecht, Wiedergutmachung, Verkehrsrecht
B 84	Zivilrecht, Handelsrecht
B 90	Kulturpolitik Grundsatzangelegenheiten
B 96	Kulturinstitute, Kulturgesellschaften
B 97	Länderreferate bilaterale Kulturpolitik
B 110	Organisation
B 130	VS-Registraturen
B 150	Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“
DHAK	Botschaft Dhaka
ISLA	Botschaft Islamabad
KALK	Generalkonsulat Kalkutta
NEWD	Botschaft New Delhi
M 1	Zentralarchiv
M 2	B-Bestand
M 35	Süd- und Südostasien
M 92	Archiv

Bundesarchiv (BArch), Koblenz, Berlin-Lichterfelde, Freiburg i.Br.

B 102	Bundesministerium für Wirtschaft
B 122	Bundespräsidialamt
B 136	Bundeskanzleramt
B 213	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BW 1	Bundesministerium der Verteidigung
DA 1	Volkskammer der DDR
DA 5	Staatsrat der DDR
DC 20	Ministerrat der DDR

https://doi.org/10.1515/9783110682038-009

DC 20-I/4 Beschluss- und Sitzungsreihe des Präsidiums des Ministerrates
DL 2 Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel
DY 13 Liga für Völkerfreundschaft der DDR
DY 30 Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
DZ 9 Friedensrat der DDR

Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Berlin
MfS, HV A Ministerium für Staatssicherheit, Hauptverwaltung Aufklärung
MfS, HA PS Ministerium für Staatssicherheit, Hauptabteilung Personenschutz
MfS, SdM Sekretariat des Ministers

National Archives of India (NAI), Neu-Delhi
Ministry of External Affairs

Nehru Memorial Museum & Library (NMML), Neu-Delhi
P. N. Haksar Papers

Gedruckte Quellen

Auswärtiges Amt / Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Bde. 1970 bis 1972*. München: R. Oldenbourg 2001–2003.
Bayerlacher, Wolfgang / Lindner, Roland / Schwiesau, Hermann: Die DDR in der Region Süd- und Südostasien. In: Siegfried Bock / Ingrid Muth / Hermann Schwiesau (Hrsg.): *DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch*. Münster: Lit Verlag 2004, S. 282–306.
Brandt, Willy: *Erinnerungen*. Frankfurt a. M.: Propyläen 1989.
Diehl, Günter: *Die indischen Jahre. Erfahrungen eines deutschen Botschafters*. Frankfurt a. M.: Societäts-Verlag 1991.
Fischer, Herbert: *DDR – Indien. Ein Diplomat berichtet*. Berlin (Ost): Staatsverlag der DDR 1984.
—: Entwicklung der staatlichen und gesellschaftlichen Beziehungen DDR – Indien. In: Joachim Heidrich (Hrsg.): *DDR – Indien: Partner auf Zeit. Erfahrungen und Einsichten*. Hamburg: Lit-Verlag 1998, S. 24–46.
Heidrich, Joachim: Indien in Politik und Wissenschaft der DDR. In: Ders. (Hrsg.): *DDR – Indien: Partner auf Zeit. Erfahrungen und Einsichten*. Hamburg: Lit-Verlag 1998, S. 250–275.
Heß, Peter: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*. Frauenfeld / Stuttgart: Verlag Huber 1972.
Linde, Gerd: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*. Stuttgart: Kohlhammer 1972.
Matinuddin, Kamal: *Tragedy of Errors. East Pakistan Crisis, 1968–1971*. Lahore: Wajidalis 1994.
Muth, Ingrid / Seidel, Karl: Außenpolitische Interessen der DDR. In: Siegfried Bock / Ingrid Muth / Hermann Schwiesau (Hrsg.): *DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch*. Münster: Lit Verlag, 2004, S. 13–32.
Niazi, Amir Abdullah Khan: *The Betrayal of East Pakistan*. Karachi: Oxford University Press 1998.
Siddiqui, Kalim: *Conflict, Crisis and War in Pakistan*. New York / Washington: Praeger Publishers 1972.
Singh, Sheelendra K.: *Bangla Desh Documents*, Bd. 2. Dhaka: The University Press Limited (UPL) 1999.

Forschungsliteratur

Abmeier, Angela: *Kalte Krieger am Rio de la Plata? Die beiden deutschen Staaten und die argentinische Militärdiktatur (1976–1983)*. Düsseldorf: Droste 2017.

Al-Farooq, Thimo: Bangladesch = Tod der Two Nation Theory? In: *derFreitag*, 18.06.2016. https://www.freitag.de/autoren/talrooq/bangladesch-tod-der-two-nation-theory (Zugriff am 08.10.2018).

Ali, S. Mahmud: *Understanding Bangladesh*. London: Columbia/Hurst 2010.

Bajpai, Kanti: India's Regional Disputes. In: Bruce Jones / Pratap Bhanu Mehta / Waheguru Pal Singh Sidhu (Hrsg.): *Shaping the Emerging World. India and the Multilateral Order*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press 2013, S. 115–130.

Bange, Oliver: *Sicherheit und Staat. Die Bündnis- und Militärpolitik der DDR im internationalen Kontext 1969 bis 1990*. Berlin: Christoph Links 2017

Barnds, William J.: *India, Pakistan and the Great Powers*. New York / Washington / London: Praeger Publishers 1972.

Bass, Gary J.: *The Blood Telegram: Nixon, Kissinger, and a Forgotten Genocide*. New York: Knopf 2013.

—: Bargaining away Justice. India, Pakistan, and the International Politics of Impunity for the Bangladesh Genocide. In: *International Security* 41,2 (2016), S. 140–187.

Bauerkämper, Arnd / Sabrow, Martin / Stöver, Bernd: Die doppelte deutsche Zeitgeschichte. In: Dies. (Hrsg.): *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*. Bonn: Dietz 1998, S. 9–16.

Bayly, Christopher A. / Beckert, Sven / Connelly, Matthew / Hofmeyr, Isabel et al.: AHR Conversation: On Transnational History. In: *The American Historical Review* 111,5 (2006), S. 1441–64.

Bergmann, David: The Politics of Bangladesh's Genocide Debate. In: *The New York Times*, 05.04.2016, http://www.nytimes.com/2016/04/06/opinion/the-politics-of-bangladeshs-genocide-debate.html?r=0 (Zugriff am 08.10.2018).

Bhaskar, Chitrapu Uday: Russia-India-China meeting shows a multipolar world order is taking shape. In: *South China Morning Post*, 15.12.2017, https://www.scmp.com/comment/insight-opinion/article/2124329/russia-india-china-meeting-shows-multipolar-world-order (Zugriff am 08.10.2018).

Blickle, Paul / Abdi-Herrle, Sasan: Der neue Kalte Krieg. In: *Zeit Online*, 07.06.2016, https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-07/nato-aufruestung-russland-kraefteverhaeltnis-karte (Zugriff am 08.10.2018).

Bösch, Frank: Geteilt und verbunden. Perspektiven auf die deutsche Geschichte seit den 1970er Jahren. In: Ders. (Hrsg.): *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2015, S. 7–37.

Booz, Rüdiger Marco: *„Hallsteinzeit." Deutsche Außenpolitik 1955–1972*. Bonn: Bouvier 1995.

Bose, Sarmila: *Dead Reckoning. Memories of the 1971 Bangladesh War*. London: Hurst & Co. 2011.

—: The Question of Genocide and the Quest for Justice in the 1971 War. In: *Journal of Genocide Research* 13,4 (2011), S. 393–419.

Bresselau v. Bressensdorf, Agnes / Seefried, Elke: Introduction. West Germany and the Global South in the Cold War Era. In: Agnes Bresselau v. Bressensdorf / Elke Seefried / Christian F. Ostermann (Hrsg.): *West Germany, the Global South and the Cold War*. Berlin / Boston: De Gruyter Oldenbourg 2017, S. 7–24

Brunner, Detlev / Grashoff, Udo / Kötzing, Andreas: Asymmetrisch verflochten? Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): *Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte.* Berlin: Christoph Links 2013, S. 11–17.
Chatterjee, Anubha: *Indiens Politik während des letzten indisch-pakistanischen Krieges (Dezember 1971) und seine Rolle bei der Entstehung von Bangladesch*. München: tuduv 1992.
Chen, Jian: *Mao's China and the Cold War.* Chapel Hill: University of North Carolina Press 2001.
Chopra, Pran N.: Ostbengalen – Eine Krise für Indien. Eine Darstellung aus indischer Sicht. In: *Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik*. Bonn: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 26 (1971), S. 608–616.
Chowdhury, M. Abdul Mu'min: *Behind the Myth of Three Million*. London: Al-Hilal Publishers Ltd. 1996.
Clavin, Patricia: Defining Transnationalism. In: *Contemporary European History* 14,4 (2005), S. 421–439
Conrad, Sebastian: *What Is Global History?* Princeton, NJ: Princeton University Press 2016.
Das Gupta, Amit: *Handel, Hilfe, Hallstein-Doktrin. Die deutsche Südasienpolitik unter Adenauer und Erhard 1949–1966*. Husum: Matthiesen 2004.
—: Südasien und der Wettbewerb der Supermächte 1954–1972. In: Bernd Greiner / Christian Th. Müller / Dierk Walter (Hrsg.): *Heiße Kriege im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg*, Bd. 1. Hamburg: Hamber Edition 2006, S. 239–272.
—: India and Ostpolitik. In: Carol Fink / Bernd Schaefer (Hrsg.): *Ostpolitik, 1969–1974. European and Global Responses*. Washington D.C.: Cambridge University Press 2009, S. 163–181.
—: Indiens sicherheitspolitische Wende zwischen 1962 und 1974. In: Sebastian Buciak / Rüdiger v. Dehn (Hrsg.): *Indien und Pakistan – Atommächte im Spannungsfeld regionaler und globaler Veränderungen. Beiträge zur Außen- und Sicherheitspolitik Südasiens*. Berlin: Verlag Dr. Köster 2010, S. 93–118.
—: Divided Nations: India and Germany. In: Andreas Hilger / Corinna R. Unger (Hrsg.): *India in the World since 1947. National and Transnational Perspectives*. Frankfurt a.M.: Peter Lang 2012, S. 300–325.
—: West Germany's South Asia Policy 1947 to 1972. In: Joanne Cho / Eric Kurland / Douglas McGetchin (Hrsg.): *Encounters between Germany and Asia in the Twentieth Century*. London: Routledge 2014, S. 189–202.
Dehn, Rüdiger v.: Der lange Weg ins „Reich der Mitte". Amerikanischer Einfluss im indisch-pakistanischen Krieg vom Dezember 1971. In: Sebastian Buciak / Rüdiger v. Dehn (Hrsg.): *Indien und Pakistan – Atommächte im Spannungsfeld regionaler und globaler Veränderungen. Beiträge zur Außen- und Sicherheitspolitik Südasiens*. Berlin: Dr. Köster 2010, S. 119–132.
Diettrich, Silke: Plötzlich illegal. In: *Deutschlandfunk*, 04.08.2018, https://www.deutschlandfunk.de/indien-ploetzlich-illegal.799.de.html?dram:article_id=42467 8 (Zugriff am 08.10.2018).
Dinkel, Jürgen: *Die Bewegung Bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik (1927–1992)*. Berlin / München / Boston: Walter de Gruyter 2015.
Eckert, Andreas: Westdeutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika. Ein Blick auf die 1950er bis 1970er Jahre. In: Alexander Galus / Axel Schildt / Detlef Siegfried (Hrsg.): *Deutsche Zeitgeschichte – transnational*. Göttingen: Wallstein 2015, S. 27–44.
End, Heinrich: *Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949–1972*. Köln: Wissenschaft und Politik 1973.

Engerman, David C.: South Asia and the Cold War. In: Robert J. McMahon (Hrsg.): *The Cold War in the Third World*. New York: Oxford University Press 2013, S. 67–84.

—: How Nixon and Kissinger Aided Genocide in Bangladesh. In: *The Chronicle of Higher Education*, 07.10.2013. http://chronicle.com/article/How-NixonKissinger-Aided/142111/ (Zugriff am 08.10.2018).

Franke, Martina: *Hoffnungsträger und Sorgenkind Südasien. Westdeutsche Betrachtungen und Begegnungen zwischen 1947 und 1973*. Heidelberg: CrossAsia E-Publishing 2017.

Freedman, Lawrence D.: Frostbitten. Decoding the Cold War 20 years later. In: *Foreign Affairs* 89,2 (März/April 2010). http://www.foreignaffairs.com/articles/66033/lawrence-d-freedman/frostbitten (Zugriff am 08.10.2018).

Freitag, Ulrike: Translokalität als ein Zugang zur Geschichte globaler Verflechtungen. In: *H-Soz-Kult*, 10.06.2005. https://www.hsozkult.de/hsk/forum/2005-06-001 (Zugriff am 08.10.2018).

— / Oppen, Achim v.: Introduction. „Translocality“: An Approach to Connection and Transfer in Area Studies. In: Dies. (Hrsg.): *Translocality. The Study of Globalising Processes from a Southern Perspective*. Leiden / Boston: Brill Academic Publishers 2010.

Geyer, Michael: Rezension zu Gunilla Budde / Sebastian Conrad / Oliver Janz (Hrsg.): Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien. Göttingen 2006. In: *H-Soz-Kult*, 11.10.2006. http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-8227 (Zugriff am 08.10.2018).

Görtemaker, Manfred: Die Ursprünge der „neuen Ostpolitik“ Willy Brandts. In: Arnd Bauerkämper / Martin Sabow / Bernd Stöver (Hrsg.): *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*. Bonn: Dietz 1998, S. 44–57.

Greiner, Bernd: Kalter Krieg und „Cold War Studies.“ In: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11.02.2010, http://docupedia.de/zg/Cold_War_Studies?oldid=84591 (Zugriff am 08.10.2018).

—: Bringing the Cold War Back Home. In: Agnes Bresselau v. Bressensdorf / Elke Seefried / Christian F. Ostermann (Hrsg.): *West Germany, the Global South and the Cold War*. Berlin / Boston: De Gruyter Oldenbourg 2017, S. 211–220.

Grosser, Pierre: Looking for the Core of the Cold War, and Finding a Mirage? In: *Cold War History* 15,2 (2015), S. 245–252.

Grünbacher, Armin: *Reconstruction and Cold War in Germany. The Kreditanstalt für Wiederaufbau 1948–1961*. Burlington: Ashgate 2004.

Guha, Ramachandra: *India after Gandhi. The History of the World’s Largest Democracy*. New York: HarperCollins Publishers 2008.

Gupta, Kulwant Rai / Shukla, Vatsala: *Foreign Policy of India*, Bd. 1. New Delhi: Atlantic Publishers & Distributors (P) Ltd. 2009.

Haider-Wilson, Barbara: Humpty Dumpty, die Geschichtswissenschaft und der Pluralismus. Einlassung auf die historische Subdisziplin „Internationale Geschichte.“ In: Barbara Haider-Wilson / William D. Godsey / Wolfgang Müller (Hrsg.): *Internationale Geschichte in Theorie und Praxis / International History in Theory and Practice*. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2017, S. 9–61.

Hossein, Kamal: *Bangladesh. Quest for Freedom and Justice*. Dhaka: The University Press Ltd. 2013.

Hubel, Helmut: Weltpolitische Bestimmungsfaktoren im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zur Dritten Welt. In: Siegfried Baske / Gottfried Zieger (Hrsg.): *Die Dritte Welt und die beiden Staaten in Deutschland*. Asperg b. Stuttgart: Edition Meyn 1983, S. 81–92.

Hüttmann, Jens: *Geschichte der innerdeutschen Beziehungen 1945–1989*. Berlin: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen und Bundesstiftung Aufarbeitung 2012.

Husain, Ishtiaq: 'Heroes of 71: Retaliation' to be released on March 26. In: *DhakaTribune*, 23.03.2016, https://www.dhakatribune.com/uncategorized/2016/03/23/heroes-of-71-retaliation-to-be-released-on-march-26 (Zugriff am 08.10.2018).

Iqbal, Iftekhar: Review of Srinath Raghavan. 1971. A Global History of the Creation of Bangladesh. In: *The American Historical Review* 119,5 (2014), S. 1661–1662.

Jacobsen, Hans-Adolf, Gert Leptin, Ulrich Scheuner und Eberhard Schulz (Hrsg.): *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder*. München / Wien: R. Oldenbourg 1979.

Kaelble, Hartmut: Die Debatte über Vergleich und Transfer und was jetzt? In: *H-Soz-Kult*, 08.02.2005. http://www.hsozkult.de/article/id/artikel-574 (Zugriff am 08.10.2018).

Käppner, Joachim: Angst vor der Rückkehr des Kalten Krieges. In: *Süddeutsche Zeitung*, 30.03.2018, https://www.sueddeutsche.de/politik/internationale-krisen-angst-vor-der-kaelte-1.3924644 (Zugriff am 08.10.2018).

Kilian, Werner: *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien*. Berlin: Duncker & Humblot 2001.

Kinnebrew, Jeanna / Sayward, Amy L.: Making and Keeping the Peace. U.N. Peacekeeping and Refugee Assistance Operations. In: Amy L. Sayward (Hrsg.): *The United Nations in International History*. London / New York: Bloomsbury 2017, S. 121–146.

Kisch, Egon Erwin: Ein Reporter wird Soldat. In: *Schreib das auf, Kisch! Ein Kriegstagebuch*. Berlin: Aufbau 2014, S. 307–320.

Knipp, Kersten: Russland: Kalter Krieg reloaded? In: *Deutsche Welle*, 02.03.2018, https://www.dw.com/de/russland-kalter-krieg-reloaded/a-42790821 (Zugriff am 08.10.2018).

Kulke, Hermann / Rothermund, Dietmar: *Geschichte Indiens. Von der Induskultur bis heute*. München: C.H.Beck 2006.

Kumar, Kuldeep: India, Russia strive for 'multipolar' world in Trump's 'America first' era. In: *Deutsche Welle*, 25.05.2018, https://www.dw.com/en/india-russia-strive-for-multipolar-world-in-trumps-america-first-era/a-43930359 (Zugriff am 08.10.2018).

Kupper, Siegfried: *Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern*, Bd. 3: Indien, Ceylon, Malediven. Bonn: DGAP 1970.

Kux, Dennis: *Estranged Democracies. India and the United States. 1941–1991*. New Delhi: Sage Publications 1994.

—: *The United States and Pakistan, 1947–2000. Disenchanted Allies*. Washington: Johns Hopkins University Press 2001.

Lawrence, Mark Atwood: The Rise and Fall of Nonalignment. In: Robert J. McMahon (Hrsg.): *The Cold War in the Third World*. New York: Oxford University Press 2013, S. 139–155.

Lorenzini, Sara: East-South relations in the 1970s and the GDR involvement in Africa. In: Max Guderzo / Bruna Bagnato (Hrsg.): *The Globalization of the Cold War. Diplomacy and local confrontation, 1975–85*. London / New York: Routledge 2010, S. 104–116

Lüthi, Lorenz M.: Non-Alignment, 1961–74. In: Sandra Bott / Jussi M. Hanhimäki / Janick Marina Schaufelbuehl / Marco Wyss (Hrsg.): *Neutrality and Neutralism in the Global Cold War: Between or Within the Blocs?* Abingdon: Routledge 2017, S. 90–107.

Macdonald, Simon: Transnational History: A Review of Past and Present Scholarship. In: *University College London Centre for Transnational History*, 2013. https://www.ucl.ac.uk/centre-transnational-history/objectives/simon_macdonald_tns_review (Zugriff am 08.10.2018).

Macmillan, Margaret: *Nixon and Mao. The Week that Changed the World*. New York: Random House 2007.

Malik, Iftikar H.: *The History of Pakistan*. Westport: Greenwood Press 2008.

Mamoon, Muntassir: *The Vanquished Generals and the Liberation War of Bangladesh*, aus d. Bengalischen v. Kushal Ibrahim. Dhaka: Somoy Prokashan 2000

Manjapra, Kris: *Age of Entanglement. German and Indian Intellectuals across Empire*. Cambridge: Harvard University Press 2014.

Mann, Michael: *Geschichte Indiens. Vom 18. bis zum 21. Jahrhundert.* Paderborn: Ferdinand Schöningh 2005.

—: *Geschichte Südasiens. 1500 bis heute.* Darmstadt: WBG 2009.

—: *Sinnvolle Geschichte. Historische Repräsentationen im neuzeitlichen Südasien*. Heidelberg: Draupadi 2009.

Matthies, Volker: *Blockfreiheit als Sicherheitspolitik. Die Bewegung der Blockfreien als „größte Friedensbewegung der Geschichte“?* München: Weltforum 1983.

—: *Die Blockfreien. Ursprünge, Entwicklung, Konzeptionen*. Opladen: Leske + Budrich 1985.

McMahon, Robert J.: *Cold War on the Periphery. The United States, India and Pakistan*. New York: Columbia University Press 1994.

—: Heiße Kriege im Kalten Krieg. In: Bernd Greiner / Christian Th. Müller / Dierk Walter: *Heiße Kriege im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg*, Bd. 1. Hamburg: Hamber Edition 2006, S. 16–34.

—: On the Periphery of a Global Conflict: India and the Cold War, 1947–1991. In: Andreas Hilger / Corinna Unger (Hrsg.): *India in the World since 1947. National and Transnational Perspectives*. Frankfurt a.M.: Peter Lang 2012, S. 276–299.

—: Introduction. In: Ders. (Hrsg.): *The Cold War in the Third World*. New York: Oxford University Press 2013, S. 1–10.

—: Agency, Structure, and Interdependence: Reflections on the Regional and Global Cold Wars. In: Lorenz M. Lüthi (Hrsg.): *The Regional Cold Wars in Europe, East Asia, and the Middle East. Crucial Periods and Turning Points*. Washington, D.C.: Woodrow Wilson Center Press 2015, S. 18–28.

Middell, Matthias / Naumann, Katja: Global History and the Spatial Turn. From the Impact of Area Studies to the Study of Critical Junctures of Globalization. In: *Journal of Global History* 5,1 (2010), S. 149–170.

Mišković, Nataša: Introduction. In: Nataša Mišković / Harald Fischer-Tiné / Nada Boškovska (Hrsg.): *The Non-Aligned Movement and the Cold War. Delhi – Bandung – Belgrade*. London / New York: Routledge 2014, S. 1–18.

Misra, Satish Chand: *India and the GDR. A Critical Study of the Problem of Recognition (1954–1972)*. Berlin (Ost): Humboldt-Universität 1978.

—: *India–GDR. Three Decades of Relations*. New Delhi: Patriot Publishers 1986.

Möller, Harald: *DDR und Dritte Welt. Die Beziehungen der DDR mit Entwicklungsländern. Ein neues theoretisches Konzept, dargestellt anhand der Beispiele China und Äthiopien sowie Irak/Iran*. Berlin: Verlag Dr. Köster 2004.

Moses, Dirk A.: Die Vereinten Nationen, humanitäres Engagement und die Menschenrechte. Kriegsverbrecher- und Völkermordprozesse gegen pakistanische Soldaten in Bangladesch, 1971–1974. In: Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.): *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*, Göttingen: Wallstein 2010, S. 337–367.

Muth, Ingrid. *Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen*. Berlin: Christoph Links 2000.

Nayar, Baldev Raj: *American Geopolitics and India*. New Delhi: Manohar Publishers 1976.
Niethammer, Lutz: Methodische Überlegungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte. Doppelgeschichte, Nationalgeschichte oder asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte? In: Christoph Kleßmann / Hans Misselwitz / Günter Wichert (Hrsg.): *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*. Berlin: Christoph Links 1999, S. 307–327.
Nübel, Christoph: Interview mit Hermann Wentker. Fünfter Teil der Reihe „Forschung zum Kalten Krieg – eine Bestandsaufnahme." In: *Portal Militärgeschichte*, 18.07.2016. http://portal-militaergeschichte.de/wentker_interview (Zugriff am 08.10.2018).
—: Interview mit Sibylle Marti. Sechster Teil der Reihe „Forschung zum Kalten Krieg – eine Bestandsaufnahme." In: *Portal Militärgeschichte*, 01.08.2016. http://portal-militaergeschichte.de/marti_interview (Zugriff am 08.10.2018).
Orton, Anna: *India's Borderland Disputes. China, Pakistan, Bangladesh, and Nepal*. New Delhi: Epitome Books 2010.
Pai, Nitin: The 1971 East Pakistan Genocide. A Realist Perspective. In: *Bangladesh Genocide Archive*, 2008. http://www.genocidebangladesh.org/wp-content/uploads/2008/03/eastpakistangenocide1971-realistperspective1.pdf (Zugriff am 08.10.2018).
Pernau, Margrit: *Transnationale Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011.
— / Jordheim, Helge: Global history meets area studies. Ein Werkstattbericht. In: *H-Soz-Kult*, 14.11.2017. www.hsozkult.de/debate/id/diskussionen-4229 (Zugriff am 08.10.2018).
Prasad, Bimal: *Indo-Soviet Relations 1947–1972*. New Delhi: Allied Publishers Private Ltd. 1973.
Raghavan, Srinath: Between Regional and Global Interests: The Indo-Soviet Treaty of 1971. In: Andreas Hilger / Corinna Unger (Hrsg.): *India in the World since 1947. National and Transnational Perspectives*. Frankfurt a.M.: Peter Lang 2012, S. 326–345.
—: India as a Regional Power. In: Bruce Jones / Pratap Bhanu Mehta / Waheguru Pal Singh Sidhu (Hrsg.): *Shaping the Emerging World. India and the Multilateral Order*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press 2013, S. 57–62.
—: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*. Cambridge / London: Harvard University Press 2013.
Rogers, William P.: *United States Foreign Policy 1971. A Report of the Secretary of State*. Washington, D.C.: Department of State 1972.
Romero, Frederico: Cold War Historiography at the Crossroads. In: *Cold War History* 14,4 (2014), S. 685–703.
Rüger, Jan: OXO: Or, the Challenges of Transnational History. In: *European History Quarterly* 40,4 (2010), S. 656–668.
Rushdie, Salman: *Shame*. London: Vintage 1995.
Saikia, Yasmin: Listening to the Enemy: The Pakistan Army, Violence and Memories of 1971. In: Naveeda Khan (Hrsg.): *Beyond Crisis. Re-evaluating Pakistan*. London / New York / New Delhi: Routledge 2010.
Sargent, Daniel J.: *A Superpower Transformed. The Remaking of American Foreign Relations in the 1970s*. New York: Oxford University Press 2015.
Saunier, Pierre-Yves: Going Transnational? News from Down Under. In: *Historical Social Research* 31,2 (2006), S. 118–131.
Schneider, Eberhard: *Die Außenpolitik der DDR gegenüber Südasien*. Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien 1978.

Schoenborn, Benedikt / Niedhart, Gottfried: Erfurt and Kassel, 1970. In: Kristina Spohr / David Reynolds (Hrsg.): *Transcending the Cold War. Summits, Statecraft, and the Dissolution of Bipolarity in Europe, 1970–1990*. Oxford: Oxford University Press 2016, S. 15–42.

Sewell, William H.: *Logics of History. Social Theory and Social Transformation*. Chicago / London: University of Chicago Press 2005.

Sisson, Richard / Rose, Leo E.: *War and Secession. Pakistan, India, and the Creation of Bangladesh*. Berkeley / Los Angeles / Oxford: University of California Press 1991.

Slobodian, Quinn: *Foreign Front. Third World Politics in Sixties West Germany*. Durham: Duke University Press 2012.

Smith, Tony. New Bottles for New Wine: A Pericentric Framework for the Study of the Cold War. In: *Diplomatic History* 24,4 (2000), S. 567–591.

Sommer, Theo: Was Europa von Indien, China und Russland lernen kann. In: *Zeit Online*, 24.07.2018, https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-07/transatlantische-beziehungen-donald-trump-angela-merkel-eu-usa (Zugriff am 08.10.2018).

Spanger, Hans-Joachim / Brock, Lothar: *Die beiden deutschen Staaten in der dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR – eine Herausforderung für die BRD?* Opladen: Westdeutscher Verlag 1987.

Struck, Bernhard / Ferris, Kate / Ravel, Jacques: Introduction: Space and Scale in Transnational History. In: *The International History Review*, 33,4 (2011), S. 573–584.

Tahir-Kheli, Shirin: *India, Pakistan, and the United States. Breaking with the Past*. New York: Council on Foreign Relations Press 1997.

Unger, Corinna R.: *Entwicklungspfade in Indien. Eine internationale Geschichte 1947–1980*. Göttingen: Wallstein 2015.

Van Schendel, Willem: *A History of Bangladesh*. New York: Cambridge University Press 2009.

Villaume, Poul / Mariager, Rasmus / Porsdam, Helle: Introduction. The ‚Long 1970s': New Perspectives on an Epoch-Making Decade. In: Dies. (Hrsg.): *The 'Long 1970s': Human Rights, East-West Détente and Transnational Relations*. Abingdon: Routledge 2016.

Voigt, Johannes H.: *Die Indienpolitik der DDR. Von den Anfängen bis zur Anerkennung (1952–1972)*. Köln / Weimar / Wien: Böhlau 2008.

Voß, Klaas: Interview mit Bernd Greiner. Erster Teil der Reihe „Forschung zum Kalten Krieg – eine Bestandsaufnahme." In: *Portal Militärgeschichte*, 13.06.2016, http://portal-militaergeschichte.de/greiner_interview (Zugriff am 08.10.2018).

Wagner, Christian: *Die „verhinderte" Großmacht? Die Außenpolitik der Indischen Union, 1947–1998*. Baden-Baden: Nomos 2005.

Wentker, Hermann: *Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989*. München: Oldenbourg 2007.

Werner, Michael / Zimmermann, Bénédicte: Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der *Histoire croisée* und die Herausforderung des Transnationalen. In: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft* 28,4 (2002), S. 607–636.

—: *De la comparaison à l'histoire croisée*. Paris: Éditions du Seuil 2004.

—: Beyond Comparison. *Histoire Croisée* and the Challenge of Reflexivity. In: *History and Theory* 45 (Februar 2006), S. 30–50.

Westad, Odd Arne: Epilogue: The Cold War and the Third World. In: Robert J. McMahon (Hrsg.) *The Cold War in the Third World*. New York: Oxford University Press 2013, S. 208–219.

—: *The Cold War. A World History*. London: Allen Lane 2017.

Wirth, Petra / Janik, Brigitte / Bigler, Luc: Die Spaltung Pakistans und die Gründung der Volksrepublik Bangladesh. Analyse der politischen und sozioökonomischen Entwicklung. In: *Vierteljahresberichte* 57 (1974), hrsg. v. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 205–230.

Wolpert, Stanley: *Zulfi Bhutto of Pakistan. His Life and Times*. New York: Oxford University Press 1993.

Wynbrandt, James: *A Brief History of Pakistan*. New York: Facts On File 2009.

Xia, Yafeng / Tudda, Chris: Beijing, 1972. In: Kristina Spohr / David Reynolds: *Transcending the Cold War. Summits, Statecraft, and the Dissolution of Bipolarity in Europe, 1970–1990*. Oxford: Oxford University Press 2016, S. 43–66.

Zamindar, Vazira Fazila-Yacoobali: 1947. Recovering Displaced Histories of Karachi. In: Michel Boivin / Matthew A. Cook (Hrsg.): *Interpreting the Sindhi World. Essays on Society and History*. Oxford: Oxford University Press 2010.

Index

Personenregister

Ortsregister

Sachregister

Dieses Buch entstand dank der großzügigen Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen des Projekts „Das Moderne Indien in deutschen Archiven“ (MIDA).